
**Von der Volksgeschichte
zur Strukturgeschichte:
Die Anfänge der westdeutschen
Sozialgeschichte 1945–1968**

**Herausgegeben von
Lutz Raphael**



Leipziger Universitätsverlag 2002

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Comparativ : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftr. der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe. – Früher außerdem hrsg. vom Interdisziplinären Zentrum zur Vergleichenden Erforschung Gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der Universität Leipzig.

ISSN 0940-3566

Jg. 12, H. 1. Von der Volksgeschichte zur Strukturgeschichte: Die Anfänge der westdeutschen Sozialgeschichte 1945–1968. – 2002

Von der Volksgeschichte zur Strukturgeschichte: Die Anfänge der westdeutschen Sozialgeschichte 1945–1968 / hrsg. von Lutz Raphael. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 2002

(Comparativ ; Jg. 12, H. 1)

ISBN 3-935693-94-X

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2002

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 12 (2002) I

ISSN 0940-3566

ISBN 3-935693-94-X

Inhaltsverzeichnis

<i>Lutz Raphael</i>	Einleitung: Von der Volksgeschichte zur Strukturgeschichte: Die Anfänge der westdeutschen Sozialgeschichte 1945–1968	7
<i>Thomas Etzemüller</i>	Sozialgeschichte als politische Geschichte. Die Etablierung der Sozialgeschichte in der westdeutschen Geschichtswissenschaft	12
<i>Carsten Klingemann</i>	Symbiotische Verschmelzung: Volksgeschichte – Soziologie – Sozialgeschichte und ihre empirische Wende zum Sozialen unter nationalsozialistischen Vorzeichen	34
<i>Gabriela Ann Eakin-Thimme</i>	Die emigrierten Historiker als Vermittler sozialgeschichtlicher Ansätze?	63
Forum		
<i>Krijn Thijs</i>	Der Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses. Ost-Berliner Parteihistoriker zwischen Erosion und Kontinuität in der späten DDR	86
Tagungsberichte		
	„Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation“. Symposium zur Verleihung des Carl Bertelsmann-Preises 2001 (<i>Sabine Donner, Armando Garcia-Schmidt, Bernd Kuzmits</i>)	114
	Harmlose Begegnungen. Die (Neu-)Entdeckung Michel Foucaults in der deutschen Geschichtswissenschaft (<i>Falk Bretschneider</i>)	118

Buchbesprechungen

Walter Steiner/Uta Kühn-Stillmark, Friedrich Justin Bertuch. Ein Leben im klassischen Weimar zwischen Kultur und Kommerz, Köln/Weimar/Wien 2001 (<i>Katharina Middell</i>)	124
Christof Dipper (Hrsg.), Rechtskultur, Rechtswissenschaft, Rechtsberufe im 19. Jahrhundert. Professionalisierung und Verrechtlichung in Deutschland und Italien, Berlin 2000 (<i>Willibald Steinmetz</i>)	127
Hermann Glaser, Hinterm Zaun das Paradies. Wandlungen des Gartenbildes, Cadolzburg 1999 (<i>Günther Katsch</i>)	130
Christian Berringer, Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise: Die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien im Vergleich 1928–1934, Berlin 1999 (<i>Tobias Brinkmann</i>)	133
Hans-Wilhelm Eckert, Konservative Revolution in Frankreich? Die Nonkonformisten der <i>Jeune Droite</i> und des <i>Ordre Nouveau</i> in der Krise der dreißiger Jahre, München 2000 (<i>Thomas Höpel</i>)	134
Armando García Schmidt, Die Politik der Gabe. Handlungsmuster und Legitimationsstrategien der politischen Elite der frühen spanischen Restaurationszeit (1876–1902), Saarbrücken 2000 (<i>Árpád von Klimó</i>)	138
Jan Tomasz Gross, Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne. Mit einem Vorwort von Adam Michnik, München 2001 (<i>Andreas Hofmann</i>)	139
Ottmar Eitte/Martin Fontius/Gerda Haßler/Peter Jehle (Hrsg.), Werner Krauss. Wege – Werke – Wirkungen, Berlin 1999 (<i>Matthias Middell</i>)	144
Stephen Kalberg, Einführung in die historisch-vergleichende Soziologie Max Webers, Opladen 2001 (<i>Julia Brandt</i>)	145
Autorinnen und Autoren	155

Lutz Raphael

Von der Volksgeschichte zur Strukturgeschichte: Die Anfänge der westdeutschen Sozialgeschichte 1945–1968

Fragen der jüngeren und jüngsten Historikergeneration nach den persönlichen Verstrickungen, aber auch den intellektuellen Verbindungen der bundesdeutschen Historiker der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte mit dem Nationalsozialismus haben in den letzten Jahren im Zentrum öffentlichen Interesses an der Geschichtswissenschaft gestanden. Die kontroverse Debatte ist in der Zwischenzeit in mehreren Bänden breit dokumentiert worden.¹ Neuere Forschungen haben das Engagement zahlreicher Historiker für die Ziele des NS-Regimes zu Tage gefördert.² In Weiterführung dieser Debatten richtet sich inzwischen die Aufmerksamkeit stärker auf die Konstellation der fünfziger und sechziger Jahre; dabei rücken Fragen nach Kontinuität und Wandel geschichtswissenschaftlicher Fragestellungen, Methoden und Kategorien von der Volksgeschichte hin zur Sozial- bzw. Strukturgeschichte in den Mittelpunkt.³ Bereits Anfang der neunziger Jahre hatte Willy Oberkrome auf die methodischen Innovationen der Volksgeschichte aufmerksam gemacht und damit die These Winfried Schulzes aufgegriffen, der eine Kontinuität sozialhistorischer Interessen bei Historikern wie Werner Conze, Theodor Schieder und Otto Brunner über die Zäsur 1945 hinweg postulierte und darin eine zentrale Voraussetzung für die Anfänge der Sozialgeschichte in der frühen Bundesrepublik sah.⁴ Die folgenden Aufsät-

- 1 Den Stand der Debatte dokumentieren: P. Schöttler (Hrsg.), *Geschichte als Legitimationswissenschaft*, Frankfurt a. M. 1997; W. Schulze/O. G. Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999.
- 2 I. Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000; M. Fahlbusch, *Die Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die volksdeutschen Forschungsgemeinschaften von 1931–1945*, Baden-Baden 1999.
- 3 S. Conrad, *Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960*, Göttingen 1999; Jin-Sung Chun, *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche „Strukturgeschichte“ im Spannungsverhältnis von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation 1948–1962*, München 2000; Th. Fetzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 2001.
- 4 W. Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen 1993; W. Schulze,

ze sind Beiträge zu einer wissenschaftsgeschichtlichen Debatte, die immer wieder auch der Standortbestimmung der inzwischen etablierten (west-)deutschen Sozialgeschichte, einer Klärung ihrer intellektuellen und institutionellen Grundlagen dient.

Der Weg von der Volksgeschichte zur westdeutschen Sozialgeschichte steht im Mittelpunkt der Aufsätze von Thomas Etzemüller und Carsten Klingemann. Beide arbeiten die personellen Netzwerke heraus, die im Fall des Arbeitskreises ganz eng mit der Universität Königsberg der dreißiger Jahre sowie mit der Person Hans Rothfels verknüpft waren. Gleichzeitig verdeutlichen sie, daß auch die interdisziplinäre Kooperation von Soziologen, Nationalökonomern und Historikern, auf der der Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte seit seiner Gründung 1957 großen Wert legte und mit der er die zünftige Selbstbezogenheit der westdeutschen Historikerschaft zu überwinden suchte, im wesentlichen auf den bereits vor 1945 geknüpften intellektuellen und personellen Verbindungen beruhte. Das gemeinsame politische Interesse an einer Erforschung der zeitgenössischen Sozialwelt Ostmitteleuropas unter den Auspizien zunächst einer Revision der Versailler Ordnung, dann schließlich einer völkischen Neuordnung unter dem Diktat des NS-Regimes führte Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler wie Ipsen, Predöhl, Jantke, Weippert oder Raupach mit den Historikern aus dem Umfeld von Rothfels zusammen und leitete eine erste methodische und konzeptionelle Ausweitung geschichtswissenschaftlicher Fragestellungen bei den späteren Gründern des Arbeitskreises ein. Klingemann betont in diesem Zusammenhang die Linien der Kontinuität, die er vor allem darauf zurückführt, daß eine methodisch versierte Erforschung sozialer Massenphänomene und Strukturen gerade auch während des Nationalsozialismus stattfand, ja sogar vielfältige Förderung durch das Regime erfuhr.⁵

Etzemüller verdeutlicht in seinem Beitrag die vielen Neuerungen und Korrekturen an den tradierten Konzepten, die zwischen 1945 und 1957 bei Werner Conze zu beobachten waren und die zusammengenommen erst den Entwurf einer neuen Sozialgeschichte als einer Strukturgeschichte der technisch-industriellen Welt ermöglichten. Auffällig ist jedenfalls in fächerübergreifender Vergleichsperspektive, daß die enge Verbindung zwischen den Sozialwissenschaften und der Sozialgeschichte in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren im wesentlichen auf den personellen Kontinuitäten aus der Zeit vor 1945 beruhte und institutionell durch die

Von der „politischen Volksgeschichte“ zur „neuen Sozialgeschichte“, in: ders., Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 281-301.

5 Seine zahlreichen Beiträge zu diesem Themenkomplex bündelt: C. Klingemann, Soziologie im Nationalsozialismus, Baden-Baden 1996.

Kooptation von älteren und jüngeren Fachvertretern der etablierten Richtung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte abgesichert wurde.

Die Anpassung an die neuen politischen Rahmenbedingungen war eine der Grundvoraussetzungen für die Breitenwirkung der neuen Sozialgeschichte. Sinnstiftende Zustimmung zur herrschenden politischen Ordnung blieb wie bereits vor 1945 das Fahrwasser, in dem die Wortführer einer neuen Sozialgeschichte verblieben. Werner Conze und Theodor Schieder als die beiden Wortführer und zentralen Ideengeber des Arbeitskreises für Moderne Sozialgeschichte deuteten in zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen zwischen 1949 und 1968 die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts neu. Während sie in einem ersten Schritt ihre nationalkonservative Kritik an der Moderne ganz im Einklang mit den zeitgenössischen Wortführern im literarisch-publizistischen Feld entradikalisierten, propagierten sie bereits in den späten fünfziger Jahren eine vorsichtig positive Neudeutung parlamentarischer Demokratie unter den Bedingungen einer industriellen Massenkultur, die in der antitotalitären Rechtfertigung des Provisoriums Bundesrepublik gipfelte. Sozialgeschichte als Strukturgeschichte erhielt in dieser neuen Konstellation die dezidiert politische Aufgabe, die Gefährdungen für eine stabile liberaldemokratische Ordnung Deutschlands im industriellen Zeitalter herauszuarbeiten. Dabei rückten nun die Massenbewegungen des Sozialismus und des Nationalismus in den Mittelpunkt, der Zerstörung stabiler sozialer Zukunftserwartungen und Sozialordnungen galt in diesem Zusammenhang das besondere Augenmerk ihrer Deutungen.⁶ Ein zentrales Interpretament Werner Conzes blieb dabei die Verschränkung der sozialen und wirtschaftlichen Dynamik mit der Ebene politisch-weltanschaulicher Konflikte mit Hilfe eines erweiterten Verfassungsbegriffs: Ordnung und Stabilität schienen nur erreichbar, wenn im politischen Raum die Dynamik der Bewegungen gebändigt werden konnte.

Das politische Aggiornamento der Strukturgeschichte steht im weiteren Ideenkontext einer Westernisierung der Bundesrepublik.⁷ Gerade in den

6 Diese Interpretationen sind in zahlreichen öffentlichen Vorträgen und Publikationen, die sich an ein breiteres Publikum innerhalb wie außerhalb des Faches wandten, entwickelt worden. Sie sind heute vielfach in Sammelbänden mit Aufsätzen der beiden Historiker zu finden: Th. Schieder, *Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, 2. Aufl. München 1970; ders., *Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*. Köln, Opladen 1961; W. Conze, *Gesellschaft - Staat - Nation. Gesammelte Aufsätze*, Stuttgart 1992; ders., *Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte*, Göttingen 1963; ders. (Hrsg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, Stuttgart 1967.

7 A. Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westlichung im 20. Jahrhundert*. Göttingen 1999.

Jahren des Kalten Krieges kam den US-amerikanischen Sozialwissenschaftlern eine besondere Bedeutung als Impulsgebern für Umorientierungen der nationalkonservativ geprägten deutschen Mandarine zu. Von Vertretern der ersten Nachkriegsgeneration westdeutscher Historiker ist denn auch immer wieder der Einfluß älterer deutscher Fachkollegen betont worden, die nach 1933 ins amerikanische Exil gezwungen worden waren und nach 1945 als Mittler zum Westen auftraten. Der Beitrag von Gabriela Ann Eakin-Thimme relativiert jedoch das Gewicht dieser Wissenschaftskontakte für die Weiterentwicklung sozialgeschichtlicher Ansätze seit 1933. Sie verdeutlicht, daß die Anpassungen und Weiterentwicklungen der exilierten Historiker keineswegs in diese Richtung deuteten und nach 1945 als gebündelte Einflußnahme auf west- und ostdeutschen Historiker Wirksamkeit entfalteten. Ganz im Gegenteil blieb der Beitrag der US-amerikanischen Erfahrungen und Ideen relativ bescheiden im Vergleich zur Kontinuität frühzeitig ansformulierter eigener Fragestellungen und Deutungsmuster der zwanziger und frühen dreißiger Jahre, die noch im deutschen Kontext bzw. unter dem Einfluß europäischer Forschungskontroversen entwickelt worden waren.

Demgegenüber ist das Gewicht französischer Ideen für die Anfänge der Strukturgeschichte höher einzuschätzen. Insbesondere Werner Conze teilte nicht die weit verbreiteten Vorbehalte gegenüber der „Annales“-Strömung, wie sie seit dem Pariser Weltkongreß der Historiker 1950 vor allem von Gerhard Ritter und anderen konservativen Zunftvertretern vehement vorgebracht worden waren.⁸ Dennoch blieb der Transfer von Ideen und Personen auch im französischen Fall eher bescheiden, so daß insgesamt nationale Isolation und Selbstgenügsamkeit für die Anfänge westdeutscher Sozialgeschichte (bis weit in die sechziger Jahre hinein) ganz augenfällig sind. Einen Wechsel leitete in diesem Fall erst die Generation jüngerer Sozialhistoriker ein, die bereits über persönliche Studiererfahrungen und direkte Kontakte vor allem in die angelsächsische Welt verfügten und den Anschluß vor allem an die Diskussionen der englischsprachigen Geschichtswissenschaften suchten.

Im Prozeß der blockzentrierten Internationalisierung historischer Forschung stellten die Anfänge der westdeutschen Sozialgeschichte somit eindeutig eine Übergangsphase dar. Bereits in den sechziger Jahren entwickelte sich im internationalen Vergleich die schroff antimarxistische Orientierung der Gründergeneration des Arbeitskreises für moderne Sozi-

8 L. Raphael, Trotzige Ablehnung, produktive Mißverständnisse und verborgene Affinitäten. Westdeutsche Antworten auf die Herausforderungen der „Annales“-Historiographie (1945–1960), in: *Geschichtswissenschaft um 1950*, herausgegeben vom Institut für Europäische Geschichte (in Drucklegung).

algeschichte zu einer Besonderheit, die aufs engste mit der sterilen Konfrontation der Geschichtswissenschaft in BRD und DDR in den fünfziger und sechziger Jahren verknüpft war.⁹ Erst mit der zweiten Etablierung der Sozialgeschichte als spezifischer Zugangsweise für eine Gesellschaftsgeschichte Deutschlands seit dem 18. Jahrhundert in der Bundesrepublik der späten sechziger Jahre verlor diese nationalzentrierte Isolierung der Jahrzehnte 1930 bis 1970 an Bedeutung und wurde durch eine Phase beschleunigter Internationalisierung der westdeutschen Sozialgeschichte abgelöst.

Die hier publizierten Aufsätze gehen zurück auf eine Tagung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte am 28.-30. Oktober 1999, die sich mit den Anfängen dieses Arbeitskreises beschäftigte. Die Erinnerungen und Bewertungen seiner älteren Mitglieder, die häufig als Nachwuchswissenschaftler in den fünfziger und sechziger Jahren im Umkreis von Werner Conze, Theodor Schieder oder anderen Mitgliedern des damaligen Arbeitskreises tätig waren, wurden dabei konfrontiert mit den Forschungsergebnissen einer jüngeren Generation.¹⁰

9 M. Sabrow, *Das Diktat des Konsens. Geschichtswissenschaft in der DDR 1944-1969*, München 2001, S. 253-341.

10 Neben den hier publizierten Beiträgen wurden folgende Vorträge gehalten: Gadi Algazi, *Ansätze der historischen Semantik im Konzept der Geschichtlichen Grundbegriffe*; Christoph Cornelißen, *Gerhard Ritter und die Kontinuität nationalkonservativer Politikgeschichte*; Lutz Raphael, *Umdeutungen der Nationalgeschichte: Die deutsche Zeitgeschichte im Blick der frühen Sozialhistoriker*. Das Referat von Winfried Schulze: *Die intellektuellen und moralischen Einsätze in der Zeitgeschichte des eigenen Faches und der eigenen Fachrichtung leitete die Generaldebatte zum Themenkomplex ein.*

Thomas Etzemüller

Sozialgeschichte als politische Geschichte. Die Etablierung der Sozialgeschichte in der westdeutschen Geschichtswissenschaft

Im folgenden werde ich einige Aspekte des ersten *erfolgreichen* Versuches, Sozialgeschichte aus ihrer Nischenexistenz als Sektorwissenschaft zu befreien und die allgemeine Geschichte auf Sozialgeschichte umzustellen, anreißen.¹ Dieser Prozeß fand in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg statt, grob gesagt, zwischen dem Ende der vierziger und dem Ende der sechziger Jahre. Er war nicht allein Resultat eines gesellschaftlichen Strukturwandels oder einer Veränderung in der geistigen Landschaft, auch wenn beides einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf Entwicklungen der Nachkriegs-Historiographie ausübte. Die Durchdringung der allgemeinen Geschichte mit Sozialgeschichte wurde vielmehr durch wenige Historiker entscheidend beschleunigt, vor allem durch das gezielte wissenschaftsstrategische Handeln Werner Conzes. Er war der Meinung, daß die europäische Welt seit Beginn der industriellen Revolution so komplex geworden sei, daß Historiker sie intellektuell nur noch dann in den Griff bekämen, wenn sie historische und sozialwissenschaftliche Methoden verbänden und – statt eine personenzentrierten Ereignisgeschichte zu schreiben – soziale Strukturen untersuchten.

Conze entwarf keine geschlossene, kohärente Konzeption der neuen, integralen Sozialgeschichte; noch nicht einmal ein wissenschaftspolitisch schlagkräftiges Etikett stand ursprünglich zur Verfügung. Doch dadurch, daß Conze in seinen Texten und Diskussionsbeiträgen immer aufs Neue

1 Bis heute existiert keine eindeutige Definition von Sozialgeschichte. Nur über eine Grunddifferenz scheint Einigkeit zu herrschen, nämlich daß es Sozialgeschichte in einer engen und einer weiten Fassung gibt. In der engen ist sie Teil des Faches Wirtschafts- und Sozialgeschichte, also ein Teil in einem Teilfach neben anderen Teilfächern. In der weiten ist sie eine Perspektive, die Geschichte als Ganzes zu sehen, nicht Aspekt, sondern Organisationsprinzip, das alle Teilfächer durchdringt. Das Definitionsproblem beginnt schon bei der Frage, ob es sich bei Strukturgeschichte und Gesellschaftsgeschichte um zwei Spielarten der Sozialgeschichte handelt oder um ganz unterschiedliche Dinge, vgl. nur J. Kocka, Sozialgeschichte, Göttingen 19862, bes. S. 48-111. Dagegen die Diskussion im Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte: Protokoll der Tagung über „Sozialgeschichte der modernen Welt“ am 25./26. April 1957 in Bad Ems, S. 1-11 [Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte, Heidelberg: Akten des Arbeitskreises].

entscheidende Elemente seiner sozialgeschichtlichen Vorstellungen vorzutrag, wurde allmählich das Muster klar, das dieser Sozialgeschichte zu Grunde lag. Conzes Schüler vervielfältigten es durch ihre wissenschaftlichen Studien, und seine Kollegen aus Königsberg, die in der Bundesrepublik sämtlich angesehene Ordinariate bekleideten, gaben ihr Geleitschutz. Die Sozialgeschichte konnte die allgemeine Geschichte allmählich durchdringen, weil eine Konzeption in hinreichend scharfen Konturen zur Verfügung stand, weil es eine „Lobbygruppe“ für diese Konzeption gab, weil in der Geschichtswissenschaft nach dem Krieg ein Raum für neue Ansätze eröffnet war und weil in der sich sozial wie geitig zunehmend wandelnden westdeutschen Nachkriegsgesellschaft eine Nachfrage nach sozialhistorischen Verganhenheitsdeutungen bestand.

Denn die „frühe Sozialgeschichte“, wie ich sie nennen werde, erwies sich seit den fünfziger Jahren, je mehr ihrer Konturen sichtbar wurden, als zunehmend attraktiver als die herkömmliche Politikgeschichte, die Gegenwart im Lichte der Vergangenheit zu deuten. Das lag daran, daß die frühe Sozialgeschichte stets politische Geschichte war, d.h. es ging nicht zuerst um die Erforschung der Vergangenheit, sondern darum, der westdeutschen Gesellschaft mit Hilfe der Historiographie das politische Handeln zu erleichtern, ihr Identität zu stiften und ihre Position in der Systemkonkurrenz mit der DDR und dem Kommunismus zu stärken. Sozialgeschichte als politische Geschichte nahm die deutsche Nation schützend an die Hand und wies ihr den Weg. Geprägt war diese politische Seite der Sozialgeschichte durch die Erfahrungen derjenigen Historiker die sie entwarfen und propagierten, d.h. sie war ein Produkt der Zwischenkriegszeit, der Volksgeschichte, der Ostforschung, und der besonderen politischen Lage Ostpreußens nach dem Ersten Weltkrieg. Diese Erfahrungen gerannen in einen neuen historiographischen Ansatz, mit dem die zweite Nachkriegszeit im Lichte der Zwischenkriegszeit, also durch die Brille der eigenen Erfahrungen in dieser Zeit, gedeutet werden sollte. Das funktionierte solange höchst erfolgreich, bis in den sechziger Jahren eine Generation von Historikern mit gänzlich anderen Erfahrungen antrat, um veränderte Orientierungsmuster in der westdeutschen Gesellschaft zu bedienen.²

Ich werde zuerst knapp die Situation im Königsberg der Zwischenkriegszeit abhandeln und das personale Netzwerk beschreiben, das sich dort in den dreißiger Jahren ausbildete und welches für die Etablierung der Sozialgeschichte in der Nachkriegszeit wichtig werden sollte (I). Danach

2 Umfassend behandle ich dieses Thema in meiner Dissertation: T. Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001. Dort finden sich detaillierte Nachweise zu den folgenden Ausführungen.

skizziere ich die Umstände, die es Werner Conze ermöglichten, seine sozialhistorischen Vorstellungen zu verwirklichen, sowie seine Konzeption und seine strategische Arbeit (II). Darauf folgt ein Abriss des spezifischen „Denkstils“ (Ludwik Fleck) der frühen Sozialgeschichte, der ihre Charakteristik als politische Geschichte und ihre geistige Verwurzelung in der Zwischenkriegszeit aufzeigt (III). Abschließend einige Bemerkungen zum gesellschaftlichen und historiographischen Umbruch in den sechziger Jahren (IV).

I. Das Königsberg der Zwischenkriegszeit erweist sich heute als ein entscheidender Ort für die Genese der Nachkriegs-Sozialgeschichte. Im vom Reich abgeschnittenen Ostpreußen sah man sich als „Vorposten“ des Reiches und des Abendlandes gegen den Osten. Hier, wo deutsche und andere Nationalitäten gemischt lebten, hatte die völkerrechtlich-politische Kategorie der „Staatsgrenze“ ihre Verbindlichkeit verloren. Zahlreiche Königsberger Wissenschaftler sahen es, sehr kurz gesagt, als ihre Aufgabe an, die Integrität der deutschen Nation gegen territoriale Forderungen (etwa Polens) zu wahren, indem sie eine Neudefinition der Nation auf der Basis von „Kultur“ und „Ethnie“ anstrebten, also auf der Basis der „Volksgemeinschaft“ statt des Staats. Diese Abwehr-Konzeptionen wurden weit vor dem Aufstieg des „Dritten Reiches“ entworfen, konnten aber nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten mühelos mit deren expansiver und sich radikalisierender Ostraumpolitik verkoppelt werden.³

Die wissenschaftlichen Nachwuchskräfte fanden den Weg in diese entlegene Universitätsstadt oft über die Jugendbewegung, so Erich Maschke, Theodor Schieder, Carl Jantke, Theodor Oberländer, Werner Conze, Werner Markert und andere, die uns hier weniger interessieren. Sie begannen in Königsberg ein personales Netzwerk auszubilden, das sich nach dem Kriege bewähren sollte. Diesem Netzwerk gehörten außerdem Helmut Schelsky, Gunther Ipsen, Herbert Grundmann, Hans Rothfels und Kurt von Raumer an, auch Reinhard Wittram und Otto Brunner kann man dazurech-

3 Vgl. G. Aly, „Daß uns Blut zu Gold werde“. Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reichs, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1999, S. 13-27; ders., Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997; M. Burleigh, Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; W. Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918 bis 1945, Göttingen 1993; E. Oberländer, Historische Osteuropaforschung im Dritten Reich. Ein Bericht zum Forschungsstand, in: Ders. (Hrsg.), Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945-1990, Stuttgart 1992, S. 12-30; P. Schöttler (Hrsg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft. 1918-1945, Frankfurt a. M. 1997; W. Schulze/O. G. Oexle (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.

nen, weil sie enge Kontakte zu den Königsbergern knüpften. Die Genannten waren unterschiedlichen Alters – die Jungen waren zwischen 1900 und 1910 geboren –, und sie weilten nicht alle zur selben Zeit in Königsberg. Sie waren teilweise nur entfernt miteinander bekannt, doch nach dem Krieg konnten sie auf denselben Erfahrungsschatz verweisen, nämlich auf die Teilnahme an politischen Aktionen für die deutsche Sache und auf das überwältigende Erlebnis der ostpreußischen Landschaft, durch deren weite, einsame Wälder sie in Vollmondnächten geritten waren. Dieser Bezugspunkt gab ihrem Leben und ihrer Weltsicht eine bestimmte Richtung⁴ und einte sie nach 1945 locker und doch auf hinreichend stabile Art, um sie – nicht besonders präzise, aber hinreichend scharf abgrenzbar – im weiteren Sinne als „Königsberger Gruppe“ zu bezeichnen und im engeren als „Rothfelsianer“, wie sie Gerhard Ritter einmal nannte.⁵

Hans Rothfels, 1926 nach Königsberg berufen, war nämlich das unbestrittene Vorbild der Nachwuchshistoriker. Er war stets ein politischer Historiker gewesen, die national-pädagogische Ausrichtung der Wissenschaft, ihre Pflicht, zum Wohle der Nation beizutragen, betrachtete er geradezu als ihre Existenzberechtigung. In Ostpreußen wandte er sich nach seinen früheren Bismarck-Studien verstärkt dem Problem der Nation zu und der nicht nur ihm dringlich erscheinenden Neuordnung der „Völkermischzone“, des „kolonialen Raumes“ (Rothfels), dem das überkommene Nationalitätenprinzip nicht angemessen sei. Die Lösung sah Rothfels, kurz gesagt, in einer Verbindung eines multinationalen Staates mit dem Prinzip einer „Willensnation“. Diesen Plan stellte er in einem Vortrag auf dem 18. Historikertag in Göttingen 1932 vor, und nicht zuletzt durch diesen Vortrag war er zu einem Idol der heranwachsenden jungkonservativen Historikergeneration geworden. Daß er Wissenschaft und politische Tat miteinander im Dienste der Nation verband, machte ihn für die Mitglieder der Jugendbewegung so attraktiv. Seine persönliche wie wissenschaftliche Wirkung auf den Nachwuchs war immens. Während er aber 1939 zu emigrieren gezwungen war, konnten seine Königsberger Schüler und Kollegen ungehindert ihre Karriere fortsetzen und ihre wissenschaftlichen Analysen des Ostens mit der Ostpolitik des „Dritten Reichs“ verbinden. Selbst Hans Rothfels hatte vor seiner erzwungenen Emigration versucht, den Nationalsozialisten seine wissenschaftliche Arbeit schmackhaft zu machen. Er war der Meinung gewesen, er ziele in dieselbe Richtung wie sie. Auch er ging, wie so viele seiner Kollegen, davon aus, daß das „neue Deutschland“, das

4 Das teilte mir Albrecht Conze (Bonn) in einem längeren Gespräch am 4. November 1998 mit.

5 Dazu auch I. Haar, „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel, in: Schöttler, S. 52-103 (Anm. 3).

„Abendland“ gegen „Asien“, dieses „bedrohende Rätsel des Ostens“⁶ verteidigen würde.

Diese Vorstellung band die Königsberger in die Ostforschung ein. Ihre Netzwerke sind für die Zeit vor Kriegsende bis in ihre kleinsten Verästelungen schwer zu überblicken. Sie bestanden aus verschiedenen Instituten, Arbeitskreisen, Wissenschaftlergruppen oder halbamtlichen Dienststellen, teilweise an Universitäten angeschlossen, teilweise staatlich gefördert, teilweise im Archivwesen situiert, zum guten Teil mit der lokalen Volkstumspolitik liiert, die oft ein Scharnier zwischen Politik und Wissenschaft bildete.⁷ Trotz interner Reviergrenzen, die entschieden gegen Konkurrenz aus dem eigenen Lager verteidigt wurden, waren die Ostforscher sich eines übergeordneten Zusammenhanges bewußt, und der war ein zweifacher. Einmal die – nach 1945 zunächst nicht problemlose – Zugehörigkeit zur *scientific community* der Historiker insgesamt, zum andern die Zugehörigkeit zur engeren *scientific community* der Ostforschung. Letztere schuf einen Zusammenhalt über Reviergrenzen hinweg, erstere ermöglichte es den aus dem Osten vertriebenen Ostforschern nach dem Krieg, in der westdeutschen Wissenschaftslandschaft Fuß zu fassen.⁸ Davon profitierten auch die Königsberger Historiker und Soziologen.

6 Zitiert nach K. O. Petters, Hans Rothfels: Ein Historiker zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Egelsbach 1994, S. 57. Zu Rothfels vgl. auch die hervorragende Abschlußarbeit von J. Eckel, Ansätze zu einer intellektuellen Biographie von Hans Rothfels. Wissenschaftliche Arbeit im Fach Geschichte, masch.-schr. Ms., Universität Freiburg 1999; außerdem W. Neugebauer, Hans Rothfels (1891–1976) in seiner Zeit, in: D. Rauschnig/D. von Nerée (Hrsg.), Die Albertus-Universität zu Königsberg und ihre Professoren. Aus Anlaß der Gründung der Albertus-Universität vor 450 Jahren, Berlin 1995, S. 245–56; ders., Hans Rothfels Weg zur vergleichenden Geschichte Ostmitteleuropas, besonders im Übergang von früher Neuzeit zur Moderne, in: Berliner Jahrbuch für Osteuropäische Geschichte 1996/1, S. 333–78.

7 Dieses Geflecht wird in mühevoller Archivarbeit offengelegt: M. Beer, Die Landesstelle Schlesien für Nachkriegsgeschichte 1934 bis 1945. Geschichtswissenschaft und Politik im Lichte neuer Aktenfunde, in: M. Weber/C. Rabe (Hrsg.), Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag, Würzburg 1998, S. 119–44; M. Fahlbusch, Wissenschaft im Dienste der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; ders., „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“ Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933, Bochum 1994; I. Haar, Historiker im Nationalsozialismus: Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000

8 Dazu auch J. Hackmann, „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 232–58

II. Die vollständige Niederlage Deutschlands 1945 unterbrach die wissenschaftliche Karriere fast aller Königsberger.⁹ Mit einigen Mühen gelang es ihnen jedoch, obwohl sie politisch teilweise erheblich belastet waren, ihre abgebrochenen Laufbahnen im Westen wieder aufzunehmen. Sie wurden nach dem Kriege von Kollegen bzw. durch einige im Westen neugegründete Institutionen der Ostforschung mit Gelegenheitsaufträgen über Wasser gehalten – bis auf Maschke, der sich in russischer Kriegsgefangenschaft befand – und dann zwischen 1947 und 1957 nach und nach wieder auf Lehrstühle gebracht – bis auf Gunther Ipsen.¹⁰ Nicht nur das Königsberger Netzwerk mit Herbert Grundmann und Kurt von Raumer, die bereits während des Krieges nach Münster berufen worden waren, Theodor Oberländer und dem Kurator der Universität Königsberg, Friedrich Hoffmann, bewährte sich. Auch die Verbindungen zu anderen Kollegen in der Ostforschung, etwa zu Hermann Aubin, seit 1946 Ordinarius in Hamburg, erwiesen sich als hilfreich, und in Göttingen, das die Anlaufstelle der Königsberger im Westen darstellte, setzte sich Siegfried A. Kaehler nach Kräften für die Entwurzelten ein. Kaehler war eng mit Hans Rothfels befreundet, der mit großer moralischer Autorität versehen aus der Emigration zurückkehrte und 1951 auf den Tübinger Lehrstuhl für Neuere Geschichte berufen wurde. Rothfels erlangte erheblichen Einfluß in der Zunft und auf die Stellenbesetzungen; seinen Schülern hatte er bereits 1946 zu erkennen gegeben, daß er nach wie vor einer der ihren und sie die seinen seien. Auf diese Weise gelang es, den personellen Zusammenhang und, wie wir sehen werden, den besonderen Denkstil der Königsberger in die westdeutsche Geschichtswissenschaft zu überführen.

Werner Conzes Wiedereinsetzung auf eine Professur sollte sich für die Sozialgeschichte am wichtigsten erweisen. Er hatte sich 1945 unter anderem in Göttingen um eine Stelle an der Universität bemüht und mit der Bemerkung empfohlen:

„Mein Hauptanliegen liegt in der Verbindung von politischer Geschichte und Soziologie, weniger im Sinne einer bloßen ‚Sozial- und Wirtschaftsgeschichte‘“

9 Zur deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 vgl. vor allem W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989. Schulze deutet auf 20 Seiten die Kontinuitäten von der Volksgeschichte zur Sozialgeschichte an.

10 Letzterer wurde 1959 auf Initiative Andreas Predöhl's durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster zusammen mit Hans Freyer immerhin zum emeritierten Professor zur Wiederverwendung ernannt, um beide „ad majorem gloriam der Fakultät wirken“ zu lassen: Predöhl (ein Königsberger Kollege) an die Sozialforschungsstelle Dortmund vom 30. August 1960 [Gesellschaft für Sozialforschung, Dortmund: Akten der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, Personalakte G. Ipsen]; J. Z. Muller, *The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism*, Princeton, NJ 1987, S. 359.

als einer Verfassungsgeschichte, die das Verhältnis von Staat, Volk und Gesellschaft umfaßt.“¹¹

1951 sollte er dann den erkrankten Kurt von Raumer in Münster vertreten. Damit begann der Aufstieg auf eine institutionelle Position, die in der Geschichtswissenschaft damals ihresgleichen suchte. Die Philosophische Fakultät in Münster war zufrieden mit ihm und wollte ihn auch nach von Raumers Rückkehr halten. Grund war Conzes Erfolg in der universitären Lehre wie in der Erwachsenenbildung. Er machte nämlich seine sozialhistorischen, agrarhistorischen, politikgeschichtlichen, soziologischen und ostgeschichtlichen Kenntnisse dezidiert für die Identitätsfindung der bundesdeutschen Gesellschaft in der Nachkriegszeit fruchtbar. Wie Rothfels, war Conze ein politischer Historiker. Wichtiger als die Erforschung der Vergangenheit um ihrer selbst willen war es ihm darum zu tun, die Nation mit den Mitteln der Historiographie zu stützen. Dieser politische Stellenwert seiner wissenschaftlichen Arbeit wurde geschätzt, von seiner Fakultät in Münster, aber auch in der Politik.

Die Münsteraner Fakultät und Conze bildeten in den folgenden Jahren eine Symbiose. Sie nutzte Conzes wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Qualitäten sowie mehrere Rufe, die er erhielt, um aus dem Lehrauftrag allmählich ein neues Ordinariat zu formen. Er stieg auf diese Weise bis 1956 zum persönlichen Ordinarius auf, bevor ihm dann ein Ruf nach Heidelberg im selben Jahr die Gelegenheit gab, seine großangelegten sozialhistorischen Pläne endlich zu verwirklichen. Er hatte sich schon seit längerem um die Gründung eines sozialhistorischen Forschungsinstituts bemüht, doch hatte er nicht genug Interesse dafür wecken können. Mit dem Ruf an den Neckar stand er plötzlich vor der Wahl, entweder die Leitung der Sozialgeschichtlichen Abteilung an der Sozialforschungsstelle in Dortmund zu übernehmen oder in Heidelberg ein Institut „für moderne Sozialgeschichte (oder: Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters)“ zu gründen. Seine für damalige Verhältnisse ungewöhnlich hohen Forderungen wurden vom Baden-Württembergischen Kultusminister genehmigt, Conze wechselte 1957 auf das Ordinariat für neuere Geschichte in Heidelberg.

Neben dem gut ausgestatteten Lehrstuhl gründete er das Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, mit dem er eine Brücke zwischen Soziologie und Geschichtswissenschaft schlagen wollte. Seine Kontakte zu dem Historiker Paul Egon Hübinger, der als Leiter der Abteilung für kulturelle Angelegenheiten im Bundesinnenministerium Millionenbeträge in die Forschung fließen lassen konnte, und eine glückliche Entwicklung wissen-

¹¹ Conze an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen vom 22.12.1945 [Universitätsarchiv Göttingen, Phil. Fak., Ordner 10].

schaftspolitischer Prozesse ermöglichten es ihm außerdem, den Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte zu gründen.

Damit besaß er eine unvergleichliche Position in der deutschen Geschichtswissenschaft: Als Ordinarius war er in der Zunft in die Reihen derjenigen aufgerückt, deren Wort qua Position Gewicht genoß, er war einer ihrer „Diskursmanager“ geworden. Als Vorstand des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte verfügte er zudem über einen großen Apparat an Assistenten und Hilfskräften, der durch die abgelehnten Rufe nach Bonn und München nur größer wurde. Das ermöglichte es ihm, sozialgeschichtliche Forschungsprojekte im großen Stile aufzuziehen. Als Vorsitzender des Arbeitskreises konnte er schließlich über hohe Finanzmittel verfügen, 1959 war der Arbeitskreis mit jährlich 100.000 DM fest etatisiert.¹² Die Projekte, für die er im Arbeitskreis die Verantwortung übernommen hatte, ließ er oft durch seine Mitarbeiter in Heidelberg ausführen. Durch diese Stellung waren Conze und sein sozialhistorisches Anliegen Ende der fünfziger Jahre nicht mehr zu ignorieren bzw. durch sie verschaffte er ihnen gezielt Gehör.

Bevor es so weit gekommen war, hatte er freilich anstrengende Arbeit leisten müssen, um den Kollegen begreiflich zu machen, was er unter Sozialgeschichte verstand und was seine integrale Konzeption von der bisher üblichen Wirtschafts- und Sozialgeschichte unterschied. Das war westdeutschen Historikern nämlich keineswegs klar. Als er z.B. Hermann Aubin 1953 vom ersten Treffen der *Commission internationale d'histoire sociale* des Internationalen Historikerverbandes berichtete, an der er als Delegierter des deutschen Historikerverbandes mitarbeitete, konnte der sich so gar nicht in Conzes Idee hineindenken, daß „Soziale Bewegung“ mehr sei als „Sozialismus“ oder „Arbeiterbewegung“. Wie solle man da noch abgrenzen?, fragte er. Auch der Feudalismus oder die Entstehung und Entwicklung des Bürgertums seien dann ja „soziale Bewegungen“.

Genau das war der Punkt. Conze ging es darum, die Trennung zwischen Politik- und Sozialgeschichte aufzuheben, und er tat dies durch eine Doppelung des Verfassungsbegriffs. Eine Gesellschaft sei immer in *Verfassung* zu beobachten, sie sei immer in einer konkreten sozialen wie einer staatlichen Verfassung organisiert. Die herkömmliche Bedeutung der Begriffe „Gesellschaft“ (das soziale Leben in einem Staat) und „Verfassung“ (die politisch-rechtliche Kodifikation eines Staatswesens) hob Conze also in einer Verallgemeinerung dieser Begriffe auf: „Gesellschaft“ war jeder organisierte Zusammenschluß von Menschen, und diese Organisation *war* eine Verfassung:

12 Da es zur Gründung des Emser Kreises nur wenige Akten gibt, wird man weiterhin auf Conzes Darstellung zurückgreifen: W. Conze, Die Gründung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1979, S. 23-32.

eine soziale (unkodifizierte), und sie *bedurfte* einer rechtsstaatlich-politischen (kodifizierten). In Verfassung befand sich für Conze ein soziales Gebilde, das als strukturiert angesehen werden konnte; strukturiert war es für ihn, wenn sämtliche Kräfte so ausbalanciert waren, daß die Gemeinschaft ein integriertes Ganzes bildete. Der Gegenbegriff zu „Struktur“ war „Auflösung“, denn ständig bedrohten „zerstörerische Kräfte“ die Balance. Eine „Struktur“ war also nichts Statisches, sondern mußte durch immer neue Anstrengungen, durch politisches Handeln, erhalten werden, sie machte einen höchst dynamischer Prozeß aus.

Das erinnert natürlich an Otto Brunner, der in seinem Klassiker „Land und Herrschaft“ das „innere Gefüge“ untersuchte, den „inneren Bau“ sozialer Verbände und ihr politisches Handeln, durch das sie ihre Existenz nach außen zu wahren und ihre innere Ordnung zu stabilisieren suchten. Conze fiel es jedenfalls leicht, von diesem Beobachtungspunkt aus zu erkennen, daß es „stets einen großen Wirkungszusammenhang zwischen den bewegenden sozialen Tendenzen und den gestaltenden Kräften einer wie auch immer gesetzten Herrschaft durch die jeweilige Verfassung“ gibt. Politik ist nicht mehr in Opposition zur Gesellschaft zu bringen, denn es „gibt nur konkrete Gesellschaft hier et nunc, unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen, und diese Gesellschaft ist immer eine ‚strukturierte Herrschaftsordnung‘ (Freyer)“.¹³

Untersuchungsgegenstand dieser Sozialgeschichte sollte die Ausbildung der industriellen Gesellschaft und ihr Wandel im Zeitalter der sozialen wie politischen Revolutionen sein. Da in Westdeutschland diese Vorstellungen zu Beginn der fünfziger Jahre selbst einem ausgewiesenen Sozialhistoriker wie Aubin noch unverständlich waren, nutzte Conze Publikations- und Vortragsmöglichkeiten, um immer aufs Neue, an immer anderen Orten den Kollegen naheulegen, was er unter Sozialgeschichte verstand. Wo es sich anbot, ging er mit seiner Idee hausieren und bereitete ihr ein Fundament. Er schrieb einige theoretische Aufsätze, etwa „Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht“ (1952) oder „Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht“ (1956), er verschaffte sich auf den Historikertagen zunehmend Gehör, er nutzte Rezensionen als Medium, um seine Vorstellungen zu publizieren, und er löste seinen Ansatz in einigen empirischen Arbeiten ein, etwa dem berühmten Aufsatz „Vom Pöbel zum Proletariat“ (1953), bzw. ließ ihn – bereits in Göttingen – durch seine Schüler einlösen. Dadurch, daß Werner Conze eine verhältnismäßig geschlossene Konzeption von Sozial-

¹³ Die beiden vorhergehenden Zitate: W. Conze, Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht, in: GWU 3 (1952), S. 648-57, hier S. 654f.

geschichte entworfen hat und sie durch unermüdliche Wiederholungen in den Denkhorizont der Historiker einzuarbeiten verstand, trug er entscheidend dazu bei, die Sozialgeschichte aus ihrer Nische als Sektorwissenschaft herauszuholen und die westdeutsche Geschichtswissenschaft sozialhistorisch zu durchdringen.

Sein Engagement allein hätte freilich zum Erfolg der Sozialgeschichte nicht gereicht. Geschicktes wissenschaftsstrategisches Handeln fruchtet nicht, wenn es nicht ein Umfeld gibt, das die Rezeption neuer Ansätze oder Ideen fördert. Viererlei hat in dieser Hinsicht eine Etablierung der Sozialgeschichte begünstigt. *Erstens* Veränderungen in der Gesellschaft und der Wissenschaft. Das Bildungswesen begann bereits in den fünfziger Jahren zu expandieren, entsprechend vermehrte sich die Zahl der Professuren, auch in der Geschichtswissenschaft.¹⁴ Auf lange Sicht wurde an den Universitäten ein institutioneller Raum eröffnet, in dem sich neue Sichtweisen auf die Geschichte ansiedeln konnten. Mit dem Generationenwechsel in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde dieser Prozeß entscheidend beschleunigt. Die Soziologie gewann eine immer größere Orientierungsfunktion für die moderne industrielle Gesellschaft, vor allem der Einfluß der Sozialforschungsstelle in Dortmund kann kaum unterschätzt werden.¹⁵

Das strahlte auch in die Geschichtswissenschaft über. Die verstärkte Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen wie dem Institut für Zeitgeschichte in München, dem Max-Planck-Institut in Göttingen oder der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn leisteten der Rezeption neuer Fragestellungen und Methoden Vorschub. Die Debatte darum, wie der Geschichtsunterricht an den Gymnasien den geänderten gesellschaftlichen Zuständen nach dem Krieg angepaßt werden könnte – was schließlich in den erbitterten Streit um die sog. Gemeinschaftskunde und die hessischen Rahmenrichtlinien für den Geschichtsunterricht mündete –, warf schon zu Beginn der fünfziger Jahre die Frage nach der Notwendigkeit sozial- und kulturgeschichtlicher Ansätze auf. Der Versuch von Historikern, Geschichte als eigenständiges Fach oder zumindest ihre führende Rolle in der politischen Bildung an den Schu-

14 Von 85 (1954) auf 101 (1960), 155 (1966), 286 (1972) und 405 (1975); P. Weingart u.a., Die sog. Geisteswissenschaften: Außenansichten. Die Entwicklung der Geisteswissenschaften in der BRD 1954–1987, Frankfurt a. M. 1991, S. 321–27.

15 Vgl. dazu J. Weyer, Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie von 1945 bis 1960 in ihrem institutionellen und gesellschaftlichen Kontext. Diss., Universität Marburg 1983; R. Schellhase, Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster (Sitz Dortmund) in den fünfziger Jahren. Ein Beitrag zur Geschichte der institutionalisierten Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1982; Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte (Anm. 2), S. 199–210.

len zu erhalten, beförderte ihre Annäherung an sozialwissenschaftliche und sozialgeschichtliche Techniken, wobei die Geschichtslehrer oder Historiker wie Werner Conze vorangingen und den Innovationsdruck an die Universitäten weitergaben.

Schließlich ist das zeitlich gestaffelte Auftreten jüngerer Historiker nicht zu unterschätzen. Unter dem Einfluß oder zumindest mit Billigung von Lehrern wie Werner Conze, Carl Jantke, Theodor Schieder, Hans Rothfels, Gerhard A. Ritter aber auch Rudolf Stadelmann, Franz Schnabel oder Kurt von Raumer wandten sich deren Schüler – Wolfgang Köllmann, Wölfram Fischer, Rudolf Vierhaus, Heinz Gollwitzer, Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Schieder, Hans-Ulrich Wehler, die Brüder Mommsen, Jürgen Kocka und andere – mehr oder weniger intensiv der Sozialgeschichte zu. Die Älteren der Schüler waren teilweise beruflich mit der Sozialforschungsstelle in Berührung gekommen und hatten zu den ersten Geschichtsstudenten gehört, die nach dem Kriege in den USA studieren konnten. Für die Jüngeren war das dann eine Selbstverständlichkeit geworden. Zunächst halfen diese Schüler ihren Lehrern gewissermaßen, das Feld für die Sozialgeschichte zu planieren, dann, als Ordinarien, vollzogen sie den Durchbruch der Sozialgeschichte in der Geschichtswissenschaft – wenn auch die jüngeren von ihnen eine sozialgeschichtliche Vergangenheitsdeutung entwarfen, die sich entscheidend von der Weltansicht ihrer Königsberger Lehrer unterschied.

Diese nur sehr knapp skizzierten Entwicklungen erzeugten spätestens in den sechziger Jahren ein Klima, das die Aufnahme sozialgeschichtlicher Methoden in der westdeutschen Historiographie begünstigte und vorher zumindest dafür sorgte, daß ihnen nicht oder nur mit schwacher Opposition begegnet wurde.

Zudem – *zweitens* – hatte sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Rothfels-Gruppe in der Geschichtswissenschaft endgültig etabliert, ihre Mitglieder genossen durchweg hohes Ansehen. Conze war sicherlich der reinste Sozialhistoriker. Rothfels unterstützte die modernisierenden Ansätze seiner Schüler, arbeitete aber nicht sozialhistorisch. Markert und Wittram konnten als Osteuropahistoriker nicht auf Sozialgeschichte verzichten, waren aber keine Sozialhistoriker. Schieder war das ohnehin nicht. Sie alle aber standen Conzes Bemühungen aufgeschlossen gegenüber und unterstützten ihn. Dazu kamen Otto Brunner und Carl Jantke als dezidierte Vorkämpfer für die Sozialgeschichte. Diese Gruppe bildete gewissermaßen ein schützendes Nest innerhalb der Geschichtswissenschaft, in das Conzes sozialgeschichtliche Bemühungen eingelagert waren und, durch Autoritäten gedeckt, entwickelt werden konnten.¹⁶

¹⁶ Möglicherweise ist Hans-Joachim Schoeps' Projekt einer „Zeitgeistforschung“, die an

Drittens ist die Entwicklung der Nachkriegshistorikertage von Bedeutung. 1949 in München und 1951 in Marburg war durchaus von Sozialgeschichte und Soziologie die Rede gewesen, in erster Linie als Reaktion auf die Frage nach der Rolle der Politikhistoriker im „Dritten Reich“ bzw. auf den Internationalen Historikertag in Paris von 1950, auf dem die Vertreter der *Annales* die Diskussionen dominiert hatten. Die westdeutschen Historiker versuchten sich mit Sozialgeschichte vertraut zu machen, weil sie sie einhegen wollten – nicht unbedingt ganz abwehren, denn sie ahnten, daß das nicht mehr möglich war. In Bremen 1953 und Ulm 1956 sah es ähnlich aus. Allerdings hielten auf diesen beiden Tagungen Otto Brunner und Hans Freyer repräsentative und gefeierte Vorträge, in denen sie für die Sozialgeschichte bzw. für die Annäherung der Historiographie an die Soziologie eine Lanze brachen. Durch äußeren Druck und prominente Redner wurde der Sozialgeschichte auf diesen Tagungen allmählich ein Resonanzboden verschafft.

Entscheidend war aber der Duisburger Historikertag, der 1962 stattfinden sollte. 1958 war Hans Rothfels zum Vorsitzenden des Historikerverbandes gewählt worden und hatte sich mit Werner Markert und Werner Conze daran gemacht, diese Tagung zu planen. Auch sie geriet zum Reflex auf einen Internationalen Historikertag, den Stockholmer von 1960, auf dem die westdeutschen Historiker sich politisch aus dem Osten, methodisch aus dem Westen unter Druck gesetzt gesehen hatten. Das gab der Sozialgeschichte in Westdeutschland einen gesteigerten Stellenwert: als Mittel zur Abwehr westlicher wie östlicher, marxistischer wie „kulturhistorischer“ Geschichtsdeutungen, die konservativen, historistischen Historikern nicht behagten. Durch den Duisburger Historikertag sollte klargestellt werden, „aus welchem Bewußtsein heraus die nicht-dogmatischen Historiker ihre

Fragestellungen und Quellen immerhin etwas von dem vorwegnahm, was Sozial-, Alltags- oder Kulturgeschichte seit den achtziger Jahren aufgegriffen haben, nicht zuletzt an einer fehlenden „Hausmacht“ gescheitert. Schoeps hatte versucht, sein Projekt systematisch zu institutionalisieren, war jedoch bei seinen Kollegen auf teilweise scharfe Ablehnung gestoßen: Joachim Ritter an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Münster vom 9. September 1958; Kurt von Raumer an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Münster vom 9. Oktober 1958; Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Münster an Schoeps vom 21. Oktober 1958 [Universitätsarchiv Münster, Phil. Fak., Dienst-Akt. Nr. 22]; Reinhard Wittram an Schoeps vom 23. Januar 1967 [Bundesarchiv Koblenz, N 1226/80]. Wittram und von Raumer kritisierten, daß Geistesgeschichte losgelöst von ihrem sozialen Umfeld betrieben werden solle, ein Vorwurf, der in dieser Härte nicht zutraf: vgl. H.-J. Schoeps, Was ist und was will die Geistesgeschichte. Über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung, Göttingen 1959. Als Monarchist war Schoeps ein krasser Außenseiter in der Zunft, außerdem hielten es die Kollegen hin und wieder für angebracht, den Verdacht zu äußern, daß er homosexuell sei, was wohl die Ablehnung verstärkte (das teilte mir jedenfalls Heinz Gollwitzer [†] in einem Gespräch am 2. Dezember 1997 mit).

Arbeit tun.“¹⁷ Der Standort der eigenen Geschichtsauffassung sollte deutlich gemacht und reflektiert werden, um ihn argumentativ gegen die konkurrierenden Deutungen verteidigen zu können. Das erforderte auch, ein stringentes Generalthema für alle Beiträge zu finden. Hans Schaefer schlug „als ein Generalthema, das sich für die Auseinandersetzung mit dem Osten besonders eigne, vor: das soziale und politische Problem der Revolution.“¹⁸ Zum ersten Mal sollte ein deutscher Historikertag problem- und eindeutig gegenwartsbezogen ausgerichtet werden; jede Epoche und jedes Thema sollte auf seine sozialgeschichtlichen Aspekte abgefragt werden, weil man die neue weltgeschichtliche Situation mit den alten Mitteln nicht mehr in den Griff bekam. Selbst Gerhard Ritter, der an der Planung dieser Tagung nicht mehr beteiligt war, mußte sich auf seine alten Tage für seine Sektion „Kirchengeschichte“ um Sozialhistoriker bemühen. Das bereitete ihm Schwierigkeiten. Letztlich fiel die Konzeption der Tagung nicht so revolutionär aus, wie Rothfels es sich vorgestellt hatte, außerdem blieben genug Defizite, was die Klärung des Verhältnisses von Geschichtswissenschaft und Soziologie betraf. Doch einen derart auf Sozialgeschichte und kontroverse Diskussion ausgerichteten Historikertag – erstmals außerdem in einer Industriestadt abgehalten – hatte die (west)deutsche Geschichtswissenschaft bislang noch nicht gesehen. Für die darauf folgenden Historikertage kann man dann das immer stärkere Vordringen der Sozialgeschichte beobachten, das einem Vordringen in der Wissenschaft entsprach.

Viertens aber ist der eigenartige Charakter der Debatte um Nutzen und Gefahren der Sozialgeschichte bzw. einer Annäherung an die Soziologie, die Historiker in denn fünfziger Jahren begannen, zu berücksichtigen. Es gab keinen öffentlich manifestierten Widerstand gegen die Sozialgeschichte. Zwar wurde sie bis weit in die sechziger Jahre und erneut in den siebziger Jahren in die Nähe des Sozialismus gerückt, aber nur hinter vorgehaltener Hand. Öffentlich wurde sie in mehr oder weniger allgemeinen Worten für notwendig erklärt. Polemisiert wurde gegen die *Annales* und natürlich gegen die marxistischen Historiker im Osten, außerdem gegen einen abstrakten, geschichtsfeindlichen „Soziologismus“, dessen Träger so gut wie nie beim Namen genannt wurden. Werner Conze und seine Kollegen jedenfalls waren es nicht, im Gegenteil, auf sie berief man sich, wenn man die „richtige“ Art Sozialgeschichte zu schreiben, illustrieren wollte.

Das war das eigentümliche der Debatte: Einige Historiker ahnten, daß eine methodische Erneuerung der Geschichtswissenschaft unabdingbar

17 Protokoll der Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses [des Verbandes der Historiker Deutschlands] am 1.7.1961 in Tübingen, S. 4 [Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen: Akten des Verbandes der Historiker Deutschlands].

18 Ebenda.

war, sie besaßen aber keine Begriffe und hatten keine Ideen, sie durchzuführen. Sie waren im Grunde auch nicht wirklich daran interessiert, sie durchzuführen, aber zu heilsichtig, deren Notwendigkeit schlicht zu ignorieren. Also schrieben sie – etwa Schieder, Wittram, Fritz Wagner oder Ernst Pitz – einige Texte, mit denen sie versuchten, die eine oder andere feste Kontur in der Zeit des sich beschleunigenden weltgeschichtlichen wie methodischen Wandels auszumachen. Diese Texte wurden nebeneinander gestellt, sie sollten keine Diskussion und erst recht keinen Streit entfachen. Die Kollegen nahmen sie zur Kenntnis, bezeugten durch höfliche Bemerkungen in Briefen, durch die Nennung der Texte in Fußnoten oder einfach durch fehlenden Widerspruch ihre Zustimmung – genauer gesagt: ihre Nicht-Opposition –, und allmählich schälte sich daraus als *common-sense* der Historiker eine negative Grenze heraus: Eine Sozialgeschichte, die sich zu sehr den *Annales*, dem Marxismus oder dem „Soziologismus“ näherte, war für westdeutsche Historiker inakzeptabel. Diese Grenze eröffnete auf der anderen Seite einen Möglichkeitsraum, den die Autoren leer ließen. Sie bestimmten nicht, wie eine mögliche Sozialgeschichte aussehen könnte. Es war vor allem Conzes Konzeption von Sozialgeschichte, die diesen Raum füllte, und da Conze wie die übrigen Befürworter der Sozialgeschichte, etwa Brunner oder Jantke, sich nicht als Bilderstürmer gerierten, sondern die gezogene Grenze akzeptierten und sich zum Historismus bekannnten, war sein sozialgeschichtlicher Ansatz in der Zunft *akzeptabel*. Die gesellschaftlichen Entwicklungen erforderten neue Deutungsmuster, das machte die Sozialgeschichte – vor allem außerhalb der Zunft und bei jungen Historikern – *attraktiv*. Die Sozialhistoriker erwiesen in einem mühevollen Prozeß den wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wert sozialhistorischer Ansätze; die Alten akzeptierten sie oder nahmen sie einfach hin, weil sie bestimmte Grenzen nicht überschritt – nicht unbedingt, weil sie überzeugt worden waren. Auf diese Art, weil sie ein Deutungsangebot stellte und weil ihr ein Raum eröffnet worden war, konnte Sozialgeschichte in der westdeutschen Geschichtswissenschaft etabliert werden.¹⁹

19 S.-J. Chun, *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche „Strukturgeschichte“ im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation. 1948–1962*, München 2000, S. 119–134, geht dagegen bei seiner Darstellung der Auseinandersetzung westdeutscher Neuzeithistoriker mit der Moderne vom Ideal einer rationalen Diskussion aus: Die Krise der Geschichtswissenschaft nach 1945 habe bei den Historikern (die er als Einheit behandelt) die geordnete Suche nach einer neuen Methodologie ausgelöst. Weil er rhetorische Zugeständnisse (etwa an die Sozialgeschichte) für ernsthafte theoretische Reflexionen der Historiker nimmt, kann er die Auseinandersetzung mit der Moderne oder um Vor- und Nachteile der „Kulturgeschichte“ als nüchternes, reflektiertes Nachdenken der Zunft darstellen. Dadurch übersieht er, wie ungeordnet, wie doppelbödig, wie wenig bewußt die Anpassung der Historiographie an die Moderne und an neue Ansätze der Geschichtsschreibung tatsächlich erfolgte.

III. Sozialgeschichte ist nie eine neutrale Weise gewesen, die Vergangenheit zu untersuchen. Die Sozialgeschichte, die im Umkreis der Königsberger Historiker und Soziologen gepflegt wurde, zeichnet sich durch eine ganz spezifische Weltsicht, einen eigentümlichen „Denkstil“ aus. „Denkstil“ und „Denkkollektiv“ sind die zentralen Begriffe eines wissenschaftssoziologischen Theorieangebotes, das der Mediziner Ludwik Fleck 1935 für seine Analyse der Wissensproduktion in den Naturwissenschaften entworfen hat, und das sich wegen seiner Geschmeidigkeit – anders als Thomas S. Kuhns starre Paradimentheorie – sinnvoll für die Geisteswissenschaften nutzen läßt. In äußerster Kürze: Das Denkkollektiv ist eine Gemeinschaft von Wissenschaftlern, die in gedanklicher und sozialer Wechselwirkung stehen und die Träger eines spezifischen Denkstils sind. Der Denkstil ist eine gedankliche Verarbeitung der Welt, die an einem Denkkollektiv hängt und seine Mitglieder zwingt, die Welt auf eine bestimmte Art zu sehen. Er ist gerichtetes Gestaltsehen, d.h. man sieht im Wust der Daten eine Gestalt, aber nicht, weil die Realität sie aufscheinen läßt, sondern weil man in einem langen Sozialisationsprozeß gelernt hat, diese Gestalt zu sehen.²⁰

Aus den Texten der frühen Sozialgeschichte kann man in diesem Sinne ein narratives Muster herauspräparieren, das den besonderen Denkstil der frühen Sozialgeschichte preisgibt.²¹ Dieses Muster enthält ein imaginäres

20 L. Fleck, *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil, und Denkkollektiv*. Mit einer Einleitung herausgegeben von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle, Frankfurt a. M. ²1993, hier bes. S. 40-70. Thomas S. Kuhn bekam Flecks noch heute recht unbekanntes Buch durch einen Zufall zu lesen, seine „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ verdankt ihm fruchtbare Anregungen, fällt aber hinter die Flexibilität von Flecks Ansatz zurück.

21 Ich nenne hier nur einige zentrale Texte, ausführliche Nachweise finden sich im Kapitel 7 meiner Dissertation: W. Conze, *Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Beispiel Schulze-Delitzschs*, in: *Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse*, Jg. 1965, 2. Abhandlung, Heidelberg 1965; ders., *Ostmittleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert*, München 1992; ders., *The German Empire*, in: F. H. Hinsley (Hrsg.), *The New Cambridge Modern History*, Bd. 11: *Material Progress and World-Wide Problems 1870-1898*, Cambridge 1962, S. 274-299 (das Kaiserreich habe sich auf dem besten Wege zur Demokratie befunden); ders., *Vom Pöbel zum Proletariat. Sozialgeschichtliche Voransetzungen für den Sozialismus in Deutschland*, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln ⁵1976, S. 111-136; C. Jantke, *Der vierte Stand. Die gestaltenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert*, Freiburg 1955; ders., *Zur Deutung des Pauperismus*, in: Ders. u. Dietrich Hilger (Hrsg.), *Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur*, Freiburg 1965, S. 7-47; W. Köllmann, *Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert*, Tübingen 1960; Th. Schieder, *Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, Köln 1961; ders., *Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert*, in: *HZ* 170 (1950), S. 233-71; ders., *Der*

chronologisches Schema, einen Komplex alltagssprachlicher Metaphern und dichotomischer Begriffe sowie eine „mentale Karte“²², die den geographischen und sozialen Raum ordnete. Dabei bildeten zwei Grundvorstellungen das Bauprinzip dieser Texte, ohne daß die Autoren das erkannten. Wo doch, nahmen sie es für die adäquate Abbildung der vergangenen Realität. Einmal war das das Bild der *Grenze*, die eine Unterscheidung zwischen einem Inneren, der deutschen Nation, und einem Äußeren, vor allem dem Osten, machte. Der immer wieder herausgekehrte Gegensatz von „deutsch“ und „undeutsch“ verdeutlicht das Charakteristische dieser Differenz besonders gut: Es ging um die deutsche Nation und den undifferenzierten *Rest*, der sie bedrohte.²³ Dieses Bild entstammt den Erfahrungen in Königsberg, und auch wenn es nach 1945 etwas an Bedeutung verloren hatte, ist es im Hintergrund der meisten Texte als Folie sichtbar – bei Conze bis 1986.

Das andere zentrale Bild war das der sozialen Revolution, damit verband sich die Vorstellung von *Unordnung im Innern*. Der Ansturm auf die Grenze und der Aufruhr im Innern – Verteidigung nach außen und Befriedung im Innern, diese miteinander verknüpften Dichotomien spannten den Denkstil der frühen Sozialgeschichte auf; die drei Metaphern „Raum“, „Einheit“ und „Grenze“ führten den Sozialhistorikern die Feder. Ihre Texte sind dabei durch ein narratives Schema strukturiert, das der Chronologie „integrierte Welt“ – „Auflösung der stabilen Gesellschaftsordnung, sozialer Konflikt, Revolutionsgefahr“ – „erneute Integration der Gesellschaftsver-

Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen, Köln 1964 (Schieder betont zwar, daß Nationen stets historisch geworden sind, aber nachdem er sie einmal als fertig Geworden bestimmt hat, verleiht er ihnen einen sakralen Status. Alles, was ihr Dasein bedroht, wird als Vorspiel zu einer Apokalypse gedeutet. Nicht die Vorstellung des Werdens und des Vergehens, sondern die Unantastbarkeit der gewordenen Nation ist der leitende Wert dieser historischen Forschung. Ähnlich W. Conze, Nationalismus und Kommunismus als politische Triebkräfte in historischer Sicht, in: *moderne welt* [sic] 4 (1963), S. 227-43, hier S. 241-43).

22 P. Englund, Ofredsår. Om den svenska stormaktstiden och en man i dess mitt, Stockholm 1997, S. 193. Mentale Karten sind ein Produkt der Zeit. Laut Englund sahen die Schweden im 16. Jahrhundert, wenn sie von Schweden sprachen und über den Dorftrand zu schauen vermochten, statt der längs von Süd nach Nord gestreckten Halbinsel ein Quadrat mit einem Schwerpunkt im Dreieck Stockholm, Riga und Helsinki vor ihrem geistigen Auge.

23 Diese deuschzentrierte Perspektive zieht sich noch durch W. Conze, Ostmitteleuropa (Anm. 21). Hermann Aubin bezeichnete 1955/56 die Osteuropäer als „Undeutsche Nachbarn“ und „Eingeborene“: H. Aubin, Die Deutschen in der Geschichte des Ostens, in: Ders., Grundlagen und Perspektiven geschichtlicher Kulturraumforschung und Kulturmorphologie. Aufsätze zur vergleichenden Landes- und Volksgeschichte aus vier-einhalb Jahrzehnten anläßlich der Vollendung des 80. Lebensjahres des Verfassers. In Verbindung mit Ludwig Petry herausgegeben von Franz Petri, Bonn 1965, S. 766-96, hier S. 776.

fassung unter gewandelten Umständen, in einer neuen Ordnung“ folgt, also dem Dreischritt Ordnung – Angriff/Abwehr – Synthese. Der erste und der letzte Abschnitt waren die Projektionspunkte der Texte, inhaltlich behandelten sie überwiegend den zweiten. In dieser Periode der Instabilität war die Nation doppelt durch den Kommunismus bedroht, bis 1917 von innen, nach der Oktoberrevolution zusätzlich von außen. Dabei konzentrierten sich die frühen Sozialhistoriker vor allem auf das Kaiserreich als derjenigen Zeit, in der die Frage um die erfolgreiche oder gescheiterte Integration der Arbeiterschaft grundsätzlich entschieden worden ist, also derjenigen Klasse, von der man die soziale Revolution befürchtete, welche dann dem Bolschewismus endgültig den Einfall in die Nation ermöglicht hätte.

Liest man diese Texte, so schält sich immer wieder dieselbe Geschichte heraus. Zum einen ging es um den empirischen Nachweis, daß nicht die Industrialisierung für den Pauperismus im frühen 19. Jahrhundert verantwortlich gewesen, daß also die marxistische Verelendungstheorie falsch sei. In sämtlichen Texten tritt die Industrie als *Resultat* des rasanten, die überkommene Sozialordnung zersetzenden Bevölkerungswachstums auf, sie hat zur Neuintegration der Gesellschaft beigetragen, *nachdem* diese zu zerfallen drohte. Schon lange vor den Marxisten hätten sich außerdem verantwortungsvolle Bürger intensiv mit den sozialen Problemen auseinandergesetzt und nach Lösungen gesucht. Zum ändern versuchte man zu belegen, daß die Arbeiterschaft seit jeher keine Klasse im marxistischen Sinne bildete, daß sie in sich viel zu differenziert sei, um im Klassenbegriff eingefangen werden zu können, daß daher das marxistische Klassenmodell für eine realistische Analyse als zu grobschlächtig zu verwerfen sei. Außerdem dürfe man nicht ausschließlich ökonomisch argumentieren: Der „Industriemensch ist nicht einfach das Produkt seiner Arbeitsverhältnisse und seiner ökonomischen Lage. Vielmehr ist er das Produkt eines allseitigen Geschichtsprozesses, an dem auch ganz andere Lebens- und Kulturbereiche mitgewirkt haben“.²⁴ Zudem sollen im Grunde die Arbeiter selbst mit dem Marxismus nichts haben anfangen können, die organisierte Arbeiterbewegung sei eigentlich staatsfremd gewesen und die „Massen“ hätten letztlich den Weg der Ordnung gewählt.

Das Faktum, daß die Integration der Arbeiterschaft in die Gesellschaft des Kaiserreichs vorerst doch gescheitert war, schien Kommunisten vor und nach 1945 ein gutes Argument zu bieten und wurde von den Sozialhistorikern nicht ignoriert: Die Arbeiter hätten keinen Ort in der Gesellschaft gefunden, sie hätten ihre Bindungen und Grenzen nicht erkennen können,

24 W. Brepohl, *Der Mensch in der Industrie*, masch.-schr. Ms., o. O. u. J. [1955], S. 1 [Gesellschaft für Sozialforschung, Dortmund: Akten der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, B II/8).

weil ihnen Bürgertum und Monarchie die Eingliederung verweigert hätten. *Deshalb* habe der Marxismus zum Zuge kommen, den Klassenkampf- und Revolutionsgedanken durchsetzen und mit der angeblichen Not der Arbeiter Agitation betreiben können. Die aber seien – das ergaben sozialhistorische Untersuchungen zur Lage der Arbeiter – einem falschen Bewußtsein aufgesessen: Ihre Lage war besser als sie dachten, doch sie merkten es nicht. Ihr Protest entsprang in Wahrheit der Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Stellung in der deutschen Gesellschaft, nicht materieller Not.

Posthum wandte die frühe Sozialgeschichte gekonnt mehrere historiographische Strategien an, um diesen Tatbestand zu relativieren. Rhetorisch wurden die Revolutionäre durchweg als „Schwärmer“, „wurzellos“ oder als „Gefühlspolitiker“ charakterisiert, ihr Denken als „spintisierend“. Man warf ihnen „Übersteigerung“, „Radikalisierung“ und „Pervertierung des politischen Denkens“ vor und führte ihnen den „Reipolitiker“ Max Weber vor Augen, der zwischen politischen Zielen und politischer Wirklichkeit nüchtern zu trennen verstanden habe, statt die Wirklichkeit durch Wunschbilder zu verschleiern. Auf einer eher analytischen Ebene suchte man festzustellen, inwieweit in der marxistisch gewordenen Sozialdemokratie Elemente der gereiften, versöhnungsbereiten „Social-Demokratie“ nachgewirkt hätten, und zog, auch das ist Teil der Forschungsstrategie, eine Linie bis in die Bundesrepublik hinein. Der Klassenkampfweg der Sozialdemokratie sei letztlich durch „erschütternde Wirklichkeitsferne“ gescheitert, doch mit dem Godesberger Programm habe die SPD endgültig in die bürgerliche Gesellschaft gefunden. Begriffsgeschichtlich bemühte man sich, Begriffe auf die Zeit vor ihrer ideologischen Vereinnahmung durch die Marxisten zurückzuführen und sie ihnen so zu entreißen. An einer weiteren Argumentationsfront strich man die Bemühungen der Arbeitgeber um Verbesserung der sozialen Zustände heraus, an einer anderen hob man entschuldigend auf die irrtümliche Einschätzung der Lage durch Bismarck ab.

Die Sozialgeschichte setzte einen aufwendigen Forschungsapparat in Gang, um durch ineinander verschachtelte Deutungen die Argumente der Kommunisten historisch zu widerlegen, zu delegitimieren, zu isolieren und dem Sozialismus im sinnvollen Gang der deutschen Geschichte den Platz des ewigen Störenfrieds zuzuweisen. Detaillierte Textanalysen würden dieses Bild etwas differenzieren, aber es wird unübersehbar bleiben, daß die frühen Sozialhistoriker im großen und ganzen einem Denkmuster folgten, gemeinsam *ein* Bild von der Vergangenheit konstruierten und andere *systematisch*, wenn auch nicht bewußt, ausschlossen – und dieses eine Bild wurde durch die Angst der Autoren vor der sozialen Revolution bestimmt. Nirgendwo wird das deutlicher als in den Worten, mit denen Gunther Ipsen 1939 seinen Vortrag auf dem Bukarester Soziologentag zu schließen plante,

auch typographisch: „am Ende [der Verelendungsspirale] steht und kann nur stehen – der Umsturz.“²⁵ Diese Abneigung vor jedem Ansatz von „Umsturz“ und Unordnung saß so tief, daß Werner Conze noch in seinem letzten Buch „Volkserregungen“ bloß in pejorativen Begriffen beschreiben konnte.²⁶ Für Otto Brunner war es undenkbar, gesellschaftliche Entwicklungen, etwa die Verschlechterung der sozialen Lage, als legitimen Anlaß für gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu akzeptieren.²⁷ Und Theodor Schieder lehnte zumindest 1972 noch jede soziale Bewegung „von unten“, jede Bauernrevolte strikt ab, weil sie die ausschließlich durch staatliche Institutionen zu wahrende Ordnung bedrohten.²⁸

Diese Angst vor Unordnung entsprang dem Rückblick auf das eigene Leben, in dem man den Untergang dreier Gesellschaftsordnungen erlebt – und teilweise zu ihm beigetragen – hatte. Es überrascht nicht, daß diese Historiker nach dem Krieg verstärkt nach „haltenden Mächten“ (Hans Fieyer) suchten. Sie hatten erkannt, daß im Gefolge der Industrialisierung schwere soziale Umwälzungen erfolgt waren, sie gestanden der marxistischen Gesellschaftskritik eine gewisse Berechtigung zu: als Seismograph. Es hätte freilich zu inakzeptablen Konsequenzen für die Gesellschaftsordnung wie für das eigene Selbstverständnis geführt, hätten sie zugestanden, daß diese Kritik tatsächlich die Wurzeln der gesellschaftlichen Verhältnisse treffe. Ihr Denkstil bildete ihnen eine Gesellschaft ab, die einer wirklich ernst zu nehmenden Kritik von links einfach die Grundlagen entzogen hatte: Die Arbeiterschaft war anerkannt worden. Bismarck hatte die Sozialversicherung eingeführt. Die Weimarer Republik hatte den Arbeitern endgültig volle politische Partizipation beschert. In der Bundesrepublik war die Eingliederung vollzogen. Es gab keinen deutschen Sonderweg, der auf 1933 hinführte, das „Dritte Reich“ war ein Sonderfall, Hitler hatte sich von au-

25 G. Ipsen, Agrarische Bevölkerung, in: D. Gusti (Hrsg.), Arbeiten des XIV. Internationalen Soziologen Kongresses [sic] Bucaresti. Mitteilungen. Abteilung B – Das Dorf. I. Band, Bukarest o.J. [1940], S. 8-22, hier S. 22.

26 Vgl. Conze, Ostmitteleuropa, S. 171ff., 181ff., 214.

27 Vgl. O. Brunner, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, Wien 1965, S. 347f.

28 Vgl. Th. Schieder, Hat Heinemann recht? Zu einer Rede über unser mangelhaftes Gesellschaftsbewußtsein, in: Christ und Welt, 27. Februar 1970, S. 11. Schieder reagierte mit diesem Artikel scharf auf Gustav Heinemann, der gesagt hatte: „Einer demokratischen Gesellschaft, so meine ich, steht es schlecht zu Gesicht, wenn sie auch heute noch in aufständischen Bauern nichts anderes als meuternde Rotten sieht, die von der Obrigkeit schnell gezähmt und in die Schranken verwiesen wurden. So haben die Sieger die Geschichte geschrieben. Es ist Zeit, daß ein freiheitlich-demokratisches Deutschland unsere Geschichte bis in die Schulbücher hinein anders schreibt.“ (ebenda). Schieder sah in diesen Worten eine (nachträgliche) gefährliche Legitimation für die radikalisierte Studentenbewegung angelegt.

ßen kommend Einlaß nach Deutschland erzwungen.²⁹ Die sozialhistorische Deutung der Vergangenheit fand ihren Fluchtpunkt 1945, wo sich zeigen sollte, daß die positiven Kontinuitäten der deutschen Geschichte alle unbestreitbaren Verwerfungen überdauert hatten. Deshalb beschäftigten sich Werner Conze und einige Kollegen – ganz unüblich für deutsche Neuzeithistoriker – schon früh mit der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik, um dem Publikum zu zeigen, daß in Deutschland die (heimatlichen) integrierenden Kräfte stets über die (östlichen) desintegrierenden Kräfte den Sieg davon getragen haben. Deutungen jüngerer Historiker, die dieser Sicht widersprachen, wurden noch in den achtziger Jahren als die „Sicherheit der nationalen Identität“ schwächend kritisiert.³⁰ Nicht umsonst verfaßte Conze einen Artikel über „Sicherheit“ für die „Geschichtlichen Grundbegriffe“, in welchem er innere und äußere Sicherheit, Sicherheit für den Staat und Sicherheit für das Individuum; Freiheit und Kommunismus zueinander in Beziehung setzte – und einen Artikel über „Freiheit“, in dem er dessen unzerstörbare Grundsubstanz aufgrund uralten Sprachverständnisses und anthropologischer Vorgegebenheiten nachzuweisen versuchte. Auch diese begriffsgeschichtlichen Analysen zielten gegen Osten.³¹

Zwei Bewegungen kreuzten sich in der frühen Sozialgeschichte: Die Auseinandersetzung mit der Moderne und die Abwehr des Sozialismus von außen wie von innen, das machte die Sozialgeschichte zur politischen Geschichte. Sie setzte sich intensiv mit der Moderne auseinander, weil durch die Moderne ihr Ziel, die Sicherung einer sozial harmonisierten bürgerlichen Gesellschaft, stets in Frage gestellt war. Sie war anti-sozialistisch, weil der Sozialismus durch *seine* Auseinandersetzung mit der Moderne ihr Ziel fundamental bedrohte. Dies war das stets pessimistisch und defensiv klingende, aber gleichzeitig mit einem grundsätzlichen Optimismus geladene Motiv, das die Sozialgeschichte trieb. Alles war bedroht, aber die Ordnung in einer Verfassung, daß sich die Bedrohungen überwinden ließen, wenn man den Hebel nur richtig anzusetzen verstand. Deshalb entwarf

29 „Hitler stand von nun an vor den Toren der Republik und begehrte drohend Einlaß“: W. Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: ders./H. Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33. Sechs Beiträge von Hans Raupach, Dietmar Keese, Wilhelm Treue, Ursula Hüllbusch, Rudolf Verhaus, Werner Conze, Stuttgart 1967, S. 176–52, hier S. 178.

30 W. Conze, Staats- und Nationalpolitik. Kontinuitätsbruch und Neubeginn, in: ders./M. R. Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1982, S. 441–67, hier S. 444.

31 Vgl. W. Conze, Artikel „Sicherheit, Schutz“, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972ff., Bd. 5, S. 831–62; ders. u.a., Artikel „Freiheit“, in: ebenda, Bd. 2, S. 425–542.

Werner Conze mit den Jahren ein immer umfangreicheres und innovatives sozialhistorisches Forschungsprogramm: Stadtgeschichte, Parteiensoziologie, Unternehmensgeschichte, Geschichte der Weimarer Republik, Arbeitergeschichte, Familiengeschichte usw. Je größer sein Forschungsapparat wurde, desto mehr Bereiche konnte er auf „haltende Mächte“ untersuchen lassen, und er tat dies, als politischer Historiker, mit ausdrücklichem Bezug auf die Gegenwart und die Situation der Bundesrepublik.³²

IV. Die Sozialgeschichte war in den fünfziger Jahren methodisch besser als die Politikgeschichte in der Lage, die radikal veränderte Welt zu deuten. Sie konnte zudem die Geschichte mit Sinn versehen, einem Sinn, der die bürgerliche Lebenswelt, in der die Sozialhistoriker sich geborgen fühlten, stabilisieren half, der dem antikommunistischen Klima in der Bundesrepublik entgegenkam und der der deutschen Rest-Nation Identität verschuf. Inhaltliche wie politische Vorzüge machten die Sozialgeschichte akzeptabel; gesellschaftliche wie wissenschaftliche Wandlungsprozesse schufen ihr einen Raum; die „Rothfelsianer“ gaben ihr ein spezifisches Gesicht und etablierten sie durch strategische Arbeit in der Geschichtswissenschaft.

Doch die gesellschaftlichen Grundlagen dieser Geschichtsschreibung änderten sich seit den sechziger Jahren grundlegend. „Spiegel-Krise“, „1968“ und die Reformeuphorie in der frühen Ära Brandt (um nur die wichtigsten Schlüsselereignisse zu nennen) trugen zur Integration der bundesdeutschen Gesellschaft in die westliche Werte- und Lebensstilgemeinschaft entscheidend bei.³³ Die Demokratie hatte sich als stabil erwiesen, der

32 Für die Familiengeschichte hatte er die Zusammenarbeit mit dem Familienministerium avisiert (W. Conze, Sozialgeschichte der Familie. Ein Schwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Historische Forschung, Berichtsjahr 1980, Stuttgart 1981, S. 57-60, hier S. 60), seine Arbeiten zur Weimarer Republik waren eindeutig unter politischen Gesichtspunkten geschrieben (u.a. plante er eine umfassende Geschichte der Weimarer Republik, „um nicht anderen Auffassungen, die sich festsetzen wollen, das Feld zu überlassen“: Conze an Ipsen, 9. Januar 1955 [Gesellschaft für Sozialforschung, Dortmund: Akten der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, I 7]), Bundespräsident Heinrich Lübke setzte sich 1966 – neben dem Baden-Württembergischen Kultusminister sowie dem Bundesvertriebenenminister Jehann Baptist Gradl – für ein Freisemester Conzes ein, damit der seine Jakob-Kaiser-Biographie schreiben könne [Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Ea 3/151, Nr. 13]. Vgl. auch Conze an den Kultusminister von Baden-Württemberg, 17. Januar 1961: „Das vorgenommene Thema [die Arbeiterbewegung] wird seit etwa 10 Jahren intensiv von den kommunistischen Historikern der Sowjetzone bearbeitet. Es ist dringend erwünscht, dem nicht nur kleine Einzelbeiträge, sondern eine umfassende Darstellung entgegenzustellen“ [Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Ea 3/151, Nr. 13]. Er begründete damit einen Antrag auf ein Forschungsfreisemester.

33 Ein Forschungsprojekt an der Universität Tübingen untersucht die ideelle Seite dieses

Kommunismus hatte an keiner Stelle den befürchteten Einlaß gefunden, die Gesellschaft zeigte sich liberaler, und die existentielle Angst vor materieller Not und Zersetzung der gesellschaftlichen Ordnung durch Kommunisten, Gammler und halbstarke Jugendliche hatte sich gelegt. Eine Sozialgeschichte Königsberger Provenienz erwies sich zunehmend als anachronistisch. Diese hatte noch versucht, von der sog. „Sattelzeit“ um 1800 ausgehend, die Entstehung der gegenwärtigen Gesellschaft aus dem Prozeß der Industrialisierung heraus zu begreifen – mit einem Sprung über das „Dritte Reich“ hinweg, um sich in den Zeiten der Umbrüche des Haltes zu vergewissern. Sie stellte immer wieder die – zumindest potentiell – gewahrte Ordnung heraus. Die jüngeren Historiker, die Wehlers, Mommsens, Kockas, denen die Anhäufung von Untergangserfahrungen fehlte und deren Gesellschaftsverständnis stark durch USA-Aufenthalte geprägt war, gingen zwar von derselben Schwelle aus, verblieben historiographisch auch im Rahmen der deutschen Nation, schilderten jedoch in ihren Erzählungen den „deutschen Sonderweg“, der direkt auf das „Dritte Reich“ zulief. Sie stellten die Blockaden, die schließlich zur Vernichtung aller Ordnung geführt hatten, heraus.

Conzes Generation suchte der brüchigen Moderne sozialhistorisch eine positive Geschichte und damit Identität abzugewinnen. Die Nachfolger beanspruchten, ihrer Zeit sozialhistorisch den Spiegel vorzuhalten, um die Identität aus der Kritik der Geschichte zu gewinnen. Beide Generationen wußten um die prinzipielle Instabilität der gesellschaftlichen Ordnung, beide versuchten, sozialhistorisch zu ihrem Erhalt beizutragen. In diesem Punkt sind Sozialhistoriker auch heute noch politische Historiker, der Unterschied liegt in der Art, wie die Vergangenheit gesehen und für die Gegenwart fruchtbar zu machen versucht wird.

Prozesses, vgl. zusammenfassend A. Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

Carsten Klingemann

**Symbiotische Verschmelzung: Volksgeschichte –
Soziologie – Sozialgeschichte und ihre empirische
Wende zum Sozialen unter nationalsozialistischen
Vorzeichen¹**

Volksgeschichte zwischen Volkwerdungspathos und Realanalyse

Die Diskussion um das innovative Potential der Volksgeschichte der NS-Zeit und seine Reformen auslösenden Impulse, die vor allem zur Begründung der modernen Sozialgeschichte der Nachkriegszeit geführt haben sollen, bewegt sich zwischen zwei Polen. Diese werden stellvertretend durch die Positionen von Peter Schöttler und Winfried Schulze markiert. Unter sich abgrenzender Bezugnahme auf Willi Oberkrome spricht Schöttler den Volksgeschichtlern die Befähigung ab, „innovativ“ gedacht zu haben. Er beschwört die Gefahr eines neokonservativen Revisionismus und fordert, daß die fraglichen Schriften „in ihrem praktischen Zusammenhang“ gelesen und „von innen dekonstruiert“ werden müßten.² Diese Forderung soll insofern berücksichtigt werden, als die umstrittene Innovationsleistung vermutlich auf einer impliziten oder expliziten Soziologisierung der dem Individualitätsprinzip verpflichteten traditionellen Geschichtswissenschaft unter politischen Vorzeichen beruht.

Daß dies der Fall war, behauptet Schulze, der eine stärkere Beachtung des bis dahin beobachteten Wirkungszusammenhangs „zwischen der ‘völkischen’ Geschichtswissenschaft und der Soziologie der sich erneuernden Geschichtswissenschaft der fünfziger Jahre“ fordert. „Erst die Kategorie des ‘Volkes’, die über ihre romantische Grundbedeutung und ihre politi-

-
- 1 Bei der Formulierung der Überschrift habe ich mich von Gerhard Wagners Kritik an der Differenzierungstheorie Niklas Luhmanns unter dem Motto: „Statt Differenzierung: Symbiose“, G. Wagner, Herausforderung Vielfalt. Plädoyer für eine kosmopolitische Soziologie, Konstanz 1999, S. 60-65, und von Winfried Schulzes Aufsatz „Der Wandel des Allgemeinen: Der Weg der deutschen Historiker nach 1945 zur Kategorie des Sozialen“, in: K. Acham/W. Schulze (Hrsg.), Teil und Ganzes. Zum Verhältnis von Einzel- und Gesamtanalyse in Geschichts- und Sozialwissenschaften, München 1990, S. 193-216, inspirieren lassen.
 - 2 P. Schöttler, Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Einleitende Bemerkungen, in: ders. (Hrsg.), Geschichtswissenschaft als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a. M. 1997, S. 19.

sche Aktualisierbarkeit zu einem in Ostmitteleuropa operationalisierbaren Forschungskonzept geworden war, konnte hier eine stärkere Kooperation beider Disziplinen bewirken.³ Wenn es um die Kategorie „Volk“ geht, fällt selbstverständlich der Name Hans Freyer, dessen Konzept der Volkwerdung die Qualität eines Quasi-Paradigmas zugesprochen wird. Schulze selbst erwähnt weiterhin ausdrücklich die intensive Landvolk-Forschung während des Dritten Reichs, nennt Gunther Ipsen, Walther Kuhn und stellt eine Kontinuität zur agrargeschichtlichen Forschung seit 1947/48 fest. Ob die Soziologisierung tatsächlich in einer Amalgamierung etwa der soziologischen *Konzepte* Freyers und Ipsens mit Formen der radierten geschichtswissenschaftlichen Vorgehensweise zu sehen ist, wird noch näher zu klären sein.

Die Frage der Kontinuität fachwissenschaftlicher Elemente aus Geschichte und Soziologie über das Jahr 1945 hinaus hat wohl am ausführlichsten Willi Oberkrome behandelt, dessen Positionen als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen diskutiert werden sollen. Oberkrome geht in Übereinstimmung mit anderen Beobachtern davon aus, daß der Sozialgeschichte in der frühen Bundesrepublik nur die Rolle einer „Nischenexistenz“ zukam, sie eine reine Teil- oder Spezialdisziplin war.⁴ Er kann sich dabei auch auf Werner Conze berufen, der den ehemaligen Königsberger „Staatswissenschaftler“⁵ Carl Jantke und sich selbst im Hinblick auf die Gründungsphase des *Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte* als „Erben einer nur schwach weiterentwickelten Tradition historisch gerichteter Sozialwissenschaften oder soziologisch angereicherter Geschichtswissenschaft in Deutschland“⁶ bezeichnet. Dieses Zitat kommentiert Oberkrome mit den Worten: „ein Befund der freilich begrifflich-inhaltlich nie klar bestimmt wurde.“⁷ Diese Feststellung gilt auch heute noch, wie etwa die jüngst erschienene Monographie von Volker Kruse über die „deutsche historische Soziologie“⁸ oder Internet-Interviews mit westdeutschen Historikern der ersten Nachkriegsgeneration, auf die noch zurückzukommen ist, belegen.

3 W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 300.

4 Vgl. W. Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945*, Göttingen 1993, S.

5 §2. die Fachbezeichnung auf der Karteikarte des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung; vgl. Dokumente C. Jantke, ehemaliger Bestand *Berlin Document Center*, Bundesarchiv Berlin.

6 W. Conze, *Die Gründung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 24 (1979), S. 23-32, hier: S. 23.

7 W. Oberkrome, *Volksgeschichte* (Anm. 4), S. 223.

8 V. Kruse, „Geschichts- und Sozialphilosophie“ oder „Wirklichkeitswissenschaft“? *Die deutsche Soziologie und die logischen Kategorien René Königs und Max Webers*, Frankfurt a. M. 1999.

Auch Oberkromes weitere Behandlung der Kontinuitätsproblematik ist von einer durchaus sachadäquaten Ambivalenz geprägt. So betont er die Modernitätsskepsis, wenn nicht offene Feindschaft der Volksgeschichte „gegenüber der industriellen Gesellschaft mit ihren komplexen sozialen und ökonomischen Komponenten, vor allem gegenüber der urbanen Lebenswelt“⁹, was man allerdings von der damaligen empirischen Sozialforschung, die ja auch Einzug in die Volksgeschichte hielt, generell nicht sagen kann. Andererseits hebt Oberkrome auch die „Intensität“ der Volksgeschichte, ihre überregionale Bedeutung und dezidierte Reformbereitschaft hervor, wobei ihre „gemeinsame Orientierung an einem Volksbegriff mit geradezu paradigmatischem Geltungsanspruch und nicht zuletzt in dem bis zur Fusion der Fächer vorangetriebenen Zusammengehen von Geschichte und Soziologie als einzigartig gelten“¹⁰ kann. Allerdings attestiert er der Volksgeschichte eine antimodernistische Ausgangsposition, mit der sie vorrangig auf Freyers Konzept der revolutionären Volkwerdung und Ipsens agrozentrische Soziologie verwiesen gewesen sei. Selbst Studien ihrer Schüler, „die eine methodisch brillante Verknüpfung von soziologischer Theorie und historischer Empirie“¹¹ leisteten, seien in ein rückwärts-gewandtes ideologisches Korsett gezwängt worden. Es sei an dieser Stelle schon vermerkt, daß Oberkrome diese Sichtweise einige Jahre später relativiert. Für die weitere Diskussion mag es überdies vom Vorteil sein, nicht nur die auf Entideologisierung hinauslaufende Emanzipation der Schüler von ihren Lehrern zu beachten, vielmehr sollte der Effekt der Soziologisierung historischer Ansätze in einer breiteren Perspektive erfaßt werden.

Innovationsschübe „liegen in der Luft“ und können nur partiell mittels eines wissenschaftszentrierten Modells erfaßt werden. Für die Soziologie kann reklamiert werden, daß der Trend ihrer säkularen politischen Institutionalisierung weder 1933 noch 1945 abgebrochen ist.¹² In gewisser Weise wird dies auch von Oberkrome bestätigt, wonach die Volksgeschichte den Blick „auf die ‘Macht’ der Verhältnisse, des Zuständlichen“ lenkt. Dadurch habe sie Verfahren tendenziell antizipiert, die – entsprechend weiterentwickelt – später rationale Beiträge zur Entzauberung der Gegenwart leisten konnten. Aber die Volksgeschichte selbst sei nur ansatzweise dazu in der Lage gewesen, denn ihre Absicht, „Beiträge zur etnisch-nationalen Selbstvergewisserung liefern zu wollen, unterhöhlte ihre wissenschaftliche

9 W. Oberkrome, *Volksgeschichte* (Anm. 4), S. 225.

10 Ebenda.

11 Ebenda, S. 226.

12 Vgl. P. Wagner, *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980*, Frankfurt a. M./New York 1990.

Potenz.“¹³ In diesem Statement scheint mir eine Blickverengung zu liegen, die verhindert zu sehen, daß auch ideologisch kontaminierte Ansätze sich gerade dann nicht gegen den Zwang zur Realitätswahrnehmung immunisieren können, wenn sie die selbst gesetzten politischen Intentionen erfüllen wollen und sich deswegen der wissenschaftlichen Erfassung empirischer Tatbestände zuwenden müssen.¹⁴

Wenn Oberkrome in einem späteren Aufsatz vier Gemeinsamkeiten zwischen volkshistorischer Methodologie und sozialgeschichtlichen Ansätzen herausarbeitet, gewinne ich den Eindruck, daß er ganz im Gegensatz zu seiner referierten Auffassung zeigt, wie ideologische Kompatibilität und sozialtechnische Brauchbarkeit kein Hindernis, sondern umgekehrt beschleunigende Faktoren der umstrittenen Modernisierung tradierter fachwissenschaftlicher Sichtweisen sind. So war die volkshistorische Methodologie komparativ angelegt, förderte quantifizierende Untersuchungen, war interdisziplinär und erklärtermaßen theorieorientiert.¹⁵ Die komparativ angelegten Untersuchungen sollen demnach zwar weltanschaulich korrekt beispielsweise die „materiellen Alltagsbedingungen volklichen Daseins“ erfassen, was aber nur gelingen kann, wenn mit Mitteln der empirischen Sozialforschung die „volkliche“ Realität auch tatsächlich abgebildet wird. Werden dann Sachverhalte quantifiziert, so ist deren ideologiekonforme Interpretation – selbst gegenüber regimetreuen Auftraggebern oder Verwendern – nur noch um den Preis der Unglaubwürdigkeit zu haben. Dieser Effekt wird durch Interdisziplinarität noch gesteigert, was auch durch den selbst gesetzten Anspruch der theoretischen Untermauerung der Volksge-

13 W. Oberkrome, *Volksgeschichte* (Anm. 4), S. 229.

14 Dieselbe Blickverengung scheint mir auch bei Jürgen Kocka gegeben zu sein, der wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung nur unter weltfremden ethischen Konditionen für möglich hält. „Wie kommt es, daß ein so aufklärungsfremdes, partikularistisches, vielfach irrationales und reaktionäres geistig-politisches Milieu wie das der damaligen ‘Volksgeschichte’ dem Fortschritt einer Wissenschaft förderlich sein kann, die wie die Geschichtswissenschaft intensivst in ihre jeweilige Zeit verwoben ist und die, wie jede wirkliche Wissenschaft, universalistischen Grundprinzipien und aufklärerischen Triebkräften verpflichtet ist? Das Verhältnis von gesellschaftlich-politischer und wissenschaftlicher Progressivität scheint verwickelter zu sein, als man manchmal denkt.“ J. Kocka, *Ideologische Regression und methodologische Innovation. Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften in den 1930er und 40er Jahren*, in: *Historiographiegeschichte als Methodologiegeschichte*. Zum 80. Geburtstag von Ernst Engelberg, Berlin 1991, S. 182-186, hier: 185f. Wissenschaftliche Progressivität wird (nicht nur) im Fall der Volksgeschichte – scheinbar paradox – durch den ideologiebrechenden Zwang zu politisch notwendiger Realitätswahrnehmung erwirkt.

15 Vgl. W. Oberkrome, *Aspekte der deutschsprachigen „Volksgeschichte“*, in: M. Garleff (Hrsg.), *Zwischen Konfrontation und Kompromiß. Oldenburger Symposium: „Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930/1940er Jahre“*, München 1995, S. 37-46, hier: S. 44.

schichte nicht in Frage gestellt wird, wenn man akzeptiert, daß ihre Praxis nicht auf eine Konfirmierung von Volkwerdungs*ideologien* hinauslief. Oberkrome zitiert aus dem Vorwort zum *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*, wonach „die theoretischen Systembildungen ständig an der Wirklichkeit geprüft werden“¹⁶ müßten. Zwei Jahre später verweist er darauf, daß die Redaktion des *Handwörterbuchs* eine „klassisch-politikgeschichtliche Behandlung von nationalsozialistischen Problemen“ strikt ablehnt. So wird an einem eingereichten Manuskript zur Geschichte Ungarns kritisiert, es berücksichtige nur die politisch führende Schicht. Gefordert wird eine „wirkliche Volksgeschichte“, die auch die „unteren sozialen Schichten“ erfasse, um „ein volles Bild der Wirklichkeit zu gewinnen.“ Dies kann nur mit Hilfe von Datensammlungen aller Art erfolgen. „Die erwünschte historiographische Plastizität sei hauptsächlich mit Hilfe von statistischen Erhebungen über die ethnische Zusammensetzung regionaler Berufsgruppen, über gewerbliche und landwirtschaftliche Besitz- und Betriebsgrößen bzw. über Siedlungs- und Rechtsformen zu erlangen.“¹⁷

In seiner wohl jüngsten Beschäftigung mit dieser Problematik konzediert Oberkrome dann auch, daß „elaborierte Realanalysen“ angefertigt wurden und Königsberger Studien „die als unanfechtbar geltenden Theorien der Ipsen-Schule offen ad absurdum führten.“¹⁸ Von dieser Feststellung aus glaube ich, die Rolle der Soziologie für die politische Volksgeschichte und spätere Struktur- oder Sozialgeschichte angehen zu können. Selbst wenn deren Protagonisten Freyers Volkwerdungstheorie oder Ipsens anachronistische agrarsoziologische Programmatik als Referenz ansahen oder sogar ausdrücklich angaben, die Reform tradierten historiographischen Denkens entsprang meines Erachtens der ergebnisoffenen Zuwendung zum gegebenen Sozialen – mit politischer Zwecksetzung!

Innovative Volksgeschichte mit „braunen Wurzeln“ und die Rolle der Soziologie

Bevor dieser Gedanke jedoch fortgeführt werden kann, soll geprüft werden, wie westdeutsche Historiker der ersten oder zweiten Nachkriegsgeneration das Verhältnis von Soziologie und Geschichte und die Entwicklung der So-

16 Ebenda, S. 45, Hervorhebung von mir.

17 W. Oberkrome, *Geschichte, Volk und Theorie*. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“, in: P. Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft* (Anm. 2), S. 104-127, hier: S. 113, Hervorhebung von mir.

18 W. Oberkrome, *Historiker im „Dritten Reich“*. Zum Stellenwert volkshistorischer Ansätze zwischen klassischer Politik- und neuerer Sozialgeschichte, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 50 (1999), S. 74-98, hier: S. 95.

zialgeschichte sehen. In dem von Konrad Jarausch und Rüdiger Hohl initiierten Internet-Projekt, „Fragen die nicht gestellt wurden! Interviews über die deutsche Geschichtswissenschaft in den 1950/60er Jahren zwischen Kontinuität und Aufbruch“, wird auch die Frage nach den „braunen Wurzeln“ der Sozialgeschichte und dem „innovativen Gehalt der Volksgeschichte“ gestellt. Hohls und Jarausch sagen in der Einführung zur Druckfassung der Interviews zwar, die Gespräche hätten erwartungsgemäß „wenig Neues zum eigentlichen Verhalten der Historiker im Dritten Reich“¹⁹ ergeben. In den Interviews finden sich aber durchaus einige – wenn auch sehr unterschiedliche – Einschätzungen.

Immanuel Geiss bewältigt das Thema, indem er auf den „Bruch mit der Kontinuität“ verweist, den die „linke Sozialgeschichte“ vollzogen habe, so daß man ihr „die erst jetzt bekanntgewordene braune Vergangenheit der Brunner und Conze“ nicht anlasten könne.²⁰ Es hat den Anschein, daß Geiss die Existenz einer nicht-linken Sozialgeschichte nicht wahrnimmt und die Frage nach dem innovativen Charakter der Volksgeschichte für ihn keine Bedeutung hat. Auch Helga Grebing dachte mit Blick auf Werner Conze, „wer soloh eine große Rolle in der neueren Historiographie spielt – in diesem Sinne war ich dann naiv – der wird wohl kein Nazi gewesen sein.“ Außerdem war ihrer Meinung nach die NS-Volksgeschichte als Vorläufer der Sozialgeschichte nie relevant. „Wenn die Sozialgeschichte eine Trendsetter-Funktion gehabt hat, dann durch Leute wie [Hans] Rosenberg und deren Fragestellungen.“²¹ Allerdings räumt sie ein, daß es interessant sein könnte zu erfahren, wie sich Hans-Ulrich Wehler als jahrelanger Assistent Theodor Schieders wohl dazu äußern würde. Aber wie schon bei Geiss wird ein von den Interviewern vermutetes Problembewußtsein nicht sichtbar. Michael Stürmer hingegen wählt gezielt die Strategie des Ausweichens vor einer direkten Antwort: „Die Volksgeschichte geht weit zurück – bis auf die Romantik. Man muß die Weltgeschichte nicht immer mit den Nazis beginnen lassen. (...) Die Struktur- und Sozialgeschichte (VSWG) gab es schon vor dem Dritten Reich. Das ließ sich umakzentuieren und er-

19 R. Hohls/K. H. Jarausch, Brechungen von Biographie und Wissenschaft. Interviews mit deutschen Historikern/innen der Nachkriegsgeneration, in: dies. (Hrsg.), *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart/München 2000, S. 15-54, hier: S. 29. Vgl. zur Internet-Version: K. H. Jarausch/R. Hohls, *Fragen, die nicht gestellt wurden!* http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/intervie/a_fragen.htm. Die Interviews sind inzwischen nicht mehr aufzufinden, auf einzelne Differenzen zwischen Internet- und Druckfassung mache ich weiter unten aufmerksam.

20 Interview mit I. Geiss, in: R. Hohls/K. H. Jarausch (Hrsg.), *Versäumte Fragen* (Anm. 19), S. 218-239, hier: S. 231.

21 Interview mit H. Grebing, in: ebenda, S. 144-162, hier: S. 157, 159.

schien so wieder passend. Alles, fast alles in diesen geistigen Dingen ist eben ambivalent.“²² Und Gerhard A. Ritter meint, die Bedeutung der Rolle der Volksgeschichte werde für die Entwicklung der deutschen Sozialgeschichte „sehr überzogen“²³ dargestellt. Obwohl diese abwehrenden, wenn auch in Teilen richtigen Argumentationen sich um eine inhaltliche Stellungnahme drücken, sprechen sie doch das Problem an, wie überhaupt das Verhältnis von Fachwissenschaften zueinander im Kontext politisch-weltanschaulicher Diskurse zu bestimmen ist.

Reinhard Rürup konzediert der Volksgeschichte, daß sie innovativ war, weil sie eine Emanzipation von der „Politikgeschichte“ und der „staatszentrierten Geschichte“ beinhalte. Dies gilt für ihn aber nur unter der Voraussetzung, „daß das völkische Denken noch nicht durch das nationalsozialistische System gegangen und somit noch nicht in der Eindeutigkeit durch die großen Verbrechen diskreditiert war.“²⁴ Damit weiß man aber nun nicht, ob wissenschaftliche Innovationen tatsächlich ihren Wissenschaftscharakter dadurch verlieren, daß sie im Kontext verbrecherischer Politik entstanden sind. Denn, wenn man die Emanzipationsleistung der Volksgeschichte unter anderem in der Soziologisierung tradierten historiographischen Denkens verortet, kann man ihr innovative Potenz nicht absprechen. So sieht Heinrich August Winkler das „methodisch Anregende“ der Arbeiten von Conze, Brunner und Th. Schieder darin, daß sie eine Lücke füllten, die „durch Ausblenden bestimmter Wirklichkeitsbereiche entstanden war.“²⁵

Hans-Ulrich Wehler, der sein Diplom mit dem Hauptfach Soziologie bei René König gemacht hat, bezeichnet das *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums* trotz aller Bedenken als ein „irgendwie doch imponantes Werk“²⁶, auf dessen Konzeption und Inhalt Gunther Ipsen großen Ein-

22 Interview mit M. Stürmer, in: ebenda, S. 358-368, hier: S. 364. Auch Hans Mommsen bemüht sich, die wissenschaftlichen Wurzeln der Sozialgeschichte hinter ihrer rassenbiologischen Pervertierung verschwinden zu lassen; vgl. Interview mit H. Mommsen, in: ebenda, S. 163-190, hier: S. 182f.

23 Interview mit G. A. Ritter, in: ebenda, S. 135. Hartmut Lehmann sagt zur Frage nach dem innovativen Gehalt der Volksgeschichte nur: „Ganz gering.“ Interview mit H. Lehmann, in: ebenda, S. 319-341, hier: S. 335.

24 Interview mit R. Rürup, in: ebenda, S. 267-280, hier: S. 275. Gegenüber der Internetfassung spricht Rürup hier nur noch vom Innovationspotential, das er jedoch „langfristig“ für begrenzt hält.

25 Interview mit H. A. Winkler, in: ebenda, S. 369-382, hier: S. 379.

26 Interview mit H.-U. Wehler, in: ebenda, S. 240-266, hier: S. 257. Vielleicht hat Rudolf Vierhaus auch an das Handwörterbuch gedacht, wenn das „innovative Element“ der Volksgeschichte „die Interdisziplinarität landesgeschichtlicher Fragestellungen, die Abkehr von einseitiger ‚politischer‘ Geschichtsschreibung“ war. Interview mit R. Vierhaus, in: ebenda, S. 75-88, hier: S. 86.

fluß hatte.²⁷ Er kann aber seit den 1960er Jahren keine braunen Wurzeln mehr finden. Eine klare Aussage über den innovativen Gehalt der Volksgeschichte trifft er dennoch nicht. Man gewinnt eher den gegenteiligen Eindruck, wenn es heißt:

„Von den leitenden Fragestellungen der Volksgeschichte ist jedoch bei diesen Männern [Conze, Brunner, Th. Schieder, C.K.] kaum mehr etwas da. In der zweiten Auflage von 'Land und Herrschaft' schreibt Brunner – sprachkosmetisch – statt 'Volksgeschichte' jetzt 'Strukturgeschichte'. Auch Conze spricht seit den frühen 50er Jahren von 'Sozialgeschichte'. Man kann das natürlich als schlichte Umtaufung betrachten. Schieder schreibt keinen einzigen Satz Sozialgeschichte, Conze sehr wohl, aber das ist dann nicht mehr 'Volksgeschichte'.“²⁸

Man erfährt nicht, was Volksgeschichte eigentlich war und Sozialgeschichte, die sich ja unterscheiden soll, eigentlich ist. Ihre Entsoziologisierung kann es nicht sein, da Wehler schon 1976 in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Band, „Geschichte und Soziologie“, hervorgehoben hat, daß namentlich die moderne Sozialgeschichte „sich gegenüber der Soziologie keineswegs abgekapselt“²⁹ habe. Möglicherweise beginnt auch für Wehler die moderne Sozialgeschichte aber erst mit der Rezeption von Max Weber, den er durch den „großen Weber-Kenner“³⁰ Theodor Schieder 1955/56 kennenlernte. Für Winkler ist es eine ausgemachte Sache, daß die Sozialgeschichte für die Nachkriegsgeneration erst fruchtbar wurde, „seit sie Max Weber rezipierte.“ Daneben spielten Marx und der Marxismus sowie Hans Rosenberg auch eine wichtige Rolle. „In der Gesamtbilanz ist die

27 Vgl. C. Klingemann, Zur Rolle der Soziologie in der Ostforschung während des Nationalsozialismus, in: J. Hackmann/R. Jaworski/J. M. Piskorski (Hrsg.), „Deutsche Ostforschung“ und „polnische Westforschung“ im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik seit 1918, Osnabrück (erscheint) 2002; ders., Soziologen in der Westforschung während des Nationalsozialismus, in: B. Dietz/H. Gabel/G. Mölich (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Münster (erscheint) 2002. Zu Ipsens angeblicher Rolle eines Begründers der Bevölkerungssoziologie, vgl. C. Klingemann, Bevölkerungssoziologie im Nationalsozialismus und in der frühen Bundesrepublik: Gunther Ipsen, in: R. Mackensen (Hrsg.), Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“, Opladen (erscheint) 2002. Ipsen bearbeitete für den Großen Brockhaus, der in den fünfziger Jahren in einer Neuauflage erschien, unter anderem die Stichwörter zu den Artikelgruppen Agrarsoziologie, Bevölkerungspolitik und Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte; vgl. C. Klingemann, Semantische Umbauten im Kleinen Brockhaus von 1949/50 und im Großen Brockhaus der fünfziger Jahre durch die Soziologen Hans Freyer, Arnold Gehlen, Gunther Ipsen und Wilhelm Emil Mühlmann, in: G. Bollenbeck/C. Knobloch (Hrsg.), Semantische Umbauten (erscheint) 2002.

28 Interview mit H.-U. Wehler (Anm. 26), S. 258.

29 H.-U. Wehler, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Geschichte und Soziologie, Köln 1976, S. 11.

30 Ebenda, S. 8.

Sozialgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland doch mindestens genauso stark von Emigranten aus den angelsächsischen Ländern wie von ehemaligen 'Volkstumforschern' geprägt worden.³¹

Wolfgang Schieder bemerkt im Zusammenhang seiner Einschätzung der Arbeiten von Conze aus der NS-Zeit, dieser „galt im ‚Dritten Reich‘ zunächst denn auch mehr als Soziologe denn als Geschichtswissenschaftler.“³² Später diskutiert er die Entwicklung von der Volksgeschichte zur Sozialgeschichte und die Rolle, die Conze dabei spielte. Man müsse die theoretische Zielsetzung und die angewandten Methoden unterscheiden, weiterhin sei die Volksgeschichte außerordentlich unterschiedlich strukturiert gewesen.

„So wie sie Conze betrieben hat – gewissermaßen der sozialwissenschaftliche Ansatz –, war sie etwas völlig anderes als etwa bei Heinrich von Srbik oder auch bei Hans Rothfels, die beide rein ideengeschichtlich orientiert waren. Bei Otto Brunner war die Volksgeschichte sozialgeschichtlich, aber keineswegs sozialwissenschaftlich orientiert. Man konnte also mit sehr unterschiedlichen Methoden Volksgeschichte betreiben, und es liegt deshalb auf der Hand, daß sich die moderne Sozialgeschichte nur aus einer ganz bestimmten Richtung der Volksgeschichte entwickeln konnte. [Hier ist neben anderen Veränderungen gegenüber der Internet-Fassung der Satz verschwunden: „Wenn man sich die Ergebnisse bei einigen ansieht, würde ich sagen, daß das innovative Methoden waren.“] Die verschiedenen Volkshistoriker waren sich nur einig in der fatalen politischen Zielsetzung, daß man die 'völkischen Grenzen' Deutschlands in irgendeiner Form erweitern müsse. Es gab also eine politische Verständigung über die anzustrebenden Ziele, während die wissenschaftlichen Methoden, und auf diese zielte ja Ihre Frage, durchaus unterschiedlich waren. Nur zu einem Teil ist die moderne Sozialgeschichte mithin auf die Volksgeschichte rückführbar.“³³

Grundsätzlich ist Schieder darin zuzustimmen. Nur kann ihm nicht gefolgt werden, wenn er ganz im Gegensatz zu seinen Äußerungen im Internet-Interview über Conzes ethnohistorische Schlußfolgerungen („Entjudung“, „Umvolkung“), die dieser zum Beispiel aus seinen realistischen Beobachtungen der sozialen Verelendungstendenzen gezogen hatte, nun feststellt:

31 Interview mit H. A. Winkler (Anm. 25), S. 379.

32 Interview mit W. Schieder, In: R. Hohls/K. H. Janusch (Hrsg.), *Versäumte Fragen* (Anm. 19), S. 281-299, hier: S. 290. Schieder hat gegenüber der Internet-Fassung für die gedruckte Version seines Interviews Änderungen vorgenommen, die über rein stilistische hinausgehen. Dabei fallen auch zwei Interviewer-Fragen weg und die Themen „Entjudung“ von polnischen Dörfern und „Umvolkung“ der in „Gemengelage“ zusammenlebenden Juden, Polen und Deutschen sowie Ukrainer und Weißrussen. Ich zitiere die gedruckte Fassung, da für meine Argumentation die ursprünglichen Formulierungen nicht aussagekräftiger sind. Auf Conzes Antisemitismus wird weiter unten näher eingegangen.

33 Ebenda, S. 292f.

„Denn seine scheinbar rational abgeleiteten soziologischen Begriffe waren, wie in der ganzen ‚deutschen Soziologie‘, durchweg völkisch kontaminiert.“³⁴ Conzes Dissertation ist eher als überzeugende Emanzipation von völkischer Phraseologie hin zu realsoziologischer Analyse zu lesen.

Jürgen Kocka sieht bei Conze gewisse Innovationen „in methodischer Hinsicht“ und Neigungen zu statistischen und kartographischen Arbeiten. Nur fehle der Volksgeschichte „die Einsicht in die Dynamik sozialer Klassen, die Einsicht in soziale Konflikte.“ Dies liege daran, daß etwa Conze zwar mit Soziologen kooperierte, „allerdings nur Soziologen besonderer Art wie Hans Freyer, also Vertretern einer ‚deutschen‘ Soziologie, nicht etwa mit Marx oder Weber.“³⁵ Wie noch gezeigt wird, hieß gerade Freyer während des Dritten Reichs Max Weber die Treue. Und seine „Revolution von rechts“ aus dem Jahr 1931 ist keine Absage an Marx, sondern reproduziert dessen Klassen- und Revolutionstheorie auf verblüffend authentische Weise. Eine erfolgreiche Revolution (jetzt allerdings „von rechts“) kann nach Freyer (und nach Marx, im Gegensatz zu Lenin) nur unter entwicklungshistorisch ‚reifen‘ Bedingungen stattfinden. „Unter den Hüllen und in den Formen einer bestehenden Gesellschaft haben sich die Elemente einer neuen gebildet.“ Eine weitere Voraussetzung ist die ebenso von Marx postulierte bipolare Klassenkonstellation.

„In jeder echten Revolution ist die Wirklichkeit derart auf zwei vollwertige Gegner, auf zwei Ganzheiten mit entgegengesetztem Vorzeichen zusammengezogen; und nur wo ein solcher Dualismus hart auf hart steht, ist echte Revolution. Ein besonderer Stand muß zum Repräsentanten der Rechte und Ansprüche der Gesellschaft selbst, er muß der Stand der Befreiung *par excellence* geworden sein. Ein anderer Stand muß der offenbare Stand der Unterjochung und des sozialen Verbrechens geworden sein.“

Und für Freyer ist der Klassenkonflikt keineswegs bereits stillgestellt. Die „Revolution von rechts“ wird nämlich „den verstockten Klassegegensätzen einer hüben wie drüben kleinbürgerlich gewordenen Welt zwar nicht ihre Realität, aber ihren Dünkel, politisch produktiv zu sein, mit Erfolg bestreiten.“³⁶

Nicht nur Freyer, auch Ipsen operierte mit einem quasi-marxistischen Klassenkonzept³⁷, was ihre Schüler sicherlich beeinflußt haben dürfte. Von daher ist auch Wolfgang Mommsens Separierung der modernen Sozialge-

34 Ebenda, S. 290.

35 Interview mit J. Kocka, in: ebenda, S. 395.

36 H. Freyer, Revolution von rechts, Jena 1931, S. 13, 12, 5.

37 Vgl. zum Beispiel seinen Artikel „Die volkspolitische Lage des deutschen Bergbaus“, in: C. Petersen/O. Scheel/P. H. Ruth/H. Schwalm (Hrsg.), Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Bd. 1, Brestau 1933, S. 375-389.

schichte von der Volksgeschichte, da diese sich eben auf Volk und nicht auf alle gesellschaftlichen Schichten und Formationen beziehe, überdies ihre Innovationen „zum großen Teil aus der Geographie“³⁸ stammten, wenig überzeugend. Die paradigmatische Stellung, die Conzes Dissertation über die Sprachinsel *Hirschenhof* einnimmt, beruht aber gerade darauf, daß er Volk eben nicht völkisch wahrnimmt und damit die sozial-empirische Volksgeschichte begründet. „Volk‘ muß man in seinen Erscheinungsformen wahrnehmen“, was dazu führt, wie Winfried Schulze weiter argumentiert, daß das staatsorientierte Grundparadigma der Geschichtswissenschaftler „auf die Gesellschaft gelenkt worden“³⁹ ist.

Es versteht sich von selbst, daß die moderne Sozialgeschichte viele Wurzeln gehabt hat, jedoch kommt Conze nicht nur im Hinblick auf die Gründung des *Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte* eine besondere Rolle zu. In den zu kleinen Abhandlungen gediehenen Nachrufen auf ihn von Reinhart Koselleck und Wolfgang Schieder wird sein Wirken durch den *Arbeitskreis* selbstverständlich gebührend herausgestellt. Sie thematisieren aber auch ausführlich das Verhältnis von Geschichte und Soziologie. Einleitend hält Schieder zu Recht fest, daß Conze „sein so ungewöhnliches historiographisches Programm eigentlich nicht systematisch entfaltet“ habe, eine „wirkliche Theorie der Sozialgeschichte gibt es von ihm nicht.“⁴⁰ Aber seine eben erwähnte Dissertation über *Hirschenhof* enthalte bereits das spätere sozialgeschichtliche „Programm einer Verbindung von Geschichte und Soziologie.“ Darin dokumentiere sich „der große Einfluß, den die ‘Leipziger Soziologie’ (Hans Linde) der frühen dreißiger Jahre auf den angehenden Historiker hatte.“⁴¹ Die Leipziger Schule soll laut Schieder aber auch noch in der Bundesrepublik entscheidend für Conzes soziologische Fundierung der Sozialgeschichte gewesen sein. „Conzes feste Veran-

38 Interview mit W. Mommsen, in: R. Hohls/K. H. Jarausch (Hrsg.), *Versäumte Fragen* (Anm. 19), S. 191-217, hier: S. 210. Andererseits konzidiert er bezüglich der von Theodor Schieder geleiteten Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte, es wurden von ihr „die genaue Erfassung und historiographische Verortung der Siedlungsverhältnisse in den Grenzregionen und deren Veränderungen in Zeit und Raum zu einem Forschungsobjekt erhoben, unter Kombination von herkömmlichen historischen mit ethnographischen, siedlungsgeographischen und soziologischen Methoden.“ W. J. Mommsen, Vom „Volkstumskampf“ zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Osteuropa. Zur Rolle der deutschen Historiker unter dem Nationalsozialismus, in: W. Schulze/O. G. Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Frankfurt a. M. 1999, S. 183-214, hier: S. 192.

39 Interview mit W. Schulze, in: R. Hohls/K. H. Jarausch (Hrsg.), *Versäumte Fragen* (Anm. 19), S. 421.

40 W. Schieder, Sozialgeschichte zwischen Soziologie und Geschichte. Das wissenschaftliche Lebenswerk Werner Conzes, in: *Geschichte und Wissenschaft* 13 (1987), S. 244-266, hier: S. 245.

41 Ebenda, S. 252.

kerung, wenn auch von vorneherein erstaunlich selbständige Stellung in der 'deutschen Soziologie' der Leipziger Schule, macht es verständlich, daß er nach 1945 häufig nur diese meinte, wenn er von 'Soziologie' sprach.⁴² Ob der soziologische Charakter der Vor- wie Nachkriegssozialgeschichte wirklich auf den Kanon einer „Leipziger Schule“ der Soziologie der „Volkwerdung“ zurückzuführen ist, soll hier nachdrücklich bezweifelt werden, obwohl diese Auffassung nicht nur von Schieder vertreten wird. Der Verweis von Winfried Schulze auf Passagen der Darstellung einer „Deutschen Soziologie“, die mit einem große „D“ ausgewiesen werden muß⁴³, geht ebenfalls ins Leere, da die von ihm angeführten Seiten keine Ausführungen zum Verhältnis von Geschichte und Soziologie – wie das übrigens ganze Buch – enthalten.⁴⁴ So spielt auch zum Beispiel Werner Conze keine Rolle in dieser Geschichte der „Deutschen Soziologie“, die zwar das Thema „Volkwerdung“ intensivst abhandelt, aber den Entstehungskontext der späteren Sozialgeschichtsschreibung überhaupt nicht wahrnimmt.⁴⁵

Schieder weist ergänzend auf die Faszination Conzes von den bevölkerungs- und agrarsoziologischen Methoden Gunther Ipsens hin, die integraler Bestandteil der „Leipziger Soziologie“ sein sollen.

„Es ist nicht verwunderlich, daß der junge, auf der Suche nach neuen Wegen befindliche Historiker Conze mit manchen Grundsätzen dieser in vieler Hinsicht so problematischen 'deutsch-völkischen' Soziologie übereinstimmte. Freyers und Ipsens Theorie der 'Volkwerdung', die das 'Volk' als sowohl die 'Gesellschaft' wie den 'Staat' übergreifende Zentralkategorie der Soziologie verstand, schien ihm die Möglichkeit zu bieten, die einzigartige nationale Gemengelage in Ostmitteleuropa historisch angemessen zu analysieren.“⁴⁶

42 Ebenda, S. 254.

43 O. Rammstedt, *Deutsche Soziologie 1933-1945. Die Normalität einer Anpassung*, Frankfurt a. M. 1986.

44 Vgl. W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (Anm. 3), S. 293.

45 Das wird besonders in der Steigerung des wirklichkeitsfremden Begriffs des Volkes in volkstumstheoretischen Traktaten durch Rammstedt deutlich: „Volk wurde hier zur totalisierten sozialen Bewegung, wenn dem Zu-sich-selbst-Kommen des Volkes, also der 'Volkwerdung' in Freyers Terminologie, die Gleichschaltung des Zwecks des Volkes als des Ganzen mit der Motivation des Trägers der Bewegung eingefügt wurde.“ O. Rammstedt, *Deutsche Soziologie* (Anm. 43), S. 33. Deswegen kann Rammstedt auch die innovativen Potenzen der historisch-soziologischen Volksforschung, die Mittel der empirischen Sozialforschung einsetzte, nicht erkennen: „Die Volkwerdung in all ihren Facetten war den Deutschen Soziologen ein politischer Prozeß, denn Volk im angesprochenen Sinne sei immer politisches Volk. Aber die Volkwerdung war ihnen nicht etwas, was sich per se entwickelt, daher lehnten sie auch strikt ein organisches Verständnis von Volk ab; die Volkwerdung sei vielmehr abhängig vom willentlichen Wandel der Bevölkerung. Volk sei nicht länger analog zu Gesellschaft in der bürgerlichen Zeit Objekt der Soziologie; Volk war für die Deutsche Soziologie Subjekt. Gerade darin glaubte sie sich von allen anderen Soziologien absetzen zu können.“ Ebenda, S. 36.

46 W. Schieder, *Sozialgeschichte* (Anm. 40), S. 252.

Volkwerdungsutopien mögen von Freyer und Ipsen verkündet worden sein, operationalisierbar für konkrete empirische Forschung waren sie meines Erachtens nicht. Die bewußte Zusammenführung von historischer und soziologischer Perspektive ließ nur die Möglichkeit einer nicht realitätsblinden Arbeit. Die so gefundenen Erkenntnisse waren gerade deswegen als handlungsrelevant für die Volkstumspolitik darzustellen, die mit ethnosozziologischen Einheiten operierte, die eben nicht der NS-Volkstheorie zu entnehmen waren.⁴⁷

Empirische Volksforschung

Volkstumspolitische Konzepte konnten nur dann politikberatende Funktion haben, wenn sie forschungsstrategisch so angelegt wurden, daß sie auch nach 1945 – wiewohl nicht intendiert – innovativ für die moderne Sozialforschung sein konnten, bringt Reinhart Koselleck in seinem Nachruf auf Werner Conze den Sachverhalt prägnant auf den Punkt.

„Ipsen zielte als Soziologe und Demograph auf die konkreten Lebensseinheiten, aus denen sich ein Volk zusammensetzt, besonders auf die bäuerlichen und unterbäuerlichen Schichten, deren generatives Verhalten nicht nur durch Sitte und Gesetz reguliert oder durch herrschaftliches Recht gesteuert wurde, sondern ebenso abhängig war von dem Nahrungsspielraum, der einer jeweils verschieden situierten Familie zur Verfügung stand. Geburten- und Sterbeziffern, statistisch aufbereitet, korreliert mit Besitz, Erbrecht und Familiengröße, auch mit Lohn- und Preisreihen, erlaubten es dann, langfristige Bevölkerungsbewegungen und Verhaltenswandel zu erklären, ohne darüber die Anschauung vom arbeitsreichen Leben auf dem Hof und dem Feld zu verlieren. In einem Satz, eine Nation, wie immer sie sich politisch konstituiert, ist zunächst einmal eine Geschichte gesell-

47 Vgl. E. Leuschner, Nationalsozialistische Fremdvolkpolitik, o.O., o.J. (ca. 1942); C. Klingemann, Nationalsozialistischer Irrationalismus und sozialwissenschaftliche Vernunft: Sozialwissenschaftliches Argumentieren im Kontext des nationalsozialistischen Rassenwahns, in: E. Geldbach (Hrsg.), Vom Vorurteil zur Vernichtung? „Erinnern“ für morgen, Münster 1995; ders., Soziologie in der Ostforschung (Anm. 27). Die im Rahmen der Westforschung sich beteiligenden Soziologen wie Max Hildebert Boehm, Ernst Wilhelm Eschmann und Gunther Ipsen übten sich im Gegensatz zum Ipsen-Schüler Helmut Klocke und dem Leiter des Soziographischen Instituts an der Universität Frankfurt am Main Ludwig Neundörfer in historisierender Legitimationsbeschaffung für eine deutsche Westexpansion und europäischer Hegemonie; vgl. ders., Soziologen in der Westforschung (Anm. 27). Zu Neundörfers sozialwissenschaftlicher Politikberatungsaktivitäten für diverse NS-Einrichtungen, vgl. das Kapitel „Das Soziographische Institut an der Universität Frankfurt am Main“, in: ders., Soziologie im Dritten Reich, Baden-Baden 1996, S. 87-102; W. Pyta, „Menschenökonomie“. Das Ineinandergreifen von ländlicher Sozialraumgestaltung und rassenbiologischer Bevölkerungspolitik im NS-Staat, in: Historische Zeitschrift 273 (2001), S. 31-94

schaftlicher Schichten, in verschieden schnellen, auch konjunkturabhängigen Wandlungsprozessen begriffen.“⁴⁸

Diese seine Beschreibung des tatsächlichen materialen Gehalts der empirischen Soziologie Ipsens nennt Koselleck selbstimmunisierend eine „plakative Skizze“, die verdeutlichen solle, daß die „soziographisch analysierte Gesellschaft“ von Ipsen und Conze „Volk“ genannt wurde, was Konsequenzen gehabt habe. Eine Konsequenz war, daß Conze 1938 nicht nur „zwei, drei Sätze“ geschrieben hat, „die eine propolnische, antisemitische Pointe zu erkennen“⁴⁹ gaben, sondern die im Kontext der letzten Endes mörderischen NS-Umvolkungspolitik bewertet werden müssen.⁵⁰ Diese Feststellung widerspricht nicht der Tatsache, daß Conzes Soziologie gerade nicht mit einem mystischen Volksbegriff operiert, wie ihn nationalsozialistische Volkstumstheoretiker bevorzugten.⁵¹ Weil Conze Volksgemein-

48 R. Koselleck, Werner Conze. Tradition und Innovation, in: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 529-543, hier: S. 534f.

49 Ebenda, S. 535.

50 In einem achtseitigen Abschnitt über „Werner Conze und die Judenfrage“ präsentiert Götz Aly eine Reihe von rhetorischen Fragen, die suggerieren, daß Conzes Entjudungsvorstellungen im Grunde auf die Ermordung der Juden zielten. Schließlich heißt es, die Wissenschaftler, darunter Conze, „wiesen einen Weg, der die ursprünglich getrennten Projekte ‚soziale Neustrukturierung‘, ‚Germanisierung‘ und ‚Entjudung‘ in eins setzte. Sie wurden so zu sich gegenseitig bedingenden und fördernden Bestandteilen eines Programms, das seine mörderische Dynamik erst in dieser geradezu teuflischen Mischung entfaltete.“ G. Aly, Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 169; vgl. ders., Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufen der physischen Verdichtung, in: W. Schulze/O. G. Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker (Anm. 38), S. 163-182. Angesichts der heteronomen politischen, ideologischen, ökonomischen, administrativen und militärischen Elemente der Entscheidungsfindungsprozesse, die die Ermordung der Juden zur Folge hatten, scheint mir die Bedeutung Conzes und anderer geistes- und sozialwissenschaftlicher Volkstumsexperten zu stark gewichtet zu sein. Insofern kann ich Susaane Heim und Ulrike Schaz zustimmen, die in einem Kapitel über „Die ‚Judenfrage‘ als ‚Bevölkerungsfrage‘“ auf die auch von Conze vertretenen Vorschläge zur Verknüpfung von Wirtschafts- und Judenpolitik hinweisen, die sich „rückblickend wie eine Handlungsanweisung für die deutsche Besatzungspolitik“ läsen. S. Heim/U. Schaz, Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte, Berlin 1996, S. 55. Dagegen wartet Ingo Haar mit einer anderen Überzeichnung der Rolle Conzes als Politikberater auf, wenn er meint, dessen „wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten“ und damit einhergehende „fachbedingte Recherchearbeiten“ wie auch die anderer „ostdeutscher Historiker“ könnten „genauso gut als eine Art Agententätigkeit bezeichnet werden.“ I. Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000, S. 286. Conzes Politiknähe wird damit begründet, daß sich Werner Essen, Volkstumsreferent im Reichsinnenministerium, für den Druck seiner Habilitationsschrift einsetzte; vgl. ebenda, S. 316-318.

51 Irmeline Veit-Brause hält fest, „Conze’s empirical analysis clearly distances itself from such ideological mystifications as Ipsen’s or Freyer’s“ bei der Behandlung des Zusammenhangs von Industrialisierung und dem Wandel der Agrarstruktur. I. Veit-Brause,

schaft, wie Koselleck sagt, „durch ein wissenschaftlich stringentes Raster in seine sozialen Elemente zerlegt“, ist sein Ansatz noch nach 1945 tatsächlich modern. Im Gegensatz zu programmatischen Auslassungen Hans Freyers zur Volkwerdung setzte sich Conze mit der konkreten Realität auseinander.

„Aus der immer schon soziologisch begriffenen Volksgeschichte wurde jetzt ‘Strukturgeschichte’. Das anfangs politisch motivierte erkenntnisleitende Interesse am Volk als Nation hatte zu methodischen Verfahren geführt, die unabhängig von der weltanschaulichen Ausgangsposition überprüfbar und korrigierbar sind. Der Paradigmenwechsel, wie er seit Kuhn genannt wird, hier vom ‘Volk’ zur ‘Struktur’ enthüllt sich als ein reiner Wortwechsel, der den einmal ausgelösten Erkenntnisfortschritt formalisierte und vorantrieb.“⁵²

Es wird zwar immer auf Conzes enge Beziehung zur Leipziger Soziologie verwiesen, wie auch Conze selbst nicht müde wird, Freyer oder Ipsen anzuführen, zu fragen ist aber, was dahintersteckt. Denn die von Conze selbst reklamierte Elternschaft der Soziologie für die Sozialgeschichte („Kind der Soziologie“⁵³) kann nicht in Freyers Volkwerdungspathos gesehen werden. Bevor das „politische Volk“ überhaupt auf der Bühne erscheinen kann, muß vorher analytisch geklärt werden, unter welchen Bedingungen dies möglich sein könnte. Wenn man Freyers Schriften nicht immer nur nach Beweisen für seine romantisch-irrationalistischen und politisch verhängnisvollen Aussagen absucht, stößt man auf ein umfangreiches soziologisch-sozialgeschichtliches Forschungsprogramm, das es vor der propagandistisch immer wieder geforderten, aber theoretisch nur für möglich erklärten Volkwerdung zu absolvieren gelte. In dem zwanzigseitigen Heft „Gesellschaft und Geschichte“ aus dem Jahr 1937 bestimmt Freyer den Gegenstand der Soziologie als „das geschichtliche Volk“, wie es sich in seinen sozialen Ordnungen noch formiert. „Das politische Volk vollzieht seine Geschichte jeweils in einer konkreten gesellschaftlichen Struktur: das ist der elementare Sachverhalt, der der Soziologie ihren Gegenstand gibt.“⁵⁴

Werner Conze (1910–1986): *The Measure of History and the Historian's Measures*, in: H. Lehmann/J. van Horn Melton (Hrsg.), *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s*, Cambridge 1994, S. 299–343, hier: S. 320. Dagegen meint Peter Reill in seinem Kommentar kontrafaktisch, bei Conze sogar noch nach 1945 keine Rekonstruktion eines modernen Gesellschaftskonzepts erkennen zu können: „The *Volkshbegriff* was based upon an organic vision of society, that though ‚denazified‘ and renamed did not change.“ P. Reill, *Comment: Werner Conze*, in: ebenda, S. 345–351, hier: S. 350

52 R. Koselleck, Werner Conze (Anm. 48), S. 536.

53 W. Conze, *Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 3 (1952), S. 648–657, hier: S. 652.

54 H. Freyer, *Gesellschaft und Geschichte*, Leipzig/Berlin 1937, S. 18.

Dieser Aufgabenstellung kann die Soziologie aber nur gerecht werden, wenn vorab die verschiedenen Möglichkeiten sozialgeschichtlicher Verlaufsformen geklärt worden sind, wie es an derselben Stelle heißt.

„Die sozialen Umlagerungen, ja selbst die reinen Bevölkerungsvorgänge gehen nicht chaotisch vor sich, sondern haben eine Richtung; und in ihnen kann sich eine neue Form des politischen Volkes stillschweigend und langfristig anbahnen. Massenbewegungen, die aus dem gesellschaftlichen Prozeß aufsteigen, können ein politisches Ziel haben oder gewinnen, oder es kann ihnen ein solches gegeben werden. Neue Führungsschichten, Subjekte einer neuen politischen Herrschaftsform, können aus den gesellschaftlichen Umlagerungen herausgesetzt werden. Und bis in die zellularen Elemente des Volkskörpers, bis in die einzelne Familie und Siedlung hinein, kann der soziale Prozeß *diese* Bedeutung, Bereitstellung für einen politischen Aufbruch zu sein, in sich tragen. Die Sozialgeschichte der deutschen Ostsiedlung ist ein ganz großes Beispiel dafür, wie im Material Gesellschaft politische Geschichte aufgeht. Die Industrialisierung im 19. Jahrhundert ist ein ebenso großer, noch gewagter Fall desselben Sachverhalts; freilich muß er eben unter die politische Frage gerückt werden: inwiefern in ihm, durch alle scheinbare und wirkliche Zersetzung hindurch, ein neues *politisches Volk* möglich wird, d. h. durch *Führung erweckt* werden kann.“⁵⁵

Der Schluß des Zitats könnte – isoliert betrachtet – wiederum als ‘Beweis’ für Freyers Führer-Apologie gelten. Er besagt aber nichts anderes, als daß der „soziale Prozeß“ das Potential für neue Herrschaftsformen in sich birgt, die Geschichte nicht teleologisch ausgerichtet ist, womit gleichzeitig auch das Forschungsprogramm der modernen Sozialgeschichte benannt ist, wie es Freyer direkt im Anschluß an das obige Zitat formuliert: „So gehen Gesellschaft und Geschichte zusammen, ohne daß die Eigenart der gesellschaftlichen Vorgänge ausgelöscht und vor allem: ohne daß die Geschichte ihrer Geschichtlichkeit entkleidet wird.“⁵⁶

Wenn aber Volk als geschichtliches Phänomen ernst genommen werden soll, muß es realsoziologisch entschlüsselt werden. Gegen eine solche Interpretation mag man einwenden, Conze habe sich aber nicht nur an Freyer orientiert, sondern Vorbild sei auch der „von Ipsen zur Obsession gesteigerte Agrozentrismus“⁵⁷, was die Volksgeschichte als Vorläuferin der ‘modernen’ Sozialgeschichte disqualifiziere. Dieser Argumentation hat schon Christof Dipper entgegengehalten, daß Arbeiten Ipsens und namentlich seiner Schüler „im Detail bestechend präzise Beiträge zur Sozialgeschichts-

55 Ebenda, S. 19f; Hervorhebungen im Original gesperrt.

56 Ebenda, S. 20.

57 W. Oberkrome, *Geschichte, Volk und Theorie*. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“, in: P. Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung* (Anm. 2), S. 104-127, hier: S. 113.

schreibung darstellen.“⁵⁸ Hier muß ergänzt werden, daß Ipsens empirische Agrarsoziologie überdies methodisch innovativ war, wie Charles P. Loomis, der an Ipsens Dorfforschungen teilgenommen hatte, bereits Mitte der dreißiger Jahre in der Zeitschrift „Sociology and Social Research“ berichtete.⁵⁹ Die Frage, ob der unzweifelhaft hochgradig ideologische Hintergrund der Ipsenschen Agrarsoziologie von vornherein jegliche Diskussion über ihre Vorläuferschaft für die moderne Sozialgeschichte erübrigt, könnte mit dem bereits zitierten Hinweis von Oberkrome darauf, daß Königsberger empirische Studien die „als unanfechtbar geltenden Theorien der Ipsenschule offen ad absurdum“ führen, beantwortet sein. Es ist allerdings Ipsen selbst, der seine Grundannahme der zerstörerischen Auswirkungen des Industriesystems relativiert, wenn es ganz konkret zu entscheiden gilt, wie der Industrie genügend Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden können. Aus seiner Analyse des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie im Neckarland Ende der dreißiger Jahre entwickelt er einen Katalog konkreter politischer Maßnahmen, die alle die Ausrichtung der Landwirtschaft auf die strukturellen Bedürfnisse forciert industrieller Expansion zum Ziel haben. Es soll zwar durch Umlegung die Zahl der Hofbauernstellen erhöht werden. „Dagegen ist Freiteilung des übrigen Landbesitzes in sinnvoller Weise und Grenzen weiterhin notwendig, um dem Ausbau der Industrie zu folgen.“⁶⁰

Auch der als der fanatischste Verkünder der Soziologie der Volkwerdung apostrophierte Karl Heinz Pfeffer vertritt als empirischer Agrarsoziologe keine Blut-und-Boden-Mystik, sondern eine auf die industrielle Entwicklung orientierte Position. Als Ergebnis einer empirischen Untersuchung der unterbäuerlichen Schichten der Oberlausitz für die „Reichsstelle für Raumordnung“ hält er 1937 als Ursachen des Landarbeitermangels fest:

„Der gewerbliche Landesausbau hat also nicht die Landwirtschaft ihrer Arbeitskräfte beraubt, sondern im Gegenteil die Ansässigkeit von Familien erst ermöglicht, aus denen sich die Landarbeiterschaft immer wieder ergänzen kann. [...] Das inhaltliche Gesamtergebnis zeigt, dass die ausreichende Versorgung eines Gebietes mit landwirtschaftlichen Arbeitskräften nicht durch Industrieferne und nicht durch Verhinderung des Abzugs sichergestellt worden ist, sondern durch

58 Chr. Dipper, Bauern als Gegenstand der Sozialgeschichte, in: W. Schieder/V. Sellin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. IV, Göttingen 1986, S. 9-33, hier: S. 18.

59 Vgl. C. P. Loomis, The Group Method in Rural Studies. Based on German Techniques, in: Sociology and Social Research, Vol. XX, 1935/36, S. 127-135.

60 G. Ipsen, Landvolk und industrieller Lebensraum im Neckarland, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), S. 243-257, hier: S. 257.

wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Landbindung einer unterbäuerlichen Schicht.“⁶¹

Diese Sichtweise hatte Pfeffer im Rahmen einer reichsweit angelegten empirischen Erhebung über die Lage der Landarbeiter im Auftrag des Reichslandwirtschaftsministeriums bzw. des Reichsnährstandes gewonnen. Seit 1934 hatten er und Freyer Kontakte zum Sonderbeauftragten für Landarbeiterfragen des Reichsbauernführers. Die Durchführung dieser Untersuchung ermöglichte weitgehend der mit Pfeffer befreundete Erlanger Soziologe Karl Seiler, der zu der Zeit selbst zwei große Erhebungen zur Landflucht und sozialen Lage der Landbevölkerung in Franken für die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ durchführte, aber noch nicht habilitiert war und die Reichsuntersuchung deshalb nicht selbst leiten konnte.⁶² Pfeffers Denkschrift „Ergebnisse einer Erhebung über die Lage des Gesindes in Deutschland“ wurde dem Reichsnährstand eingereicht⁶³ und soll in die gesetzlichen Regelungen zur Landarbeiterfrage eingeflossen sein.⁶⁴ Diese empirische Variante Leipziger Soziologie und gleichgerichtete Projekte an vielen anderen Hochschulorten und eigenständigen Instituten stellen für die deutsche Soziologie einen entscheidenden Modernisierungsimpuls durch

61 K. H. Pfeffer/Th.-A. Michael: Die unterbäuerliche Schicht in den Dörfern der Sächsischen Oberlausitz, Ms. 33 S.; Bundesarchiv Berlin, R 113/1157, S. 30, 31. Th.-A. Michael hatte bei Hans Freyer mit einer Fallstudie über „Dorf und Industrie“ promoviert. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre entstanden in Leipzig mindestens acht agrarsoziologische Dissertationen, die aber gegenüber den plakativ politisch ausgewiesenen Äußerungen der Leipziger Soziologie während des Dritten Reichs stets unerwähnt bleiben. Auch nachdem Pfeffer *Professor für Volks- und Landeskunde Großbritanniens* an der neu gegründeten *Auslandswissenschaftlichen Fakultät* der Berliner Universität geworden ist, spricht er sich bezeichnenderweise in einem Aufsatz mit dem Titel, „Die Notwendigkeit der totalen Volksforschung“, gegen jede Bauerntömelei aus: „Die deutsche Volksforschung muß sich von ‘ländlich-konservativer’ Romantik endgültig frei machen und darf gerade für unser Bauerntum sich nicht mit einem bloßen ‘Beharren’ und ‘Erhalten’ im Sinne Riehls zufriedengeben [...]“ K. H. Pfeffer, Die Notwendigkeit totaler Volksforschung, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 5 (1941), S. 407-420, hier: S. 420; vgl. zur Legende, die Agrarsoziologie im Dritten Reich beschränke sich auf Blut-und-Boden-Ideologie oder Bauernromantik, C. Klingemann, Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945. Soziologie im Dritten Reich und in Westdeutschland, in: R. v. Bruch (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, Wiesbaden (erscheint) 2002.

62 Vgl. den Briefwechsel zwischen K. H. Pfeffer und K. Seiler im Nachlaß Seiler; Stadtarchiv Nürnberg, E 10, Nr. 37. Zu Seiler, für den 1939 ein neuer Lehrstuhl für Soziologie an der Handelshochschule Nürnberg geschaffen wurde, vgl. C. Klingemann, Soziologie im Dritten Reich (Anm. 47), passim.

63 H. Freyer an Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 23.10.1937; Dokumente K. H. Pfeffer, Bl. 3, ehemaliger Bestand Berlin Document Center, Bundesarchiv Berlin.

64 Vgl. K. Seiler, Referat über Landflucht, Reichsarbeitsgemeinschaft, Berlin, 12.4.1938, S. 2; Nachlaß Seiler, E 10, Nr. 22; Stadtarchiv Nürnberg.

ihre Hinwendung zur empirischen Sozialforschung dar, wodurch das Projekt einer soziologisch fundierten Sozialgeschichte entscheidend mit vorangetrieben wurde. Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, daß Ipsen, Pfeffer und Hans Linde, der an Pfeffers empirischer Untersuchung in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre beteiligt war⁶⁵, nach dem Ende des NS-Regimes in der Sozialforschungsstelle Dortmund Beschäftigung fanden, an der insgesamt ein Dutzend ehemaliger Reichssoziologen arbeitete, die schon vor 1945 empirische Forschungserfahrung gesammelt hatten.⁶⁶

Die Gründung des „Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte“ und die Rolle der Soziologie in ihrem Forschungsprogramm

Zu ihnen gehörte auch Carl Jantke, der dort ab 1949 fünf Jahre lang als Abteilungsleiter tätig war. Er hatte bereits in Königsberg an einer Enquête über ländliche Wohnverhältnisse mitgearbeitet. In der Nachkriegszeit, heißt es in einem Nachruf, habe er sich „als einer der ersten im größeren Rahmen auf dem Feld der praktischen Sozialforschung Tätigen“ erwiesen.⁶⁷ In einem weiteren Nachruf wird Jantke (neben Brunner und Conze) „zu den eigentlich entscheidenden Beförderern einer strukturalistischen Geschichtsbetrachtung in den ersten Nachkriegsdezennien“ gezählt. „Erst aus der Rückschau am Ende des 20. Jahrhunderts wird Jantkes Position hier ganz deutlich. Zugleich zeigt sich, daß die Anstöße für eine neue soziale Strukturgeschichte, die vor allem durch Conze ihre präzise Umschreibung erfuhr, auch aus der Tradition der deutschen Sozialforschung entstammen.“⁶⁸ Als „bester Kenner“ der modernen empirischen Industrie- und Betriebssoziologie habe Jantke nicht nur an Wilhelm Heinrich Riehl als frühesten Vorläufer der Erforschung der realen Lebensumstände der „arbeitenden

65 Vgl. Hans Linde an die Philosophische Fakultät der Universität Leipzig, 14.11.1935; Phil. Fak., Prom. Nr. 831, Bl. 8; Universitätsarchiv Leipzig.

66 Conze war ein Lehrstuhl an der Universität Münster angeboten worden, „verbunden mit der Leitung der neu zu bildenden Sozialgeschichtlichen Abteilung der Sozialforschungsstelle in Dortmund“, er entschloß sich jedoch für Heidelberg. W. Conze, Die Gründung des Arbeitskreises (Anm. 5), S. 25. Die Leipziger Soziologiestudentin und Lindes spätere Frau, Margot Ehlerding, führte im Frühjahr und Sommer 1937 im Auftrag des Reichsnährstands Dorfuntersuchungen durch (vgl. Dokumente Hans Linde, Bestand ehemaliges Document Center Berlin, Bundesarchiv Berlin) und arbeitete später auch an der Sozialforschungsstelle in Dortmund.

67 M.-E. Hilger, In memoriam Carl Jantke (21.9.1909-19.7.1989), in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 42 (1990), S. 190-193, hier: S. 191; vgl. C. Jantke, Bergmann und Zeche. Die sozialen Arbeitsverhältnisse einer Schachtanlage des nördlichen Ruhrgebiets in der Sicht der Bergleute, Tübingen 1953.

68 H. J. Teuteberg, Nachruf. Carl Jantke (1910[1909]-1989), in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 77 (1990), S. 93-97, hier: S. 95, 96.

Klassen“, sondern auch an die große Tradition der Enquêtes des „Vereins für Socialpolitik“ erinnert. Dieser Auffassung von der wichtigen Rolle Jantkes bei der Empirisierung der Nachkriegssoziologie kann ich mich anschließen, nicht jedoch Teutebergs Aussage über die empirische Sozialforschung in der NS-Zeit: „Das im 3. Reich verschüttete Erbe empirischer deutscher Sozialforschung wurde so von ihm bewußt wieder reaktiviert.“⁶⁹ Denn selbst Karl Heinz Pfeffer war – wie noch gezeigt wird – dieses Erbe nicht unbekannt.

Als Conze nach der bekannten Besprechung im Bundesinnenministerium im Januar 1957, an der auch Jantke teilgenommen hatte, an acht Kollegen ein Schreiben schickte, um „Fragen der sozialgeschichtlichen Forschung“, insbesondere auch die Gründung einer Kommission zu besprechen, war darunter auch der ehemalige Königsberger Soziologe Georg Weippert⁷⁰. Auch Weippert hatte bereits als historisch orientierter Soziologe empirische Sozialforschung betrieben. Im Auftrag der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ hatte er zusammen mit Königsberger Kollegen Feldforschung zur „Aufnahmefähigkeit der eingegliederten Ostgebiete an deutschen Menschen“ unternommen. Zitsammen mit Erwin Scheu erstellte er das Gutachten „Aufnahmefähigkeit und Bevölkerungstruktur im agrarischen Raum der neuen Ostgebiete“. Allein verfaßte er das Gutachten „Eindeutschungspolitik und Landarbeiterfrage“.⁷¹

Es scheint nun so zu sein, daß diese Doppelqualifikation in historischer Soziologie und empirischer Sozialforschung, die Conze, Ipsen, Jantke und Weippert auszeichnet, ebenso entscheidend für die Programmentwicklung des *Arbeitskreises* war, wie die Tatsache, daß sie sich aus Königsberg kannten und als wissenschaftliche Politikberater die Brisanz der politischen Relevanz und Anwendbarkeit historisch-empirisch fundierten sozialwissenschaftlichen Expertenwissens erfahren hatten.⁷² Ein wichtiger Impuls für

69 Ebenda, S. 95.

70 Vgl. W. Conze, Die Gründung des Arbeitskreises (Anm. 5), S. 27f.

71 Beide in: E. Scheu (Hrsg.), Vorschläge für die ländliche Besiedlung des neuen deutschen Ostraumes, Königsberg 1940, S. 97-106, 90-97; Außerdem enthält der Band den Beitrag von Weippert „Die Volkstumsgrundlagen in den neuen Ostgebieten“ und von Scheu/Weippert „Bestehende lehensfähige volksdeutsche Höfe im neuen Ostgebiet (mit sechs Abbildungen)“. Auf dem Einband ist vermerkt: „Nicht im Buchhandel“, „Streng vertraulich!“, das von mir benutzte Exemplar trägt die handschriftliche Numerierung 114.

72 Auch Theodor Schieder führte empirische Erhebungen, ausgehend von den Zählungsergebnissen der Einwohnererfassung vom Dezember 1939, mit Hilfe von Fragebögen für deutsche Siedlungen im Regierungsbezirk Zichenau und im Kreis Suwalken durch, um eine genaue Bestandsaufnahme vorzunehmen. „Nach dem Überfall auf die Sowjetunion kamen Untersuchungen zu den völkischen Verhältnissen des Bezirks Bialystok hinzu. Die Ergebnisse der, wie Theodor Schieder formulierte, ‚Deutschtumsforschung‘ wurden

die Gründung des *Arbeitskreises* war meines Erachtens deshalb auch die Absicht, Sozialgeschichte im Kontext politischer Fragen der Zeitgeschichte zu betreiben. Auf der Gründungssitzung des *Arbeitskreises* am 25. April 1957 erklärte zwar ausgerechnet Gunther Ipsen: „Enthaltbarkeit allem Ideologischen gegenüber sei schlechthin eine Notwendigkeit für das wissenschaftliche Selbstverständnis und die wissenschaftliche Arbeit.“⁷³ Das Protokoll vermerkt aber eine sofortige Reaktion Carl Jantkes:

„Prof. Jantke bejahte Prof. Ipsens Forderung, das Ideologische auszuspähen, doch warnte er davor, in diesem Punkt zu weit zu gehen und die, wie er sagte, Kritik des falschen Bewußtseins aus den Augen zu verlieren. In diesem Zusammenhang machte Prof. Jantke auf den Ausfall der Sozialkritik in der Gegenwart aufmerksam, den er als sehr bedenklich beurteilte, da auf Sozialkritik nicht verzichtet werden könne, schon deshalb, weil durch eine allgemein zu beobachtende Sprachregelung fruchtbare und notwendige soziale Differenzen verwischt würden.“⁷⁴

Wohlverstandene Sozialkritik im Sinne Jantkes sollte einem – sicherlich zum Teil verkürzt-instrumentalisierten – Marxismus Paroli bieten können, dessen Unwesen in der zeitgenössischen Soziologie Jantke beobachten zu können glaubte.

in Form von vertraulichen, nur für den Dienstgebrauch bestimmten Berichten der Zentralstelle [für Nachkriegsgeschichte des Reichsarchivs], der PuStE [Publikationsstelle Berlin-Dahlem] Verwaltungen, Ministerien sowie Parteiämtern und NS-Dienststellen zur Verfügung gestellt. Neben der Provinzialverwaltung werden ausdrücklich das Reichsinnenministerium, der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und das Hauptschulungsamt der NSDAP genannt.“ M. Beer, *Der „Neuanfang“ der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa*, in: W. Schulze/O. G. Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker* (Anm. 38), S. 274-301, hier: S. 286. Unter nicht nachvollziehbarer Berufung auf Michael Burleigh kommt Ingo Haar zu dem Schluß, daß sich Schieder und andere Mitarbeiter der Publikationsstelle des SD „bedienten“. Schieder habe außerdem „den Reichsbehörden“ den Vollzug des Abtransports der Juden aus dem Bezirk Bialystok gemeldet. I. Haar, *Die Genesis der „Endlösung“ aus dem Geiste der Wissenschaften: Volksgeschichte und Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 13-31, hier: S. 30, 31. Es findet sich in dem von Haar angegebenen Text von Burleigh kein Hinweis darauf, daß der SD Statistiken und Karten von der Publikationsstelle „einforderte“. Die in diesem Aufsatz von Haar herangezogenen Texte weisen immer wieder daraufhin, daß die Wissenschaftler sich den politisch-administrativen Institutionen und Paradedienststellen andienten – häufig deswegen, weil sie sich an bereits getroffene politische Entscheidungen anhängen wollten.

73 Protokoll der Tagung über „Sozialgeschichte der modernen Welt“ am 25. und 26. April 1957 in Bad Ems, S. 5. Ich möchte mich recht herzlich bei Lutz Raphael dafür bedanken, daß er mir Kopien von Protokollen der frühen Tagungen des *Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte* zur Verfügung stellte. Die Protokolle werden aufbewahrt in der Geschäftsstelle des *Arbeitskreises* in Heidelberg.

74 Ebenda.

Es war Jantke, der wohl wie kein anderer geeignet war, den (Sozial-) Historikern eine eventuell noch vorhandene Abneigung gegenüber der Soziologie zu nehmen, da er nicht nur verschiedene Gelegenheiten nutzte, um der eigenen Disziplin Versäumnisse, Soziologismus und andere Verfehlungen vorzuhalten, sondern damit auch etwaigen Dominanzbestrebungen von Soziologen Grenzen setzte. Der Einfluß Jantkes bei der inhaltlichen Formierung des Programms des *Arbeitskreises* sollte deshalb stärker berücksichtigt werden. In seinem Bericht über dessen Gründung findet sich dazu bei Conze ein deutlicher Hinweis. „Ende April wurde auf der Tagung im Kurhaus zu Bad Ems nach einem Einleitungsreferat von Conze die von Jantke und ihm gewiesene Grundrichtung in ausführlicher, locker geführter Diskussion bestätigt.“⁷⁵ Auf dieser Tagung erklärte Conze als Aufgabe der Geschichtswissenschaft in der modernen Welt,

„eine ‘Theorie des gegenwärtigen Zeitalters’, wie sie z.B. Hans Freyer aufgestellt habe, historisch-kritisch zu unterbauen oder zu überprüfen, m.a.W. die Struktur der modernen Welt seit den Emanzipationen und der Revolution in ihrer geschichtlichen Tiefe zu untersuchen, sowohl im Hinblick auf das spezifisch Neue der modernen Weltepoche wie auf die Kontinuität weiterwirkender, vorrevolutionärer Tradition.“⁷⁶

In der Diskussion erklärt Jantke: „Es gehe um die Zusammenarbeit von Soziologie und Geschichtswissenschaft. Die Soziologie müsse sich der Geschichtswissenschaft nähern.“⁷⁷ Im Protokoll heißt es dann, er habe damit das Stichwort für eine längere Diskussion über die gegenwärtige Situation und Gestalt der Soziologie gegeben. Als Otto Brunner sich „scharf“ gegen eine geschichtsfremde Soziologie ausspricht, sekundiert Jantke, indem er das verbreitete Unvermögen der Soziologie, historisch zu forschen, anprangert. Ipsen erneuert seine Kritik aus alten Zeiten an der damals sogenannten „liberalistischen“, jetzt wieder „formal“ genannten Soziologie, um zu erklären, „daß man sich auch mit der sog. empirischen Soziologie, die nicht historisch-empirisch sei und sich wie die gesamte Soziologie im Umkreis der Staats- und Sozialwissenschaften bewußt ahistorisch verhalte, kaum näher zu beschäftigen brauche.“⁷⁸ Jantke weist die Entgegensetzung von „provinzieller Soziologie“ und „Weltsoziologie“, womit die amerikanische Soziologie gemeint ist, zurück und definiert „standortgebundene Soziologie“ als „materiale Sozialgeschichte mit allgemeinen Ausblicken“. Daraufhin erklärt Ipsen trotz prinzipieller Übereinstimmung,

75 W. Conze, Die Gründung des Arbeitskreises (Anm. 68), S. 29.

76 Protokoll (Anm. 73), S. 1.

77 Ebenda, S. 2.

78 Ebenda.

„daß die Soziologie nicht auf die Bildung allgemeiner Begriffe verzichten könne. Seiner Überzeugung nach muß sie Konkretes weglassen, einiges unterstreichen, anderes ausklammern und den Mut zum abstrakten Denken haben. Er legte in diesem Zusammenhang Wert auf die klare Unterscheidung von Soziologie und Geschichtswissenschaft. [...] [Der Unterschied] dürfte allerdings auch nicht in das Verhältnis des ausschließlichen Gegensatzes gebracht werden, denn konkret überschneiden sich die Bereiche, wie überzeugend und beispielhaft die Arbeiten Prof. Brunners zeigten.“⁷⁹

Den zitierten Ausführungen kann entnommen werden, daß von der Existenz eines ausformulierten Programms keine Rede sein kann. Man wollte eine auf Gegenseitigkeit beruhende Kooperation, die etwas durchaus Neues kreieren sollte, bei gleichzeitiger Respektierung grundsätzlich unterschiedlicher Denkweisen in Geschichte und Soziologie. Die Institutionalisierung der Sozialgeschichte erwächst somit einem symbiotischen Prozeß einer angemessenen empirischen Erfassung sozialer Verhältnisse und Strukturen in ursprünglich volkstumspolitischen Kontext. Während des Nationalsozialismus wurden ethnohistorische und ethnosozilogische Unterscheidungen innerhalb eines „Volkes“, zwischen „Völkern“ und anderen „ethnischen“ Einheiten getroffen, was jedoch nicht mit Mitteln völkischer Rhetorik, sondern durch Verwendung soziologischer Kategorien in historiographischen Konzepten erfolgte.

Mitte der fünfziger Jahre werden wissenschaftstheoretisch-methodologische Fragen stärker betont und eine Vielzahl von möglichen Themen ins Auge gefaßt. Dabei war die Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft im Vormärz bekanntlich anfänglich das zentrale Thema, wobei Ipsen aber schon auf der Gründungssitzung unmißverständlich auf die zeitgeschichtlich-politische Bedeutung des Themas hinwies. „Heute, wenn nicht schon seit der Mitte des 19. Jhdts. [...] ließen sich Staat und Gesellschaft nicht mehr scheiden und ein Denken aus der Diremption sei deshalb schon im Ansatz falsch.“⁸⁰ Auf der anderen Seite war Jantke bemüht, auf die aus seiner Sicht negativen Folgen der Übernahme „der gängigsten Formeln“ der Soziologie durch die Historie aufmerksam zu machen, um Formen ihrer unerwünschten Politisierung vorzubeugen. Im dritten Jahr nach der Gründung des *Arbeitskreises* erwähnt er in seinen „Bemerkungen zu den Wechselbeziehungen von Soziologie und Sozialgeschichte“ die Begriffe Entwicklungsgesetze, Anpassung, Funktion, Integration und Interdependenz.

„Jede unkritische Übernahme derartiger Allgemeinbegriffe, wie sie namentlich bei jüngeren historischen Autoren durchaus möglich, wird leicht zur Quelle wis-

79 Ebenda, S. 3.

80 Ebenda, S. 6.

senschaftslogischer Irrtümer und Mißverständnisse, führt zur Beeinträchtigung einer gegenstandsnahen Begriffsbildung und damit möglicherweise zu einer Schwächung des geschichtlichen Verständnisses überhaupt. Unter diesen Aspekten sollte man auch und gerade dort, wo für den Sozialhistoriker der 'nachrevolutionären' und 'nachemanzipatorischen' Epoche die Verwendung soziologischer Kategorien naheliegt, den Sinn für eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Kategoriensystem wecken. Daß dies innerhalb der Historie in Forschung und Unterricht heute weitgehend nicht geschieht, halte ich für verhängnisvoll, weil diese Unterlassung sehr wohl ein Eindringen politisch-ideologischer Interpretationstendenzen begünstigen könnte."⁸¹

Nach einer „freundschaftlichen“ Kritik an Werner Conze erklärt Jantke die „Destruktion der soziologistischen Vorstellung von unausweichlichen Zwangsgesetzlichkeiten“ zur Aufgabe des Historikers.⁸² Diese Aussage scheint mir – abgesehen von ihrer eindeutigen Stoßrichtung – symptomatisch zu sein für das Programm einer Verschmelzung historischen und soziologischen Arbeitens. Man erkennt zwar die Notwendigkeit wechselseitiger Übernahmen, ist aber nur in der Lage, Vorschläge beispielsweise für die Adaption des Typenbegriffs zu machen oder aber vor falschem Historismus und Soziologismus zu warnen.

Volksgeschichte, Sozialgeschichte, Max Weber und die Politik

Dabei ist es auch in den Jahren nach 1960 geblieben. Einschlägig engagierte Sozialhistoriker und historisch orientierte Soziologen arbeiten erfolgreich in der von Conze in der Nachkriegszeit gewiesenen Richtung einer symbiotischen Sozialgeschichte. Diese hat bekanntlich eine lange Vorgeschichte, die auch geprägt war durch die Uneindeutigkeit der Zuordnung sowohl disziplinärer Elemente wie auch fachwissenschaftlicher Vorreiterfunktionen, so daß diese Innovationen über Personen als ihre Träger identifiziert werden.⁸³ Als konsistentes Paradigma war und ist sie nicht existent, so daß auch das von mir als Conzes Richtungsvorgabe bezeichnete Arbeitsvorhaben nicht in genuinen Begriffen und Konzepten der beteiligten Einzeldisziplinen erfaßt werden kann. Demgegenüber müßte die Rolle politischer Impulse bei der Ausprägung der Varianten sozialgeschichtlichen Arbeitens systematisch berücksichtigt werden, wie es Conze für die Aus-

81 Protokoll der Tagung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte am 11. und 12. Oktober 1960 in Tonbach (Schwarzwald), S. 21.

82 Ebenda, S. 23.

83 Vgl. G. Oestreich, Die Fachhistorie und die Anfänge sozialgeschichtlicher Forschung in Deutschland, in: Historische Zeitschrift 208 (1969), S. 320-363; St. Haas, Historische Kulturforschung in Deutschland 1880-1930. Geschichtswissenschaft zwischen Synthese und Pluralität, Köln 1994.

richtung der Nachkriegssozialgeschichte getan hat. „So ist etwa das Interesse an der Sozialgeschichte großenteils politisch angestoßen gewesen und hat daher stärker zu politischer Organisations- und Ideologiegeschichte als zur Erforschung elementarer sozialer Strukturen geführt.“⁸⁴ Deswegen scheint es mir nicht hilfreich zu sein, eine kategorische „wissenschaftslogische“ Unterscheidung etwa zwischen der frühen Sozialgeschichte des Vereins für Sozialpolitik, Karl Lamprechts und jener von Conze, Brunner, Ipsen oder Th. Schieder vertretenen oder zwischen diesen und ihren als „linken“ Sozialhistorikern definierten „Schülern“, den Matadoren einer „explizit traditionskritischen Sozialgeschichte“⁸⁵, zu treffen, wie es auch vom „Enkel“ Oberkrome präferiert wird. Die Volksgeschichte

„griff Freyers Projektion einer revolutionär-rechten ‘Volkwerdung’, Ipsens Entwurf einer transsozialen Gemeinschaftsordnung aus bäuerlichem Geiste oder Max Rumpfs romantisch eingefärbte Lehre vom Glanz des ‘alten Handwerks’ und Landlebens auf. Deutlicher lassen sich die inhaltlichen und intentionalen, aber auch die methodischen Unterschiede zwischen der Volksgeschichte und der primär an Max Weber orientierten, von westeuropäischen und nordamerikanischen Ansätzen beeinflussten Sozialgeschichte der Gegenwart schwerlich markieren.“⁸⁶

Wir beschäftigen uns meiner Meinung nach jedoch heute noch mit der Volksgeschichte, weil sich einige ihrer jüngeren Vertreter von den von Oberkrome angeführten völkischen Theoremen trotz gemeinsamer volkstumspolitischer Zielsetzungen lösten, indem sie „das Volk“ realsoziologisch analysierten. Damit stehen sie tatsächlich in der direkten Tradition jenes Max Weber, der die Landarbeiterfrage im „deutschen Osten“ ebenfalls unter dezidiert volkspolitischen Vorzeichen untersuchte. Auch bei

84 W. Conze, Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse, in: Historische Zeitschrift 225 (1977), S. 1-28, hier: S. 25. Vgl. dagegen Stefan Haas, der die politischen Implikationen der Entfaltung der Trias von Volksgeschichte, Soziologie und Sozialgeschichte dabei allerdings nur oberflächlich erfaßt: „Kulturgeschichte war nach 1945 nicht mehr zeitgemäß, wozu auch die Tendenzen der 20er Jahre, sie nach und nach einer irrationalen Volksideologie zu öffnen, beitrugen. Schwerer wiegt allerdings, daß die Kategorie ‘Kultur’ einer jüngeren Generation kraftlos erschien. Statt dessen versprach die Arbeit mit dem Gesellschaftsbegriff weiterführende Ergebnisse. Geschichte als Sozialgeschichte, wie sie Otto Brunner, Werner Conze, Theodor Schieder, Carl Jantke und Hans Freyer intendierten, war den Erfahrungen der Nachkriegszeit angemessener und insofern geeigneter, die thematisierten Problemstellungen zu lösen und auf ihnen eine umfassende Geschichtstheorie aufzubauen.“ St. Haas, Historische Kulturforschung (Anm. 83), S. 360.

85 W. Oberkrome, Probleme deutscher Landesgeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Regionale Historiographie im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 1-32, hier: S. 22.

86 W. Oberkrome, Aspekte der deutschsprachigen „Volksgeschichte“ (Anm. 15), S. 46; Hervorhebung von mir.

Weber findet man eine Kombination von nüchterner empirischer Analyse, ethnisierender Interpretation und volkspolitischer Radikalität. 1892 meint er in seiner im Rahmen der Enquête des Vereins für Sozialpolitik über die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland verfaßten Untersuchung, daß eine dauerhafte Selbsthaftmachung von Landarbeitern im deutschen Osten nur durch ein späteres Aufsteigen in den Bauernstand möglich sei, was allerdings entsprechende Maßnahmen der inneren Kolonisation voraussetze. Es könne aber dafür zu spät werden,

„wenn die Mobilisierung der Arbeiterschaft durch Fortdauer des Imports fremder Arbeitskräfte ungehindert weitergeht und so zahlreichen Großbetrieben ein Dasein gefristet wird, welches wirtschaftlich und nationalpolitisch vom Übel ist. Dann wird die Verdrängung der deutschen Arbeiterschaft weitergehen und mit dem Deutschtum und der Wehrkraft des sich entvölkernden Ostens auch das zur Kolonisation berufene Menschenmaterial verloren gehen.“⁸⁷

1894 spricht er von „einer slavischen Überfluthung, die einen Kulturrückschritt von mehreren Menschenaltern bedeuten würde“⁸⁸, und davon, daß der polnische Kleinbauer an Boden gewinne, „weil er gewissermaßen das Gras vom Boden frißt, nicht trotz, sondern *wegen* seiner tiefstehenden physischen und geistigen Lebensgewohnheiten.“ Es findet somit ein negativer Ausleseprozeß statt, den die „Nationalität“, wie es in seiner vielzitierten Freiburger Antrittsrede heißt, für sich entscheidet, „welche die größere Anpassungsfähigkeit an die gegebenen ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen besitzt.“⁸⁹ Weber fordert deswegen die Aufsiedlung eines erheblichen Teils des Großgrundbesitzes, die flächendeckende Einrichtung von kleinen Bauernstellen und die rigoreuse Schließung der Grenzen für polnische Wanderarbeiter.

Zwanzig Jahre später sieht er sich mitten im Weltkrieg einer veränderten europäischen Machtkonstellation gegenüber. Die „schwerste Zukunftsgefahr“ für Deutschland erblickt er im imperialistischen Zarenreich. Nun bietet das staatspolitische Interesse die Schaffung eines freien Polens als Rückendeckung gegen die großrussische Despotie, wobei es sich freilich eng an das Deutsche Reich anzulehnen hätte. Davon versprach sich Weber außerdem eine bessere Einbindung der preußischen Polen. Er schlägt neben

87 M. Weber, Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, Tübingen 1984 (Max Weber Gesamtausgabe, Abt. 1, Bd. 3, 2. Halbbd.), S. 593-1020, hier: S. 926.

88 M. Weber, Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, in: ders., Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892-1899, Tübingen 1993 (Max Weber Gesamtausgabe, Abt. 1, Bd. 4, 2. Halbbd.), S. 362-462, hier: S. 458.

89 M. Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede, in: ebenda, S. 536-574, hier: S. 553.

der Gewährung der Kulturautonomie für die Polen auch die Abgrenzung von lokalen Siedlungsgebieten für Deutsche und Polen sowie die freiwillige Umsiedlung von Deutschen aus dem Königreich Polen und umgekehrt vor. Nach Kriegsende nimmt Weber dann angesichts der drohenden Gebietsverluste seine antipolnische Agitation verschärft wieder auf, um sich anlässlich von Beratungen im Auswärtigen Amt zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen im Frühjahr 1919 energisch gegen die von industrieller Seite geforderte Grenzöffnung zu wenden. „Es ist gesagt worden, es steht zu fürchten, daß die Polen darauf bestehen werden, daß wir ihre Arbeiter nach Deutschland hereinlassen müssen, weil das das sicherste Mittel zur Polonisierung des ganzen deutschen Ostes ist. Wir haben ein Interesse an der absoluten Grenzsperrung gegen jeden polnischen Arbeiter [...]“⁹⁰

Ausgehend von seiner Analyse der strukturellen Bedingungen der Zersetzung der patriarchalischen Arbeitsverfassung infolge der weltmarktbedingten Durchkapitalisierung der Landwirtschaft, zieht Weber also weitreichende ethnopolitische Konsequenzen. Man mag Webers nationalpolitisches Anliegen für berechtigt halten oder nicht, seine machtpolitische Argumentation destruiert nicht den Wissenschaftscharakter der sie fundierenden soziologisch-sozialgeschichtlichen Analyse. Der englische Soziologe Keith Tribe geht sogar noch einen Schritt weiter. „Max Weber’s agrarian writings are *value-free* in a strictly Weberian sense. Not in the modern (American) sense of being *neutral*; but in the sense their scientificity is open to argument and evaluation.“⁹¹ Und Dirk Käslers Bestimmung des Stellenwerts von Webers Abhandlung über die Lage der Landarbeiter für dessen gesamtes Werk scheint mir ein wichtiger Hinweis auf die immer wieder beschworene Anregerrolle Webers für die moderne Sozialgeschichte zu sein. „Die Ergebnisse dieser 891seitigen Untersuchung ziehen sich ab da wie ein roter Faden durch das Werk Max Webers, was deren Kenntnis für ein umfassendes Verständnis unverzichtbar macht [...] . [...] Zudem ist diese Enquête ein entscheidender Schritt für die Entwicklung einer spezifischen Methodologie der empirischen Sozialwissenschaften in Deutschland

90 M. Weber, Diskussionsbeitrag; [Zur Frage der Grenzsperrung für polnische Arbeiter]. Sitzung vom 29. März 1919, nachmittags, in: ders. Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918–1920, Tübingen 1988 (Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 16), S. 262–265, hier: S. 263. Zu Webers Analyse der von ihm beschworenen Gefahr der Polonisierung der deutschen Ostgebiete und seiner volkstumpolitischen Forderungen, vgl. C. Klingemann, Ursachenanalyse und ethnopolitische Gegenstrategien zum Landarbeitertum in den Ostgebieten: Max Weber, das Institut für Staatsforschung und der Reichsführer SS, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1994, Opladen 1996, S. 191–203.

91 K. Tribe, Prussian agriculture – German politics: Max Weber 1892–7, in: *Economy and Society*, Vol. 12, Number 2, May 1983, S. 181–226, hier: S. 217.

[...].⁹² Und es ist Karl Heinz Pfeffer, der bereits 1934, als er zusammen mit dem Erlanger Soziologen Karl Seiler die bereits erwähnte groß angelegte empirische Erhebung zur Lage der Landarbeiter und des Gesindes für den Reichsbauernführer durchführte, jenem riet: „Lies doch mal Max Webers zwei Aufsätze in seinen ‘Ges. Aufsätzen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte’.“⁹³ Dabei handelt es sich bekanntlich um den Text zur ländlichen Arbeitsverfassung und über den hier auch zitierten Text über „Entwicklungstendenzen“ in der Lage der ostelbischen Landarbeiter. Wenn man sich der Auffassung Pfeffers und der Einschätzung Käslers zur zentralen Rolle der agrarsoziologischen Arbeit Webers für dessen gesamte Soziologie anschließt, liegt die Kontinuität historisch gesättigter Soziologie und soziologisch inspirierter Sozialgeschichte in der unkonventionellen Zusammenführung der Arbeitsweisen beider Fächer, die einem politisch motivierten Erkenntnisinteresse entwächst – sei es unter vordemokratischen, semidemokratischen, antidemokratischen oder demokratischen Vorzeichen. Die Suche nach einer „wissenschaftslogischen“ Fassung dieses Sachverhalts, wie es beispielsweise Peter Christian Ludz 1972 und Hans-Ulrich Wehler 1976 nach versuchten⁹⁴, scheint mir von vornherein zum Scheitern verurteilt zu sein.⁹⁵ Das ‘Programm’ einer kodifizierten Sozialge-

92 D. Käslers, Max Weber, in: ders. (Hrsg.), *Klassiker soziologischen Denkens*, 2. Bd., München 1978, S. 40-177, hier: S. 70. Vgl. zur „Vaterschaftsfunktion“ Max Webers für die Sozialgeschichte die Darstellung der Rolle Freycers bei deren weiterer Entfaltung von Jerry Z. Muller, der darauf hinweist, daß Freyer 1937 seine bereits zitierte Schrift „Gesellschaft und Geschichte“ mit dem Satz beginnt: „Alle Nachfolger und Bewunderer Max Webers – und wer von den Heutigen wäre nicht in irgendeinem Sinne sein Nachfolger oder wenigstens Bewunderer [...]“ J. Z. Muller, „Historical Social Science“ and Political Myth: Hans Freyer (1887-1969) and the Genealogy of Social History in West Germany, in: H. Lehmann/J. van Horn Melton (Hrsg.), *Paths of Continuity* (Anm. 51), S. 197-229, hier: S. 198. Vgl. zur Weber-Rezeption während des Dritten Reichs das Kapitel „Max Weber in der Reichssoziologie 1933-1945“, in: C. Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich* (Anm. 47), S. 171-216.

93 K. H. Pfeffer an K. Seiler, 24.10.1934, Nachlaß Seiler, E 10, Nr. 37; Stadtarchiv Nürnberg, 1939 schreibt Pfeffer an Seiler: „Max Weber hat als Soziologe doch sehr ordentlich Wirtschaftsgeschichte gemacht. Meine Vorlesungen sind voll davon.“ K. H. Pfeffer an K. Seiler, 7.2.1939, ebenda.

94 Vgl. P. Chr. Ludz, *Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme*, Opladen 1972; H.-U. Wehler (Hrsg.), *Geschichte und Soziologie* (Anm. 29).

95 Insofern ist Volker Kruse konsequent und verzichtet auf eine Diskussion des Verhältnisses von historischer Soziologie und Sozialgeschichte. Historische Soziologie ist „eine Strömung in den deutschen Sozialwissenschaften von etwa 1900 bis 1965 mit Schwerpunkt um die Zeit der Weimarer Republik, die sich im ersten Zugriff mit den Attributen (universal)geseltnichtliche Orientierung, zeitdiagnostische Ausrichtung, interdisziplinär angelegte Konzeption, makroanalytisches Vorgehen und historisch-empirische Fundierung kennzeichnen läßt.“ Historische Soziologen sind neben Max Weber, Georg Simmel und Norbert Elias beispielsweise Karl Mannheim, Werner Sombart, Ernst Troeltsch, Hans Freyer, Alfred Weber, Franz Oppenheimer, Alexander Rüstow, Alfred von Martin

schichte müßte auch eine lizenzierte Anleitung zur Abfassung ihrer eigenen Sozialgeschichte beinhalten, wobei eben das politische Erkenntnisinteresse nicht mit dem Kunstgriff Max Webers als vorwissenschaftliche „Wertbeziehung“, die der eigentlichen Forschung vorausgeht, diese dann aber nicht mehr tangiert, ausgeklammert wird.⁹⁶

und Fedor Stepun. V. Kruse, „Geschichts- und Sozialphilosophie“ (Anm. 8), S. 15, vgl. S. 14.

96 Auch Jin-Sung Chun betont die zentrale Rolle, die Begriffe und Konzepte der politisch motivierten Soziologen bei der Entwicklung der modernen Strukturgeschichte gespielt haben. Ihren innovativen Charakter gewannen sie demnach aus dem „Spannungsfeld ideologischer Ablehnung und wissenschaftlicher Akzeptanz der Moderne“, diese „Ambivalenz“ bilde die „innere Antriebsquelle der methodischen Innovation.“ J.-S. Chun, Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche „Strukturgeschichte“ im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation 1948–1962, München 2000, S. 163. Axel Flügel hingegen stimmt die Verknüpfung wissenschaftlicher Kriterien mit politisch-moralischen Gesichtspunkten unbehaglich, „denn ein systematischer Zusammenhang zwischen politischer Einstellung und Wissenschaft scheint mir kaum vertretbar.“ Am Beispiel der Dissertation von Hans Linde, „Preußischer Landesausbau“, versucht er seine Position zu begründen, die der von mir vertretenen diametral entgegensteht. Wenn man Aussagen von Linde mit Ipsens Ansatz kombiniere, werde deutlich, „daß die Grundlage dieser Agrarsoziologie eine hegelianisierende Begriffsdiagnostik war, die nicht auf die Empirie der gegebenen Tatbestände zielte, sondern mit Hilfe eines repräsentationslogischen Korporationsdenkens die Enthüllung einer übergeordneten Wirklichkeit anstrebte.“ A. Flügel, *Ambivalente Innovation. Anmerkungen zur Volksgeschichte, Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), S. 653–671, hier: S. 655, 664.

Gabriela Ann Eakin-Thimme

Die emigrierten Historiker als Vermittler sozialgeschichtlicher Ansätze?¹

Der Althistoriker Arnaldo Momigliano, selbst von italienischen Faschisten vertrieben, stellte einmal fest, daß Felix Gilbert im Laufe der Jahre viel von amerikanischen Erfahrungen und amerikanischem Geschichtsdenken gelernt habe:

„... but he has remained, in the main interests and methodical presuppositions of his historical work, a representative of Weimar culture.“²

Wenn Gilbert – trotz seiner Emigration 1933 – als Wissenschaftler weitgehend der Alte blieb, mußten die Arbeitsbedingungen in den USA wohl so beschaffen sein, daß er bei seinen Hauptinteressen und methodischen Vorannahmen bleiben konnte. Was aber lernte er in dem Land, das ihm Zuflucht gewährte, neu dazu? Traf er dort, mit Hans Rosenberg und den anderen Kollegen, auf ein Mekka der Sozialgeschichte? Erlaubten erst diese amerikanischen Erfahrungen den emigrierten Historikern, nach 1945 als Vermittler zugunsten der Sozialgeschichte in Deutschland Einfluß zu nehmen?

In den drei Haupteinwanderungsländern USA, Großbritannien und Palästina galt es für alle Emigranten, in Konkurrenz mit etablierten Kollegen eine Nische zu finden. Die Konfrontation mit einem fremdartigen akademischen System verlangte ihnen ein gewisses Maß an Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit ab, zumal die Bedingungen der Möglichkeit, sich als Historiker neu zu etablieren, ausgesprochen vielfältig waren. Fachinterne Fakto-

1 Die biographische Bestandsaufnahme meiner demnächst erscheinenden Studie zu den deutschsprachigen Historikern in der Emigration nach 1933 beläuft sich auf 98 Personen, darunter zehn Frauen, in der Regel promoviert im Fach Geschichte an einer deutschsprachigen Universität vor der Emigration. Der Anteil von Vertretern der Neuen Geschichte lag bei ca. 70 Prozent; die Mediävistik war von der Vertreibung etwas stärker betroffen als die Alte Geschichte. Mit der endgültigen Niederlassung von ca. 65 Prozent der Historiker in den USA stellt letzteres das wichtigste Einwanderungsland dar; nach Großbritannien gingen knapp 20 Prozent, nach Palästina gut fünf Prozent. Die anderen Emigranten verteilen sich auf die Türkei, die Schweiz, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Schweden.

2 A. Momigliano, Rezension, in: *Journal of Modern History* 49 (1977), S. 672-675, hier 673.

ren spielten dabei ebenso eine Rolle wie innenpolitische und weltpolitische Faktoren. Die Wechselwirkung dieser Faktoren bestimmte die Handlungsspielräume für die Emigranten und diese Handlungsspielräume wiederum unterschieden sich: 1. in länderspezifischer Hinsicht, 2. hinsichtlich einzelner Fachgebiete und 3. änderten sie sich im Laufe der Zeit.

In den USA ergaben sich so zwischen den Emigranten und ihren Fachkollegen verschiedene Konstellationen konfligierender und gemeinsamer Interessen. Die Bereitschaft der Emigranten aber, den Erfordernissen, die einen Einstieg in das akademische System ermöglichten, nachzukommen und der Grad an Offenheit, den sie gegenüber inhaltlichen und methodischen Anregungen zeigten, war sehr unterschiedlich. Und ebenso unterschiedlich – je nach Interessenlage und politischem Zeitgeschehen – definierte sich die Haltung der Amerikaner gegenüber den deutschsprachigen Historikern.

I. Auf dem Historikertag in Boston/MA 1930 behandelte, neben der amerikanischen Geschichte, das Gros der Sektionen die europäische Geschichte – vor 1789. Der Schwerpunkt lag auf dem Mittelalter und dem Gebiet Renaissance und Reformation. Die europäische Geschichte bis zur Französischen Revolution war das gemeinsame Erbe der Neuen und der Alten Welt, und als Vor-Geschichte der amerikanischen Nation dort seit langem von Bedeutung. Der Akzent lag dabei auf der Englischen mehr als auf der Französischen Geschichte, besonders jener der Politischen und Institutionengeschichte. Das Interesse an der *Modern European History* – seit 1789 – hatte zwar schon um die Jahrhundertwende begonnen zu wachsen, seit dem Zeitpunkt, als sich die amerikanische Geschichtswissenschaft von ihrem deutschen Vorbild emanzipierte. Doch konsolidierte sich das Fachgebiet erst gegen Ende der 1920er Jahre.

Zu erinnern ist hier kurz an die *progressive historians*, die eine Erweiterung der Geschichtsschreibung vor allem durch die Berücksichtigung von Faktoren ökonomischer, sozialer und intellektueller Entwicklungen forderten. Mit ihrem Gegenwartsinteresse envisagierten sie Konvergenzen in der gegenwärtigen Entwicklung der Sozialpolitik und der (imperialistischen) Außenpolitik der USA und Europa. Um die amerikanischen Entwicklungen historisch erklären zu können, schien es sinnvoll, den Rahmen dafür geographisch auf Europa auszudehnen.

Ebenfalls ist kurz an den Ersten Weltkrieg zu erinnern, durch den der Aufstieg des Faches *Modern European History* eine neue Dynamik bekam. Das amerikanische Kriegsministerium hatte 1917 die *Columbia University* in New York gebeten, einen Kurs über *war issues* vorzubereiten. Er sollte an allen Colleges installiert werden, die zukünftige Soldaten ausbildeten

und historisches und aktuelles Wissen über den Kontinent vermitteln, wo dieser Krieg, an dem die USA nun teilnahmen, stattfand. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde dieser Kurs, als *introduction to contemporary civilization* fortgesetzt, zum Modell für nahezu alle Hochschulen. Die amerikanische Geschichte wurde von nun an als Teil der westlichen Zivilisation begriffen, der Unterricht in *Western civilization* als elementar für die Ausbildung. Das Curriculum manifestierte die durch den Ersten Weltkrieg wiedererfolgte Anbindung Nordamerikas an Europa, und das Bewußtsein sowie die Aufgabe, nicht nur eine gemeinsame Vergangenheit, sondern auch eine gemeinsame Gegenwart und Zukunft zu haben.

Der Verankerung dieser *Western perspective* in der Lehre folgte in den 1920er Jahren die Ausdehnung der Europa-Forschung, abzulesen nicht nur an der wachsenden Anzahl entsprechender Veröffentlichungen, sondern auch an der Wissenschafts- respektive Stipendienpolitik der *Rockefeller Foundation* und der *Guggenheim Foundation*, der Eröffnung der *Hoover Institution* in Stanford/CA, mit ihren Beständen zu *modern international relations* und der 1929 erfolgten Gründung der *Modern European History Section* der *American Historical Association* und ihrem Organ *Journal of Modern History*.³ Mit der Tatsache, daß auf dem Historikertag in Boston/MA 1930 keine Sektion zur *Modern European History* abgehalten wurde, spiegelte die Veranstaltung also eine Art „Traditionsüberhang“ wider und entsprach nicht dem mittlerweile erreichten Stellenwert des Fachgebiets innerhalb der amerikanischen Geschichtswissenschaft.

In Folge der Weltwirtschaftskrise war die Arbeitsmarktsituation für Akademiker zu Beginn der 1930er Jahre ausgesprochen schlecht. Doch stieg, parallel zum Zurückweichen der Isolationisten und mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, das Interesse an der *Modern European History* immens und damit an den Emigranten als Spezialisten, – für Vorträge, zusätzlich einzurichtende Hochschulkurse, aber kaum für Festanstellungen. Mit dem Rückgang der Studentenzahlen nach dem Kriegseintritt der USA 1941 wurden die *Army Special Training Programs* und für viele Emigranten die Mitarbeit im Geheimdienst, (das gilt – zeitlich früher – auch für einige der Kollegen in Großbritannien), zur besten „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“, die ihnen zu diesem Zeitpunkt widerfahren konnte. Nach dem Kriegsende aber, mit der Rückkehr der demobilisierten Soldaten und der Expansion des Hochschulsystems, präziser noch in den 1950er Jahren, setz-

3 Nach einer Umfrage von Chester P. Higby gab es 1926 schätzungsweise 250 amerikanische Historiker des modernen Europa bei einer Mitgliederzahl der *American Historical Association* von 2868. Vgl. C. P. Higby, Vorwort, in: *Journal of Modern History* 1 (1929), S. 3-8. Siehe auch F. Stern, *German History in America, 1884-1984*, in: *Central European History* 19 (1986), S. 131-163.

te der *take-off* für die Fächer *German Studies* und *European Studies* erst richtig ein. Und das war, vor dem Hintergrund des weltpolitischen Geschehens, auf Basis der gemeinsamen Interessenlage, dem konzertierten Engagement der amerikanischen Europa-Historiker wie dem der deutschsprachigen Emigranten zu verdanken.⁴

Zunehmend dehnten die Europa-Historiker ihr Netzwerk nach 1945 organisatorisch weiter aus. Die Emigranten wiederum, die fast alle eine feste Anstellung fanden, gewannen in dem Netzwerk zunehmend an Präsenz. Hans Kohn, in der Nachfolge von Hajo Holborn und Felix Gilbert als Sekretär, forcierte als Vorsitzender der *Modern European History Section* 1954 die englische Übersetzung ausländischer Geschichtswerke. Die Sektion verspreche sich dadurch nicht nur einen Stimulus für die amerikanische Geschichtswissenschaft, „... but [it would] serve the better understanding of the mentality of other countries.“⁵

Es war eine der Ideen, mit welchen die Emigranten versuchten, wissenschaftliche „Aufbauhilfe“ für Deutschland und Österreich zu leisten.

1957 kam es, wieder im Rahmen des jährlichen Historikertages, zur Bildung der *Conference Group for Central European History*. Eigentlich war nur ein loses Treffen zur Verständigung über die Forschung zu Zentraleuropa geplant gewesen. Der Andrang jedoch, es erschienen 60 Personen, führte sogleich zur Gründung jener *Conference Group*. Holborn und Kohn wurden in das *executive committee* gewählt, die Statuten noch am 28. Dezember 1957 verabschiedet. Die Zahl der Mitglieder kletterte im folgenden Jahr schon auf 126.⁶ Noch auf dem Gründungstreffen der *Conference Group for Central European History* wurde ein *Habsburg Committee to forward the Hantsch Project in this Country* bestellt. Hugo Hantsch, Professor an der Wiener Universität, hatte seine Kollegen in den USA um Hilfe

4 Zur Entwicklung des Faches *Modern European History* in den USA seit 1945 vgl. auch D. H. Pinkney, *American Historians on the European Past*, in: *American Historical Review* 86 (1981), S. 1-20.

5 *Minutes* der Sektionssitzung von Dezember 1954, in: *Journal of Modern History* 27 (1955), S. 108.

6 Neben Historiker-Emigranten wie Andreas Dorpalen (Canton/NY), Friedrich Engel-Jánosi (Washington/DC), Fritz T. Epstein (Washington/DC), George W.F. Hallgarten (zu dieser Zeit ohne Stellung), Felix E. Hirsch (Trenton/NJ), Robert A. Kann (New Brunswick/NJ), Gerhard Masur (Lynchburg/VA) und Hans Rosenberg (New York), schlossen sich der Gruppe auch „altbekannte“ amerikanische Europa-Historiker wie Walter L. Dorn (New York) an sowie jüngere Leute, z.B. Gerhard L. Weinberg (Lexington/KY) und Gerald Stourzh (Chicago/IL), die zum Teil Emigranten der zweiten Generation waren, wie Hans W. Gatzke (Baltimore/MD) und Frank G. Eyck (Alexandria/VA), der Sohn Erich Eycks. – Zum folgenden vgl. die entsprechenen Protokolle, *Reports* und Mitgliederlisten, in: *Leo Baeck Institute*, New York, Hans Kohn Collection, Box 8, Folder 3.

gebeten. Er bemühte sich, ein umfassendes Projekt zur Geschichte des Habsburger Reiches auf den Weg zu bringen. 1958 wurde das „Hantsch-Projekt-Komitee“ umgewandelt in das *United States Committee to Promote Studies of the History of the Habsburg Monarchy*. Zudem wollte sich die Wiener Universität um die Ausrichtung des Internationalen Historikerkongresses 1965 bei der *Rockefeller Foundation* bewerben. Holborn und Kohn besprachen sich am Rande des Historikertages 1959 mit den einschlägigen amerikanischen Kollegen, wie eine erfolgreiche „politische“ Unterstützung dafür aussehen könnte. Das „Hantsch-Projekt“ erhielt finanzielle Förderung; der Internationale Historikerkongreß fand 1965 in Wien statt, unter besonderem Einsatz des dorthin remigrierten Friedrich Engel-Jánosi. So, und ähnlich, organisiert man eben Geschichtswissenschaft.

Diese erfolgreiche Bündelung von Forschungsinteressen der Europa-Historiker in den 1950er Jahren konnte erfolgen, weil die *American Historical Association* mit ihren jährlichen Treffen das entsprechende Forum für solche Zusammenschlüsse bot. Hier trafen sich die Emigranten und amerikanischen Europa-Historiker – auch der jüngeren Generation wie Gordon A. Craig, Leonard Krieger oder Carl E. Schorske – wieder, die sich aus der Zeit ihrer Geheimdiensttätigkeit kannten. Und dieses Netzwerk wurde erweitert um alte Verbindungen und jene Netzwerke, welche die Emigranten untereinander aufrechterhalten hatten.⁷

Im Gegensatz zu den Kollegen in Großbritannien und Palästina profitierten in den USA etliche Emigranten von einem größeren Arbeitszusammenhang. Es bildeten sich jedoch keine Emigranten-spezifischen „Interessenverbände“. Die deutschsprachigen Historiker organisierten sich gemeinsam mit amerikanischen Kollegen als Europa-Historiker, Renaissance- und Reformations-Spezialisten, oder Vertreter – nein, nicht der Sozialgeschichte, aber der Ideengeschichte.

⁷ Vergleichbare Möglichkeiten der Netzwerkbildung besaßen die Historiker-Emigranten in Großbritannien und Palästina in den 1930er und 1940er Jahren nicht. Abgesehen von der äußerst begrenzten Aufnahmefähigkeit der akademischen Systeme, sind in Bezug auf Großbritannien drei fehlende Voraussetzungen zu nennen: 1. bekam nur eine geringe Anzahl der dort verbliebenen Emigranten bis 1945 die Gelegenheit, an einer Hochschule zu lehren; 2. stießen die wenigen auf Neuere Deutsche Geschichte spezialisierten Historiker seitens ihrer britischen Kollegen kaum auf Interesse; 3. existierte unter den Emigranten in Großbritannien auch in anderen Fachgebieten keine in solchem Maße, über einen längeren Zeitraum reichende Konzentration gemeinsamer Interessen. In Großbritannien fand sich weder ein Forum, noch eine Institution mit ausreichend finanziellen Ressourcen, die mehreren Emigranten gleichzeitig als „Andockstation“ hätte dienen können. Eine solche „Andockstation“ war das *Institute for Advanced Study* in Princeton/NJ, und ein solches Forum war die *Modern European History Section* des amerikanischen Historikerverbandes.

Fixpunkt dieses Netzwerkes war das 1940 von Arthur O. Lovejoy gegründete *Journal of the History of Ideas* (Baltimore/MD). Der amerikanische Philosoph hatte im Laufe seiner Gelehrtenjahre eine ganz eigene Vorstellung von Ideengeschichte entwickelt.⁸ Seine *history of ideas* gründete in der Überzeugung von der Existenz, Persistenz und zeitlichen Mobilität von *unit-ideas*. Lovejoy glaubte; Ideen als isolierte Einheiten behandeln zu können. Losgelöst aus einem (Denk-)System oder ihrem sozialen Kontext, sei ihre Kontinuität und Entwicklung durch die Geschichte hindurch zu verfolgen. Das Konzept war seine Antwort auf die Überspezialisierung und Zersplitterung in den Geistes- und Sozialwissenschaften, – sein Anliegen eine interdisziplinäre Synthese.⁹

Um sein Forschungsfeld zu etablieren, unternahm Lovejoy ähnliche Anstrengungen wie die Kollegen für die *Modern European History*. Und da kamen ihm die geistes- und ideengeschichtlich versierten Historiker-Emigranten wie z.B. Hans Baron gerade recht. Diesen empfahl er an die *City Colleges* in New York, in der Überzeugung,

„.... that he is a man for whom, in the interest of historical scholarship in this country – and especially of a phase of the history of ideas in which we have still too few first-class scholars – we ought to find an academic position favorable to the continuance of his research and the publication of two important volumes which he has in progress.“¹⁰

In das *editorial board* des *Journal of the History of Ideas* aber wurden berufen: 1944 die Philosophen-Emigranten Paul O. Kristeller und Ernst Cassirer sowie Hajo Holborn, 1949 Hans Kohn und 1967 Felix Gilbert. Je fester sich die Emigranten im akademischen System verankerten, desto mehr konnten auch sie für die Förderung der *history of ideas* etwas tun. Bereits 1955 wurde die Idee geboren, um das *Journal of the History of Ideas* herum eine entsprechende *society* zu bilden.¹¹ Nachdem sich die potentiellen Interessenten im Laufe des Jahres 1958 darüber verständigt hatten, kam es

8 Zu Lovejoy vgl. D. J. Wilson, *Arthur O. Lovejoy and the Quest for Intelligibility*, Chapel Hill/NC 1980.

9 Grundlegend für Lovejoys Konzeption war seine Vorlesungsreihe an der *Harvard University* in Cambridge/MA 1933, publiziert 1936 unter dem Titel: *The Great Chain of Being*, sowie: *Essays in the Historiography of Ideas*, Baltimore/MD 1938. Vgl. auch die ausgewählten Beiträge zur *history of ideas* aus dem *Journal of the History of Ideas* aus den Jahren 1940-1987 in D. R. Kelley (Hrsg.), *The History of Ideas. Canon and Variations*, Rochester/NY 1990.

10 Empfehlungsschreiben Arthur O. Lovejoys an J. Salwyn Schapiro, *City Colleges of New York*, vom 16. Dezember 1938, in: *Bodleian Library Oxford/Society for the Protection of Science and Learning*, File „H. Baron“.

11 Vgl. Brief Hans Kohn an Philip P. Wiener/*Journal of the History of Ideas*, vom 3. Oktober 1955, in: *Leo Baeck Institute*, New York, Hans Kohn Collection, Box 4, Folder 5.

ein Jahr später, pünktlich zum 20. Geburtstag des *Journal of the History of Ideas*, zur Gründung der *International Society for the History of Ideas*, zu deren Präsident Hans Kohn ernannt wurde. Wie sehr dieses Unternehmen auf internationale Zustimmung stieß, läßt sich an der Mitgliederliste ablesen,¹² – Hans Rosenberg war diesmal nicht dabei.

Wenn auch etliche der amerikanischen Europa-Historiker ihre deutschsprachigen Kollegen mit offenen Armen begrüßt hatten, der mancherseits versprochene „Gewinn“ durch die Emigranten stand den amerikanischen Historikern im allgemeinen nicht unbedingt vor Augen. Vor dem Krieg jedenfalls dominierte die Auffassung, die verschiedenen Themengebiete seien durch einheimische Gelehrte hinreichend vertreten. Zudem kann man nicht behaupten, daß die deutschsprachigen Historiker in den 1930er Jahren ob einer angenommenen methodischen Andersartigkeit besonderes Interesse erregt hätten. Eine Bereicherung darin sie in methodischer Hinsicht war auf Seiten der Amerikaner kaum ein Gegenstand von Überlegungen noch ein Argument in den die Emigranten betreffenden Diskussionen.¹³ Arthur O. Lovejoy war einer der wenigen, der ein dezidiert methodisches Interesse an den Emigranten bekundete, aber auch dies eigentlich in Hinblick auf eine personelle Verstärkung seines Fachgebietes, ohne dabei – in Bezug auf

12 Bis 1961 waren der *Society* u.a. beigetreten: Hans Baron (Chicago/IL), Sir Isaiah Berlin (Oxford), Martin Buber (Jerusalem), Ernst H. Gombrich (London), George P. Gooch (Oxford), Hajo Holborn (New Haven/CT), Max Horkheimer (Frankfurt a. M.), Werner Jaeger (Cambridge/MA), Hans Kohn (New York), Paul O. Kristeller (New York), Theodor Litt (Bonn), Karl Löwith (Heidelberg), Sir Karl Popper (London), Paolo Rossi (Mailand), Percy E. Schramm (Göttingen), Karl D. Erdmann (Kiel), Werner Kaegi (Basel), und natürlich Arthur O. Lovejoy sowie John H. Randall und Philip P. Wiener (New York) vom *Journal of the History of Ideas*.

13 Das bemerkt auch K. J. Greenberg, „Uphill Work“: The German Refugee Historians and American Institutions of Higher Learning, in: H. Lehmann u. J. J. Sheehan (Hrsg.), *An Interrupted Past: German-speaking Refugee Historians in the United States after 1933*, Cambridge/MA 1991, S. 94-101, hier 96. Hinsichtlich der Bedeutung von „language and social skills“ für ein Reüssieren der Emigranten stimme ich mit Greenberg überein, nur eingeschränkt jedoch mit ihrer folgenden Feststellung (S. 98-101): Angesichts des relativen Desinteresses seitens der amerikanischen Historikerkunft sei der Erfolg der Emigranten größtenteils ihrer Selbsthilfe, persönlichen Ambitionen, Beharrlichkeit, Geduld, der offensichtlichen Abwesenheit jeglichen Unmuts über schlechte Bezahlung und Zeitverträge sowie ihrer Fähigkeit zuzuschreiben, persönlich und professionell Eindruck zu machen und ihre amerikanische Zuhörerschaft zu erzielen. Scheint mir einerseits gerade im Bereich der *Modern European History* ein Interesse bestanden zu haben, so andererseits die berufliche Konsolidierung der Emigranten nicht allein (oder auch größtenteils) auf deren „Fähigkeit als Erzieher“ zurückzuführen. Greenbergs Bewertung fällt in meinen Augen insgesamt zu positiv aus. Die Geschichte als „institutional appreciation of the refugee historians“ innerhalb weniger Jahre, also als „reine Erfolgsgeschichte“ zu erzählen, scheint mir nicht angemessen.

die Emigranten – zwischen sehr unterschiedlichen Auffassungen von Ideengeschichte zu differenzieren.

Im Bereich der *Modern European History*, wo nach 1945 die wissenschaftspolitischen ebenso wie die wissenschaftlichen und politischen Interessen der deutschsprachigen und amerikanischen Europa-Historiker konvergierten, spielten methodologische Fragen hinsichtlich einer tatsächlichen respektive empfundenen Kohäsion des Faches eine untergeordnete Rolle. In wissenschaftsorganisatorischer Hinsicht wurde der Ausbau des Faches vorangetrieben; die Deutsche Geschichte löste die Englische und die Französische Geschichte als zentrales Themengebiet ab. Forschungsinteressen wurden gebündelt, neue Schwerpunkte gesetzt, Kommissionen, Zeitschriften und Projekte ins Leben gerufen. Ein kleiner Arbeitskreis aber, der sich wie jener für moderne Sozialgeschichte in Heidelberg explizit „zur fortlaufenden Aussprache über Grundlagen und Methoden sowie zum Austausch von Forschungsergebnissen“¹⁴ in einer solch hohen Frequenz über einen solch langen Zeitraum traf, fand sich im Rahmen des amerikanischen Historikerverbandes unter Beteiligung mehrerer Emigranten nicht zusammen.

II. Unter dem Gesichtspunkt Kontinuität im Werk der Emigranten ist folgendes kurz festzuhalten: Generell kann man zwei Phasen unterscheiden, eine erste Phase der beruflichen Unsicherheit, die von 1933 bis ca. Ende der 1940er Jahre reichte und eine zweite Phase der beruflichen Konsolidierung, die um 1950 begann. In der ersten Phase wurden laufende Forschungsprojekte unterbrochen und verzögert. Durch gewisse Erfordernisse, die einen Einstieg in das akademische System ermöglichten, kam es vor, daß in dieser Phase Teile des angestammten Fachgebietes aufgegeben wurden. Weitaus häufiger aber ergaben sich Erweiterungen des Fachgebietes. Fritz T. Epstein z.B. konnte mit der Russischen Geschichte lange Jahre kein Geld verdienen. In dieser Zeit verlagerte er sein Interesse auf die neueste europäische Diplomatiegeschichte, wie auch der Renaissance-Spezialist Felix Gilbert.

Diese dazugewonnenen Themengebiete sollten für die betreffenden Historiker ein zweites Standbein in ihrer Karriere werden. Allgemein aber ist zu Beginn der Phase der beruflichen Konsolidierung um 1950 eine Rückkehr zu den ursprünglichen Schwerpunkten zu verzeichnen. Felix Gilbert konzentrierte sich wieder auf die Renaissance, Fritz T. Epstein konnte nun als Rußland-Spezialist ein Auskommen finden.

14 W. Conze, Die Gründung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, in: *Hamburg Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaftspolitik*, Fs. Carl Jantke, 24 (1979), S. 23-32, hier 24.

Generell ist festzustellen, daß keiner der Historiker aufgrund der erzwungenen Emigration willentlich mit deutschen Wissenschaftstraditionen brach, und daß sie ebenso ihren methodischen Ansätzen und Interessen treu blieben. Das Eingebundensein in das akademische System, und für manche die Mitarbeit im Geheimdienst, konnten zwar nicht nur zu einer thematischen Erweiterung der Arbeitsgebiete führen, sondern auch Inspiration durch andersartige Theorien und Methoden bieten. Doch ist evident, daß die Wurzeln der „innovativen“ Ansätze bei den jüngeren Historikern in den 1920er Jahren lagen. Zum einen existierten manche thematischen und methodischen Interessen vor 1933 gleichsam als Optionen, die nicht oder kaum weiter verfolgt wurden und erst nach der Emigration, in einer veränderten beruflichen Konstellation zum Zuge kamen. Zum anderen wurden frühe tastende Versuche und Experimente – ob mit Komparatistik, der Soziologie (und hier vor allem Max Weber), der Kulturgeschichte, der Ethnologie, der Ikonographie oder der Sozialgeschichte gerade in Zusammenhang mit der Ideengeschichte in der Emigration fortgesetzt und methodische Instrumentarien weiterentwickelt.

Was Hans Rosenberg später bestätigte, gilt auch für andere Kollegen: daß es seine Auseinandersetzung mit der „Erschütterung überkommener Werte“, der Zerstörung alter Erwartungen in den „traumatischen Umbruchsjahren“ nach dem Ersten Weltkrieg gewesen war, die seine historischen Erkenntnisbemühungen in bestimmte Bahnen gelenkt hatte.¹⁵ Der Grad an Offenheit gegenüber inhaltlichen und gerade methodischen Anregungen aber erwuchs aus der persönlichen Disposition. Hans Rosenberg verfeinerte seine methodischen Ansätze wie er sie schon 1933 in einer Art „Programmwurf“ zur Information für die Hilfsorganisationen dargelegt hatte. Dabei nutzte er die Kontakte mit Sozialwissenschaftlern aus seinem neuen Umfeld und setzte sich intensiv mit den Politischen Wissenschaften und der Soziologie auseinander.¹⁶ Gerhard Masur indessen zog sich – auf Dauer – willentlich zurück und konzentrierte sich auf sein altes Projekt ei-

15 H. Rosenberg, Einführung, in: ders., Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz, Göttingen 1972, S. 7-17, hier 9 und ders., Rückblick auf ein Historikerleben zwischen zwei Kulturen, in: ders., Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen, Göttingen 1978, S. 11-23, hier 12. – Vgl. H. Baron, The First History of the Historical Concept of the Renaissance: A Discussion of W. K. Ferguson's „The Renaissance in Historical Thought“ [Boston/MA, 1948], in: Journal of the History of Ideas 11 (1950), S. 493-510, hier 500 und H. Holborn, Protestantismus und politische Ideengeschichte. Kritische Bemerkungen aus Anlaß des Buches von O. Westphal „Feinde Bismarcks“ [München, Berlin, 1930], in: HZ 144 (1931), S. 15-30, hier 15f.

16 Vgl. H. Rosenberg, Vorbericht, in: ders., Die Weltwirtschaftskrise von 1857-1859, Göttingen 1974, S. V-XXV, hier XIV.

ner Europäischen Geistesgeschichte, und dies in bester „traditioneller“ Manier. Er war

„... mehr denn je davon überzeugt, dass jedenfalls in der Geistesgeschichte, die grossen Leistungen von Einzelmenschen oder Gruppen von Gleichgesinnten gemacht werden, die dann den Ton angeben für die Zeit oder die Nachzeit. ... Mein Freund Hans Herzfeld schrieb mir, dass er auch in Stanford, California, keine grosse Gegenliebe für die Geistesgeschichte gefunden habe. Das lässt mich ziemlich kalt. Jeder muss das tun, was er für richtig und wahr hält. Zur guten Zeit werden dann auch die jetzigen [sozialgeschichtlichen] Moden vorübergehen.“¹⁷

Das akademische System in den USA war pluralistisch genug, auch Gerhard Masur eine Nische bieten zu können, in der er sich weitgehend von allen „neumodischen“ Ansprüchen an die Geschichtswissenschaft freihalten konnte. Keiner der Emigranten sah sich gezwungen, für eine Fortsetzung der Karriere die Methoden wechseln zu müssen. Hans Rosenberg aber war hinsichtlich seiner methodischen Aufgeschlossenheit gegenüber den Nachbardisziplinen herausragend. Zwischen diesen beiden Polen gab es nur äußerst selten ernsthafte Versuche, dezidiert sozialwissenschaftliche Ansätze in der Praxis umzusetzen.

Robert A. Kann stieß Anfang der 1950er Jahre zu einem Projekt, das im Rahmen eines *Center for Research in World-Political Institutions* an der *Princeton University* angesiedelt war. Dort entstanden (seit 1951) vergleichende Studien zu europäischen Ländern, aber auch den USA. Der Schwerpunkt lag auf der Frage nach den Gesetzmäßigkeiten solch institutioneller Zusammenschlüsse und dem Funktionieren respektive der Bedeutung von „Intigration“. Die Analyse historischer Integrationsvorgänge zielte darauf ab, Faktoren heraus zu arbeiten, die für ein erfolgreiches Zusammenwachsen internationaler „Sicherheits-Gemeinschaften“ (wie die *UN* und die *NATO*) ausschlaggebend sein könnten.¹⁸ Robert A. Kann erarbeitete hier zusammen mit anderen Historikern und Sozialwissenschaftlern eine Studie zu *Political Community and the North-Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience*. Die Habsburger Monarchie war als ein Modellfall ausgewählt worden und Kann publizierte 1957 auch eine Monographie mit dem Titel *The Habsburg Empire. A Study*

17 Brief Gerhard Masur, an seinen ehemaligen Studenten aus der Berliner Zeit Wilmont Haacke, vom 23.07.1973, in: *Institut für Zeitgeschichte*, München, Nachlaß Masur, ED 216/59, III. Korrespondenz H-I.

18 Der deutsche Rezensent beurteilte den Versuch als gescheitert. Vgl. P. Kluge, in: *HZ* 192 (1961), S. 630-632. Die Publikation lag mir nicht vor.

in *Integration and Disintegration*.¹⁹ Kann widmete sich diesem Versuch, Gesetzmäßigkeiten der „Integration“ und „Desintegration“ aufzudecken, in seiner separaten Studie nur eingeschränkt. Er verwendete den im Rahmen des Gesamtprojekts entwickelten Begriffs- und Fragekatalog.

„Die vorliegende Monographie aber versucht nicht zu verallgemeinern oder ihre Ergebnisse unmittelbar auf die gegenwärtigen Weltprobleme zu beziehen.“²⁰

Eine politische Einheit wie die Habsburger Monarchie sei nicht am Maßstab einer zukünftigen Weltorganisation in Bezug auf ihre „friedliche innere Entwicklung, gemeinsame Institutionen und Verteidigung gegen äußere Angriffe“ zu messen. Statt dessen hieße die Frage, „ob sie denn ihrer *eigenen* Zeit in diesen Belangen gerecht wurde.“²¹ Kann erwähnte in seiner Einleitung sogar, daß die (analytische) Disposition, der er sich habe „unterwerfen“ müssen, nicht immer seinen Beifall gefunden habe. Doch schien es ihm letztlich wertvoll,

„... das österreichische Problem einmal nicht ... als Fall *sui generis* zu betrachten, sondern als einen Fall in einer Kette paralleler, wenn auch gewiß nicht analoger Probleme der Staatengeschichte.“²²

In knappen Kapiteln ging er Aspekten der sozialen Struktur, dem Zusammenhang von „sozialem Aufbau und parlamentarischer Vertretung“, den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen in ihrer Tragweite und Wirkung nach. Im Laufe der Studie meinte Kann feststellen zu müssen, daß das Problem nicht so sehr in der Frage liege, warum Österreich-Ungarn zugrunde ging (wofür er den Ersten Weltkrieg verantwortlich machte), sondern darin, warum es überhaupt so lange hatte existieren können. Gesetzmäßigkeiten, oder gar die eine große Gesetzmäßigkeit, konnte er jedoch nicht entdecken.²³ Der systematische Zugriff schien ein nur eingeschränktes Erklärungspotential zu besitzen. Es hatte wehl letztlich an einem „Gemeinschaftsgefühl“ gefehlt. Im Ergebnis konstatierte Kann:

„Überzeugender [als die Ursache der Auflösung des Habsburger Reiches in den äußeren Mächten zu sehen] ist die Tatsache, daß es der Monarchie mißlang, den

19 R. A. Kann u.a., *Political Community and the North-Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience*, Princeton/NJ 1957 und ders., *The Habsburg Empire. A Study in Integration and Disintegration*, New York 1957; deutsch: *Wenden und Zerfall des Habsburgerreiches*, Graz 1962.

20 Vorwort des Institutsdirektors R. W. van Wageningen in ebenda, S. 7-9, hier 8.

21 Ebenda, S. 19.

22 Ebenda, S. 14.

23 Vgl. ebenda, S. 237, zum Ersten Weltkrieg S. 40, 167, 189, besonders 196.

Begriff des typisch österreichischen Menschen zu entwickeln. Ein Erfolg in dieser Hinsicht hätte die Auflösung vielleicht verhindert und wäre für eine künftige Wiedervereinigung sicher von guter Vorbedeutung gewesen.“²⁴

Der bestimmende Faktor im Integrationsprozeß hätte also die Entwicklung des „übernationalen Menschen“ und der „übernationalen Idee“ sein können. Ihr widmete Kann sein letztes Kapitel. Für diesen Teil der Arbeit „unterwarf“ er sich übrigens nicht mehr der (analytischen) Disposition des Gesamtprojekts; hier nahm er den zuvor unternommenen Schritt hin zu einer „funktionalistischen“ Analyse wieder zurück.

Robert A. Kanns Experiment, mit einem dezidiert sozialwissenschaftlichen Ansatz zu operieren, blieb ein kurzer Ausflug. Er hatte sich ergeben aus persönlichen Kontakten, die Kann in den ersten Jahren der Emigration am und über das *Institute for Advanced Study* in Princeton/NJ hatte knüpfen können, sowie aus der Tatsache, daß ein interdisziplinäres Projekt wie dieses über weltpolitische Institutionen durch das Engagement mehrerer Wissenschaftler zustande gekommen war und dafür ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden. Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Kommunikation brauchen angemessene Rahmenbedingungen. Daß die Finanzierung des Projekts für einige Jahre gesichert werden konnte, verdankte sich wiederum dem Umstand, daß es sich um ein weltpolitisch aktuelles Thema handelte. So wie rahmenbedingte Faktoren die wissenschaftliche Arbeit der Emigranten beeinflussten, lagen im politischen Zeitgeschehen weitere, de facto wichtigere Wendungen in ihrem Werk begründet.

Etliche der Historiker fanden im Nationalsozialismus und durch den Zweiten Weltkrieg ihre in den 1920er Jahren gewachsene kritische Haltung gegenüber der deutschen Geschichte und der traditionellen Geschichtsschreibung bestätigt. Doch insofern bestimmte Forschungsprojekte auf eine Legitimierung der Republik und ähnlichem gezielt hatten, man denke an Hajo Holborns Arbeit zur Entstehung der Weimarer Verfassung, machten diese Arbeiten nach 1933 keinen Sinn mehr. Nach Großbritannien emigrierte Francis L. Carsten hatte sich aufgrund seines politischen Engagements vor 1933 mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung beschäftigt. Nach der Emigration verlegte er sein Interesse auf die frühe preußische Geschichte, um herauszufinden was „falsch“ gelaufen war. Hans Rosenberg hatte, als überzeugter Demokrat, bis dahin hauptsächlich über die Traditionen des deutschen Liberalismus und die Ursachen seiner Entfremdung vom westeuropäischen Liberalismus gearbeitet. Wie viele Kollegen auch, beschäftigte er sich mit „Krisen“-

²⁴ Ebenda, S. 237; vgl. zum fehlendem „Gemeinschaftsgefühl und -sinn“ S. 21, 95, passim.

Phänomenen. Nach dem Kriegseintritt der USA entschied H. Rosenberg, „eine umfassende Sozialgeschichte der vorindustriellen preußisch-deutschen Herrschaftselite in Angriff zu nehmen“²⁵ und damit der Frage nachzugehen, wie es eigentlich zum „Dritten Reich“ hatte kommen können. Der Nationalsozialismus und bald „1945“ lösten als neuer Fluchtpunkt alte Leitideen ab.

Hajo Holborn, der in seinen Arbeiten die besondere Entwicklung Deutschlands immer berücksichtigt hatte, war vor 1933 gegen eine simplifizierende Überbetonung des Gegensatzes zwischen Deutschland und Westeuropa aufgetreten.²⁶ Darin lag nicht nur ein anti-nationalistischer Impetus. Angesichts des Legitimationsbedarfs der Demokratie hatte es gegolten, das Argument der Republik-Gegner, das parlamentarische System entspreche nicht der „Sonderentwicklung“ Deutschlands, zu unterlaufen. Nach 1945 konnte Holborn nicht umhin, die Unterschiede zwischen der „verspäteten Nation“ Deutschland und Westeuropa, die er vor der Emigration noch versucht hatte einzuebnen, um so mehr zu betonen.²⁷ Daß deren Überwindung jetzt an der Zeit sei, verlieh seiner Argumentation für eine Anbindung „Nachkriegs-Deutschlands“ an den Westen mehr Gewicht.

Hans Rosenberg gedachte mit seiner Studie über die preußischen Junker seinen „wissenschaftlichen und ideologischen Beitrag zur Neugestaltung Deutschlands“ zu leisten.²⁸ Die „normative Westbindung“, Traditionskritik und Modernisierungsperspektive, die in der Historischen Sozialwissenschaft in den 1970er Jahren mit weiteren Elementen eine „unauflösbare“ Verbindung eingingen, wurden von einigen der Emigranten (vor allem in den USA) vorweggenommen. Insofern war ihre Inanspruchnahme – besonders jene von Hans Rosenberg – als „traditionelle Vorläufer“ der „Moderne Deutschen Sozialgeschichte“ durch Historiker wie Hans-Ulrich Wehler legitim und kongenial.²⁹

25 H. Rosenberg, Rückblick (Anm. 15), S. 19.

26 Vgl. H. Holborn, Protestantismus (Anm. 15), in: HZ 144 (1931), S. 15-30 und 149 (1934), S. 139-141.

27 Vgl. H. Holborn, Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, in: HZ 174 (1952), S. 359-384 und ders., A History of Modern Germany, Bd. 1: The Reformation, New York 1959, Bd. 2: 1648-1840, New York 1964, Bd. 3: 1840-1945, New York 1969; deutsch: Deutsche Geschichte in der Neuzeit, Bd. 1: Das Zeitalter der Reformation und des Absolutismus (bis 1790), Stuttgart 1960, Bd. 2: Reform und Restauration, Liberalismus und Nationalismus (1790-1871), München 1970, Bd. 3: Das Zeitalter des Imperialismus (1871-1945), München 1971.

28 So Hans Rosenberg in einem Brief an Friedrich Meinecke, vom 06.05.1946, zitiert nach H. A. Winkler, Ein Erneuerer der Geschichtswissenschaft. Hans Rosenberg 1904-1988, in: HZ 248 (1989), S. 529-555, hier 541.

29 Vgl. zu dieser „unauflösbaren Verbindung“ Th. Welskopp, Westbindung auf dem „Sonderweg“. Die deutsche Sozialgeschichte vom Appendix der Wirtschaftsgeschichte zur

III. Wenn es ein Deutungsmuster gab, das „die Emigranten“ ab Ende der 1940er Jahre versuchten nach Deutschland zu vermitteln, dann die Vorstellung der *Western civilization*. Auch die amerikanischen Amerika-Historiker, vor dem Zweiten Weltkrieg noch um die Besonderheit und Unterschiedlichkeit der amerikanischen Gesellschaft im Vergleich zu Europa bemüht, schlossen sich nach 1945 dem Interpretationsrahmen einer *Atlantic community* für die amerikanische wie auch die westeuropäische Geschichte an.³⁰ Projekte wie jenes, an dem Robert A. Kann sich beteiligte, erhielten besondere Unterstützung. Auf dem Internationalen Historikerkongress in Rom 1955 wurde für das „atlantische Geschichtsbild“ gemeinsam von Jacques Godechot und Robert R. Palmer in einem großen Vortrag gleichsam „geworben“.³¹ Für die Emigranten und die amerikanischen Europa-Historiker war die Anbindung (West-)Deutschlands an den Westen – mit allen politischen Implikationen – oberstes Gebot.

Völlig einig waren sie sich ebenfalls in ihrer Zielsetzung, das „deutsche Geschichtsbild“ zu revidieren. Im Vordergrund stand die Kritik an den preußischen Traditionen, an Machtstaatsdenken, Militarismus und Nationalismus und in engerem methodologischen Sinne am Primat der Außenpolitik, dem Vorrang der Diplomatiegeschichte, dem „Individualitätsprinzip“ und der bisherigen Vernachlässigung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. In Deutschland trafen die Emigranten – das ist bekannt – mit ihren Revisionsforderungen und -angeboten schnell auf zunehmenden Widerstand.

Als Gerhard Ritter sich in „Europa und die deutsche Frage“ 1948 den zentralen Themen Luthertum und Preußentum, Revolution, Nationalismus und Imperialismus sowie Erster Weltkrieg stellte, wurde die Schrift auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedlich aufgenommen. Von Karl D.

Historischen Sozialwissenschaft, in: W. Küttler u.a. (Hrsg.), *Geschichtsdiskurs 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945*, Frankfurt a. M. 1999, S. 191-237, der auf S. 196 bemerkt: „Ohne ihren direkten Einfluß überbewerten zu wollen, verliehen die Emigranten [besonders Hans Rosenberg] dem gesellschafts- und traditionskritischen Impetus der Sozialgeschichte eine neue wissenschaftliche und moralische Autorität.“ – Claus Leggewie hielt jüngst in einem Aufsatz zu Theodor Schieder und dessen NS-Vergangenheit fest: „Wehler, der als junger Student Schieders wegen von Bonn nach Köln gegangen war, bekennt heute die fast unvereinbaren Gefühle von Loyalität, die er einerseits weiterhin dem akademischen Lehrer zollt, andererseits den rund 135 deutschen Historikern gegenüber verspürt, die nach 1933 verjagt, eingesperrt oder ermordet wurden. Dabei wird eine Art Sehnsucht nach einem fehlerfreien Ersatzlehrer sichtbar, sobald die Rede auf Hans Rosenberg kommt.“ C. Leggewie, *Mitleid mit den Doktorvätern oder: Wissenschaftsgeschichte in Biographien*, in: *Merkur* 601 (1999), S. 433-444, hier 437.

30 Vgl. P. Novick, *That Noble Dream. The „Objectivity Question“ and the American Historical Profession*, Cambridge/MA 1988, S. 311.

31 Vgl. J. Godechot u. R. R. Palmer, *Das Problem des Atlantik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert* [1955], in: E. Schulfin (Hrsg.), *Universalgeschichte*, Köln 1974, S. 295-317.

Erdmann hochgelobt, zeigte Felix Gilbert einige Vorbehalte. Während dieser Ritters „Polemik“ gegen den unter dem Begriff des „Vansittartismus“ subsummierten angelsächsischen „view of Germany“ für den schwächsten Teil der Arbeit hielt,³² lag für Erdmann gerade hierin der Wert der Publikation. Die These von der Kollektivschuld habe sich damit als unhaltbar erwiesen.³³ Gilbert dagegen mangelte es gerade bei Ritters Abwehr des „Vansittartismus“ an tiefgreifenderer Kritik auf der Basis von Untersuchungen der sozialen Entwicklungen in Deutschland. Doch schien ihm das Buch insgesamt „worth while“. Er selbst bekannte, eine zu scharfe Kritik an Ritter zu scheuen, um die Ansätze nicht im Keim zu ersticken. Denn dies zeige

„... a lack of appreciation of the importance of initiating immediately serious scholarly discussions in Germany and of the difficulties against which scholarly production has to struggle there today.“³⁴

Wie berechtigt seine Befürchtungen waren, zeigen besonders die Reaktionen auf jene Arbeiten der Emigranten und angelsächsischer Kollegen, die auf eine kritische Neubewertung Bismarcks und Preußens drängten. Gerade sie scheinen die retablierte deutsche Historikerkunft in ihrer Abwehr gegen Revisionsforderungen zusammengeschweißt zu haben. Bei der Verteidigung dieser beiden letzten Bastionen von „guter Tradition“ (von deutscher Seite sowie von Hans Rothfels) aber ging es vor allem um inhaltliche Werte. Die methodischen Zugriffe eines Francis L. Carsten oder Hans Rosenberg interessierten – vorerst – nur am Rande. Angesichts der desolaten Gegenwart und unwägbarer Zukunft war die Frage, „was ist uns geblieben?“ eben dringlicher, als die Frage „was sollten wir ändern?“. Und daß die me-

32 Vgl. besonders die Einleitung, Ritters „Verteidigung“ Bismarcks und seine Schlußbetrachtung; in: G. Ritter, *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens*, München 1948, S. 7-10, 77-100 u. 193-200. Ritter war wohl der erste, der die „Luther bis Hitler“-These mit dem Begriff „Vansittartismus“ bezeichnete; vgl. ebenda, S. 7.

33 Vgl. K. D. Erdmann, Rezension, in: *HZ* 170 (1950), S. 139-143, hier 142. Es war im übrigen die „bewährte Methode des Historismus“, die es nach Erdmann erlaubte, die gegensätzlichen politischen Anschauungen des Westens und Deutschlands „nicht aus Vorzügen oder Fehlern des Denkens und Charakters dieses oder jenes Volkes her[z]uleiten, sondern aus der historischen Situation, aus der die Entwicklung ihren Ursprung genommen hat. ... Die Schrift ist eine Bestätigung dafür, daß man trotz der Vorwürfe, die sich heute auf allen Gassen gegen den Historismus erheben, guten Grund hat, sich ihm auch weiterhin ein gehöriges Stück Weges anzuvertrauen.“ Ebenda, S. 140. Die Methode des Historismus habe sich auch bei Ritters Betrachtungen zu Bismarck bewährt. Trotzdem er es ablehne, Bismarck „von der Ebene des englischen Liberalismus aus zu beurteilen“, sei er, so Erdmann, den Bedenken im Bismarckbuch Erich Eycks durchaus gerecht geworden. Ebenda, S. 141. – Vgl. F. Gilbert, Rezension, in: *American Historical Review* 54 (1949), S. 594f.

34 Ebenda, S. 595.

thodologischen Fragen im Laufe der Diskussionen in den Nachkriegsjahren bald in den Hintergrund gedrängt wurden zugunsten der Frage nach den zu vermittelnden Werten ergab sich auch aus der Notwendigkeit des Alltags, denn Schüler und Studenten wollten unterrichtet werden. Auf einer deutsch-englischen Historikerkonferenz 1949 einigte man sich letzten Endes, daß angesichts des konkreten Handlungsbedarfs der Inhalt der Lehre wichtiger sei als die Methode: Unter Politischer Geschichte könne in Zukunft schließlich auch anderes, wie z.B. die Industrielle Revolution subsummiert werden.³⁵

Die Forderung nach mehr Sozial- und Wirtschaftsgeschichte wurde in der Debatte um die Revision des „deutschen Geschichtsbildes“ oft und laut gestellt. Doch gerade sie scheint im Wechselspiel von Revisionsansprüchen und -abwehr schnell zu einem Schlagwort geronnen zu sein, mit dem sich durchaus unterschiedliche Vorstellungen verbanden, die zudem nicht immer expliziert wurden. Deshalb ist die Frage, was haben „die Emigranten“ unter „mehr Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ verstanden, weniger eindeutig zu beantworten als jene, was haben sie sich davon für die deutsche Geschichtswissenschaft versprochen?

IV. Die Beurteilung des einer Arbeit gegebenenfalls innewohnenden sozialgeschichtlichen „Innovationspotentials“ ist abhängig von den Bemessungskriterien und der Perspektive. Die Einbeziehung des sozialgeschichtlichen Hintergrundes war in vielen politik- und ideengeschichtlichen Untersuchungen der Emigranten schon seit den 1920er Jahren selbstverständlicher geworden. Sie wird heutigen Ansprüchen sicher nicht gerecht; oft genug wird damaligen Arbeiten bescheinigt, sie hätten „lediglich“ oder aber immerhin „ansatzweise“ sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragen berücksichtigt.³⁶ Doch dies gilt ebenso für das Gros der Arbeiten, die in diesen Jahren in den USA, Großbritannien oder Frankreich erschienen.³⁷

Somit konvergierten auch in methodischer Hinsicht die Interessen der Emigranten und der entsprechenden amerikanischen Kollegen. Die wichtigsten Deutschland- und Europa-Historiker wie z.B. Sidney B. Fay, Carl-

35 Vgl. H. F. Bing, *The Study and Teaching of History in Post-war Germany*, in: *History* 36 (1951), S. 92-107.

36 Vgl. z.B. zu Holborn B. Faulenbach, Hajo Holborn, in: *Deutsche Historiker VIII*, Hrsg. H.-U. Wehler, Göttingen 1982, S. 114-132 oder auch Hans Rosenbergs Selbsteinschätzung seiner frühen Aufsätze in H. Rosenberg, *Politische Denkströmungen* (Anm. 15), S. 10 und ders., *Rückblick* (Anm. 15), S. 14, die „Schwächen der Betrachtungsweise, Methodik und Interpretation“ respektive eine noch „unzureichende theoretische und sozialwissenschaftliche Schulung“ verrieten.

37 Vgl. dazu die Beiträge in J. Kocka (Hrsg.), *Sozialgeschichte im Internationalen Überblick. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung, Darmstadt 1989*.

ton J. H. Hayes, Bernadotte E. Schmitt sowie die jüngeren William L. Langer oder auch Eugene N. Anderson lehrten und schrieben Politische und Diplomatiegeschichte. Die Berührungängste gegenüber den Sozialwissenschaften waren bei den älteren sicherlich geringer als bei den meisten deutschen Kollegen gleichen Jahrgangs. Carlton J. H. Hayes hatte u.a. schon 1916 ein *textbook* zur *Political and Social History of Modern Europe* veröffentlicht, bevor er sich unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges dem Problem des Nationalismus zuwandte.³⁸ Und bei den jüngeren Europa-Historikern war die Berücksichtigung des sozialgeschichtlichen Hintergrundes, wenn auch in unterschiedlichem Maße eingelöst, selbstverständlich. Hajo Holborn, letztlich ein Vertreter der Politischen Geschichte, konnte in diesem akademischen Umfeld genauso schnell heimisch werden wie Felix Gilbert, der Politische Ideengeschichte unter Einbeziehung sozialgeschichtlicher Aspekte schrieb.³⁹ Hans Rosenberg jedoch, mit seinem methodischen Experiment, abstrakte Konjunkturmodelle der Ökonomie mit sozialgeschichtlichen Fragestellungen zu kombinieren, war auch in den Vereinigten Staaten bis in die 1950er Jahre hinein noch eine Ausnahmeerscheinung. Maßgeblich gewann die Sozialgeschichte in den USA erst in den 1960er Jahren an Boden.

Wie in (West)Deutschland wurde die „deutsche Katastrophe“ vornehmlich als politische und geistig-moralische Krise aufgefaßt. Der Zugang zum „Phänomen“ Nationalsozialismus blieb deshalb – wie in der deutschen Zeitgeschichte nach 1945 – vorerst eine Domäne der Politischen Geschichte und dem, was in den USA unter *intellectual history* firmierte. Unter dieser Etikettierung verschmolzen im Bereich der *Modern European History* die von den *progressive historians* geprägten, sozialgeschichtlich ausgerichteten Ansätze in der Forschung zu „Ideen“ und ähnlichem mit den Bemühungen der Emigranten, die „mitgebrachte“ „Geistes- und Ideengeschichte“ in Hinblick auf sozio-ökonomische Aspekte zu „modernisieren“.⁴⁰

Diese „Modernisierung“ einhergehend mit einer „Demokratisierung“ war es, die sich die Emigranten für die deutsche Geschichtswissenschaft wünschten und unter der Forderung nach „mehr Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ subsummierten. Damit verbanden sie jedoch sicher nicht rein methodologische Veränderungswünsche. Tatsächlich waren ihre konkreten

38 Vgl. C. J. H. Hayes, *A Political and Social History of Modern Europe*, New York 1916.

39 So äußerte sich Holborn z.B. gegenüber empirischen Verfahrensweisen eher skeptisch. In einem Aufsatz zu „Greek and Modern Concepts of History“ betonte er die Differenzen, die zwischen „historical and scientific methods“ bestünden. Vgl. H. Holborn, in: *Journal of the History Ideas* 12 (1949), S. 3-13.

40 Vgl. z.B. H. Holborn, *Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung*, in: *HZ* 174 (1952), S. 359-384.

Vorschläge zur Modifizierung von Leitideen, zu thematischen Erweiterungen, neuen Quellengattungen und verschobenen Perspektiven so eng mit der Umwertung von tradierten und teilweise durch den Nationalsozialismus diskreditierten Werten verknüpft, daß die Frage der Methoden oft eine neben- oder gar untergeordnete Rolle spielte. Man denke hier z.B. an Dietrich Gerhard, der sich maßgeblich für die Ständeforschung in Deutschland engagierte. Aber dabei nahm er neben seinen alten komparatistischen Interessen keine Vorstellung von „sozialem Wandel“ in den Blick, sondern zielte vornehmlich auf eine neue, positive Anerkennung der Landstände bei der Ausbildung des modernen Staates. In erster Linie ging es ihm um die Freilegung der Wurzeln „demokratischer“ Traditionen, so wie es Hans Rosenberg vor allem um die Revision des „Bildes“ der deutschen Geschichte ging. Die Einsicht in gewisse Fehlentwicklungen des „deutschen Sonderweges“ versprach der neuen politischen Ordnung nach 1945 zur Akzeptanz zu verhelfen. Das war es, was zählte. Und sofern inhaltliche und methodische Neuorientierungen seitens deutscher Historiker auf diese „Demokratisierung“ hinzuarbeiten schienen, wurden sie von den Emigranten befürwortet und wenn möglich unterstützt.

Ausgefeilte Konzepte dagegen entwickelten „die Emigranten“ für die deutsche Sozialgeschichte nicht, auch deshalb, weil sich – wie bereits erwähnt – unter ihnen eine enge, langjährige Zusammenarbeit, die auf eine konkrete und nachhaltige Wirkung methodologischer Neuerungen zielte, nicht ergab. Es bleibt im Einzelfall zu betrachten und zu entscheiden, ob und welche für die Entwicklung der deutschen Sozialgeschichte relevanten Alternativen die Emigranten jeweils boten. Abgesehen von dem mehr oder weniger stark getragenen Konsens über „normative Westbindung“, Traditionskritik und Modernisierungsperspektive, waren ihre Revisionsangebote disparat und individuell. Insofern sie in ihrer eigenen wissenschaftlichen Arbeit die geforderten methodologischen Revisionen selbst nicht mehr vollzogen, und das gilt für die meisten Emigranten, hielten sie ihre „Schüler“ dazu an, eben dies zu tun, – genau wie Werner Conze und Theodor Schieder. Die in den USA weiter gepflegten sozialgeschichtlichen Ansätze der 1920er und 1930er Jahre hatten mit der Sozialgeschichte der 1970er Jahre eben nur „ansatzweise“ etwas zu tun.

So individuell wie ihre Revisionsangebote waren auch die jeweiligen Möglichkeiten der Vermittlung für die Emigranten. Abgesehen vom „Innovationspotential“ und den angemessenen Rahmenbedingungen, bedarf es des Zusammentreffens von Persönlichkeiten, Interessen und Engagement mit finanziellen Ressourcen zum richtigen Zeitpunkt, damit Ideen entstehen, Projekte entwickelt, neue Verbindungen geknüpft, Anregungen aufgenommen und nachhaltige Wirkungen erzielt werden können. Mit Blick auf

die Präsenz der Emigranten ist jedoch zu fragen, ob und wie sich neuartige methodische Ansätze während einem oder zweier Gastsemester und gelegentlicher Forschungsaufenthalte in Deutschland tatsächlich nachhaltig vermitteln ließen.

Hans Rosenberg unterhielt mit zahlreichen jüngeren Historikern, die er während seiner Gastprofessur 1949/1950 in Berlin oder zu späteren Gelegenheiten kennengelernt hatte, umfangreiche Korrespondenzen. Er gab einschlägige Hinweise auf anglo-amerikanische Literatur, vermittelte gegebenenfalls in den USA Kontakte und kommentierte ihm zugesandte Manuskripte mit „häufig scharfer, aber immer konstruktiver Kritik“.⁴¹ Schon bald diente der Name „Hans Rosenberg“ wie der Begriff „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ als Chiffre. Er stand – neben der Kritik an Preußen – für das Programm der „Modernisierung“ und „Demokratisierung“ der westdeutschen Geschichtswissenschaft sowie für die Forderung nach mehr Theorie,⁴² – für eine umfassende Erneuerung, welche durchzuführen sich eine jüngere Generation von Historikern berufen sah. Doch gerade jene deutschen „Schüler“, die so sehr auf Hans Rosenbergs „Einfluß“ verweisen, holten sich das Gros ihrer theoretischen Anregungen nicht bei ihm. Bei aller frühzeitigen Rezeption anglo-amerikanischer Literatur machten sie ihre Ausbildung und praktischen Erfahrungen der prägenden ersten Jahre doch an deutschen Universitäten. Die Umsetzung der Theorie in die Praxis wiederum diskutierten sie intensiv im *Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte*. Hier war der Ort, wo die Konzepte für Projekte zur Geschichte der industriellen Gesellschaft und vielem anderen mehr konkrete Gestalt annahmen. Zu den Tagungen des *Arbeitskreises* aber war Hans Rosenberg nie eingeladen. Unter den wenigen Remigranten, die über ihre Präsenz schon eher „Einflußmöglichkeiten“ besaßen, fand sich allerdings auch kein anderer, der – die „bessere Tradition“ verkörpernd – in methodischer Hinsicht als Vorbild für die „Moderne Deutsche Sozialgeschichte“ hätte gelten können:

V. Wie Hans Rothfels, gelang auch Dietrich Gerhard der Wiedereinstieg in das deutsche akademische System. In ihren nicht unwichtigen Positionen besaßen sie in wissenschaftspolitischer Hinsicht Wirkungsmacht. Solche Wirkungsmacht wollten sich auch jene Emigranten erhalten, denen es bis Anfang der 1950er Jahre gelungen war, in den USA nicht unwichtige Positionen zu erreichen.

41 G.A. Ritter, Hans Rosenberg 1904–1988, in: GG 15 (1989), S. 282-302, hier 297.

42 Vgl. H. Rosenberg, Deutsche Agrargeschichte in alter und neuer Sicht, in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt a. M. 1969, S. 81-147.

In seiner pessimistischen Einschätzung der Regenerationsfähigkeit der deutschen Geschichtswissenschaft hatte Felix Gilbert 1948 noch konstatiert:

„... very few ... are left to form a bridge between the present and the better tradition of the past and to inculcate sounder methods into the new generation.“⁴³

Eben dieser Brückenschlag, die Vermittlung zwischen den Kontinenten, den Kulturen und vor allem den Generationen wurde zur Aufgabe der Emigranten. Die restaurative Phase der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 war von der Suche nach einem *modus vivendi* mit der jüngsten Vergangenheit geprägt. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges nahmen darauf auch die Emigranten Rücksicht. Daß innerhalb dieser „älteren“ Generation kein Interesse an gegenseitigen Beschuldigungen bestand, ist nicht nur als psychologischer Akt der Vergangenheitsverdrängung zu deuten, der den Umgang miteinander überhaupt erst wieder möglich machte. Dies war auch aus einer in Notwendigkeit geborenen Einsicht erwachsen: Wenn überhaupt ein positiver, i.e. „demokratisierender“ Einfluß auf die deutsche Geschichtswissenschaft genommen werden konnte, dann nur in mühevoller, zeitintensiver Überzeugungsarbeit. Felix Gilbert trug dem schon 1949 Rechnung, als er – wie bereits erwähnt – bekannte, eine zu scharfe Kritik an Gerhard Ritter zu scheuen, um die Revisionsansätze nicht im Keim zu ersticken.⁴⁴ Das *appeasement* mit den deutschen Kollegen, das zeigen z.B. die Auseinandersetzungen über Bismarck und Preußen, war fragil genug. Andererseits waren sich die Emigranten darüber im klaren, mit wessen Hilfe der Weg über „Demokratisierung“ zu gehen war. So schrieb Dietrich Gerhard kurz vor seiner ersten Deutschland-Reise 1950 an Gerhard Masur:

„die Hauptaufgabe wird sein, aus der eigenen Ausweitung und veränderten Auffassung heraus in Vorlesungen, Seminar und Gespräch mit den Studenten Führung aufzunehmen.“⁴⁵

Der jüngeren Historikergeneration sollte gelingen, was der Zunft vor dem Krieg noch unmöglich gewesen war: ein demokratisches Selbstverständnis auszubilden.

Als Hans Rothfels sich 1960 um einen Nachfolger für seinen Lehrstuhl in Tübingen bemühte, setzte er seine Hoffnung auf Gerhard Masur. Der

43 F. Gilbert, *German Historiography during the Second World War: A Bibliographical Survey*, in: *American Historical Review* 53 (1947/1948), S. 50-58, hier 57.

44 F. Gilbert, Rezension, in: *American Historical Review* 54 (1949), S. 594f., 595.

45 Brief Dietrich Gerhard an Gerhard Masur, vom 31. Mai 1950, in: *Institut für Zeitgeschichte*, Nachlaß Gerhard Masur, ED 216/58, III. Korrespondenz D-G.

rang mit sich, sagte aber letztlich ab. Hajo Holborn hatte Masur in dieser Sache bemerkenswerterweise geschrieben:

„Certainly it is a decision not easy to make. As far as I am concerned, I would wish that you would stay on this side of the Atlantic.“⁴⁶

Holborn gewann wohl erst Anfang der 1960er Jahre den Eindruck, daß die Bundesrepublik als Demokratie bestehen werde.⁴⁷ Als Doyen und *gatekeeper* der *Modern European History*, geehrt 1967 mit der Präsidentschaft der *American Historical Association* und in Deutschland 1969 mit dem *Inter-Nationes-Preis*, sah Holborn seinen und den Platz seiner Kollegen in den USA. In ihren Schlüsselstellungen besaßen sie die Möglichkeit, für die Repräsentation einer „besseren deutschen Tradition“ und eine Weiterentwicklung der kritischen Ansätze aus den 1920er Jahren Sorge zu tragen. Die Pflege der Forschung zur deutschen Geschichte aus der geographischen Distanz war ebenso wichtig, wie deutschsprachigen Nachwuchshistorikern das Tor zu dem Land offen zu halten, wo sie die *Western perspective* praktiziert sehen konnten, und das, was selbst Hans Rothfels einsichtig geworden war: Demokratie funktioniert. Die Emigranten richteten den Blick nach vorn und setzten auf die nächste Generation. Heraus dabei kam, was Paul Nolte jüngst, und wie ich finde hinsichtlich der „normativen Westbindung“ sicher treffenderweise, als „atlantische Generation“ bezeichnete.⁴⁸

Der Konsens zwischen den Emigranten und der deutschen Geschichtswissenschaft wurde diesseits des Atlantiks erst wirklich getragen von Historikern wie – stellvertretend seien hier genannt – Hans Mommsen, Hans-Ulrich Wehler oder auch Gerhard A. Ritter, der 1949/1950 an dem Berliner Gastseminar von Hans Rosenberg teilgenommen hatte. Einer der hinreichenden Gründe dafür war die Tatsache, daß sowohl in den USA, Großbritannien als auch in Deutschland zur Klärung der Vorgeschichte des Nationalsozialismus das 19. Jahrhundert und Preußen im Zentrum des Interesses standen. Die trans-atlantische Klammer war die These des „deutschen Sonderwegs“.

Die ideologiekritische Forschung zum frühen 20. Jahrhundert, zumal wenn sie die eigene Zunft betraf, war ein weitaus prekäreres Thema, und das auch in den USA. Die Emigranten repräsentierten dort die Weimarer Republik. Sie waren die „active protagonists in the saga of twentieth-

46 Brief Hajo Holborn an Gerhard Masur, vom 09.03.1961, in: *Institut für Zeitgeschichte*, München, Nachlaß Gerhard Masur, ED 216/59, III. Korrespondenz H-I.

47 Vgl. O. Pflanze, *The Americanization of Hajo Holborn*, in: H. Lehmann u. J. J. Sheehan (Hrsg.), *Interrupted Past* (Anm. 13), S. 170-179, hier 178.

48 Vgl. P. Nolte, *Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine „lange Generation“*, in: *Merkur* 601 (1999), S. 413-432, hier 417.

century German history“.⁴⁹ Im Bereich einer sich kritisch verstehenden Zeitgeschichtsschreibung aber kommt es leicht dazu, daß die Enkel die Väter zum symbolischen Mord an den Großvätern auffordern.

Kenneth D. Barkin, damals Student der *Modern European History*, besuchte den Historikertag in New York 1960, um bei der Gelegenheit seinen Doktorvater Klaus Epstein zu hören. Dieser war um ein *comment paper* gebeten worden. Den Hauptvortrag der Sektion hielt Fritz K. Ringer über deutsche Gelehrtenpolitik in den 1920er Jahren; das *paper* sollte später den Kern seines Buches *The Decline of the German Mandarins* (1969) darstellen.

Die Grundthese Ringers war, daß die deutsche akademische Elite das Heraufkommen des Maschinenzeitalters und der Massengesellschaft als Bedrohung ihres politischen und sozialen Status empfunden habe. Deshalb hätten die Universitätsprofessoren und Regierungsbeamten eine mehrheitlich abwehrende Haltung gegenüber der Moderne eingenommen. Die Verfestigung einer damit einhergehenden anti-demokratischen Gesinnung habe zum Bündnis von Bildungselite und Obrigkeitsstaat geführt, einer zunehmend nationalistischen Orientierung und zu einer Anfälligkeit für den Nationalsozialismus nach 1933.

K. Epstein habe, so erinnerte sich Barkin, den Schlußfolgerungen des Kollegen kritisch gegenübergestanden. Der Grund aber, warum sich diese Sektion tief in sein Gedächtnis eingrub, sei ein anderer gewesen.

„One after another, scholars with thick German accents arose to attack Ringer for his condemnation of their own *Doktorvater* or an *Ordinarius* whom they had known. Ringer had not, after all, attended lectures in the twenties or conversed with these *Ordinarien* during their *Sprechstunden*. Pandemonium ensued as arguments arose among shouting members of the audience, with each other and with members of the panel. Carl Schorske, in his role as chair, repeatedly and fruitlessly banged his gavel to restore order. Franklin Ford of Harvard stormed out of the session. Only later did I learn that he had been Ringer's *Doktorvater*. When Schorske finally got the audience to quiet down – and, I should add, sit down – he announced that there would be no further questions or comments about Ringer's paper.“⁵⁰

Ob die Heftigkeit der Reaktionen als eine tatsächlich noch „tiefe Einbindung der Emigranten in den deutschen Kulturraum“⁵¹ zu bezeichnen wäre, oder eher als Ausdruck der mentalen Verbindung mit dem „besseren“ Teil

49 Vgl. K. D. Barkin, *German Emigré Historians in America: the Fifties, Sixties, and Seventies*, in: H. Lehmann u. J. J. Sheehan (Hrsg.), *Interrupted Past* (Anm. 13), S. 149–169, hier 150.

50 Ebenda, S. 149.

51 W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, S. 143.

der Überlieferung, sei dahingestellt. Bei aller Distanz gab es selbstverständlich Dinge, von denen sich die Emigranten nicht zu lösen vermochten. Sie mußten lernen, mit zwei Kulturen zu leben und gleichsam zwischen ihnen zu stehen. Seinem Kollegen Herbert Grundmann erklärte Hans Baron:

„man kann nicht mehr tauschen wollen. Aber Europas menschlich-geistigen Individualismus und Kultur hierher verpflanzen kann man nicht; im Gegenteil, die Freiheit und die freie Aufstiegsmöglichkeit für alle oder viele, die das Gift aus den sozialen Ungleichheiten herausnimmt, muss beständig neu mit den Nachteilen des Drucks der Masse auf alle höhere und feinere Kultur bezahlt werden, besonders auch in der Wissenschaft, und man empfindet es deshalb jeden Tag als Notwendigkeit, dass das alte Europa an seinem alten Platz fortbestehen bleibt, hoffentlich mit einem etwas grösseren Schuss vom amerikanischen ‚good will‘, das ‚Sozialprodukt‘ zu vergrössern und die Massen daran steigend teilnehmen zu lassen.“⁵²

Das alte Europa aber gab es nicht mehr. Nach dem Tode Friedrich Meineckes schrieb Dietrich Gerhard „bekümmert“,

„... dass nun das letzte Band zu dem Deutschland unserer Väter abgerissen ist. Aber wir müssen nun wohl dies alte Europa in uns tragen und in unserer Weise durch Sinn und Wirken davon Zeugnis ablegen. Das ist unsere geschichtliche Aufgabe...“⁵³

52 Brief Hans Baron an Herbert Grundmann, vom 24. Dezember 1951, in: *Duke University, William R. Perkins Library, Durham/NC, Hans Baron Collection, Box 17, Folder Correspondence outside America, Deutschland.*

53 Brief Dietrich Gerhard an Gerhard Masur, vom 7. Mai 1954, in: *Institut für Zeitgeschichte, München, Nachlaß Gerhard Masur, ED 216/58, III. Korrespondenz D-G.*

Krijn Thijs

Der Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses. Ost-Berliner Parteihistoriker zwischen Erosion und Kontinuität in der späten DDR¹

Die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts werden in die Geschichte der deutschen Historiographie vermutlich eingehen als ein Jahrzehnt intensiver Aufarbeitung der Disziplinengeschichte unter beiden deutschen Diktaturen, denn bevor die fortwährende Debatte um die Historiker im Nationalsozialismus 1998 in aller Heftigkeit ausbrach, wurde in ausführlichen und manchmal sehr kontroversen Auseinandersetzungen die Vergangenheit der DDR-Geschichtswissenschaft erforscht und gedeutet.² Diese letzteren Forschungen sind mittlerweile beendet oder befinden sich in ihrer Abschlußphase³; die Lage läßt zum Bilanzieren ein.

Rückschauend lassen sich zwei Aspekte beobachten, die den heutigen Forschungsstand zur DDR-Historiographie insgesamt beeinträchtigen. Der erste Aspekt ist eine thematische Beschränkung auf die Etablierungsphase

- 1 Dieser Aufsatz geht zurück auf eine Magisterarbeit, die im Sommer 2000 an der Vrije Universiteit Amsterdam vorgelegt wurde. Mein Forschungsaufenthalt in Deutschland verdanke ich einem Stipendium der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung.
- 2 Bemerkenswerterweise bringt man den „späten Zeitpunkt“ der Diskussion um die NS-Historiographie nur selten mit Existenz und Untergang der DDR in Verbindung – außer wenn es um die Archive geht. (Exempl. die Einführung in: W. Schulze/O. G. Oexle [Hrsg.], *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999, S. 11-48, bes. S. 27ff.). Doch während unbequeme Vorwürfe von DDR-Historikern an bestimmte westliche Fachkollegen noch im Kalten Krieg ohne kritische Auseinandersetzung in der BRD spürbar erschwerten, stimulierten sie diese nach der Wende, als dem Mindestmaß an Entlassungen nach 1945 ein Höchstmaß an Abwicklungen nach 1990 gegenübergestellt wurde. Vgl. zum ersten Thema C. Kleßmann, *Historiker und „imperialistische Ostforschung“*. Ein Kapitel deutsch-deutscher Wissenschaftsgeschichte im Kalten Krieg, *Deutschland Archiv* (2002) 1, S. 13-31. Zur zweiten Debatte umfassend: K. H. Jarausch/M. Middell/M. Sabrow, *Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung*, in: G. Iggers u. a. (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (München 1998 [= HZ Beiheft 27]).
- 3 Vgl. S. Ebenfeld, *Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950-1955)*, Marburg 2001; M. Kessler, *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der Frühen DDR*. Mit einem Vorwort von Georg. G. Iggers, Köln, u. a. 2001; M. Sabrow, *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR (1949-1969)*, München 2001. Demnächst erscheint S. Lokatis, *Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichtsschreibung unter Ulbricht (1956-1971)*, Potsdam 2002.

der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, das heißt auf die 1950er und 1960er Jahre. Als zweiter Aspekt hat sich zunehmend ein methodisches Interesse für eine „exotisierende Betrachtungsweise“ etabliert, mit dem man versucht, eine sichere Distanz zum Forschungsobjekt zu gewährleisten. Beide Aspekte zusammen haben einen Forschungsstand produziert, der die 1970er und die 1980er Jahre der DDR-Historiographie als eigenständigen Zeitabschnitt vernachlässigt und der auf theoretischen Fundamenten beruht, die sich lediglich für die Hälfte des Untersuchungszeitraums bewährt haben. Zum Ausgleichen beider Defizite möchte ich in diesem Aufsatz mit einem Fallbeispiel aus den 1980er Jahren beitragen.

Daß die seit 1990 betriebenen Forschungen zur DDR-Geschichtswissenschaft fast ausschließlich die 1950er und 1960er Jahre in den Blick nehmen⁴, hatte zunächst plausible inhaltliche Gründe. Denn in dieser Etablierungsphase der „historischen Legitimationswissenschaft“ „wurde nicht nur das Fundament für die weitere Entwicklung gelegt, es wurden auch bereits die wesentlichen Grundstrukturen geschaffen.“⁵ Da aber diese Grundstrukturen mittlerweile hinlänglich bekannt sind, braucht man erneut Fragen nach den Wandlungen oder Modifikationen der DDR-Historiographie in ihrer späteren Entwicklung. Denn für die Dynamik der Erbe- und Tradition-Debatte ab den späten 1970er Jahren ist man immer noch auf zeitgenössische Publikationen angewiesen, denen jede Akteneinsicht fremd war.⁶ Ebenso gilt dies etwa für die „Verantwortungsgemeinschaft“ der BRD- und DDR-Historiker in den späten 1980er Jahren.⁷

4 Vgl. Anm. 3. Ebenso: U. Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie. Die Etablierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, Bonn 1996; I.-S. Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.

5 Ders., „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“. Zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft bis in die späten fünfziger Jahre, in: ZfG 42 (1994), S. 302-318, hier 304.

6 Vgl. E. Kühr/H. von Löwis, Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR, Paderborn 1988; A. Fischer/G. Heydemann (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in der DDR. 2 Bde., Berlin, 1988-1990 und J. H. Brinks, Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt a. M./New York 1992. Unverzichtbar aber noch immer: H. Meier/W. Walter Schmidt (Hrsg.), Erbe und Tradition. Die Diskussion der Historiker, Berlin 1988.

7 Vgl. S. Miller/M. Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek 1988; M. Broszat, Erfolg und Scheitern eines deutsch-deutschen Zeitgeschichts-Dialogs, in: ders./K. Schwabe (Hrsg.), Die Deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 7-24. Als Ausnahme: M. Sabrow, Zwischen Ökumene und Diaspora. Die Westkontakte der DDR-Historiographie im Spiegel ihrer Reiseberichte, in: Berliner Debatte Initial (1996) 3, S. 86-97.

Die einseitige Konzentration auf die Etablierungsphase der DDR-Historiographie hatte auch einen methodischen Grund. Denn überzeugend setzte sich in den 1990er Jahren eine „kritische Historisierung“ der DDR-Geschichtswissenschaft durch, die eine sichere Distanz zum Forschungsobjekt einzuhalten versuchte. Die weiter zurückliegende Zeit wurde somit bevorzugt, nicht zuletzt sicherlich auch, um dem moralischen Schlächtfeld über weiterhin tätige ehemalige DDR-Historiker zu entfliehen.⁸ Im Ergebnis stand aber oft eine Polarisierung zwischen kennendem Subjekt und erforschtem Objekt – zwischen dem Heute und den 1950er und 1960er Jahren –, eine künstliche Polarisierung, der die verbindende Brücke der 1970er und 1980er Jahre zum Opfer fiel. Auch thematisch wurde polarisiert, indem auf die Gefahr einer überdimensionalen „Exotisierung“ hin die „Andersartigkeit“ der DDR-Geschichtswissenschaft ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Die uns fremde Bedeutung ihrer zentralen Kategorien wie „Parteilichkeit“ oder „Einheit von Politik und Wissenschaft“ untergrub den Glauben an die Kompatibilität der untergegangenen DDR-Historiographie und der Geschichtswissenschaft westlicher Provenienz⁹ – trotz beharrlicher Vorschläge, die Geschichte der DDR-Geschichtsschreibung in das Kontinuum der (internationalen) Wissenschaftsgeschichte einzuordnen und sie somit als Teil eines umfassenden Ganzen zu begreifen, das auch die Gegenwart mit einschließt.¹⁰

Die 1970er und 1980er Jahre bilden in diesem Forschungs- und Diskussionsstand eine zwar umkämpfte, aber kaum erforschte Grauzone. Die einen versuchen, ihre durch eine historisierende Betrachtung der 1950er und 1960er Jahre gewonnenen Erkenntnisse implizit auch auf die Zeit nach 1970 auszuweiten, wie Martin Sabrow in der Theorie des umfangreichen Potsdamer Forschungsprojekts „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“¹¹, wäh-

8 R. Eckert/I.-S. Kowaleczuk/I. Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin 1994.

9 M. Sabrow, *Beherrschte Normalwissenschaft. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie*, in: GG 24 (1998), S. 412-445.

10 M. Middell, *Geschichtswissenschaft in der DDR – Strukturgefängnis oder individuelle Handlungsmöglichkeiten im Wandel von 45 Jahren*, in: Iggers n. a. (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2)*, S. 160-204; R. Possekel, *'Kuriositätenkabinett' oder Wissenschaftsgeschichte? Zur Historisierung der DDR-Geschichtswissenschaft*, in: GG 24 (1998), S. 446-462; W. Küttler, *Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft und das Systemdenken im Ost-West-Konflikt* in: ders./J. Rüsen/e. Schulin (Hrsg.), *Geschichtsdiskurs. Bd. 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen seit 1945*, Frankfurt a.M. 1999, S. 75-105.

11 Sabrow versucht die DDR-Historiographie anhand ihrer Etablierungsphase „als system-spezifischen Typus einer andersartigen Wissenschaft zu rekonstruieren, der ihre Identität von den späten fünfziger Jahren bis zu den beginnenden achtziger Jahren ausmachte.“ (Sabrow, *Beherrschte Normalwissenschaft [Anm. 9]*, S. 421.) Vgl. ders. (Hrsg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*,

rend die anderen der gesamten „Exotisierung“ widerstreben, indem sie wissenschaftshistorische Alternativstrategien vorschlagen, die jedoch ihre konzeptuelle Plausibilität eher den Entwicklungen der 1970er und 1980er Jahre entnehmen sollen. Eine *empirische* Untersuchung dieser letzten beiden Jahrzehnte könnte unterdessen zwei Wege gehen.

Zum einen bieten sich die Nebenfelder der DDR-Historiographie als Untersuchungsfeld an, gewissermaßen die Peripherie des historischen Diskurses, wo westliche Beobachter in den 1980er Jahren einen Prozeß der „Verwissenschaftlichung“ vermuteten.¹² Doch inzwischen hat etwa Ralf Possekkel überzeugend dargelegt, wie der scheinbare Fortschritt historischen Wissens meistens Züge von Ausweichstrategien oder seitwärts gerichteter Ausdifferenzierung trugen.¹³ Die fehlende Möglichkeit, in der DDR einen Paradigmenwechsel durchzuführen, hat die wissenschaftliche Produktion auch auf jenen Feldern, wo der unmittelbare Anspruch der Partei geringer war, schließlich doch erstickt. Zum anderen bietet sich der Kern der DDR-Historiographie zur Untersuchung an, die Geschichtsschreibung der eigenen Partei und der Arbeiterbewegung, also das Feld, auf dem ideologische Bindung und wissenschaftlicher Auftrag in den größten Widerspruch gerieten. Der Umgang mit diesem Widerspruch und seine (zumindest theoretische) Beseitigung bildet ein Schwerpunkt der kulturhistorischen Untersuchungen von Martin Sabrow, in deren Ergebnis das Modell des historischen Herrschaftsdiskurses der DDR steht.

Der vorliegende Aufsatz geht den zweiten Weg. Nachdem ausführlich ein Fallbeispiel aus der Historiographie der Arbeiterbewegung dargelegt wird, stehen einige Grundthesen und Ergebnisse des Herrschaftsdiskursprojektes zur Diskussion. Ich werde argumentieren, daß man die Ereignisse der späteren DDR-Geschichtswissenschaft nur bedingt mit Hilfe dieses Diskursmodells erklären kann, da es erstens eine Homogenität im historischen Deutungshorizont voraussetzt, die m. E. in den verschiedenen Sektoren und Subdisziplinen der DDR-Historiographie nach Mitte der 1970er Jahre nicht mehr vorhanden war. Zweitens homogenisiert das Diskursmo-

Köln u. a. 2000. Ausführlicher zur Verfallsphase ders., Der Konkurs der Konsensdikatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: K. H. Jarausch/M. Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang: der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 83-116.

12 Vgl. G. G. Iggers (Hrsg.), Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt a. M. 1991; A. Fischer/G. Heydemann, Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945 in: Dies., Geschichtswissenschaft (Anm. 6), Bd. I, S. 3-30.

13 R. Possekkel, Der Selbstwiderspruch der DDR-Historiker als analytisches Problem. Befund einer Diskussion in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 131-152.

dell in hohem Maße zwischen den verordneten Ordnungskategorien und der tatsächlichen Denkwelt historischer Akteure. Ich werde zeigen, daß das individuelle Denken vieler professioneller Experten auch in der Parteihistoriographie der 1980er Jahre mit den Kategorien und Anforderungen des Herrschaftsdiskurses kollidierte, was eine Trennung zwischen Diskurs und historischem Subjekt notwendig macht. Wenn aber das Verhältnis zwischen Herrschaftsdiskurs und beherrschtem Subjekt unklar ist, scheint die Erklärungskraft des Modells gefährdet. Gewisse Modifizierungen werden für die Zeit nach 1970 unverzichtbar.

Doch zunächst zum Fallbeispiel. Das Untersuchungsfeld bildet die Berliner Stadtgeschichtsschreibung in der späteren DDR, die im Vorfeld der 750-Jahrfeier Berlins (1987) einen besonderen Aufschwung erlebte. Im Zentrum steht ein historiographisches Prestigeprojekt der Berliner SED-Bezirksleitung (BL), nämlich die auf vier Bände angelegte „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zur Gegenwart“. Dabei geht es mir, dem kulturhistorischen Forschungstrend der 1990er Jahre folgend, nicht in erster Linie um die Inhalte, sondern um die Verfaßtheit der DDR-Geschichtswissenschaft in ihren letzten beiden Jahrzehnten.

I. Die revolutionären Arbeiter Berlins in vier Bänden

Das Thema „Berliner Arbeiterbewegung“ gehörte in der DDR zum Tätigkeitsbereich der „Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Berlin“ (kurz: Bezirksgeschichtskommission).¹⁴ Diese Kommission war in den Parteiapparat eingegliedert und stand unter direkter Anleitung der Bezirksabteilung für Agitation und Propaganda. Ihre wichtigste Säule war das Autorenkollektiv, das seit 1969 an einem „Abriß der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1917–1971“ arbeitete. Ziel war es, die gerade erschienene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (GDA) regional zu erweitern. Aber mit Ulbrichts Sturz verlor auch die GDA viel von ihrer Autorität als homogenisierender Maßstab der DDR-Historiographie¹⁵, wenngleich eine neue autorisierte Darstellung der Parteigeschichte unter Erich Honecker nicht vervollständigt wurde. Dadurch schwebten die Autoren der Bezirksgeschichtskommission einigermaßen orientierungslos auf dem Themenfeld der Parteigeschichte. Ihr Abriß scheiterte und wurde 1975

14 Unterlagen dieser Kommission sind erhalten im Berliner Landesarchiv (fortan: LA), C-Rep 902 (E) 381-400.

15 S. Lokatis, Die Zensur historischer Literatur in der DDR unter Ulbricht, in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 281-294, hier 291.

umgewandelt zur „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ (GrBA).¹⁶ Bis zum Untergang der DDR wurde an diesem auf vier Bände angelegten Projekt geschrieben. Dabei wurde die Arbeit dieses Kollektivs von zwei Faktoren bestimmt: von seiner Zusammensetzung und seiner Stellung im DDR-Geschichtsdiskurs.

Bis tief in die 1970er Jahre hinein war das Autorenkollektiv, das unter Leitung des Akademiehistorikers Heinz Habadank stand, ein ständig wechselndes Sammelsurium von schreibenden Propagandisten, aus eigener Erinnerung schöpfenden Parteiveteranen, professionellen Wissenschaftlern und Hobbyhistorikern. Die Mitgliedschaft in der Bezirksgeschichtskommission war ehrenamtlich; sie rief also Freizeitarbeit und Statusprobleme hervor. Es war schwierig, genügend Autoren zu finden und diese auch zusammenzuhalten. Nicht selten wurde der Projektleiter Habadank enttäuscht von Unproduktivität und abspringenden Historikern.¹⁷ Es war dem persönlichen Engagement des Bezirksekretärs Dr. Roland Bauer, selbst Historiker, zu verdanken, daß das notleidende Projekt in den 1970er Jahren etwas professionalisiert werden konnte.¹⁸ Das Autorenkollektiv erweiterte sich bis auf 24 Mitglieder. Aber die großen Unterschiede in den Fähigkeiten und Kompetenzen der Kapitelautoren blieben bestehen. Die Hauptsorge war daher immer das Schließen von „Kaderlücken“ oder das Ersetzen von „unfähigen“ Historikern. Auf freiwilliger Basis war eben kaum eine qualitativ hochwertige Mannschaft zu gewinnen.

Als zweite große Schwierigkeit erwies sich für das Autorenkollektiv das Verhältnis zum Institut für Marxismus-Leninismus (IML), dem auf dem Themenfeld der Parteigeschichte führenden Parteiinstitut beim Zentralkomitee. Hier wurde parallel an der neuen Parteigeschichte gearbeitet (der vierbändigen Geschichte der SED), die den alten Achtbänder von 1966 ersetzen sollte und die somit für die gesamte DDR-Historiographie einen klaren Leitcharakter hatte. Es war der zweifelhafte Vorteil der Berliner Geschichtskommission, daß das IML ebenfalls in Berlin angesiedelt war und somit eine Art „ständige Vertretung“ ins BL-Autorenkollektiv senden

16 LA, C-Rep 902 (E) 381, Arbeitsplan für 1976/1977, 30. September 1975.

17 So schied etwa Genosse Werner Kaufmann (Humboldt-Universität, GrBA-Abschnitt 1929–1933) 1977 auch „ohne Zustimmung des Sekretariats der Bezirksleitung“ aus dem Kollektiv aus. (Beschluß der SED-Bezirksleitung Berlin, 38/77, 14.11.77, Vorlage der Bezirksgeschichtskommission, in: LA, C-Rep 902 (D) 116.)

18 Roland Bauer hatte sich fröhlich in die berüchtigten Diskussionen um die Novemberrevolution verstrickt und war sogar 1962–1964 Direktor des IML gewesen (vgl. J. Petzold, „Meinungsstreit“ im Herrschaftsdiskurs, in: Sabrow, Geschichte als Herrschaftsdiskurs [Anm. 11], S. 287–314, hier 297 und 301; Neuhäuser-Wespy, Die SED und die Historie [Anm. 4], S. 65, 69, 75ff.). Noch in der Bezirksleitung blieb er nebenbei als Berlin-Historiker tätig und setzte sich sehr für das Projekt der Geschichtskommission ein, bis er 1978 aus der Bezirksleitung ausschied.

konnte.¹⁹ Zusätzlich behielten sich die Spitzenfunktionäre des IML das Recht vor, die GrBA zu begutachten, um so direkt über die Darstellung entscheiden zu können. Wie nach zu zeigen sein wird, erzeugte diese mannigfaltige Nähe zum IML eher eine hemmende als eine stimulierende Spannung.

Wie fast alle historischen Kollektivprojekte der DDR läßt sich auch die Entstehungsgeschichte der GrBA als eine endlose Reihe von Terminüberschreitungen und Verzögerungen lesen. Die 1975 vorgenommene Umwandlung des Projektes zur „Geschichte der *revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*“ bedeutete die Ausdehnung des Unterfangens von drei auf vier Bände, die 1980 fertiggestellt werden sollten.²⁰ Nachdem aber zwei Jahre später die ersten Verzögerungen und Schwierigkeiten mit bestimmten Kapiteln unübersehbar wurden, mußte man Ende 1979 diesen Termin zur Fertigstellung der GrBA fallen lassen. Und im „Bericht über die Jahre 1978/1979“ an die Bezirksleitung (März 1980) meldete Kollektivleiter Habedank, „daß einige Genossen ihre Arbeit nicht termin- oder qualitätsgemäß abgeschlossen haben“. Als Ursachen für die Rückstände sah er „zentrale Aufgaben in ihren wissenschaftlichen Einrichtungen“; „schlechte[n] Gesundheitszustand“; „Schwierigkeiten bei der konzeptionellen Bewältigung und bei der Darstellung des Stoffes“ oder schließlich schroff „Unfähigkeit“. Vergeblich meldete er über die letzteren: „Diese Genossen müssen durch andere Kapitelautoren ersetzt werden.“²¹ Die Termine wurden um etwa vier Jahre verschoben. Insgesamt sah Habedank als Hoffnungs-schimmer, daß die gerade erschienenen Leitschriften zur Parteigeschichte, der „Abriß“ der SED-Geschichte der SED (1978) und die Thälmann-Biographie (1980), neue Orientierung boten. Und der Status der GrBA wuchs, als sie wegen ihrer Bedeutung für die künftige Berliner 750-Jahrfeier in den „Zentralen Forschungsplan der Gesellschaftswissenschaften der DDR 1981–1985“ aufgenommen wurde.

Aber auch in der Zeit nach 1980 fiel ein Termin nach dem anderen. Im Mai 1981 mußte Habedank berichten, daß – obwohl für die ersten drei Bände jetzt sogenannte „Feindispositionen“ vorlagen – bei einzelnen Kapiteln noch immer keine Fortschritte verbucht worden wären, während „allgemeine konzeptionelle Probleme“ über den ganzen Inhalt ungelöst blie-

19 Unter den 24 Mitgliedern des Autorenkollektivs waren sechs IML-Funktionäre.

20 Die letzten drei Bände, die die Zeiträume 1917–1945, 1945–1961 und 1961–1976 zu umfassen hatten, sollten gemäß der Planung bis 1980 fertiggestellt werden. Band I (Anfänge bis 1917), der mit der Umwandlung zur GrBA erst neu entstand, sollte „nach 1980“ erscheinen.

21 Heinz Habedank, Bericht über die Jahre 1978/1979. Entwurf, 2. Januar 1980, in: LA, C-Rep 902 (D) 633/1.

ben. Erst ein weiteres Jahr später, im März 1982, konnte er dem Sekretariat der Bezirksleitung endlich einen mäßigen Fortschritt in der Arbeit melden, wobei die Qualität und der Stand der Kapitel durchaus noch „sehr unterschiedlich“ seien. Nur der Band 4 (1961 bis Gegenwart) blieb merklich zurück. Und wieder ein Jahr später, im Frühjahr 1983, wurde tatsächlich das Manuskript des zweiten Bandes (1917–1945) gemäß der letzten Terminplanung zur Probe-Begutachtung ins IML gebracht. Groß muß das Erschrecken des Kollektivs gewesen sein, als im Juli 1983 ein 60-seitiges Gutachten zurückkam, das vor allem das Kapitel von Günther Wehner (Institut für Agrargeschichte, Abschnitt 1939–1945) in den Boden stampfte.²²

„Es gibt derart viel grob Falsches, Halbwahres, Verzerrtes über den Widerstandskampf, daß es mir unmöglich ist, auf alle Schiefheiten einzugehen, trotz beiliegender umfangreicher Einzelbemerkungen,“

urteilte Gutachterin Luise Kraushaar (IML) vernichtend.²³ Das besagte Kapitel, aus dem die Parteiführung ihr Selbstbild speiste, wurde auf 23 Gutachtenseiten völlig auseinandergenommen – eine empfindliche Niederlage der Geschichtskommission gegenüber dem IML. Das Gutachten wurde zur Pflichtlektüre für alle Kapitelautoren der GrBA; Band 2 mußte überarbeitet werden.

Band 4 – „inhaltlich und politisch der komplizierteste Band“ – geriet 1983 endgültig in den Hintergrund. Das Schreiben einer Selbstgeschichte der Berliner SED 1961–1981 schien im Geschichtsdiskurs der DDR eine unlösbare Aufgabe zu sein. Es stand faktisch noch nichts auf dem Papier.²⁴ Das Herausgeberkollektiv verbarg sich hinter allen möglichen Ausreden und schob die Fertigstellung in die ferne Zukunft.²⁵ Der überarbeitete Band 2 ging dagegen im Herbst 1984 erneut ins IML. Nunmehr wurde diese Hürde erfolgreich genommen: Das Manuskript sei „gelingen“ und könne „mit einem vertretbaren Aufwand in relativ kurzer Zeit zur Veröffentlichungsreife gebracht werden.“²⁶ Die abermalige Überarbeitung nahm fünf

22 Schreiben Walter Wimmer an die Kommission, 25. Juli 1983, mit sechs Teilgutachten, in: ebenda, C-Rep 902 (E) 389.

23 Ebenda, Luise Kraushaar, Bemerkungen zu Kapitel 6, Juni 1983, S. 1.

24 Erst im November 1984 wurde eine Konzeption für Band 4 vorgelegt.

25 „Die Erarbeitung einer spezifischen Konzeption für die 60er und 70er Jahre [...] hat längere Zeit als vorgesehen in Anspruch genommen. Für diese Zeiträume ist der Forschungsvorlauf am geringsten. Das Autorenkollektiv für diesen Band ist erst am Beginn der achtziger Jahre gebildet worden und muß sich noch festigen.“ (Protokoll der Beratung des Herausgeberkollektivs am 11. November 1983).

26 Walter Wimmer, Gutachten zum Manuskript des 2. Bandes, 20. November 1984, in: LA, C-Rep 902 (E) 387, S. 1.

Monate in Anspruch, dann wurde der Band 2 im Mai 1985 dem Sekretariat der Bezirksleitung zur Bestätigung vorgelegt.

Beim dritten Band mußten aber schon im Autorenkollektiv zusätzliche „Bearbeitungsstufen“ eingebaut werden. Erst mit einem weiteren Jahr Verspätung wurde das Manuskript im Mai 1985 dem IML übergeben.²⁷ Zurück kam aber kein Gutachten, sondern ein Verbot: Die Leitung der Bezirksgeschichtskommission mußte im Oktober 1985 bekannt machen, daß die *gesamte* GrBA vorerst nicht erscheinen dürfte.²⁸ Der erste Band geriet mit in Diskredit. Im Mai hatte Habedank noch behauptet, daß sich dieser „in der letzten Phase der Überarbeitung“ befindet²⁹, im Sommer 1985 stellte jedoch das IML die Begutachtung ein. Es dauerte schließlich bis Anfang 1986, als die Entscheidung fiel, wenigstens die ersten beiden Bände der GrBA nun doch zum Berlin-Jubiläum (1987) zu veröffentlichen.³⁰ Zügig erarbeitete das IML jetzt das noch ausstehende Gutachten zum ersten Band. Im Mai 1986 urteilte Gutachterin Annelies Laschitza größtenteils zustimmend.³¹ Der rasch überarbeitete Band 1 wurde im September 1986 vom Sekretariat der Bezirksleitung abgesegnet und zusammen mit Band 2, der schon anderthalb Jahre vorher als „publikationsreif“ eingestuft worden war, in den Dietz-Verlag gebracht. Ende 1987, noch im Jubiläumsjahr, erschienen die beiden ersten Bände der *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*. Von den Bänden 3 und 4 wurde in der DDR-Öffentlichkeit bis zum Ende der DDR nichts mehr vernommen.³²

Die Entstehungsgeschichte der GrBA war eine Geschichte des Scheiterns. Zwei der vier Bände erschienen etwa sieben Jahre später als ursprünglich geplant. Der dritte wurde nie veröffentlicht und der vierte nie geschrieben. Die Tatsache, daß die gebundene Historiographie in den 1980er Jahren nicht imstande war, eine historische Darstellung vollständig herauszubringen, an der über fünfzehn Jahre gearbeitet wurde, ist als ein deutliches Versagen dieser Geschichtswissenschaft und ihrer „Spielregeln“ zu werten. In der „normalen“ Parteihistoriographie der späten DDR tauchten, wie unten zu zeigen ist, auf zwei Ebenen Probleme auf, die bis zum Untergang 1989 ungelöst bleiben mußten: erstens eine *institutionelle* Patt-

27 Schreiben der BL an Ernst Diehl (IML), 21. Mai 1985, Anlage: Manuskript des dritten Bandes (fehlt), in: LA, C-Rep 902 (E) 388.

28 Protokoll der Leitungssitzung am 3. Oktober 1985, in: LA, C-Rep 902 (E) 385.

29 Bericht Habedank an die ZIG-Direktion, 23. Januar 1985, in: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (fortan: ABBAW), ZIG 562.

30 Bericht der Geschichtskommission über 1984/85, BL-Beschluß 18/86, 21. Mai 1985, in: LA-C-Rep 902 (E) 226.

31 LA, C-Rep 902 (E) 387, Laschitza, Gutachten zu Band 1, Mai 1986, S. 1.

32 Die *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945*, Berlin, 1987.

stellung und zweitens die dazugehörige *individuelle* Demütigung und Demotivation einzelner Historiker. Beide Probleme trieben die Parteigeschichtsschreibung noch in den 1980er Jahren in Richtung eines historiographischen Bankrotts.

II. IML versus Bezirksgeschichtskommission: Ein institutionelles Patt

Dem Autorenkollektiv der Berliner Bezirksgeschichtskommission wurde zuallererst der ganz besondere Einheitlichkeitszwang der DDR-Historiographie zum Verhängnis. Dem das größte Hindernis bei der Fertigstellung der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ war nicht der Zeitmangel der Autoren – obwohl er bestimmt zu den Verzögerungen beigetragen hat – oder etwaiges subversives Verhalten, sondern der „Reformstau“ im historiographischen Großprojekt des IML, der *Geschichte der SED* in vier Bänden. Bekanntlich genoß das zentrale Projekt des IML höchste Autorität; Kurt Hager selbst stand dem Autorenkollektiv vor. Seit den 1970er Jahren wurde über das Verhältnis der Berliner Arbeitergeschichte zur allgemeinen SED-Geschichte diskutiert, sollte doch der Inhalt der beiden Darstellungen eng übereinstimmen. Walter Wimmer (IML) formulierte es 1983 einigermmaßen euphemistisch, aber zwingend so:

„Es wäre sicherlich unzweckmäßig, wenn die ‚Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung‘ in wesentlichen Fragen ohne hinreichenden Grund andere Standpunkte und Einschätzungen enthielte als die zukünftige ‚Geschichte der SED‘.“³³

Doch ein klares Leitbild gab es kaum: die achtbändige GDA war überholt und die neue „SED-Geschichte“ noch nicht fertig. Damit war das Problem evident: die GrBA sollte früher erscheinen als die IML-Geschichte der SED. Sie befand sich in der großen Gefahr, dem autorisierten Prestigeprojekt des IML vorzeitig in die Räder zu fahren und somit „Falsches“ über die Geschichte der Arbeiterbewegung zu verbreiten.

Das Autorenkollektiv war sich dessen sehr wohl bewußt. Die Erleichterung, mit der die Publikation des „Abrisses“ und der kanonisierten Thälmann-Biographie hingenommen wurde, mußte keineswegs vorgetäuscht sein: Beide Werke boten dem Kollektiv eine wichtige Orientierung in Sachen Leitlinien. Denen galt es nachzueifern, um die Gefahr zu verringern, mit dem eigenen Vierbänder Grenzen zu überschreiten. Nichtsdestoweniger traten bei der GrBA natürlich eine Menge – spezifisch Berliner – Probleme in Erscheinung, deren Lösung aus dem „Abriß“ nicht abzielten war. Diesen Problemen fiel zuerst der vierte Band der GrBA zum Opfer, der sich für

33 Schreiben Wimmer an die Geschichtskommission, 25. Juli 1983, S. 2.

den Zeitraum 1961–1981 kaum auf bereits vorgelegte, autorisierte „Forschungsergebnisse“ stützen konnte. Dem Kollektiv fehlten die Autorität und die Kompetenz, um den ersten Schritt in das politisch verminte Niemandsland der Parteigeschichte der 1960er und 1970er Jahre zu machen. Ohne Rückendeckung hatte kein normaler Historiker hier eine Chance.

Aber nicht nur der Band 4, auch die anderen Bände sollten sich zunehmend an der Arbeit im IML orientieren. Schon im Juli 1981 erklärte das GrBA-Herausgeberkollegium den Genossen des IML:

„Eine notwendige Aufgabe ist die weitere inhaltliche Durchdringung der Gesamtproblematik des Projektes [...] mit dem Ziel, inhaltlich in allen Punkten ein einheitliches Vorgehen zu erreichen. An dieser Stelle möchten wir auch die Genossen [...] des IML bitten, uns zu helfen, daß die neuen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Arbeit an der 4-Bändigen SED-Geschichte auch in unsere Arbeit einfließen können.“³⁴

Die auf der Hand liegende Maßnahme, beide Projekte zu koppeln und die gesamte GrBA erst fertigzustellen, nachdem die Publikation der SED-Geschichte die offenen Fragen der Parteigeschichte vorweggenommen hätte, wurde vorerst nicht getroffen. Als Lösung bot sich an, daß sich die Mitglieder des GrBA-Kollektivs im Zweifelsfall bei den Autoren der SED-Geschichte beraten konnten. Mehrmals schickten die Herausgeber der GrBA fortan die Kapitelautoren, die „Schwierigkeiten bei der konzeptionellen Bewältigung des Stoffes“ hatten, ins IML. Dort bekamen sie als „Orientierungshilfe“ manchmal sogar Einsicht in die Textentwürfe der SED-Geschichte.³⁵ Im eigenen Autorenkollektiv konnten sie so die neuen Anforderungen (immer als „Erkenntnisfortschritte“ und „neue Forschungsergebnisse“ verstanden³⁶) einarbeiten.

34 Referat zum Auftreten der Bezirkskommission vor dem Problem: Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung/Betriebsgeschichte am 9. Juni 1981 im IML, 6. Juli 1981, S. 13, in: LA, C-Rep 902 (E) 383.

35 Aus den vielen Beispielen: „Wir schlugen vor, daß das Autorenkollektiv zu gegebener Zeit [...] Einsicht in den dann vorliegenden Entwurf der ‚Geschichte der SED‘ nimmt. ‚Ähnlichkeiten‘ im Text dürfen natürlich nicht herauskommen.“ (Walter Wimmer, Gutachten zu Band 2, 25. Juli 1983). Auch dem Genossen Guido Graehn (Humboldt-Universität, Kap. 1945–1949) „sollte ermöglicht werden, sich mit der Gedankenführung zum Vereinigungsprozeß im entsprechenden Band der SED-Geschichte vertraut zu machen.“ (Protokoll der Sitzung des Herausgeberkollektivs am 2. Juli 1984, 7. Juni 1984, in: LA, C-Rep 902 (E) 389).

36 Typisch ist der Vokabular von Ernst Diehl (IML): „Es liegen bereits jetzt mit der ‚Geschichte der SED. Abriss‘ und der Thälmannbiographie sowie mit anderen Publikationen eine konzeptionelle Grundlage für die Parteigeschichte sowie *gesicherte Aussagen und Wertungen* zu den wesentlichen parteigeschichtlichen Ereignissen vor. [...] Damit dürften Voraussetzungen bestehen, daß die ‚Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung‘ in Kenntnis der *neuesten Ergebnisse* der Parteigeschichtsforschung abgefaßt werden

Einige Zeit funktionierte diese Zusammenarbeit relativ gut, bis die Angst vor Abweichungen Anfang 1984 erneut überhand nahm. Und das nicht ohne Grund, denn die Autoren der GrBA hatten es sich sogar geleistet, einige Zäsuren anders zu setzen als in der SED-Geschichte.³⁷ Das IML nahm daraufhin die relative Freiheit des GrBA-Kollektivs zurück. Band 4 wurde 1984 aufgegeben, und für die übrigen Bände wurde das Konsensideal, das sich von allein nicht verwirklichte, zu strengem Konsenszwang umformuliert: „Voraussetzung für das Erscheinen der Bände ist eine inhaltliche und politische Übereinstimmung mit der SED-Geschichte.“³⁸ Schließlich wurde der wachsenden und demotivierenden Unsicherheit, ob die eigene Darstellung nun erscheinen konnte oder nicht, im Sommer 1985 ein deutliches Ende gesetzt: Nachdem der Band 3 (1945–1961) im IML gelesen worden war, kam das Veto. Der Vorsitzende der Bezirksgeschichtskommission, Alfred Laesdau, mußte dem Autorenkollektiv im Oktober berichten, „daß die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung laut zentraler Festlegung erst nach der Herausgabe der Geschichte der SED erscheinen kann.“³⁹ Im IML wurde die Begutachtung des ersten Bandes eingestellt.⁴⁰ Wenn man auf die gesamte vierbändige SED-Geschichte warten müßte, würde es sich um Jahre handeln.

Doch diese offene Kapitulation vor den Zwängen des Konsenses, der „Einheitlichkeit“ und der Hierarchie konnte zum Teil noch abgewendet werden. Von verschiedenen Seiten im Apparat wurde eine erfolgreiche Lobby zugunsten der GrBA gestartet. Mit dem kommenden Stadtjubiläum

kann.“ (Schreiben Diehl an die BL, 29.1.82, in: LA, C-Rep 902 (E) 389, Hervorhebungen von mir, KT.).

37 Dabei war es in der DDR-Historiographie bekanntlich gerade die Periodisierungsfrage, die höchste Konformität auf allen Ebenen verlangte. Aber der Bandredakteur des Bandes 3, Gerhard Keiderling, hatte beispielsweise „folgende Ordnung vorgenommen: Schlußpunkt des Kap. 2 liegt bei Jahresende 1947 [...]. Das weicht von SED-Geschichte ab, die die Zäsur April/Mai 1948 ansetzt, entspricht meines Erachtens aber besser der Berliner Lage.“ (G. Keiderling, Bericht über Fertigstellung der Bandfassung, o. D. (April/Mai 1984), in: ebenda, C-Rep 902 (E) 389) Und zu Band 1: „Ein Hauptproblem besteht darin, daß die ‚Berliner Arbeiterbewegung‘ die Zäsur zwischen Kapitel 3 und 4 anders setzt als die Geschichte der SED.“ (Laschitzka, Gutachten zu Band 1, Mai 1986, S. 15).

38 Beratung zu Fragen und Problemen der Arbeit am Z-Projekt am 4. Januar 1984, in: LA, C-Rep 902 (E) 388.

39 Protokoll der Leitungssitzung am 3. Oktober 1985.

40 Information Kurt Hager an das Politbüro, 26. März 1986: Bericht der Abteilung Wissenschaften des ZK über die Verwirklichung der Aufgaben des Zentralen Forschungsplanes der Gesellschaftswissenschaften im Jahre 1985, 19. Februar 1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/9.04, 23. Zur GrBA hieß es: „Das endgültige Gutachten durch das Institut für Marxismus-Leninismus wird erst nach Fertigstellung [...] der Geschichte der SED erfolgen. Deshalb wurde auch der ursprünglich vorgesehene Erscheinungstermin 1987 [...] vertagt.“ (ebenda, S. 32.).

verfügten die Befürworter einer raschen Herausgabe der Berliner Darstellung über ein geeignetes Druckmittel. Im Januar 1986 trug ZK-Abteilungsleiter Hannes Hörnig das Problem zur höchsten Entscheidungsmacht in dieser Sache, Kurt Hager. Nach überzeugender Darlegung der Situation⁴¹ wollte er von Hager wissen, „ob unter den gegebenen Umständen eine solche Kopplung [zwischen SED-Geschichte und GrBA – KT] noch zweckmäßig ist.“⁴² Hager gab als Kompromiß der Veröffentlichung der ersten beiden Bände seinen Segen. Ein Jubiläum ohne Arbeiterbewegung wäre undenkbar, wobei das Jahr 1945 hier eine unüberschreitbare Grenze bildete: Der bereits fertiggestellte GrBA-Band 3 (1945–1961) mußte weiterhin in der Schublade verbleiben.⁴³

Das Warten auf die neue offizielle Darstellung der Parteigeschichte kennzeichnete in der späten DDR nicht nur die Arbeit von Historikern, die in verschiedenen Kollektiven die Parteigeschichte erforschten. Über die gesamte Breite des historischen Diskurses hemmte das Ausbleiben dieser autorisierten Parteigeschichte die Forschung zur neueren und neuesten deutschen Geschichte.⁴⁴ Doch vor allem auf dem Feld der Geschichte der Arbeiterbewegung trat in den 1980er Jahren eine unüberschaubare Stagnation ein. Laufende Projekte wurden eingefroren; hinter die SED-Geschichte vom Institut für Marxismus-Leninismus reihten sich die von ihr abhängigen Studien anderer Institutionen in die Schlange ein. Doch die längst fälligen Reformen im offiziellen Bild der Parteilgeschichte – vor allem hinsichtlich der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und auch der Gründung der SED – vermochte die erstarrte SED-Führung in den 1980er Jahren nicht mehr durchzuführen. Zu sehr hätte eine Lockerung dieses Bildes, aus dem sich ihre persönliche Autorität spelste, die Legitimation ihrer Herrschaft untergraben. So verharrte man im Stillstand; die neue SED-Geschichte blieb über Jahre hinweg ein interner Dauerentwurf.⁴⁵ Sie blockierte währenddessen die an sie gekoppelten Projekte, wie die GrBA, und verursachte

41 „Beachtlich sind Anzahl und Vielfalt der zum Jubiläum erscheinenden Literatur [...]. Deutlich fällt jedoch auf, daß zur Geschichte der Partei [...] für die Öffentlichkeit keine Publikation vorliegen wird. Das ist unseres Erachtens ein schwerwiegender Mangel. Vom Erarbeitungsstand her möglich wäre die Herausgabe der ersten beiden Bände der auf vier Bände angelegten ‚Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung‘. [...] Die Publikation der Bände insgesamt ist aber auf Grund einer früher getroffenen Entscheidung, nach der eine Veröffentlichung erst nach dem Erscheinen der Geschichte der SED in vier Bänden erfolgen sollte, zurückgestellt.“ (Schreiben Hörnig an Hager, 13. Januar 1986, in: SAPMO-BArch, Büro Hager, vorl. SED 38791.)

42 Ebenda.

43 Da liegt er übrigens heute noch: LA, C-Rep 902 (E) 391–400.

44 Vgl. Petzold, Parteinahme wofür?, S. 272 und 282ff.

45 Ebenda, S. 283.

somit das institutionelle Patt, das die Parteigeschichtsschreibung in der späten DDR kennzeichnete.

III. Lust und Unlust der Ostberliner Parteihistoriker

Nicht nur die Kopplung an die zentrale Darstellung des IML verursachte Probleme beim Schreiben der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“. Mindestens ebenso wichtig war der Wandel der individuellen Forschungshaltung vieler Autoren. Denn die Folgen des „Reformstaus“ in der späten DDR-Historiographie brachte manch einen parteiergebenen SED-Historiker zur Verzweiflung und Resignation, gehörte es doch zur unbequemen Normalität im GrBA-Kollektiv, daß allerlei Textvorlagen, „Feindispositionen“, Kapitelentwürfe, Erst-, Zweit- und Drittfassungen von den Herausgebern und Gutachtern so lange zurückgewiesen wurden, bis „abgesicherte“ Kenntnisse aus dem IML vorlagen. Daß Kapitelautoren immer öfter ob ihrer niedrigen Produktivität gerügt wurden, hat mit Widerstand oder Dissidententum nicht viel zu tun. Schließlich waren die Historiker im Kollektiv ehrenamtlich tätig, es herrschte das Prinzip freiwilliger Übereinkunft: Keinerlei Gewissensbeschwerden hinderten die Kapitelautoren daran, ihre Freizeit der Berliner Arbeiterbewegung zu widmen.

Die offensichtliche Unproduktivität wurzelte vielmehr in quälender Demotivation. Denn immer wieder findet sich in den Akten die Einschätzung, daß ein neu bearbeiteter Kapitelentwurf „zwar Fortschritte“ aufwies, zugleich aber noch nicht die „erforderliche Reife“ erreicht habe. Durch diesen chronischen Stillstand sank die Arbeitsatmosphäre im Kollektiv auf den Tiefpunkt und war geprägt von Frustration und Resignation. Diese innere Erosion führte schon sehr früh zu persönlichen Blockaden bei den Autoren. In den überlieferten Akten kommen diese Probleme kaum direkt zum Ausdruck. Aber Protokollnotizen wie etwa: man sollte „deutlicher sagen, was uns hemmt“⁴⁶ und „Terminüberschreitungen sind zum Teil ein ideologisches Problem bei den Autoren“⁴⁷ weisen auf Unstimmigkeiten hin, die offiziell nicht existierten.

Daß Motivationsprobleme in der Parteigeschichtsschreibung der späten DDR punktuell zu den größten Hindernissen werden konnten, kann anhand

46 Protokoll der Leitungssitzung am 5. November 1979, in: I.A, C-Rep 902 (D) 633/1.

47 Protokoll der Leitungssitzung am 1. Juni 1981, in: C-Rep 902 (E) 383. Ähnlich: „Das Herausgeberkollektiv und die Leitung der Bezirkskommission (müssen) die politisch-ideologische Arbeit mit dem Autorenkollektiv verstärken. Dabei ist es notwendig, einzelnen Autoren zu helfen, ihre eigene Haltung zum Projekt weiter zu qualifizieren.“ („Referat“ am 9. Juli 1981, S. 12.)

zweier Beispiele verdeutlicht werden. Erstens führte die Überarbeitungsmüdigkeit dazu, daß sich etwa die Autoren gegen die Forderungen eines Gutachters zu Wehr setzten, nicht weil sie mit seinen Anregungen nicht einverstanden waren, sondern weil sie eine neue Runde des Überarbeitens einfach nicht mehr verkraften konnten. Das war der Fall im November 1984, als das Manuskript des zweiten Bandes (1917–1945) nach der zweiten Begutachtung aus dem IML zurückkam. Obwohl der Gutachter Walter Wimmer nun durchaus zufrieden war, fügte er erneut 15 Seiten mit Verbesserungen hinzu. Verärgert mußten die Autoren feststellen, daß einige Bemerkungen nunmehr in starkem Widerspruch zum ersten (60-Seiten-) Gutachten vom Juli 1983 standen. Schlimmer als dieses ständige Hin und Her mußte es aber noch gewesen sein, daß sich Wimmer jetzt eine umfangreiche Revision des Bildes von der Berliner Sozialdemokratie wünschte. Die „übertriebene Zurückhaltung“ in der Darstellung der reformistischen Arbeiterbewegung verschleierte den Blick auf die „Aktionseinheit“ und auf die Traditionen, „die kämpferische Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in die Geschichte unserer Partei einbrachten.“ Außerdem führe sie „zu schiefen Vorstellungen vom Einfluß und von den Potenzen der revolutionären Partei“. Deswegen empfahl Wimmer „eine Versachlichung der Polemik gegen rechte sozialdemokratische Führer“ und umfangreiche „Ergänzungen“ in der Darstellung der SPD.⁴⁸

Die vorsichtige Revision war neu und tat „der historischen Wahrheit“ diesmal wirklich recht; an sich wären viele der GrBA-Autoren gern bereit gewesen, sie mitzutragen.⁴⁹ Aber gerade die genauen Umstände verhinderten es hier, daß die Anweisungen des IML in der Geschichtskommission auf fruchtbaren Boden fielen. Das Manuskript befand sich in allerletzter Überarbeitungsphase und sollte möglichst bald vom Sekretariat der Bezirksleitung abgesegnet werden. Und gerade zu diesem Zeitpunkt kam Wimmer mit Grundsatzbemerkungen, die der ganzen Konzeption den Boden entzogen. Dies ging jenen Autoren, die zum Teil schon über 15 Jahre am Manuskript gearbeitet hatten, zu weit. Empört wiesen sie die Forderungen zurück.⁵⁰

48 Wimmer, Gutachten zu Band 2, 20. November 1984, S. 3-4.

49 Beispielsweise hatte der Bandredakteur Ingo Materna nur einen Monat zuvor an ganz anderer Stelle beklagt, daß „ein besonderes Kapitel, die notwendige Erforschung der reformistischen Arbeiterbewegung“ immer noch offen stand. (I. Materna, Aufgaben und Problemen bei der Erforschung der Berlin-Brandenburgischen Territorialgeschichte und ihrer Propagierung in: Kolloquium zur Regionalgeschichte. Vorträge des am 24. Oktober 1984 in Potsdam anläßlich der „Archivwoche der DDR“ veranstalteten Kolloquiums des Staatsarchivs Potsdam [Potsdam, 1985], S. 60-82, hier S. 66).

50 „Vom Gutachten (wird) offenbar der Gegenstand breiter gesehen als er in der Konzeption angelegt ist. Unser Ziel ist es, die Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiter-

Hier konnten die Autoren eine erneute Zurückweisung ihrer Arbeit schließlich abwehren. Der Band 2 wurde im Mai 1985 freigegeben. So glimpflich kam der Band 3 (1945–1961) nicht davon, dessen Schicksal ein zweites Beispiel für die Demütigungen und Frustrationen bietet, denen die Autoren ausgesetzt wurden. Die Kapitel 1945–1949 von Guido Graehn bildeten das größte Problem. Seine Textentwürfe wurden wiederholt vom Herausgeberkollegium abgelehnt, wie hier bereits im Mai 1981:

„Wir sind nach wie vor dafür, daß Gen. G. Graehn das Kapitel [...] überarbeitet, und wir hoffen, daß er nicht nur deshalb resigniert, weil die Leitung der Kommission bei der Vorlage seines Manuskriptes entschieden hat, daß die erreichten Fortschritte noch nicht zur Weiterleitung des Kapitels an das Sekretariat ausreichen. Vor solchen Situationen haben doch auch schon andere Kapitelautoren gestanden und wird in Zukunft gewiß noch dieser oder jener Autor stehen, der eine besonders komplizierte Periode der Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung darzustellen hat. Da kann es nur heißen: Eine weitere Überarbeitung des Manuskriptes vornehmen.“⁵¹

Graehn war hierzu offenbar nur noch mit Widerwillen bereit. Im Juni 1983 – zwei Jahre später – tagte das Bandkollektiv. Die Autoren sollten ihre Kapitel daraufhin wieder bearbeiten und im Dezember dem Bandredakteur Gerhard Keiderling (Zentralinstitut für Geschichte) übergeben, der sie schließlich noch redaktionell überarbeiten mußte, bevor das Manuskript spätestens im März 1984 zur Begutachtung ins IML konnte. Sichtbar verärgert berichtete Keiderling aber in April 1984, daß Graehn seinen Text viel zu spät eingereicht und „faktisch nichts daran gemacht“ habe: „Im Grunde habe ich den Teil 1945–1949 neu geschrieben unter Einarbeitung von neuem Quellenmaterial.“⁵² Wie sehr Graehn von Apathie ergriffen worden war, veranschaulicht Keiderlings vernichtender und detaillierter Bericht: Das

„Hauptproblem bestand darin, daß der Vf. keine Überarbeitung des Kapitels auf der Grundlage der Klausurtagung vom Juni 1983 vorgenommen und auch nicht früher bereits gegebene Hinweise eingearbeitet hat. Es ist nicht ersichtlich, ob und in welcher Weise der Vf. Anregungen aus Bd. 3 der SED-Geschichte eingearbeitet [hat]. Die Arbeit des Kapitelautors beschränkte sich darauf, innerhalb eines halben Jahres ein paar ‚kosmetische‘ Korrekturen vorzunehmen: einige Kürzungen, noch mehr Zusätze“.

bewegung [...] darzustellen, nicht jedoch eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung insgesamt zu erarbeiten.“ Es könne jetzt nicht erneut „um eine Erweiterung des Inhalts gehen.“ Die Autoren beharrten auf ihrem Manuskript: „Eine Erweiterung dieses Bildes ist nicht machbar.“ (Kurzprotokoll: Beratung zur Auswertung des Gutachtens zum Band 2 (1917-1945) und zu Problemen der weiteren Arbeit am Band am 5. Dezember 1984, 19. Dezember 1984, in: LA, C-Rep 902 (E) 388.)

51 Bericht des Autorenkollektives über 1980/81, 4. Mai 1981.

52 ZIG-Hausmitteilung Keiderling an die Direktion, 5. Juni 1984, in: ABBAW, ZIG 562.

Graehn habe sich „die Arbeit sehr leicht“ gemacht.⁵³ Doch die nächste Etappe brachte Keiderling in noch größere Wut, als nach seiner intensiven und eiligen Überarbeitung des Textes herauskam, daß Projektleiter Habedank das Manuskript gar nicht sofort ins IML brachte. Mit viel Gefühl für Dramatik schilderte Keiderling seine Empörung⁵⁴, denn er hätte also „mit mehr Zeit und Ruhe und ohne den Druck der Leitung, den März-Termin unbedingt zu halten, auch intensiver an der Bandfassung arbeiten können.“⁵⁵ So waren am Ende alle unzufrieden.

Der dritte Band der GrBA wurde schließlich zum Albtraum. Nie wurde das endlos überarbeitete Gesamtmanuskript freigegeben, immer wieder waren weitere Korrekturen vonnöten. Auch 1987 blieb es ungedruckt und noch 1988 lief die Arbeit weiter; der Leidensweg nahm bis zum Mauerfall kein Ende. Am 9. Juni 1988 hatte „von 8.00-22.00 Uhr“ (!) eine neue Kollektivdiskussion über den Band stattgefunden.⁵⁶ In diesen Zeiten des raschen Legitimationsverlustes der DDR und wachsender gesellschaftlicher Opposition gerieten die Autoren zunehmend in Orientierungsnot. Festigkeit wurde beim Parteiinstitut gesucht: „Ohne Gutachten vom IML werden wir die Genossen schwer zur Weiterarbeit an den Kapiteln bewegen können.“⁵⁷

53 Keiderling, Bericht über Fertigstellung der Bandfassung, o. D. (April/Mai 1984), S. 4 und 5.

54 „Seitens der Leitung des Projektes [...] wurde ich angehalten, die Überarbeitung schnell vorzunehmen, um den Abgabetermin ans IML zu halten. Ohne einen mir [...] zustehenden Arbeitsurlaub in Anspruch zu nehmen und andere Verpflichtungen zu vernachlässigen, habe ich bis 5.3.84 die Gesamtüberarbeitung des Bd. 3 vorgenommen, was nur durch Nacharbeit und Inanspruchnahme der Wochenenden möglich war. [...] Die Leitung des Projektes hat jedoch stillschweigend eine Korrektur der Planung vorgenommen. Die Verteilung der Manuskripte an die Mitglieder des Herausgeberkollektives erfolgte schleppend; einige hatten sie Ende April noch immer nicht.“ (ZIG-Hausmitteilung von Keiderling an die Direktion, 5. Juni 1984).

55 Ebenda.

56 BI.-Hausmitteilung der Geschichtskommission, 29. Juni 1988, in: LA, C-Rep 902 (E) 389.

57 Ebenda. Wie „heiß“ der „Brei“ war, wie verunsichert die Autoren nunmehr über ihre eigene Darstellung waren, wie sehr sie bereit waren, sich vor dem IML zu beugen, um ihren Band doch veröffentlichen zu dürfen, und wie sehr sich also (jetzt erst!) die Regeln des DDR-Geschichtsdiskurses auch in der Bezirksgeschichtskommission auflösten, zeigt der Problemerkatalog, den das Autorenkollektiv 1988 dem Bezirkssekretär Reginald Grimmer (Propaganda) vorlegte: „Ist die Kompliziertheit des Vereinigungsprozesses in Berlin überzeugend dargestellt? Stimmen die Einschätzungen zur SPD 1945/46 mit denen in SED-Geschichte, Band 3, überein? Wie sollen Auswirkungen des Personenkults um Stalin, von dem im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der KPdSU die Rede ist, in den Kapiteln 4 und 6 behandelt werden? Ist die Vorgeschichte des 17. Juni 1953 überzeugend dargestellt? Stimmen die Aussagen und Beispiele (Aufbauverlag, W. Harich u.a.) für das Auftreten revisionistischer Kräfte 1956 mit der SED-Geschichte überein?“ (Ebenda).

Doch das IML blieb bei seiner Entscheidung, daß erst das eigene Projekt vollendet werden sollte.⁵⁸ Aus Ratlosigkeit richtete schließlich der Kommissionsvorsitzende Loesdau das Wort an den direkten Chef, den Ersten Bezirkssekretär Berlins und Politbüromitglied Günter Schabowski, um das Patt zu durchbrechen. Doch nach Darlegung einer Vielzahl guter und weniger guter Gründe („vom Mißmut und der Enttäuschung im Autorenkollektiv aller vier Bände ganz abgesehen“) blieb auch dieser Notruf ohne Erfolg.⁵⁹

Die Motive für die Haltung des IML sind auf Aktenbasis bisher noch nicht erforscht. Es scheint wahrscheinlich, daß am Ende auch im Parteiinstitut ein internes Umdenken startete. Zeitzeugen erinnern sich, daß das IML etwa 1988 „auch bereits aufgehört hatte, ein monolithischer Block zu sein“.⁶⁰ Die Haltung des IML zum fertiggestellten dritten Band der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ war ab 1985 jedenfalls von Zurückweisungen und passivem Abwarten gekennzeichnet. Inhaltlich bezog es keine konstruktive Position mehr. Es scheint, daß auch das Parteiinstitut auf neue Orientierung von oben warten mußte – oder daß hierüber innerhalb des IML zumindest unterschiedliche Meinungen bestanden.

Das GrBA-Manuskript 1945–1965 starb 1989 einen sanften Tod. Nach weiteren Tagungen und Diskussionen „zum Stand der Arbeit“ konnten die Autoren erst in der Wendezeit ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen. Am 31. Oktober 1989, zwischen Honeckers Sturz und Mauerfall, bat der Kapitelautor Peter Hübner (ZIG, Abschnitte 1955–1961) bei Habedank darum, daß er als Mitglied des Autorenkollektives „entpflichtet“ werde:

„Im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung unserer Gesellschaft und die zu erwartenden Anforderungen an die Geschichtswissenschaft kann ich es nicht verantworten, die Kapitel 6 und 7 unter meinem Namen zu veröffentlichen.“

Für seinen Rücktritt nannte Hübner noch einen zweiten Grund, der auf längere Unzufriedenheit und Mißmut bei den Autoren hinweist:

58 „Genosse Benser [IML] ist bereit, eine Vermittlung unserer jüngsten Erkenntnisse an Euer Herausgeber- und Autorenkollektiv vorzunehmen. Dies ist jedoch erst sinnvoll, nachdem das gesamte Manuskript des Bandes 3 [der SED-Geschichte, KT] in der vom Genossen Kurt Hager geleiteten Kommission diskutiert worden ist“. (Schreiben Dichtl an Grimmer, 11.12.87, in: LA, C-Rep 902 (E) 389, Hervorhebung im Original.)

59 Und „für diesen Situation haben wir als Geschichtskommission und vor allem die Autoren nur wenig Verständnis“. (Schreiben Loesdau an Schabowski, 22.8.88, in: LA, C-Rep 902 (E), 386.)

60 J. Petzold, Politischer Auftrag und wissenschaftliche Verantwortung“, in: K. H. Pohl (Hrsg.), Historiker in der DDR, Göttingen 1997, S. 94–112, hier S. 99.

„Du wirst Dich erinnern, daß ich auf der Autorenberatung am Beginn dieses Jahres große Bedenken vorgetragen habe, die Kapitel 6 und 7 [...] einer erneuten Bearbeitung zu unterziehen. Nach etwa fünfzehnjähriger Entstehungs- bzw. Liegezeit und wiederholten Bearbeitungsversuchen schien mir das Manuskript in einen so fatalen Zustand geraten zu sein, daß ein Ausweg nur in der völligen Neufassung beider Kapitel bestehen konnte.“⁶¹

Hier brachte Hübner zweifellos die Haltung mehrerer Autoren zum Ausdruck, die während der Arbeit an der GrBA zunehmend durch Frustration und Resignation gekennzeichnet war. Der hier beschriebene Zustand läßt sich wie eine *innere Erosion* verstehen. Diese schritt seit längerer Zeit unterschwellig voran, sie wurde in der Berliner Bezirksgeschichtskommission direkt durch den forcierten Stillstand stimuliert, den die Kopplung an die ausbleibende „SED-Geschichte“ bewirkte, bevor sie hier erst nach 1987 in offenen Verfall mündete. Die innere Erosion bildete eine entscheidende Eigenschaft der späten DDR-Geschichtswissenschaft – jedenfalls auf den Themenfeldern, die sich, wie die Partei- oder Zeitgeschichte, nicht oder kaum reformfähig zeigten.

IV. Innere Erosion und äußere Kontinuität

Das oben vorgestellte Fallbeispiel der Berliner Parteigeschichtsschreibung macht eine widersprüchliche Situation der DDR-Parteigeschichtsschreibung nach der Mitte der 1970er Jahre einsichtlich, die man dialektisch beschreiben könnte: Einerseits ist eine äußerliche Kontinuität zu beobachten, die u. a. in fortwährender institutioneller Einbindung der Historiker im Geschichtsdiskurs liegt. Andererseits wird eine innere Erosion sichtbar, die sich eher auf subkutaner Ebene vollzieht und in Unproduktivität und Resignation der Autoren zum Ausdruck kommt. Im allgemeinen, so kommt Wolfgang Küttler diesem Ergebnis am nächsten, „schwand bei äußerer Kontinuität doch die innere Akzeptanz der Regeln und Normen des SED-Herrschaftsdiskurses“.⁶²

Zunächst bietet das Modell des „historischen Herrschaftsdiskurses“, das Martin Sabrow zur Erfassung der frühen DDR-Historiographie entwickelt hat, in der Tat einen sinnvollen Ausgangspunkt zur Verdeutlichung der Gleichzeitigkeit von innerer Erosion und äußerer Kontinuität. Zwar scheint dieses Modell trotz seiner vielen Versatzstücke und Modifikationen zu statisch, um ebenso die differenzierte Entwicklung der DDR-Geschichts-

61 Schreiben Hübner an Habedank, 31. Oktober 1989, in: ABBAW, ZIG 262.

62 W. Küttler, Die DDR-Historiographie in der „Ökumene der Historiker“. Selbstverständnis und Praxis als Wissenschaftsdisziplin“ in: Iggers u. a. (Hrsg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 107-130, hier S. 125.

wissenschaft in der zweiten Hälfte ihrer Existenz zu erfassen, aber gerade deswegen eignet es sich, um essentielle Kontinuitäten herauszuarbeiten. Diese Kontinuitäten sieht Sabrow auf der Ebene des instrumentellen Charakters der DDR-Geschichtswissenschaft: „Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß im Selbstverständnis der instrumentellen Geschichtswissenschaft der Politisierungsgrad im Zuge ihrer wissenschaftlichen Entfaltung gesunken wäre, wie die These der Verwissenschaftlichung der DDR-Geschichtswissenschaft annimmt.“⁶³ Allerdings „verblaßte“ der Diskurs im Laufe der 1970er Jahre, so Sabrow; diese Zeit sei von „fließenden Grenzen des Diskurses“ gekennzeichnet, bis etwa ab 1985 eine offene Erosion eingesetzt habe.⁶⁴

Doch eine genauere Analyse unseres Fallbeispiels weist auf, daß zumindest auf dem Feld der Parteigeschichtsschreibung von einer „Verblässung“ des Diskurses in der späteren DDR nicht die Rede sein kann, wenn mit „Verblässung“ seine schwindende Geltungskraft – „fließende Grenzen“ – gemeint sind. *Gültig* waren die alten Kategorien und Diskursstrukturen im GrBA-Kollektiv bis zum Schluß allemal. Aber wegen der auftretenden Widersprüche in der späteren DDR-Gesellschaft im allgemeinen und in der Historiographie im besonderen mußten die alten Dogmen und Denkrezepte auf Dauer an Schlagfertigkeit, Verführungskraft und Glaubwürdigkeit einbüßen. Eine lange Kontinuität bestimmte jedoch die äußere Verfaßtheit des diskursiven Feldes in der Berliner Bezirksgeschichtskommission.

Denn es ist erstaunlich, in welchem Ausmaß hier Begriffe verwendet werden, die in anderen Sektoren der DDR-Historiographie ihre Stoßkraft längst verloren hatten. Formeln wie „Parteilichkeit“ und „Faktologie“, verabsolutierte Vorstellungen von „richtig“ und „falsch“ und Verschmelzungen von „politischer Verantwortung“ und „Wissenschaftlichkeit“ – kurz: jene normierten Deutungsmuster, die dem „historischen Herrschaftsdiskurs“ seine Identität gaben, konnten im Notfall wie früher gegen vermeintliche Fehlinterpretationen in Stellung gebracht werden – und *wurden* das auch. Als Beispiel sei hier der Autor Günther Wehner (Kapitel 1933–1945) angeführt, der sich 1983 im Wald von Korrekturen, Neuinterpretationen und wechselnden Linien verlaufen hatte. Die IML-Gutachterin Luise Kraushaar zeigte sich wachsam:

63 M. Sabrow, Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956–1989), in: ders./P. Th. Walther (Hrsg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, S. 195–225, hier 201.

64 Vgl. Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft (Anm. 9)“, S. 444; ders., „Die DDR-Geschichtswissenschaft und ihr ‚objektiver Gegner‘“, in: Iggers u. a. (Hrsg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft (Anm. 2)*, S. 53–92, hier S. 76ff.

„Das Material stützt sich häufig auf Forschungsergebnisse, die vor 10 bis 15 Jahren veröffentlicht wurden, aber in Veröffentlichungen der Jahre 1981 und 1982 korrigiert wurden.“⁶⁵

(Dabei hatte Wehner in seinem Kapitel übrigens *inhaltlich* eher über- als untertrieben.⁶⁶) Kraushaar mußte sich sogar von eigenen überholten Arbeiten distanzieren, um den ungewollten Abwechler auf seine Fehler hinzuweisen:

„Der Autor stützt sich restlos auf die Darstellung von Biernat/Kraushaar aus dem Jahre 1970. Inzwischen liegen völlig davon abweichende Einschätzungen von der Tätigkeit und Wirksamkeit der Antifaschisten (vor) [...]. In diese Richtung muß der Autor des Kapitels 6 umarbeiten.“

Zudem habe Wehner es sogar gewagt, seinem Text „auch eigene Gedanken oder vielleicht auch Forschungsergebnisse“ hinzuzufügen, meldete Kraushaar mißbilligend.⁶⁷ Und über die für die DDR typische Kritik hinaus, daß seine historische Darstellung nicht aktuell genug wäre, hatte Wehner sich, laut Gutachten, auch noch der Gefahr des „Objektivismus“ ausgesetzt, als er in seinem Kapitel zwar die notwendigen Fakten präsentierte, aber nicht den richtigen parteilichen Zusammenhang. Durch eine solche Methode sei Wehner „nicht zu den richtigen Schlußfolgerungen“ gekommen.⁶⁸

Dieses „Parteilichkeitsargument“ war die eigentliche Brechstange. Seit den Revisionismusdebatten um Jürgen Kuczynski 1957/58 wußte jeder Historiker der DDR, daß man bei diesem Vorwurf nur noch einlenken konnte.⁶⁹ Das galt 1983 unvermindert und auch für Wehner, der die Kritik akzeptierte und zwei Jahre später (!) ein überarbeitetes Kapitel (1939–1945)

65 L. Kraushaar, Bemerkungen zu Kapitel 6 (1939–1945), Juni 1983, S. 1.

66 „Bei dem ständigen ‚in die Breite Wachsen der KPD‘ wundert man sich, daß sie das Hitlerregime nicht gestürzt hat. [...] Die Hälfte der Seite ist gefüllt mit Beteuerungen, wie unermüdlich und konspirativ die KPD bis Sommer 1944 arbeitete.“ „Wauum heißt es ständig [...] ‚Das ZK verstärkte seine Tätigkeit‘, ‚die Leitung verstärkte ihre Bemühungen‘ – so an vielen Stellen seit Kriegsbeginn. Unwillkürlich drängt sich dem Leser infolge des schlechten Stils der Eindruck auf, daß die Funktionäre vorher recht lahm gearbeitet haben, wenn sie so oft und immer wieder ihre Bemühungen steigern können.“ (Ebenda, S. 18 und 19).

67 Ebenda, S. 4.

68 „Man muß als Gutachter annehmen, daß der Autor brandeifige Termine zur Fertigstellung erhicht, und ihm darum nichts anderes übrig blieb, als aufzuschreiben was wohl alles in das Kapitel hingehöre. Er pickte hier und da ein wenig in Quellen herum, nahm hier was auf, nahm da was auf, ohne die Zeit zu haben, das hier Niedergelegte zu Ende zu lesen.“ (Ebenda, S. 1).

69 Vgl. H. Haun, Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1957), Dresden 1999 [=Berichte und Studien des HAID Nr. 21] mit weiterer Literatur.

vorlegte, das nunmehr für seine Parteilichkeit gelobt wurde.⁷⁰ Aber noch darüber hinaus ist es bezeichnend, daß der Begriff nur in Unterlagen aus dem IML explizit verwendet wird. In keinem der selbstproduzierten Dokumente der GrBA-Autoren taucht die „Parteilichkeit“ auf, weder in Sitzungsprotokollen noch in Forschungsberichten oder Arbeitskonzeptionen. Die Autoren waren in diesem Falle nicht kollektiv einer verinnerlichten und selbstgesteuerten Diskurshegemonie unterlegen, und auch keinen „dem individuellen Bewußtsein vorgelagerten Bedingungen historischen Denkens“⁷¹, sondern dem greifbaren und sicherlich auch diskursiv analysierbaren Zwang von Außen. Zwar bewegten sie sich, wenn man so will, *auf dem Feld* eines DDR-Geschichtsdiskurses, aber über konkrete *Historiker*, ihre Haltung und ihr *individuelles* Selbstverständnis ist damit nichts zwingendes gesagt. Es ist die alte Frage von den objektiven Strukturen und dem subjektiven Handeln, die hier offen bleibt.⁷²

Jedenfalls, und das ist zunächst wichtig festzuhalten, behielt im Notfall das gesamte tradierte Regelwerk der DDR-Historiographie im GrBA-Kollektiv trotz innerer Erosion seine formale Gültigkeit. Hier läßt sich eine äußere Kontinuität beobachten, die zumindest in der Parteigeschichtsschreibung von den frühen 1950er Jahren bis weit in die 1980er Jahre hinein reichte. Denn nicht nur im Falle Wehners bediente sich das IML des bekannten Instrumentariums, auch die Autoren des GrBA-Bandes 1 mußten noch 1986 mit der Kritik leben, daß ihr Manuskript „nicht frei von faktologischen Zügen“ war.⁷³ Ebenso hatte die programmatische „Einheit von Politik und Wissenschaft“ im Gehäuse der Bezirksleitung – selbstverständlich mehr als in den „staatlichen“ Instituten der Universität oder Akademie – eine sehr praktische Bedeutung. Denn neben der Zunnutung, daß Autoren der Parteigeschichte nach jedem Parteitag oder ZK-Plenum ihre Kapitel überarbeiten mußten⁷⁴, wurden „zur Sicherung eines hohen politischen Ni-

70 „Das Kapitel ist so angelegt, daß es durch parteiliche Darstellung der Ereignisse und Kämpfe gängige Grundthesen der bürgerlichen und reformistischen Geschichtsschreibung über die Tätigkeit der Kommunisten und über die Befreier widerlegt.“ (Habedank, Stellungnahme zu Günther Wehner, o. D. (Februar 1985), in: LA, C-Rep 902 (F) 388.)

71 Sabrow, *Beherrschte Normalwissenschaft* (Anm. 9), S. 421.

72 Eben dies ist es, was an der Theorie des Herrschaftsdiskurses irritiert: Sie geht wie eine herkömmliche Mentalitäts- oder Strukturgeschichte am historischen Subjekt vorbei. Denn der von Sabrow verwandte Diskursbegriff „faßt die Menschen weniger als Subjekte denn als Objekte, nicht als Schöpfer, sondern als Geschöpfe ihrer Redeweisen.“ (Sabrow, *Geschichte als Herrschaftsdiskurs* [Anm. 11], S. 15).

73 Laschitzka, *Gutachten zu Band 1*, S. 2 und 3.

74 Als Beispiel seien die Folgen des X. Parteitags 1981 gewählt. Honecker ging hier auf Friedenskurs. Die neue Aufgabe des Kollektivs war es jetzt, zu „zeigen“, daß Sozialismus und Frieden „wesensgleich“ sind und deshalb schon immer waren. Es müßte nunmehr „die Kontinuität der Friedenspolitik der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung

veaus der Bände III und IV [...] zu geeigneten Zeitpunkten Problemdiskussionen“ mit dem Abteilungsleiter für Propaganda und Agitation durchgeführt.⁷⁵ Normative Kraft kam in diesem Umfeld schließlich bis zum Ende auch dem Feindbild zu: Defizite in der Widerlegung feindlicher Thesen waren auch 1984 noch ein Anlaß für die Zurückweisung eines Bandmanuskriptes.⁷⁶

Doch der Status dieser vor allem vom IML streng gehandhabten Diskursstrukturen wurde ernsthaft dadurch untergraben, daß sie parallel dazu, in anderen Sektoren der DDR-Historiographie ihre prägende Wirkung allmählich verloren. Draußen wüteten seit 1978 die Differenzierungsdebatten um „Erbe und Tradition“. Führende DDR-Historiker saßen später mit den Kollegen aus dem Westen an einem Tisch und übten Verantwortungsgemeinschaft und Dialog mit jenen „Gegnern“, deren „Lügen“ laut dem Konzept dieser GrBA entschiedenst widerlegt werden sollten. Die Mitglieder der Bezirksgeschichtskommission waren *nota bene* selbst zum größten Teil hauptberuflich an Akademieinstituten oder an Universitäten tätig. Die Entspannungs-, Differenzierungs- und Verwissenschaftlichungstendenzen der 1980er Jahre kannten sie aus eigener Erfahrung – ob sie diese nun unterstützten oder nicht. Auch wenn heute mit Recht die Widersprüche und die realen Begrenzungen dieser Entwicklungen betont werden – nach der zeitgenössischen Erfahrung mancher DDR-Historiker hatte sich hier etwas bewegt, und das wirkte motivierend.⁷⁷ In den Berliner Bezirkskommission mußte man sich jedoch einem streng gewährten Diskurszwang weiterhin

so überzeugend wie nur irgend möglich sichtbar gemacht werden. Denn Angesichts der zentralen Bedeutung, die dem Kampf für den Frieden in der Gegenwart zukommt, muß auch [...] vom Ringen der Kommunisten um den Frieden ein reicheres vielgestaltigeres Bild nachgezeichnet werden.“ Es ginge jetzt „darum, noch überzeugender herauszuarbeiten, daß die Kommunisten die einzig konsequenten Friedenskämpfer waren [...]. Der Klassenkampf, den die Berliner Arbeiter mit den Kommunisten an der Spitze gegen die herrschende Ausbeuterklasse und gegen den Faschismus führten, war Friedenskampf.“ (Referat vor dem Problemrat, 9. Juli 1981, S. 10 und 11).

75 Protokoll der Beratung zu Fragen und Problemen der Arbeit am Z-Projekt am 4. Januar 1984.

76 „Die Polemik im Zusammenhang mit der Sozialfaschismus-These oder vielmehr ihre Ausnutzung durch antikommunistische Ideologen ist jedoch nicht gelungen [...]. Die übrigen Stellen sollten sprachlich besonders sorgfältig bearbeitet werden, um ein Maximum an Überzeugungskraft zu erreichen, den politischen Zweck der gegnerischen Lügen möglichst deutlich anzuprangern und jede Banalität in unserer Argumentation zu vermeiden.“ (Wimmer, Gutachten zum Manuskript des 2. Bandes, 20. November 1984, S. 3).

77 Auch wenn sie nicht alle teilten: Die Begeisterung unter DDR-Historikern für die erweiterte Erbedebatte ist hinlänglich bekannt. Auch im Westen staunte manche Beobachter. Vgl. zum Beispiel: J. Kuppe, Die Geschichtsschreibung der SED im Umbruch“, Deutschland Archiv 18 (1985), 3, 278-294.

beugen. Dies führte letztendlich dazu, daß das Unterfangen der GrBA isoliert und anachronistisch auf den Historiker wirken mußte, der auf anderen Themenfeldern mehr Offenheit – oder wenigstens mehr Dynamik – gewöhnt war. Denn etwa zur gleichen Zeit, als 1981 Helga Schultz ihren Institutskollegen an der Akademie das Konzept für ihre beeindruckende Sozialgeschichte Berlins (1650–1800) vorstellte und sich darin offen an den bürgerlich-westlichen Geschichtswissenschaften orientierte⁷⁸, sollten sich einige dieser Kollegen in der Bezirksgeschichtskommission mit ihrer Berliner Arbeiterbewegung „gegen die antikommunistischen, antisowjetischen, nationalistischen und rassistischen als auch gegen die opportunistischen und revisionistischen Konzeptionen (richten), mit denen die bürgerliche Geschichtsschreibung der BRD in die DDR einzudringen versucht.“⁷⁹

Nicht selten tat sich eine solche Kluft zwischen verschiedenen Arbeitsfeldern bei einem einzelnen Historiker auf, wie hier im Falle von Wolfgang Schröder, dem „verantwortlichen Redakteur“ des *Jahrbuchs für Geschichte*, der nebenbei den ersten Band der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ herausgab und zwei Kapitel beisteuerte. Die gefürchteten Gutachten, die er für seinen Band vom IML einholte, sind mit denen aus dem Archiv des *Jahrbuchs* unvergleichbar, letztere lesen sich fast ausnahmslos wie zustimmende Rezensionen.⁸⁰ Wo das *Jahrbuch* offensichtlich unter weitreichender Selbstverantwortung und in guter Zu-

78 In ihrer Forschungskonzeption (1981) erklärte sie sich zum Ziel, die „in der internationalen sozialgeschichtlichen Forschung erarbeitete[n] neue[n] Methoden erstmals bei uns anzuwenden, dabei geht es vor allem um die demographische Auswertung von Massenquellen der vorstatistischen Zeit mit Hilfe der EDV. [...] Es ist also notwendig, die von französischen, anglo-amerikanischen und BRD-Historikern entwickelten Methoden unseren marxistischen Fragestellungen dienstbar zu machen“. (Schreiben Schultz an Heinz Heitzer, 26. Januar 1981, Anlage: Konzeption zur Sozialgeschichte Berlins im 17. und 18. Jahrhundert, o. D. [Januar 1981], S. 5, in: ABBAW, ZIG 561.) Nach 1989: „Meine Forschungen zur Sozialgeschichte Berlins standen [...] von Anfang an unter dem Eindruck der neuen westlichen Sozialgeschichtsforschung.“ (Schultz, Ansätze zur Geschichte des sozialen Wandels in der DDR in: Iggers, Ein anderer historischer Blick [Anm. 12], S. 128–138, hier 130.)

79 Habedank, Konzeption, November 1980, S. 5.

80 So z. B. das inhaltslose und trotzdem zehnteilige Gesamtgutachten zum Berlin-Band des JbG (1987) in: ABBAW, AV 3462. Entsprechend meinte Schröder 1993 gegenüber Hartmut Mehls (ehemals ZIG, übrigens auch GrBA-Autor, Kap. 1961–1963), „daß die Gutachten zu verschiedenen Artikeln mit Vorsicht zu gebrauchen seien, weil sich in ihnen die Redaktion des Jahrbuches gegenüber dem Staats- und SED-Apparat selbst die politische Unbedenklichkeit und den wissenschaftlichen Wert der Beiträge bescheinigt habe.“ (H. Mehls, Reformwille und Parteiräson. Zur Frage widerständigen Verhaltens am Akademie-Institut für Geschichte, in: Sabrow/Walther, Historische Forschung [Anm. 63], S. 226–243, hier 241.)

sammenarbeit mit benachbarten Institutionen zustande kam⁸¹, unterlag der GrBA-Band 1 bis 1986 der eifrigsten Wachsamkeit des IML. Hier herrschte Konsenszwang auf allen Ebenen, nur intern konnte dem Parteinstitut nach jahrelangem Tauziehen die – übrigens sehr auffällige – Schlußbemerkung abgerungen werden, daß es „in einige(n) wichtige(n) Aspekte(n) einzelner Teilgutachten (...) unterschiedliche Meinungen unter den marxistische-leninistischen Historikern gibt.“⁸²

Ähnlich wie Schröder mußte etwa auch Ingo Materna, Mitherausgeber der GrBA, solche Gegensätze zu spüren bekommen. Wo er in seiner Tätigkeit als Lehrstuhlinhaber an der Humboldt-Universität im Oktober 1984 für mehr Offenheit in der Darstellung der (Berliner) Sozialdemokratie in der Weimarer Republik eintreten konnte, mußte er, wie bereits erwähnt, derartige Forderungen im GrBA-Herausgeberkollegium im November 1984 wieder zurückweisen.⁸³

Die restriktive Diskurskontrolle im GrBA-Kollektiv stand in scharfem Kontrast zu den täglichen Arbeitsbedingungen an der Universität oder der Akademie. Denn als derselbe Materna im Frühjahr 1986 eine kleine Quellenedition von Helga Schultz begutachten sollte – und sich darin „lediglich gegen die frühe Benutzung des Begriffs ‚Bourgeoisie‘ (wendete)“ – setzte er mit dem lapidaren Kommentar „(Allerdings wird Dr. Schultz auf ihrer Position mit guten Argumenten beharren)“ den gesamten Sinn des Gutachtenverfahrens außer Kraft.⁸⁴ Eine weitere Jubiläumspublikation, sogar aufgenommen in den Zentralen Forschungsplan und im Dietz-Verlag 1987 veröffentlicht, wurde gar nicht mehr begutachtet.⁸⁵

Die Reihe von Beispielen solcher von einzelnen Personen getragenen Gegensätze könnte beliebig erweitert werden. Dieser Riß, dieses Messen mit mehrerlei Maß auf verschiedenen Arbeitsfeldern beraubte ein eher

81 Denn er schrieb dem Verlagslektor locker: „Der Berlin-Band macht Fortschritte. Bisher liegen 7 oder 8 Beiträge vor, die allesamt sehr gut sind [...]. Nach Quellenlage, Niveau und Erkenntnisgewinn können wir uns mit diesen Sachen dicke sehen lassen – wären alle Aufsätze so, würde es ein interessanter und sehr guter Band. Leider fehlen noch profilbestimmende Beiträge [...]. Ich komme mit Liebknecht und der Druck des Kommunistischen Manifestes in Berlin 1866 ins Gedränge, wills aber unbedingt machen; für den Notfall hab ich etwas über die Wohnungsverhältnisse 1871/73 in Petto.“ (Schreiben W. Schröder an Arthur Isatzky, 4. November 1985, in: ABBAW, AV 3462. Vgl. Jahrbuch für Geschichte 35 [1987], übrigens ohne Beitrag von Schröder).

82 „Stellungnahme zur Übergabe des Bandes 1 an das Sekretariat“, 19. September 1986, in: LA, C-Rep 902 (E) 388.

83 Vgl. die Anmerkungen 49 und 50.

84 I. Materna, Gutachten zu Schultz, April 1986, in: ABBAW, AV 3089.

85 So erinnern sich unabhängig voneinander drei der sechs Autoren. (Gespräche mit Prof. Dr. Ingo Materna, 20. Januar 2000; Prof. Dr. Helga Schulz, 25. Januar 2000 und Prof. Dr. Laurenz Demps, 20. April 2000; Tonbände im Besitz d. Vf.). Vgl. I. Materna (Leiter des Autorenkollektivs), Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945, Berlin 1987.

dogmatisch ausgerichtetes Projekt wie die „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“ seiner Autorität, verursachte ein internes „Glaubwürdigkeitsproblem“ und vertiefte den „Selbstwiderspruch“ der Historiker – die von Ralf Possekel beschriebenen Erscheinungen bilden in der Tat wesentliche Merkmale der *späteren* DDR-Historiographie.⁸⁶ Das Arbeitsklima im GrBA-Autorenkollektiv wurde von solcher Skepsis erschüttert und dies verstärkte wiederum die Skepsis. Doch offen kam sie kaum zum Ausdruck. Die Historiker im Kollektiv waren den zur Normalität gewordenen Spielregeln ihres Geschichtsdiskurses bis zum Untergang der DDR förmlich unterworfen, weil und so lange sie sich auf seinem Boden bewegten. In den produzierten Texten und Berichten, und auch in den beiden publizierten Bänden der GrBA, zeugte nichts von der „inneren Erosion“, die manchem Autor den Mut nahm. Zunehmende Desillusionierung führte zu einer passiven Einstellung, aber nicht zu offenem Widerstand. Erst hinter dieser Fassade äußerlicher Kontinuität vollzog sich auch und gerade in der Parteigeschichtsschreibung seit Mitte der 1970er Jahre die Erosion; Form und Inhalt stimmten nicht mehr überein. Manch ein Historiker bedauerte sein Engagement in der Bezirksgeschichtskommission – mit spürbarem Widerwillen arbeitete man in einem Klima, das nach dem Mief der 1950er Jahre roch, über zehn Jahre an den gleichen Texten.

V. Zusammenfassung und Schlußfolgerung: Der Untergang des Herrschaftsdiskurses

Der Aufsatz vertritt die These, daß in der Geschichtswissenschaft der DDR unter der Oberfläche einer äußeren Kontinuität auch und gerade in der Parteigeschichtsschreibung eine innere Erosion schon seit Mitte der 1970er Jahre einsetzte. Die äußere Kontinuität lag hauptsächlich in der institutionellen Einbindung der Historiker und in der restriktiven Sprachwelt diskursiv vermittelter Deutungsmuster und Ordnungskategorien. Doch das Fallbeispiel der Ostberliner Parteigeschichtsschreibung brachte eine wachsende Resignation unter Historikern gegenüber eben dieser Einbindung und diesen Kategorien ans Licht, die auf Skepsis und internen Verfall der normierten Leitbilder schließen läßt.

Nicht zuletzt wurde diese innere Erosion der Parteihistoriographie dadurch erzeugt, daß sich gleichzeitig auf anderen Arbeitsfeldern eine gewisse Entspannung im Geschichtsbild durchsetzte. Diese institutionell und themenspezifisch bedingte Differenzierung in Arbeitsumständen und Offenheit machte eine wesentliche Eigenschaft der späteren DDR-

86 Possekel, Der Selbstwiderspruch der DDR-Historiker (Anm. 13).

Geschichtswissenschaft aus, ohne deren Berücksichtigung man den Autoritätsverlust in parteihistorischen Projekten wie der GrBA kaum zu erfassen vermag. Versuche, solche unterschiedlichen Milieus auf einen Nenner zu bringen, eliminieren genau diese begrenzte, aber erfahrungsgeschichtlich sehr bedeutende Heterogenität.

Die stagnierende Parteigeschichtsschreibung war eines von mehreren historiographischen Feldern, und zwar jenes, das bis zum Schluß den offiziellen Kern der DDR-Geschichtswissenschaft und des SED-Selbstbildes ausmachte. Es fällt auf, daß der dem Mauerfall vorausseilende Bankrott in der Parteigeschichtsschreibung nicht zuletzt in diesem Kern des Geschichtsdiskurses lag. Der Reformstau in der „Geschichte der SED“, die Unproduktivität im Autorenkollektiv der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“, die zunehmende Resignation unter SED-Historikern in diesem Milieu und z. B. ein wenig verhülltes Verbot des dritten GrBA-Bandes – das alles deutet nicht auf eine gut funktionierende, innerlich kräftige und breit akzeptierte Vergangenheitsverständigung hin, sondern auf einen vorzeitigen Untergang des historischen Herrschaftsdiskurses.

Die hier skizzierte innere Erosion bei äußerer Kontinuität hat Folgen für den theoretischen Status der Diskurshegemonie. Denn die These, daß die zentralen historiographischen Ansprüche der DDR bei unveränderter Normgeltung häufig an verführerischer Überzeugungskraft verloren, stellt aufs neue die Frage nach der Art von mentaler „Einbindung“ der Historiker in den DDR-Geschichtsdiskurs. Es scheint jedenfalls zweifelhaft, ob auch in der Zeit nach 1970 das künstlich kontrollierte Regelwerk eines „historischen Herrschaftsdiskurses“ das Denken der Historiker auf vorgedanklicher oder vorbewußter Ebene beherrschen konnte, wie „die unsichtbaren Mauern des Diskursgefängnisses“ oder „die nicht hinterfragbaren Einschreibungen der verordneten Verständigung über die Vergangenheit“.⁸⁷ Vielmehr ist die Diskurshegemonie wenigstens für die spätere Zeit *außerhalb* der individuellen Person des Historikers zu lokalisieren, wenn auch sein Denken den diskurseigenen Kategorien weitgehend verpflichtet sein konnten. Doch diese Deutungsstrukturen haften dem diskursiven Feld und nicht dem Denken des Historikers an, so daß eine individuelle, gedankliche und zunehmend skeptische Emanzipation bei gleichbleibender Partizipation im fachlichen Diskurs analytisch erfassbar wird. Diskursanalyse allein bleibt Strukturgeschichte, die Fragen nach individuellen Handlungs- und Denkräumen offenläßt. Sie sollte gleichsam um subjektive, vielleicht auch biographisch ausgerichtete Dimensionen erweitert werden.

⁸⁷ Sabrow, Beherrschte Normalwissenschaft (Anm. 9), S. 421.

Diese Überlegungen führen m. E. schließlich weg vom „exotisierenden Blick“ und hinzu einer „Entpolarisierung“ zwischen forschendem Subjekt und erforschtem Objekt. Denn es gilt die Eigenmacht der historischen Akteure zu rehabilitieren, deren wissenschaftliche Identität zumindest seit dem inneren Verfall des „historischen Herrschaftsdiskurses“ nicht länger in ihrer Andersartigkeit aufging. Denn wo die „fremden“ Kategorien sinnvoll den Diskurs beschreiben, so können sie nicht ohne weiteres auf die historischen Subjekte übertragen werden. Dies ist um so mehr für die zweite Hälfte der Existenz der DDR-Geschichtswissenschaft zu beachten, wo das normierte Regelwerk historischer Orientierung in der DDR an innerer Tragfläche – wenn auch nicht an äußerem Normwert – verlor, und mit „Erbe und Tradition“ gar emanzipatorische – wenn auch begrenzte – Gegenbewegungen aufkamen.

Die in diesem Aufsatz erforschten Jahrzehnte bilden die Brücke zwischen den als fremd erfaßten 1950er und 1960er Jahren und den als eigen erfahrenen Zeit nach 1989. Systematisch betrachtet, müßte eine gewisse „Entfremdung“ der DDR-Historiker in dieser Periode stattgefunden haben. Für die Erforschung dieser Prozesse eignet sich nicht an erster Stelle die „exotisierende Betrachtungsweise“, weil sie Kontinuitäten hin zum Heute übersieht, ebenso wie die bekannte „doppelte Sprache“ der DDR und wie Ähnlichkeiten zwischen erforschtem Objekt und erkennendem Subjekt. Schließlich sollte man sich darüber im Klaren sein, daß trotz der Eigenartigkeiten seiner Geschichtswissenschaft auch dem DDR-Historiker nichts Menschliches fremd war.

Tagungsbericht

Sabine Donner, Armando García-Schmidt, Bernd Kuzmits

„Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation“
Symposium zur Verleihung des Carl Bertelsmann-Preises 2001

Am 12. September 2001 verlieh die Bertelsmann Stiftung den mit 300.000 Mark dotierten Carl Bertelsmann-Preis zum Thema „Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation“. Geehrt wurden Persönlichkeiten aus Polen und Bolivien, die den Übergang von einem autoritären Regime und staatsgelenkten Wirtschaftssystem hin zu Demokratie und freier Marktwirtschaft in ihrem Land in herausragender Weise mitgestaltet haben. In der Kategorie „fortgeschrittene Transformationsprozesse“ wurden der erste demokratisch gewählte Premierminister Polens, *Tadeusz Mazowiecki*, der ehemalige Finanzminister und gegenwärtige Präsident der Zentralbank, *Leszek Balcerowicz*, sowie der Herausgeber und Chefredakteur der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, *Adam Michnik*, für ihre Leistungen bei der Gestaltung des polnischen Wandels ausgezeichnet. Stellvertretend für die „herausragenden Entwicklungsleistungen“ Boliviens ging der Preis an den ehemaligen Justizminister, *René Blattmann*, und an die derzeitige Ombudsfrau, *Ana Maria Romero de Campero*, für ihren Beitrag zur Grundlegung von Rechtsstaatlichkeit und zur Ausweitung von Bürgerbeteiligung.

Die Bertelsmann Stiftung leistet seit 1996 gemeinsam mit dem Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.) in München Grundlagenarbeit zum Thema Entwicklung und Transformation. Ausgangspunkt war dabei die Feststellung, daß systematische Erkenntnisse über Transformationen trotz zahlreicher Erfahrungen aus vergangenen Prozessen noch lückenhaft sind. Es existieren keine schlüssigen Gesamtkonzepte, die handlungsorientierte Strategien für einen erfolgreichen Systemwandel bereithalten. Gelänge es, die zentralen Kernelemente der komplexen Prozesse zu identifizieren, könnten diese effektiver gestaltet werden. Eine Kommission renommierter Experten erarbeitete Kriterien, die den qualitativen Vergleich von Entwicklungs- und Transformationsprozessen in ihrer Gesamtheit ermöglichen, indem sie neben den Leistungen der einzelnen Staaten auch Unterschiede in Ausgangslage, Schwierigkeit und Entwicklungsstand berücksichtigen. Nicht nur die politische und wirtschaftliche Dimension flossen in die Analysen ein, sondern auch das Prozeßmanagement durch die beteiligten Akteure. In fünfjähriger Arbeit wurden die Wandlungsprozesse in 39

Transformationsländern (u.a. Argentinien, Brasilien, Polen, Slowenien, Südafrika, Südkorea, Taiwan, Ungarn und Uruguay) und 17 Entwicklungsländern (u. a. Bolivien, Honduras, Malaysia, Mali, Marokko, Mauritius und Nicaragua) untersucht.¹

Internationales Symposium

Der Preisverleihung ging ein zweitägiges internationales Symposium voraus. Auf der Basis der weltweiten Recherchen diskutierten 92 Teilnehmer aus 24 Ländern die Chancen, Risiken und Perspektiven von Systemwandel. Ein interdisziplinäres Teilnehmerfeld, bestehend aus Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern internationaler Organisationen diskutierte in sechs Workshops Kernfragen von Transformation und Entwicklung. Einleitend betonte *Wolfgang Merkel* (Universität Heidelberg), daß es nicht darum gehen könne, die *eine* Transformationsstrategie zu entwerfen, die für alle Prozesse gleichermaßen gelte: „Ein solches ‚holistisches Projekt‘ kann es nicht geben“, so Merkel. Gleichwohl böten die Erfahrungen aus vergangenen und gegenwärtigen Transformations- und Entwicklungs-

prozessen ein großes Lernpotential, das systematisch aufbereitet und anderen Akteuren zur Verfügung gestellt werden könne. Diese Feststellung verbindet sich mit der Forderung nach verstärkter Vernetzung der Akteure, Organisationen und Institutionen im Transformationsprozeß, die im Verlauf des Symposiums vielfach geäußert wurde.

Die Themen der anschließenden Workshops spiegelten die Komplexität der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Faktoren wider, die über den Erfolg oder den Mißerfolg eines Transformationsprozesses entscheiden. Im Panel *Strategien der wirtschaftlichen Liberalisierung*, moderiert von *Franz-Lothar Altmann* (Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin), wurde aus den Referaten von *András Inotai* (Institut für Weltwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest), *Kriengsak Chareonwongsak* (Institute of Future Studies for Development, Bangkok) und *Jean-François Rischard* (Weltbank, Paris) und der anschließenden Diskussion deutlich, daß wirtschaftliche Liberalisierung als Kernbereich der Transformation um den Begriff der Modernisierung erweitert werden muß. So beschäftigte sich die Debatte über Maßnahmen wirtschaftlicher Liberalisierung („Big Bang“ oder Gradualismus) zu sehr damit, ob zu schnell liberalisiert wurde. Selten werde gefragt, ob die notwendige Modernisierung nicht etwa zu langsam erfolgte. Zudem plädierten die Teilnehmer für eine umfassendere Aufklärung der Öffentlichkeit über

1 Kriterien und Forschungsergebnisse sind in zwei Bänden dokumentiert: W. Weidenfeld (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation, Bd. 1: Ergebnisse der internationalen Recherche, Gütersloh 2001; ders. (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation, Bd. 2: Dokumentation der Internationalen Recherche, Gütersloh 2001. Weiterführende Informationen zum Symposium und zu den Preisträgern sind im Internet zugänglich: <http://www.carlbertelsmann-preis.de/>

mögliche soziale Härten, um jähe Enttäuschungen zu vermeiden.

In den Panels zur *Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit* und zur *Rolle der Zivilgesellschaft* herrschte Einigkeit über den herausragenden Wert einer gesicherten Rechtsstaatlichkeit sowie einer aktiven Zivilgesellschaft für ein funktionierendes demokratisches System.

Preisträger *René Blattmann* wies ausdrücklich auf den Zusammenhang zwischen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Transparenz von administrativen und juristischen Vorgängen hin. Sein Statement zeigte eindrucklich, daß die von ihm initiierte Justizreform für die bolivianische Bevölkerung mehr ist als eine Verwaltungs- oder Verfassungsreform war; über direkte Verbesserungen wirkte sie „bürgernah“ in das Alltagsleben der Menschen hinein. Auch *Rita Süsmuth*, Moderatorin des *Zivilgesellschaft-Panels* mit den Referenten *Adam Michnik*, *Won-Soon Park* (People's Solidarity For Participatory Democracy, Seoul) und *Helmuth Wiesenthal* (Humboldt-Universität, Berlin), resümierte, daß Rechtsstaatlichkeit die Grundlage für alles gemeinsame Handeln sein müsse. Die Beziehung zwischen repräsentativer Demokratie und Zivilgesellschaft im Sinne von partizipatorischer Demokratie sei noch keinesfalls geklärt. Strittig bleibe die Frage nach Legitimation und Rechenschaftspflicht der Zivilgesellschaft. „Zivilgesellschaft ist ein Teil der Demokratie, aber nicht ihre Alternative“, so Süsmuth.

Unter der Moderation von *Hans-Jürgen Puhle* (Universität Frankfurt

am Main) diskutierten *Gerardo Caetano* (Universität der Republik, Montevideo), *Jiří Dienstbier* (Außenminister a. D. der Tschechoslowakei) und *Paul Lendvai* (Europäische Rundschau, Wien) *Strategische Entscheidungen im Transformationsprozeß* und wiesen auf Problemzusammenhänge zwischen Transformationsländern hin: So bestehe in der Konsolidierungsphase sowohl in Mittel- und Osteuropa als auch in Lateinamerika Reformbedarf beim Ausbau eines wirtschaftlichen Ordnungsrahmens, bei Staats- und Verwaltungsreformen sowie bei der Modernisierung des Sozialsystems.

Im Panel *Außenbegleitung von Entwicklung und Transformation* herrschte Konsens über die Notwendigkeit der Prozeßunterstützung von außen. Moderator *Siegmar Schmidt* (Universität Koblenz-Landau) und die Referenten des Workshops, *Ali Nuhoum Diallo* (Präsident des parlamentarischen Versammlung von ECOWAS, Abuja), *Krishnan Srinivasan* (Commonwealth Sekretariat, London) sowie *Ion Sturza* (chem. Ministerpräsident Moldawiens) unterstrichen, daß die Außenbegleitung einen wichtigen Beitrag leisten kann. Anschließend entwickelte sich eine engagierte Diskussion um eine bessere Koordination und Vernetzung der einzelnen „Geber“ und einen stärkeren und ehrlicheren Dialog zwischen „Gebern“ und „Nehmern“. Dies gipfelte in dem Appell, ineffizienten „Mode-Trends“ der Entwicklungszusammenarbeit um des Geldflusses willen nicht das Wort zu reden. Langfristige Strategien und länderspezifische Programme seien

unabhängbare Bedingungen von erfolgreicher Demokratieförderung.

Im Workshop *Beispiele erfolgreicher Entwicklung*, moderiert von Franz Nuscheler (Universität Duisburg), gab die bolivianische Preisträgerin *Ana Maria Romero de Campero* einen Einblick in die Arbeit der *Defensoria del Pueblo* (Volksanwaltschaft) und betonte die Bedeutung von Bürgerbeteiligung an allen demokratischen Vorgängen. Nur so könne eine demokratische Kultur in der Bevölkerung verankert werden.

Im abschließenden Plenarvortrag referierte *Grigorij Jawlinskij* über die besonderen Transformationserfahrungen und Perspektiven Rußlands. Er warnte davor, die Qualität einer Demokratie allein an einem technischen Minimum wie der Durchführung regelmäßiger Wahlen zu messen. Systeme, die sich darauf reduzierten, seien Fassadendemokratien. Fundamental für „echte“ Demokratien seien dagegen Faktoren wie Meinungsfrei-

heit und eine aktive Zivilgesellschaft. Eine Stärkung der russischen Zivilgesellschaft sei daher eine der Voraussetzungen, um dem Transformationsprozeß Rußlands neue Perspektiven zu eröffnen.

Die Plenumsdiskussion und die Verleihung des Carl Bertelsmann-Preises standen unter dem Eindruck der Anschläge in New York und Washington. „Die Terrorakte haben uns vor Augen geführt, daß der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte eine weltweite Herausforderung darstellt, die wir nun alle gemeinsam angehen müssen. Wir würdigen heute Menschen, die sich ihr ganzes Leben für den friedlichen Wandel zur Demokratie eingesetzt haben. Auch wir werden nicht aufhören, uns für eine demokratische, freie und offene Welt einzusetzen.“, sagte *Werner Weidenfeld*, Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, in seiner Laudatio.

Die Autoren des Tagungsberichts sind Mitarbeiter des Bereichs Politik der Bertelsmann Stiftung, Postfach 103, 33311 Gütersloh.

Harmlose Begegnungen.

Die (Neu-)Entdeckung Michel Foucaults in der deutschen Geschichtswissenschaft

Was er denn von diesem Subjekte halte, das sich anschicke, die Geschichte zu revolutionieren, wurde der berühmte Herr W. gefragt. Oh, stöhnte dieser aus tiefstem Herzensgrunde auf, ob man sich nicht entschließen könne, Besagten aus dem Spiel zu lassen? Allein, fuhr er einsichtig fort, es werde ohne Zweifel nicht genügen, den fraglichen Herrn zu ignorieren. Vielmehr werde man sich wohl bemühen müssen – „voraussichtlich muß ich selbst der Henker sein“, beeilte sich der berühmte Herr W. hinzuzufügen –, „auch unseerseits auszusprechen, daß wir ihn für einen Schwindler und Scharlatan schlimmster Sorte halten“.

Die Parallelen in Wortwahl und Immunisierungsstrategie sind verblüffend, auch wenn die Gemeinsamkeiten der Situationen ansonsten begrenzt sein dürften: vor knapp einhundert Jahren verpaßte der Heidelberger Soziologe Max Weber mit obenstehenden Worten dem Leipziger Historiker Karl Lamprecht den vermeintlichen intellektuellen Todesstoß.¹ Der Schurke, den ein Teil der deutschen Geschichtswissenschaft heute ausmacht, lehrte bis zu seinem

Tode 1984 am Pariser *Collège de France* auf dem Lehrstuhl Geschichte der Denksysteme. Der aktuelle edle Scharfrichter war bis vor kurzem in Bielefeld Professor für Allgemeine Geschichte. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat in dem als Philosoph etikettierten Michel Foucault das praktische Feindbild schlechthin entdeckt. Im Kampf der Historischen Sozialwissenschaft gegen neuere Kulturgeschichte und Kulturanthropologie purzeln daher auch altbekannte Worte aus den Seiten der Pamphlete: Als „ein intellektuell unredlicher, empirisch absolut unzuverlässiger, kryptonormativistischer ‚Rattenfänger‘ für die Postmoderne“² erscheint da Foucault und auch das wissenschaftsgeschichtlich erprobte Wort vom „Scharlatan“ taucht hier und da wieder auf.³ Die Antwort der Gegenseite auf die Verbalinjurien bleibt bis zur Verlagerung des Debatortenorts ins Jenseits einstweilen aus; sie ist auch nicht weiter wichtig, denn der heftige Wortschwall dient allzu offensichtlich nicht so sehr dem intel-

1 Max Weber an Willy Hellpach, 5. April 1905, zit. nach: L. Schorn-Schütte, Karl Lamprecht. Kulturgeschichte und Politik, Göttingen 1984, S. 93.

2 H.-U. Wehler, Michel Foucault. Die „Disziplinargesellschaft“ als Geschöpf der Diskurse, der Machttechniken und der „Bio-Politik“, in: ders.: Die Herausforderung der Kulturgeschichte. München 1998, S. 45-95, hier S. 91.

3 Ders., Der Streit zwischen der Sozial- und der Kulturgeschichte. Vortrag am Deutschen Historischen Institut Paris, 26. April 2000 (ungedruckt).

lektuellen Konfliktaustrag zwischen zwei Großdenkern, sondern der Bestellung des deutschen Historiographiefeldes – neben dem vornehmen Austausch kognitiver Argumente also vor allem dem schönen Kampf um Definitionsmacht, Drittmittel, Posten und symbolische Legitimation von Gelehrtenbiographien.

Angesichts des so in gequälten Verbalattacken festgefahrenen Streits in deutschen Zeitschriften und Feuilletons verblüffte daher die Unverkrafftigkeit, ja mitunter lockere Fröhlichkeit, mit der sich zwei Tagungen dem Werk Foucaults neu näherten und sich an die Frage nach dessen aktuellem Gewicht für die Kultur- und Sozialwissenschaften machten. Die Ausrichtenden hätten dabei unterschiedlicher nicht sein können: Während das Frankfurter *Institut für Sozialforschung*, bisher nicht für eine besonders ausgeprägte Foucault-Sympathie bekannt, unter seinem neuen Direktor Axel Honneth vom 27. bis 29. September 2001 zur groß aufgezogenen und mit allerlei Prominenz besetzten „Frankfurter Foucault-Konferenz“ blies, lud eine Woche später (5./6. Oktober) der Neuzeithistoriker Jürgen Martschukat ins Hamburger Aby-Warburg-Haus, um in einem deutlich intimeren Kreis das Experiment „Geschichte schreiben mit Michel Foucault“ zu wagen.

Die Frankfurter Konferenz war ein beeindruckender Rundumschlag, der die disziplinäre Breite des Werkes von Foucault selbst widerspiegelte. PhilosophInnen, SoziologInnen, PsychologInnen, HistorikerInnen, KriminologInnen und Literaturwissen-

schaftlerInnen versammelten sich zu einem jener Mammutkongresse, die beabsichtigen, Theorielandschaften neu zu arrondieren, die die Pfeiler für die Bewertung eines intellektuellen Nachlasses langfristig einzubetonieren und sich in das kollektive wissenschaftliche Gedächtnis als Gründungsveranstaltung eines neuen Paradigmas zu brennen suchen. Nach Frankfurt wird es nun schwerer zu behaupten, dieser in seinen Analysen manchmal so aggressive und verstörende Franzose habe sich als Luftnummer erwiesen, die man getrost vergessen könne. Aber, das war die Hauptekenntnis, die der Historiker aus Frankfurt nach Hause tragen konnte, eine solche ignorante Attitüde scheint aktuell allein auf dem Boden der spezifischen Befindlichkeiten von Historikern zu gedeihen. Die einzige Sektion, in welcher der Moderator in den traditionellen Duktus der Foucaultkritik – keinesfalls lesen, ignorieren und, wenn dies nicht mehr geht, mit großer Geste in der Luft zerreißen – zurückzufallen drohte, war die über Foucault und die Geschichtswissenschaft. In anderen Disziplinen, auch das war in Frankfurt an einer gewissen Gelassenheit zu spüren, weicht die Entdeckungseuphorie langsam eher einer Langleweiligkeit aus Überdruß. Womit die deutsche Foucaultwissenschaft dann langsam auch wieder Anschluß an die internationale Rezeption finden dürfte.

Daß jedoch kein Grund besteht, als Historiker in masochistische Gesten auszuarten und sich stellvertretend für die Zunft anklagend auf die Brust

zu schlagen, das bewies die kleine Hamburger Tagung. Die dort gehaltenen Vorträge zeigten trotz unterschiedlicher Qualität eines: mit Foucault zu arbeiten heißt nicht, einem modischen Zeitgeist hinterher zu hecheln, sondern führt zu neuen Interpretationsangeboten, erschließt neue Themengebiete und macht andere neuen Sichtweisen zugänglich. Nicht zufällig aber schloß die Diskussion in Hamburg noch deutlicher als die in Frankfurt mit der Aufforderung, Foucaults Denken in konsequenter Vollendung seines Urhebers selbst zu historisieren, sich nach seinen spezifischen diskursiven Voraussetzungen zu erkundigen und die Geste der fröhlichen Zertrümmerung disziplinärer Gewißheiten nicht mit der inhaltlichen Auseinandersetzung und Kritik eines maßgeblich in den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Frankreich geronnenen Denkens zu verwechseln.

Dieser Hinweis nahm den Hamburgern zunächst jedoch nichts von ihrer selbstironisch gemeinten, aber dann doch wieder nicht völlig unernst gedachten avantgardistischen Selbstbeschreibung. *Ulrich Brieler* (Leipzig) zeichnete in seinen einleitenden Bemerkungen über die deutsche Geschichtswissenschaft und Foucault die „Konturen einer Mesalliance“ nach. Da es bis heute keine geschichtswissenschaftliche Rezeption Foucaults gegeben habe, seien Interessierte immer noch maßgeblich auf andere disziplinäre Filter angewiesen, was wiederum unweigerlich zum sich fortschreibenden Vorbehalt der Fachfremdheit gegenüber dem Pari-

ser „Philosophen“ führe. Die deutsche Historiographie kenne bis heute kein „diskursives Feld Foucault“, weshalb die anstehende Konferenz durchaus für sich in Anspruch nehmen könne, als „klassisches Ereignis“ in die Wissenschaftsgeschichte einzugehen.

Axel Honneth (Frankfurt a. M.) hatte in seinem Frankfurter Überblick über die deutsche Foucaultrezeption partiell anderes beobachtet. Foucault habe sich durch selbstgewählte Spezifität und Marginalisierung in der Wahl seiner Untersuchungsgegenstände (Wahnsinn und Unvernunft, Strafvollzug, Sexualität) und Methoden (Archäologie und Genealogie) in eine Position manövriert, die eine interdisziplinäre Auseinandersetzung erschwerte – zumindest in einer Wissenschaftslandschaft, in denen solche Themen, anders als in Frankreich oder den USA, bis dahin keine tiefergehende Beachtung gefunden hatten.

Damit verlagerten sich die Diskussionen um Foucault und sein Werk in Deutschland unweigerlich immer stärker ins Philosophische, aus der fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung um die regulierenden, normsetzenden und disziplinierenden Seiten des modernen Rationalisierungsprozesses wurden moralisch aufgeladene Diskurse und auf jedes antihumanistische Schlagwort des Pariser Provokateurs antwortete man auf der anderen Seite des Rheins mit Pawlowschen Reflexen. Unterhalb der Höhenkämme der offiziellen Ordnung der Diskurse setzte jedoch gleichzeitig – in informellen Lesezirkeln, in Geschichtswerkstätten und

den amorphen Strukturen einer sich selbst als emanzipatorisch begreifenden Wissenschaft – ein zunächst verborgener Gebrauch des Werks ein. Foucault habe sie so in Deutschland langsam von den Rändern des akademischen Feldes bis in die Zentren vorgearbeitet, er entfaltete in den achtziger Jahren eine untergründige Wirkung, die bei einer Betrachtung seiner Rezeption nicht übersehen werden dürfe und die der für ihn charakteristischen erkenntnisleitenden Trias von Macht, Wissen und Subjekt eine spezifische, nicht zuletzt politische Seite verleihe.

Dieses gewissermaßen subversive Eindringen Foucaults in die deutsche Geschichtswissenschaft wurde an den Themenstellungen der Hamburger Tagung dann mehr als deutlich. Körperlichkeit, Nacktheit, Sexualität und Todesstrafe in ihren jeweiligen diskursiven Verankerungen standen im Mittelpunkt derjenigen Vorträge, die sich als Ergebnispräsentationen geleisteter Arbeit verstanden. *Martin Dinges* (Stuttgart) verfolgte anhand der Selbstbeschreibungen eines Heilung von den Folgen jahrelangen Onanierens suchenden Patienten des Arztes Samuel Hahnemann um 1830 die Konstruktion von Männlichkeit an der Schnittstelle von Professionalisierungs- und Alltagsdiskurs. Die Subjektivierung bzw. Identitätskonstruktion des Patienten erfolgte, so Dinges, im Dialog mit dem Arzt. Die Spielräume von eigener Körpererfahrung waren dabei durch den ärztlichen Diskurs zwar strukturiert, endeten aber nicht an dessen Grenzen, wie das enttäuschte Beenden der Kur und

damit der Ausbruch aus der Diskursformation durch den Patienten und das Beharren auf autonomer Körperlichkeit deutlich machte. *Jürgen Martschukat* (Hamburg) beschrieb die Verbindung von Anästhesie und Strafrecht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, im beginnenden Zeitalter der Empfindsamkeit, als die medizintechnischen Versprechungen eines schmerzfreien Todes die Auffassungen der Rechtskunde von einer zivilisierten Art der Todesstrafe legitimierten und damit aufkommende Kritik an der Todesstrafe als solcher betäubten. *Heiko Stoff* (Hamburg) analysierte Eugenik und sexuelle Revolution in den zwanziger Jahren des 20. Jhs als zwei Seiten einer Medaille, als zusammenhängende Teile eines gleichen Dispositivs, das Sexualverhalten einerseits zwar von überkommenen normativen Grenzen befreite, es gleichzeitig aber neuen Formen von Auslese und genetischer Konkurrenz zu unterwerfen suchte – Bemerkungen, die angesichts der aktuellen bioethischen Debatte um Nutzen und Nachteil der Stammzellenforschung durchaus den Foucaultschen Anspruch verdeutlichten, eine Geschichte der Gegenwart zu schreiben. *Maren Möhring* (München) analysierte die Nacktkulturbewegung als Normalisierungspraktik und Teil eines zwangsheterosexuellen Normalisierungsdiskurses. Durch die Sichtbarmachung des Körpers und seine Mediatisierung in der Photographie wurde zum einen der normalisierende Blick geschult, zum anderen auch das Moment einer „Selbstausrbeitung“, d. h. einer selbststimulierten bereit-

willigen Anpassung an äußerliche Körperrormen durch Nacktgymnastik und die damit verbundene „gesunde Lebensweise“, befördert. Unklar mußte in der Diskussion bleiben, welche Erweiterungen das Konzept durch den Vergleich mit der FKK-Kultur in der DDR als einer spontanen, ungeleiteten und, weil ohne Begleitapparat von Zeitschrift, Club und Gymnastikfibel auskommend, diskursiv schwer zu fassenden Bewegung erfahren könnte.

Diese Beiträge blieben im Rahmen des üblichen Foucault-Rasters hängen: 18. bzw. langes 19. Jahrhundert, in alltagskulturelle Gesten oder politisch-administratives Handeln umgesetzter wissenschaftlicher Diskurs. Weil inzwischen da und dort erprobt und die Feuerprobe gewissermaßen hinter sich, konnten sie daher auch in ihrer Argumentation überzeugen. Schwieriger gestaltete sich das etwa für das erst noch auszuführende Projekt von *Olaf Stieglitz* (Bremen), der die Denunziation in Amerika zur Zeit McCarthys als Beispiel für Gouvernementalität, d.h. Regieren als Erfindung und Implementierung von Selbsttechniken, an die politischen Programme gekoppelt werden können, lesen will. *Norbert Fintzsch* (Köln) gab für die Analyse solcher Techniken der Selbstführung anhand der amerikanischen Wohlfahrtsdebatte im Umfeld des Moynihan-Reports ein gutes Beispiel und plädierte gleichzeitig dafür, die reine Diskursanalyse in der historiographischen Arbeit hinter sich zu lassen und, wie von ihm gezeigt, stärker Alltagspraktiken, wirtschaftliche Interessenkon-

stellationen und politische Befindlichkeiten aneinander zu binden. Unschwer war dabei zu erkennen, daß der Umgang mit genuin politischem Diskurs und Handeln sowie die Verknüpfung von Text und sozioökonomischer Interessenartikulation und -durchsetzung ein aufstrebendes Feld ist und weiterer Reflexion bedarf.

Am Ende der Tagung stand zwar das Resümee, die These von der Frühneuzzeitlichkeit einer Arbeit mit den analytischen Kategorien Foucaults widerlegt zu haben; gleichzeitig wurde aber auch deutlich, welche Herausforderungen die Korrektur des einfachen Disziplinierungsmodells und die verstärkte Hinwendung zum Subjektivierungsansatz Foucaults zukünftig stellen werden. Die Soziologin *Susanne Krasemann* (Hamburg) zeichnete noch einmal die Grundlinien dieses Ansatzes nach. Zentral ist dabei zunächst die Annahme, daß Macht keine Frage des Besitzes, sondern von Relationen ist, daß also klassische Oben-unten-Modelle analytisch nicht weiter führen. Wie leicht wäre die Macht zu überlisten, so zitierte sie Foucault, wenn sie greifbar nur überwachte, mit Gewalt disziplinierte, die Subjekte in ihren Handlungsmöglichkeiten offensichtlich determinierte. Das Vertrackte an der Macht sei vielmehr jedoch, daß sie selbst produktive Kraft sei, Handlungsfelder erst hervorbringe, deren Möglichkeiten strukturiere. So ist beispielsweise das Gefängnis als moderne und uns zivilisiert erscheinende Form des Strafvollzugs nicht einfach eine Maßnahme zur zwangsweisen,

mit Drohung und Sanktion hantierenden Disziplinierung der Massen. Vielmehr hat es neue, effektivere Formen der Delinquenz und damit Möglichkeiten der Normproduktion hervorgebracht, die gesellschaftlichen Zusammenhalt ermöglichen. Daneben ordnet es sich in ein Dispositiv der Selbstführung ein, in ein Ensemble von Techniken, die der oder die Einzelne vorgeblich selbst hervorbringt und die ihn oder sie zugleich als Subjekt konstituieren, wie sie ihm oder ihr diskursiv vorgegebene Plätze in der Gesellschaft zuweisen. Der Häftling, der das Gefängnis moralisch geläutert und mit den besten Vorsätzen verläßt, ist somit ebenso legitimes Ergebnis seiner Existenz wie die „Berufsverbrecherin“, die steh, kaum nachdem sich die Tore in der Freiheit hinter ihr geschlossen haben, in das nächste delikte Abenteuer stürzt und damit dem Gefängnis ein weiteres Mal die Legitimation seines Daseins liefert.

Der Knackpunkt der ganzen Geschichte liegt nun in der Frage nach den Wahlmöglichkeiten des Subjekts. Auch in Hamburg wurde deutlich, daß die deutsche Geschichtswissenschaft anhand solcher Probleme Theoriedefizite aufweist. Sind die „Dispositive der Macht“ nun diskursiv angelegte Möglichkeitsbedingungen, zwischen denen dem Individuum Wahlentscheidungen offen bleiben, oder sind sie Kausalursachen, die ihre Wirkung bereits in sich tragen? Die Frage blieb offen.

Die Notwendigkeit der weiteren theoretischen Auseinandersetzung mit dem Werk Foucaults kann jedoch

ein ermutigendes Gefühl nicht verdrängen: daß Menschen sich seiner Bücher als Materialkiste bedienen, um ihre eigenen Fragen zu beantworten und ihre eigenen wissenschaftlichen Probleme zu lösen, mit ihm experimentieren, ihn anwenden, ohne ihm sklavisch zu folgen und ihn zur sakrosankten Gründerfigur einer neuen Geschichtsschreibung zu machen. Foucault hilft manchem Problem weiter, der Beipackzettel mit Risiken und Nebenwirkungen liegt der Pille jedoch durchaus bei. Es wäre möglich, daß damit auch die deutschen HistorikerInnen bei der experimentellen Geste des Pariser Geschichtsrevolutionärs⁴ angelangt sind: „Das ist keine allgemeine Methode“, resümierte Michel Foucault 1980 über seine eigene Arbeit, „die für andere ebenso wie für mich definitiv gültig wäre. Was ich geschrieben habe, sind keine Rezepte, weder für mich noch für sonst jemand. Es sind bestenfalls Werkzeuge – und Träume.“⁵

Falk Bretschneider

- 4 P. Veyne, Foucault – die Revolutionierung der Geschichte. Frankfurt a. M. 1992 [franz. 1978].
- 5 M. Foucault, Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit D. Trombadori, Frankfurt a. M. 1997 [ital. 1980], S. 25.

Buchbesprechungen

Walter Steiner/Uta Kühn-Stillmark, Friedrich Justin Bertuch. Ein Leben im klassischen Weimar zwischen Kultur und Kommerz, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2001, 321 S., Abb.

Friedrich Justin Bertuch (1747–1822) verdient es in mehrfacher Hinsicht schon seit längerem, daß ihm die Geschichtsschreibung Aufmerksamkeit entgegenbringt, die über die Grenzen des klassischen Weimar hinausreicht. Als Initiator und Herausgeber bedeutender, heute nur noch partiell bekannter publizistischer Unternehmungen – das „Journal des Luxus und der Moden“ dürfte am bekanntesten sein –, als Gründer des „Landes-Industrie-Comptoirs“, das sich zu einem respektablen literarischen Verlag entwickelte, gelang es ihm, in die Reihen der größeren Verleger um 1800 vorzustoßen und Weimar zeitweise in die deutsche Verlagslandschaft einzugliedern – darin liegt sein Interesse für die Geschichte des Buch- und Verlagswesens. Vom Geheimsekretär und Schatullier des Herzogs Carl August, nach dem QUITTIEREN des Hofdienstes 1796 als „freyer Mann“, entwickelte sich Bertuch zu einem kapitalistischen Unternehmer, der im Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach seinesgleichen suchte – das Bertuchsche Aufstiegsmodell unter kleinstaatlich-spätabsolutistischen Verhältnissen rechtfertigt sein Interesse für die Bürgertumsgeschichte. Über das Bürgertum in Thüringen sind unlängst neue, zunächst personenbezogene Forschungsergebnisse vorgelegt

worden, doch Bertuch fehlt darin noch.¹

Nach zwei älteren Lebensbeschreibungen² und einer aus einer Ausstellung von 1985 hervorgegangenen umfangreichen Untersuchung³ liegt nun die lange angekündigte Biographie vor, die sich auf einen neuerdings erweiterten Forschungsstand stützen kann: Ein Sammelband, der das Kolloquium von 1997 dokumentiert, das anlässlich des 250. Geburts- und des 175. Todestages Bertuchs veranstaltet wurde, trägt in über 40 Aufsätzen neues Material zu den Aktivitäten des Weimarer Hofbeamten und Unternehmers zusammen.⁴ Auch im vorliegenden Band werden unveröffentlichte Quellen aus dem Bertuch-Nachlaß im Goethe- und Schiller-Archiv Weimar verwendet.

Das Buch besteht aus 16 Kapiteln. Die chronologische Erzählung wird von einigen themenzentrierten Kapiteln durchbrochen: der Verlagsbuchhändler, „Bertuchs Zeitschriften und Bücher – ein unvollständiger Einblick“, die „Editionen über die Erde“ und der „grüne“ Bertuch als „Parkgestalter, Gärtner, Pomologe und Verleger der Natur“. Auch die vielfältigen wirtschaftlichen Unternehmungen Bertuchs außerhalb der Hof- und Verlegertätigkeit kommen zur Sprache, sein politisches und kommunales Wirken wird gewürdigt. Die Chronologie reicht über Bertuchs Lebenszeit hinaus und umreißt auch das Erbe unter den FRIEPIES sowie das Ende des Landes-Industrie-Comptoirs und des Geographischen Instituts im ausgehenden 19. Jh. Als Hintergrund werden die Stadtgeschich-

te, die Konstellationen am Hof, die kulturellen Höhepunkte im klassischen Weimar immer wieder eingeblendet.

Steiner und *Kühn-Stillmark* schreiben „ohne den Anspruch besitzenden wissenschaftlichen Zuwachses an Erkenntnis“ (S. 4). So muß an Stellen, wo Begründungen gefragt wären, das „Schicksal“ erhalten, das es beispielsweise Bertuch verwehrte, wie Götschen, Perthes oder Cotta in der Erinnerung der Nachwelt lebendig geblieben zu sein. Dem Anspruch einer Beschreibung des Protagonisten auch in seinen Widersprüchlichkeiten stehen an verschiedenen Stellen auftauchende Superlative und gelinde Übertreibungen entgegen: So sei Bertuch ein „europabekanntester Großverleger“ (S. 84) oder „einer der Prominenten Europas“ (S. 241) gewesen, das Landes-Industrie-Comptoir sei „zu einem der bedeutendsten Wirtschaftsunternehmen Deutschlands in dieser Zeit“ geworden (S. 69).

Uta Kühn-Stillmark hat seit 1996 im Auftrag der Stiftung Weimarer Klassik eine Datenbank der im Landes-Industrie-Comptoir erschienenen Werke erarbeitet, kennt also das Bertuchsche Publikationsprogramm aus erster Hand. Angesichts des dann präsentierten „völlig unvollständigen Einblicks“ (S. 119) in die Zeitschriften und Bücher des Landes-Industrie-Comptoirs fragt man sich, warum sie aus diesem Material nicht mehr gemacht hat. Die inhaltliche Beschreibung verschiedener Werke ist interessant, die Auswahl erscheint aber als zufällig. Es wäre weniger um Vollständigkeit gegangen als um eine repräsentative Quantifizierung der thematischen Schwerpunkte der Titel, die unter dem Impressum (Landes-)Industrie-Comptoir erschienen sind. So steht eine Untersuchung des

Verlagsprogramms von Friedrich Justin Bertuch und ein Vergleich mit anderen zeitgenössischen Verlegern weiterhin aus.

Erfreulich ist die (fast noch zu knapp ausgefallene) Behandlung der geographischen und kartographischen Publikationen Bertuchs und des Landes-Industrie-Comptoirs, die in den oben genannten Veröffentlichungen über Bertuch nahezu unerwähnt blieben; denn einerseits war das Gebiet der „Erdbeschreibung“ mit Abstand der größte Schwerpunkt im Verlagsprogramm, worin sich auch eine persönliche Vorliebe des Verlegers manifestierte, und andererseits kamen hier innovative Pläne, Organisations- und Veröffentlichungsformen am stärksten zum Tragen.

Sachliche Fehler sind anzumerken, einige seien genannt: Bertuchs Faktor Johann Christian Gädicke wohnte weder vor 1792 in Weimar (sondern in Nürnberg) noch war er zu dieser Zeit Schriftsteller oder gar bemittelt (S. 69). Auch war die Teilhaberschaft Gädicke ab Juni 1794 nicht mit einer Kapitaleinlage von seiner Seite verbunden, mit der Bertuch hätte operieren können. Und schließlich: Der „Trennung zum erstbesten Termin“ ging eine monatelange, harte Auseinandersetzung zwischen Bertuch und Gädicke voraus; dies alles ist den Akten im Bertuch-Nachlaß zu entnehmen. Die Einrichtung der Druckerei wurde zwar von Bertuch 1800 beantragt und vom Herzog Carl August auch konzessioniert, doch begann ihre wirkliche Einrichtung erst ab 1802, und die Arbeitsaufnahme zog sich bis in 1803 hin, wie einige Quellenbestände im Bertuch-Nachlaß belegen. Carl Bertuch bekam die Urkunde, die ihn zum Druckerherrn

mit Berechtigung zur Lehrlingsausbildung erklärte, weder im Jahr 1800 (sondern 1802) noch von der Jcnacr Buchhändler-Societät (sondern von der Buchdrucker-Societät); die Buchhändler besaßen bis zur Gründung des Börsenvereins 1825 keine eigene ‚ständische‘ Interessenvertretung.

Zu den weiteren Monita zählen nicht nur viele Schreibfehler, sondern auch Lesefehler. Die zeitgenössischen „Enterprisen“, von denen Bertuch oft schrieb, werden hier zu „Enterprisen“ oder „Interprisen“. Das „priv.“ Industrie-Comptoir meinte ganz offenkundig „privilegiert“, nicht „privat“ (S. 86). Ärgerlich sind auch die Anmerkungen zu nennen, die – das ist Geschmackssache – am Ende des Buches stehen. Rund ein Drittel der Anmerkungen bestehen aus biographischen Notizen über im Text genannte Personen und erinnern bisweilen an einen ausgeschütteten Zettelkasten. Abgesehen davon, daß sich ein Teil ohne Mühe in den Text hätte integrieren lassen, wo sich ohnehin bisweilen Doppelungen finden: Die Menge der in den Anmerkungen untergebachten Namen und Lebensdaten hätte ein erweitertes Personenregister gerechtfertigt. Dann wären vielleicht auch widersprechende Angaben noch vor der Drucklegung aufgefallen (Beispiel: Carl Constantin Haberle wird [auf S. 275] in Anm. 28 richtig und seinem Selbstverständnis entsprechend als Mineraloge genannt, wenige Zeilen darunter in Anm. 33 ist er ein „Meteorologe und Naturwissenschaftler, vor allem Botaniker“). Man könnte sich auch am häufigen und unzutreffenden Gebrauch des Begriffs „Edition“ als Bezeichnung für Bertuchs Verlagswerke stoßen. An die Adresse des Verlages muß sich die Frage richten, warum er diesem Buch

angesichts der vermutlich nicht geringen Herstellungskosten (und Druckkostenzuschüsse) nicht mehr Sorgfalt in der Betreuung angedeihen ließ. Damit ist nicht so sehr die heutzutage schon wohlfeile Kritik am eingesparten (wissenschaftlichen) Lektorat gemeint als vielmehr die Tatsache, daß ein renommierter Verlag wie dieser offensichtlich nicht einmal die Autoren zu gründlicher Kontroll-Lektüre angehalten hat.

Der Bildteil ist sehr ansprechend, die genealogischen Tafeln zu den Familien Bertuch und Froriep sind nützlich. Trotz der kritischen Bemerkungen zeigt die Biographie einen vielseitigen und ambitionierten Unternehmer, der sich mit bemerkenswerter Kraft und Ausdauer ebenso eigen- wie gemeinnützig für die „Landes-Industrie“ Sachsen-Weimars einsetzte und dabei auch über die Grenzen Weimars und des Herzogtums hinausdachte.

Katharina Middell

- 1 Bürgertum in Thüringen. Lebenswelt und Lebenswege im frühen 19. Jahrhundert, hrsg. von H.-W. Hahn, W. Greiling und K. Ries, Rudolstadt 2001.
- 2 W. Feldmann, Friedrich Justin Bertuch. Ein Beitrag zur Geschichte der Goethezeit, Saarbrücken 1902; A. von Heinemann, Ein Kaufmann der Goethezeit. Friedrich Johann Justin Bertuchs Leben und Werk, Weimar 1955.
- 3 S. Hohenstein, Friedrich Justin Bertuch (1747–1822), bewundert, beneidet, umstritten. Übersetzer und Verdiensten. Dichter ohne Talent. In Weimar kluger Verwalter der fürstlichen Privatschatulle, erfolgreicher Herausgeber und Verleger. Freund Goethes. Ein Kapitalist und Philan-

throp der Aufklärung, Berlin/New York 1989 (Ausstellungskat. Mainz 1985).

- 4 Friedrich Justin Bertuch (1747–1822). Vórleger, Schriftsteller und Unternehmer im klassischen Weimar, hrsg. von G. R. Kaiser und S. Seifert, Tübingen 2000.

Christof Dipper (Hrsg.), Rechtskultur, Rechtswissenschaft, Rechtsberufe im 19. Jahrhundert. Professionalisierung und Verrechtlichung in Deutschland und Italien (Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, Bd. 35), Duncker & Humblot, Berlin 2000, 169 S.

„Verrechtlichung“ mag ein „häßliches Wort“ sein, wie Gunther Teubner in einem grundlegenden, mittlerweile mehr als 15 Jahre alten Beitrag zum Thema bemerkt hat.¹ *Christof Dipper* erinnert in seinem einleitenden Aufsatz zum vorliegenden Band daran, daß „Verrechtlichung“ auch ein „deutsches Wort“ ist, das als Kampfbegriff in der arbeitsrechtlichen Debatte der Weimarer Republik geprägt wurde und dessen ursprünglich polemischer Gehalt nicht problemlos in andere Sprachen zu übersetzen sei. Dennoch hat sich der Begriff in der internationalen rechtspolitischen und -historischen Diskussion eingebürgert; und das nicht ohne Grund, eignet er sich doch wie kaum ein anderer dazu, die Wechselwirkung zwischen Recht und Gesellschaft über längere Zeiträume hinweg zu verfolgen.

Die vergleichende Betrachtung von Wegen der Verrechtlichung in verschiedenen Rechtskulturen erweist sich dabei als produktive Forschungsrichtung. Gerade weil der zugrundeliegen-

de Vorgang, das Eindringen des Rechts in immer mehr Lebensbereiche, eine allgemeine Erfahrung in den komplexer werdenden Gesellschaften der Neuzeit zu sein scheint, ist es lohnend, nach Ähnlichkeiten und Unterschieden dieses Prozesses zu suchen. Der Vergleich verspricht Erkenntnisse sowohl zu den vielfältigen Formen der rechtlichen Konstitution von Gesellschaft als auch zur unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingtheit von Recht.

Mit großem Interesse wird man daher zu diesem Band greifen, der die Verrechtlichung am Beispiel Deutschlands und Italiens im 19. und frühen 20. Jh. zu behandeln verspricht. Der Band geht auf eine Tagung zurück, die Ende 1993 in Bad Homburg stattfand. Selbstverständlich kann eine Aufsatzsammlung das Thema nicht erschöpfend behandeln, zumal die Forschung auf diesem Gebiet erst in den letzten Jahren mit substantiellen Ergebnissen aufwarten kann. So konzentrieren sich die empirischen Studien des Bandes auf zwei Aspekte. Zum einen wird die Professionalisierung von Richtern und Anwälten als Faktor im Prozeß der Verrechtlichung untersucht (*Marcel Erkens, Ute Scheider, Thomas Ormond, Hannes Siegrist*). Zum anderen befassen sich zwei Autoren ausgehend von statistischen Quellen mit der Nutzung der Justizeinrichtungen für zivilrechtliche Belange (*Christian Wollschläger, Raffaele Romanelli*).

Mit der Professionalisierung der juristischen Berufe und der Justizialisierung von vormalig außerrechtlich gelösten Konflikten werden zweifellos zentrale Teilprozesse der Verrechtlichung erfaßt. Insofern ist die Beschränkung sinnvoll. Der Band leidet allerdings darunter, daß die Verteilung der empirischen Beiträge auf die bei-

den Vergleichsländer sehr unausgewogen ausfällt. Dies ist dem Herausgeber nicht unbedingt anzulasten, denn einige ursprünglich vorgesehene italienische Beiträge wurden, wie im Vorwort bemerkt wird, nicht geliefert.

Von den vier Aufsätzen zur Professionalisierung ist nur der von *Siegrist* zu den Rechtsanwälten vergleichend angelegt, wobei hier neben Italien und Deutschland auch die Schweiz einbezogen wird. Die Beiträge von *Erkens* und *Schneider* zu den rheinischen Friedensrichtern haben hauptsächlich deutsche Verhältnisse im Blick, thematisieren aber immerhin den Transfer einer juristischen Institution vom revolutionären Frankreich ins westliche Deutschland und die Versuche der preußischen Justizverwaltung nach 1815, diese 'fremde' Einrichtung und ihr Personal in das eigene System zu integrieren.

Ähnliche von Frankreich ausgehende institutionelle Transfers und Folgeprobleme hat es gewiß auch in den italienischen Staaten bis in die Nationalstaatsgründung hinein gegeben, doch mangels einer entsprechenden Studie zu Italien kann man keine Vergleiche ziehen. Auch zum Beitrag von *Ormond* über die berufliche Lage der Richter im deutschen Kaiserreich vermißt man ein italicisches Pendant.

Die knappen Bemerkungen zur italienischen Richterschaft in *Dippers* einleitendem Aufsatz und Verweise auf die Sekundärliteratur sind dafür nur ein schwacher Ersatz. Wegen der langen Zeit, die zwischen Konzeption und Publikation des Bandes verstrichen ist, haben überdies drei der vier Aufsätze zur Professionalisierung (*Erkens*, *Ormond*, *Siegrist*) an Neuigkeitswert eingebüßt; sie bieten kaum mehr als Zusammenfassungen dessen, was man in

den einschlägigen Monographien der Autoren ausführlicher nachlesen kann. Noch empfindlicher, diesmal in umgekehrter Richtung, macht sich das Fehlen vergleichender oder paralleler Studien im zweiten Teil des Bandes bemerkbar. *Wollschläger* und *Romanelli* befassen sich ausschließlich mit der Nutzung der Gerichte in Italien. Ihre Ergebnisse sind interessant genug. *Wollschlägers* quellenkundlich und methodisch lehrreiche Untersuchung der italienischen Justizstatistiken zwischen 1861 und 1992 läßt erkennen, daß die Justizialisierungsthese, also die Annahme, daß komplexer werdende Gesellschaften notwendig mehr Gerichtsprozesse mit sich bringen, für Italien, was zivilrechtliche Streitigkeiten betrifft, nicht haltbar ist. Die starken Schwankungen der Prozeßhäufigkeit in Italien, vor allem die „Riesenprozeßwelle“ des späten 19. Jhs vor den Vergleichsändern, erklärt *Wollschläger* plausibel aus konjunkturellen Entwicklungen. Besonders die Agrarkrise in Süditalien führte hier zu einem sprunghaften Anstieg der Schuldforderungen, was die Prozeßflut zwischen den 1870er Jahren und der Jahrhundertwende zum größten Teil erklärt.

Starke Unterschiede zwischen Nord- und Süditalien bei der Nachfrage nach juristischen Dienstleistungen entdeckt auch *Romanelli* mit Blick auf das Familienrecht. Dessen theoretisch geforderte Einheitlichkeit und Liberalität ließ sich in der Justizpraxis, wie sie sich in den Statistiken spiegelt, kaum wiederfinden. Vielmehr zeigt *Romanelli*, daß im geeinten Italien des späten 19. Jhs ältere regionale Streitkulturen fortlebten, die sich dem proklamierten Individualismus des italienischen bürgerlichen Gesetzbuchs von 1863 und den

Wünschen der Justizpolitiker nach einheitlicher Rechtsprechung nur partiell fügten. *Wollschlägers* und *Romanellis* Ausführungen zur 'Nachfrageseite' und damit zur Rolle der rechtssuchenden Laien im Prozeß der Verrechtlichung werfen Fragen auf, die sich in ähnlicher Weise auch für Deutschland stellen ließen. In dem Band findet man dazu jedoch wenig Konkretes. *Dipper* berührt in seiner Einleitung die Justizialisierung von Konflikten und das Verhalten der Laien nur am Rande. Für ihn sind die Hauptakteure der Verrechtlichung eindeutig der Staat und die Juristen, ob als Wissenschaftler und Beamte, wie in Deutschland, oder als freiberufliche Advokaten, wie in Italien. Gewiß prägen unterschiedliche Berufsbilder und Selbstverständnisse von Juristen auch die jeweilige Wahrnehmung des Rechts durch die Laien. *Siegrist* deutet dies an, wenn er auf die Bedeutung der symbolischen Inszenierung und der forensischen Rhetorik für die „Akzeptanz der Verrechtlichung“ zu sprechen kommt. Wie die rechtssuchenden Klienten der deutschen, italienischen und schweizerischen Anwälte das Recht und die Justiz sahen und nutzten, bleibt jedoch auch bei *Siegrist* im Dunklen.

Daß hier ein Desiderat nicht nur dieses Bandes vorliegt, bemerkt *Lutz Raphael* in einem theoretischen Beitrag, der den einleitenden Aufsatz von *Dipper* ergänzt und um einige Anmerkungen zur Verrechtlichung aus „kulturanthropologischer Perspektive“ erweitert. *Raphael* wendet sich gegen eine Betrachtungsweise, die Verrechtlichung nur aus der Binnensicht der Juristen oder aus der Perspektive des normsetzenden und disziplinierenden Staates heraus erklären will. Statt dessen fordert er eine stärkere Berücksichtigung des alltäglichen Verhaltens ein-

schließlich des Sprach- und Symbolgebrauchs von Juristen und Laien in konkreten Handlungssituationen. Dabei denkt er nicht nur an Konflikte vor Gericht, sondern auch an die weniger spektakuläre Gewöhnung der Laien an rechtsförmige Verfahren im Alltag, etwa wenn sie lernen, Ansprüche an die Sozialversicherung in rechtlichen Formen vorzubringen.

Raphaels Modell von Verrechtlichung setzt somit andere Akzente als dasjenige *Dippers* und operiert mit mehr Faktoren und Akteuren. Anders als *Dipper* bezieht aber *Raphael* seine Beispiele wiederum nur aus dem deutschen Erfahrungsraum. So lastet denn fast der ganze Anspruch des Vergleichs in diesem Band auf der Einleitung des Herausgebers und – für einen Teilaspekt – dem Beitrag von *Siegrist*. Tatsächlich gelingt es *Dipper*, wesentliche Ergebnisse des Bandes und anderer Literatur zu einer vergleichenden Skizze zu bündeln, die als Orientierungshilfe dienen kann. *Raphaels* theoretischer Beitrag und die Befunde von *Wollschläger* und *Romanelli* lassen jedoch gewisse Zweifel aufkommen, ob sich die auf die Wissenschaft, den Nationalstaat und die Berufsjuristen als Akteure zentrierte Verrechtlichungserzählung *Dippers* in der Forschungspraxis bewährt.

Insgesamt hinterläßt der Band somit ein etwas zwiespältiges Bild. Für sich gelesen sind alle Einzelbeiträge zumindest informativ, in einigen Fällen auch innovativ und fast durchweg auf hohem Niveau. Negativ zu bewerten ist vor allem die Unausgewogenheit des Vergleichs. Daß die Autoren nicht stromlinienförmig lediglich einem einzigen Modell von Verrechtlichung anhängen, sondern mehrere nationale und regionale Wege beschreiben oder als

möglich vorstellen, gehört hingegen auf die Positivseite. Ein nicht gering zu schätzendes Verdienst ist es schließlich auch, daß der Band zu vielen weiteren Fragen anregt. Schon das erweist den Nutzen des Vergleichs, selbst wenn er, wie hier, ungleichgewichtig bleibt.

Willibald Steinmetz

- 1 In: *Verrechtlichung von Wirtschaft, Arbeit und sozialer Solidarität*, hrsg. v. Friedrich Kübler, Frankfurt a. M. 1984, 290.

Hermann Glaser, Hinterm Zaun das Paradies. Wandlungen des Gartenbildes, ars vivendi verlag, Cadolzburg 1999, 271 S., Abb.

In dem einleitenden Abschnitt „Den Garten Lesen. Zur Einführung“ hat *Hermann Glaser* den Gegenstand seines Buches definiert. Es geht ihm „vornehmlich nicht um real-existierende Gärten, sondern um ihre Inbilder und Abbilder in Kunst, Literatur, Philosophie und Geschichte, wobei natürlich stets auch eine Wechselbeziehung zur Gartenwirklichkeit gegeben ist. Wer in solcher Situation wie mit welchem Ergebnis den Garten ‘liest’, offenbart viel über sich und seine Mentalität, über die Zeit und Kultur, in der er lebt, über individuelles wie kollektives Bewußtsein und Unterbewußtsein. Gärten lokalisieren menschliche Bedürfnisse und Sehnsüchte, Hoffnungen und Ängste, Wünsche und Verwünschungen, Phantasien und Phantasmagorien“ (S. 12). Anders ausgedrückt, geht es ihm um Aussagen von Philosophen und Poeten, von bildenden Künstlern und Musikern über den Garten im weitesten Sinne, also

auch über Parkanlagen und Villen. Es handelt sich um eine kulturgeschichtliche Abhandlung, wobei es dem Vf. sehr gut gelingt, die Detailaussagen in einen größeren Zusammenhang zu stellen und auf die gesellschaftlichen Hintergründe zu verweisen.

Das Buch zeugt von einer bewundernswerten Belesenheit in verschiedenen Disziplinen. *Glaser* bezeichnet seine Darstellung selbst als „Momentaufnahmen“, denen gemeinsam sei, „daß Garten insofern ein Paradies darstellt, als er Natur und Kultur miteinander verbindet; er ist der Ort, in dem man einigermaßen geschützt der friedlichen Tätigkeit des Hegens und Pflegens nachgehen kann“ (S. 13f.). Nach seinen eigenen Worten handelt es sich nicht „um eine wissenschaftlich-analytische, sondern um eine nachvollziehende erzählende Abhandlung – um einen Buch-Essay, der zudem unterhalten will“ (S. 15). Damit hat der Vf. den kritischen Einwand, daß man der Gliederung in fünf Kapiteln unter logisch-systematischen und historischen Gesichtspunkten noch folgen kann, daß aber ihre Infrastruktur schwer zu durchschauen ist, von vornherein zurückgewiesen. Seine Methode hat mehrere Vorteile. Man muß mit der Lektüre nicht unbedingt am Anfang beginnen. Der Leser kann sich an mehreren Stellen unter verschiedenen Gesichtspunkten einem Werk eines Autors zuwenden. Wer beispielsweise wissen will, was Gärten für Goethe bedeuteten, muß in verschiedenen Kapiteln nachlesen. Ein Personenregister wäre deshalb für eine eventuelle zweite Auflage angebracht.

Der anziehende Titel des Buches „Hinterm Zaun das Paradies“ geht auf Gedanken des Vf. über Ludwig Richter zurück: „Seine Genreszenen scheinen

ganz an der 'heiteren Oberfläche' des Lebens zu haften; sie widerspiegeln das Glück be- und eingegrenzten Daseins (hinter dem Zaun das häusliche Paradies)...“ (S. 116).

Im ersten Kapitel („Malum – der böse Apfel. Die Vertreibung aus Eden und die Folgen“) fragt der Vf. u.a., ob Gott vielleicht nicht nur der erste Gärtner, der kein Unkraut duldet, gewesen sei, sondern auch der erste Dialektiker, der den vegetativ-sanften Zustand des Paradieses und das bewußtlose Glück der Erdenklöße in Frage stellte, indem er die Schlange auf Adam und Eva losließ, um Abwechslung in das Geschehen zu bringen. Auf diese Weise sei das Paradies als Paradigma gegenwärtig geblieben: „Geschichte als ständig neues Streben nach Erlösung und als ständig neue Widerlegung derartiger Hoffnung.“ Gestützt auf Norbert Elias, meint der Vf., daß der böse Apfel andererseits ein guter Apfel gewesen sei. Da das Weib von ihm ißt und an den Mann weitergibt, beginne der Prozeß der Zivilisation, der im Erkenntnisgewinn und Erkenntnisfortschritt liege (S. 34f.). Das Thema „böser und guter Apfel“ wird anhand von Aussagen namhafter Denker und Dichter der Renaissance, der Aufklärung und der klassischen deutschen Philosophie untersucht. Kant fehlt ebensowenig wie Hegel.

Als zentraler Begriff des zweiten Kapitels („Auch ich in Arkadien. Gefilde der Seligen“) hat der Vf. Arkadien als Synonym für das goldene Zeitalter, das Paradies, Atlantis, Utopia, Elysium, Orplid, Eldorado u.a.m. gewählt. Er spannt den Bogen von der Idylle der Hirten und Nymphen, als man weniger dachte und glücklicher lebte, über das Hohe Lied Salomos bis zu Goethes Terquato Tasso.

Eine ganz andere Welt widerspiegelt das dritte Kapitel („Furchendasein mit Sphärenflug. Das Nützliche und Schöne“). Der Garten wird jetzt mit fleißigen Händen bebaut und wandelt seine Funktion: er wird zum Nutzgarten. Als bürgerliche Tugenden werden Arbeit, Fleiß und Emsigkeit hoch geschätzt. *Glaser* weist anschaulich nach, aus welchen Ursachen heraus nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819 das Wirken im engen Kreis der Familie, des Berufes und der Gemeinde zum Lebensziel wurde und warum das „Gärtchen“ umzäunt oder ummauert eine abschirmende Funktion erfüllen sollte.

In diesem Kapitel sind einige Passagen dem Leipziger Arzt Dr. Schreber und den Schrebergärten gewidmet. Im Gegensatz zu einer Vielzahl anderer zeitgenössischer Autoren ist der Vf. nicht den sattem bekannten Legenden von Schreber als dem angeblichen Erfinder der Kleingärten aufgesessen, sondern hat die Zusammenhänge richtig dargestellt. An einer Stelle wird man aber stutzig. So heißt es (S. 140): „Schreber – 1808 geboren, 1861 an den Folgen eines Unfalls verstorben (in einer Turnhalle fiel ihm eine schwere Eisenleiter auf den Kopf)...“ *Glaser* folgt in diesen Ausführungen dem Bildband „Schrebergärten“, zu dem Jörg Albrecht den Text verfaßt hat (Braunschweig 1989). Dort liest man (S. 22): „Bei dieser gesunden Lebensweise hätte dem Dr. Schreber eigentlich ein langes Leben beschieden sein sollen. Doch die Ironie des Schicksals wollte es, daß ihm ausgerechnet in der geliebten Turnhalle eine schwere Eisenleiter auf den Kopf fiel. Von den Folgen der Gehirnerschütterung hat er sich nie wieder erholt und bis zu seinem Tod am 10. November 1861 unter

heftigen Kopfschmerzen sowie der Furcht gelitten, dem Wahnsinn zu verfallen.“ In Wahrheit war es aber ganz anders. So hat der Hofländer Han Israel in „Schreber: Vater und Sohn. Eine Biographie“ (München/Wien 1989) anhand der historischen Quellen nachgewiesen, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1851 Moritz Schreber im Turnsaal der Orthopädischen Klinik tatsächlich eine eiserne Leiter auf den Kopf gefallen ist. Das Kopfleidn setzte aber erst Monate später ein, und Schreber war sich selbst nicht sicher, ob der Leiterunfall dafür die Ursache war. Als Schreber verstorben war, hat man ihn auf seinen eigenen Wunsch hin sezziert. Die Obduktion ergab, daß eine Blinddarmentzündung die Todesursache war. Die behandelnden Ärzte hatten das nicht erkannt, sondern eine Darmverschlingung vermutet (S. 60f., S. 112).

Die Überschrift für das vierte Kapitel („Komm in den totgesagten Park. Die inszenierte Natur“) stammt aus einem Gedicht von Stefan George. Erneut präsentiert der Vf. eine Fülle von Zitaten und eigenen Überlegungen: Richard Wagner, Gottfried Keller, der weitgehend unbekannte Adrian zur Werburg, Adalbert Stifter, Gustav Mahler, Heinrich Vogeler oder Thomas Koebner, der vier Formen des literarischen Gartens unterschied – den alten oder verwilderten Garten, den stillen Garten, den verschlossenen Garten und den unheimlichen Garten. Heiterkeit dürften die Passagen über den Trivialkünstler Hugo Höppener und den Maler Karl Wilhelm Diefenbach auslösen. Beide pflegten im Garten die Freikörperkultur, wurden angezeigt und 1888 vom königlich-bayerischen Landgericht München II wegen Unsittlichkeit

zu drei bzw. sechs Wochen Haft verurteilt (S. 201f.).

Im fünften Kapitel („Reglement und Imagination. Konkurrierende Anlagen“) weist der Vf. nach, daß die Gartengeschichte von miteinander im Wettstreit liegenden, auch gegensätzlichen Gartenideen gekennzeichnet ist. Gegenstand sind im einzelnen Landschaftsgärten, Parkanlagen, der französische und der englische Garten, aber auch der Friedhofsgarten. Goethes auf dem Kickenhahn bei Ilmenau geschriebenes berühmtes Gedicht „Wanderers Nachtlied“ beschließt das Kapitel.

In einem kurzen „Epilog“ philosophiert der Vf. mit leiser Wehmut darüber, daß kein Gartenzaun das Paradies vor dem Menschen, der dem Mensch ein Wolf ist, schützen könne. Die Garten-Ansichten hielten jedoch den Glauben wach, „daß das sanfte Gesetz und die beruhigende Windstille (das Wachstum des Humanen ermöglichend oder bewirkend) kein leerer Wahn sind“ (S. 256f.).

Insgesamt verdanken wir *Glaser* tatsächlich ein Lesebuch, ja eine Schatzkammer, die zu dem Terminus „Garten“ mehr Aphorismen enthält als mehrere Zitatelexika. Schon das allein ist ein Verdienst. Daß sowohl die von ihm ausgewählten Texte als auch seine Kommentare zum weiteren Lesen und zum Nachdenken anregen, wird alle wahren Gartenfreunde mit zusätzlicher Freude erfüllen.

Günter Katsch

Christian Berringer, Sozialpolitik in der Weltwirtschaftskrise: Die Arbeitslosenversicherungspolitik in Deutschland und Großbritannien im Vergleich 1928–1934, Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 54, Duncker & Humblot: Berlin 1999, 521 S.

Die Fragestellung von *Christian Berringers* Studie entbehrt nicht einer gewissen Aktualität: mit welchen politischen Instrumenten kann der Sozialstaat in Zeiten tiefgreifender wirtschaftlicher Umbrüche nachhaltig gesichert werden? Insbesondere in den postsozialistischen Gesellschaften Ostmitteleuropas geht der Übergang zur marktkapitalistischen Strukturen mit hoher Arbeitslosigkeit einher, gleichzeitig verlieren die ebenfalls im Umbruch befindlichen sozialen Sicherungssysteme Beitragszahler, und das Steueraufkommen stagniert oder sinkt sogar.

Berringers Studie, die auf einer an der Ludwigs-Maximilians-Universität München eingereichten Dissertation beruht, untersucht einen wesentlichen Grundpfeiler des Sozialstaates, die Arbeitslosenversicherung, anhand eines Vergleichs von Großbritannien und Deutschland. Der Autor konzentriert sich auf die Jahre von 1928–1934 und damit auf einen von extremen wirtschaftlichen und politischen Spannungen geprägten Zeitraum. Die Studie basiert neben umfangreichen Quellenbeständen, insbesondere Akten der beteiligten Ministerien, auch auf umfangreichen Publikationen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise.

Die Arbeit ist in vier Kapitel untergliedert. Im ersten Kapitel wird die Vorgeschichte der Arbeitslosenversi-

cherungssysteme in beiden Staaten skizziert. Im zweiten Kapitel stellt *Berringer* die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ausführlich dar. Im dritten Kapitel – mit zahlreichen Unterpunkten und über 200 Seiten das Herzstück der Studie – werden die Reaktionen der „Akteure und Handlungsmuster“ eingehend untersucht. Das abschließende Kapitel beschäftigt sich mit der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und inhärenten Strukturproblemen des Versicherungssystems in beiden Staaten.

Großbritannien und Deutschland besaßen zur Zeit der Weltwirtschaftskrise im internationalen Vergleich die größten und am weitesten entwickelten Arbeitslosenversicherungen. Großbritannien hatte ein umfassendes Sozialversicherungssystem erst 1911 eingeführt. Während sich die Kranken- und Invalidenversicherung am Vorbild der Bismarckschen Sozialgesetzgebung orientierte, schuf man gleichzeitig eine Arbeitslosenversicherung. Ein vergleichbares System wurde in Deutschland erst 1927 konzipiert.

Welche Akteure bestimmten in den beiden Staaten die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung? In der Weimarer Republik engte das Finanzministerium den Spielraum des Arbeitsministeriums stark ein. *Berringer* kann überzeugend belegen, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine ausführende Verwaltung ohne wesentliche Eigenkompetenz war. Auch das englische *Ministry of Labour* konnte zu keinem Zeitpunkt die Kompetenz für den Arbeitsmarkt an sich ziehen, aber es war nie so passiv wie das deutsche Arbeitsministerium. Wenig überraschend ist, daß der Einfluß der Gewerkschaften in beiden Staaten

mit Beginn der Wirtschaftskrise abnahm.

Einen wichtigen Unterschied macht *Berringer* im Verhältnis von Zentralregierung zu den Kommunen aus. Die Reichsregierung wälzte in der Krise die Hauptlast der Massenarbeitslosigkeit auf die Fürsorgeeinrichtungen der Kommunen ab. Der Gedanke der Versicherung war bei den Arbeitnehmern kaum verankert, zumal Saisonarbeiter, verheiratete Frauen und Jugendliche aus der Versicherung gedrängt wurden. Die ohnehin schwache Akzeptanz des Systems wurde nach Beginn der Weltwirtschaftskrise durch kontinuierliche Modifikationen der Versicherungspolitik und Kritik der Arbeitgeber geschwächt. In Großbritannien dagegen bekannte sich die Zentralregierung zu ihrer fiskalischen Verantwortung, allerdings wurden auch hier bestimmte Gruppen aus der Versicherung genommen. Die Versicherung wurde indes nicht zur Disposition gestellt.

Wer sich eingehend mit den Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik beschäftigt, kommt um diese Studie nicht herum. Massenarbeitslosigkeit, schwache Gewerkschaften, nicht auf Langfristigkeit angelegte Reformen der Arbeitslosenversicherung, die Übermacht des Reichsfinanzministeriums – zumal im System der Präsidialkabinette –, die Schwächung der Kommunen und nicht zuletzt mangelnde Akzeptanz des an sich systemstabilisierenden Instituts der Arbeitslosenversicherung waren entscheidende Faktoren. Der Vergleich mit Großbritannien, also einem Staat, der ähnlich unmittelbar wie Deutschland von der Weltwirtschaftskrise getroffen wurde, macht vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik den besonderen Wert der Studie aus.

Kritisch ist in diesem Zusammenhang anzumerken, daß *Berringer* das Thema Arbeitslosenversicherung weitgehend losgelöst von der tiefgreifenden politischen Krise der Weimarer Republik behandelt. Der Hauptgrund für diese isolierte Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes ist, daß sich *Berringer* an ein spezifisches Fachpublikum wendet.

Trotz der unbestreitbar wichtigen Erkenntnisse für die Forschung weist die Studie neben der mangelnden Kontextualisierung eine Reihe von vermeidbaren formellen Schwächen auf. Die Lektüre verlangt selbst fachlich versierten Lesern angesichts des langatmigen Stils, der Länge und der umständlichen Gliederung in Unterpunkte wie „C.I.2.c.aa“ Durchhaltevermögen ab.

Tobias Brinkmann

Hans-Wilhelm Eckert, *Konservative Revolution in Frankreich? Die Nonkonformisten der Jeune Droite und des Ordre Nouveau in der Krise der 30er Jahre*, Oldenbourg, München 2000, 267 S.

Bei der Monographie handelt es sich um die überarbeitete Fassung der Dissertation des Autors, die 1996 an der Universität Trier eingereicht wurde. Eckert untersucht darin die nonkonformistischen Intellektuellen im Frankreich der dreißiger Jahre. Er stellt die Frage, inwieweit der Nonkonformismus in Frankreich als Pendant zur Konservativen Revolution in Deutschland gesehen werden kann. *Eckert* knüpft bei seinem Vergleich an Arbeiten aus den neunziger Jahren an, welche die isolierte Betrachtung der Kon-

servativen Revolution als rein deutsches Problem in Frage stellen. Eine ähnlich national zentrierte Perspektive erkennt *Eckert* in Frankreich. Er nimmt zwei der bedeutendsten nonkonformistischen Gruppierungen, die Jeune Droite und den Ordre Nouveau, ins Visier und will durch den Vergleich mit den Zirkeln der Konservativen Revolution Gemeinsamkeiten und Besonderheiten beider Phänomene aufdecken. Sein wichtigster Quellenbestand sind die zeitgenössischen Schriften und Memoiren der Nonkonformisten, die er durch weitere Quellen (Polizeiberichte, Nachlässe u.a.) ergänzt hat.

Im ersten Kapitel vergleicht *Eckert*, ausgehend vom historischen Kontext in Deutschland und Frankreich, Entstehung und Zielrichtung von Nonkonformismus und Konservativer Revolution. Wichtige Parameter sind ihm dabei die Sozialisation der Protagonisten, die Generationenerfahrung und die Intellektuellenkultur. Wenn auch die generationelle Zusammensetzung beider Bewegungen und viele inhaltliche Forderungen differierten, kann *Eckert* doch zahlreiche Gemeinsamkeiten aufdecken: Konservative Revolutionäre und Nonkonformisten wiesen eine ähnliche soziale Zusammensetzung und eine vergleichbare Sozialisation im bildungsbürgerlichen Milieu auf; die Argumentationsstrukturen und -richtung beider Bewegungen ähnelten sich – beide beklagten den Niedergang der Nation durch den Liberalismus; bei beiden Bewegungen spielte der Generationskonflikt eine wichtige Rolle; beide entwickelten ähnlich lose Organisationsformen in Zirkeln und um Zeitschriften.

Im zweiten Kapitel stellt *Eckert* die Herausbildung von Jeune Droite und Ordre Nouveau und ihre Zielsetzungen

dar. Er weist dabei auf die durchaus unterschiedlichen Wurzeln beider Gruppierungen hin – die Jeune Droite entwickelte sich aus und in Absetzung von der rechtsextremen Action Française, im Ordre Nouveau kamen unterschiedliche politische und geistige Vorstellungen zusammen, die bis zum französischen Sozialismus reichten. Er zeigt zugleich aber auch Verbindungen und Kooperationen der nonkonformistischen Gruppen in dieser frühen Phase. Diese Zusammenarbeit zielte auf die Bildung einer Dritten Front, die durch ihre Stellung quer zu allen politischen Lagern imstande wäre, die bestehenden Fronten zu überwinden. *Eckert* bezieht in seine Darstellung auch die dritte wichtige nonkonformistische Gruppierung, den Esprit, mit ein, der ebenfalls an diesen Bemühungen beteiligt war, selbst wenn schon zu diesem Zeitpunkt Konflikte zwischen den Flügeln der Jeune Droite und dem Esprit auftauchen. Rosuntierend zieht *Eckert* wiederum Parallelen zur Konservativen Revolution: bei den nonkonformistischen Gruppierungen handelt es sich um ähnlich lose Zusammenschlüsse wie bei den Gruppierungen der Konservativen Revolution in Deutschland; beide Bewegungen bauen ein subversives Netz informeller Kontakte auf und streben die Bildung einer Dritten Front an.

Im dritten Kapitel beleuchtet *Eckert* die außenpolitischen Konzepte der Jeune Droite und des Ordre Nouveau. Er erhofft sich davon eine bessere Einordnung beider Gruppen in das politische Spektrum sowie Auskunft über den ideologischen Standort der Intellektuellen. Schließlich antizipiert dieses Kapitel bereits den hohen Stellenwert, den außenpolitische Fragen bei der Positionierung beider Gruppierun-

gen zwischen 1935 und 1939 einnehmen. Bei beiden Gruppierungen macht *Eckert* einen ausgeprägten Antiamerikanismus aus, der seine Wurzeln im Antiliberalismus und in der Angst vor ungebremstem Fortschritt, „Vermasung“ und kultureller Überformung hat. Zugleich streben beide Gruppierungen eine stabile Friedensordnung in Europa an. Allerdings differieren sie in der Art, wie eine solche stabile europäische Ordnung geschaffen werden soll: die *Jeune Droite* zielt eher auf ein starkes Frankreich, das den deutschen „Erbfeind“ in die Schranken weist (womit sie in der Tradition der französischen extremen Rechten steht), während der *Ordre Nouveau* eine supranationale Föderation in Europa anstrebt, die auf den Regionen basieren soll. In der Haltung zum Nationalsozialismus mischen sich Furcht und Faszination, wurden die Nazis von beiden doch zu Beginn als Erneuerungsbewegung verstanden, die eigene Zielsetzungen bereits verwirklicht hätte.

Im vierten Kapitel setzt sich *Eckert* mit der bisherigen These auseinander, die Ereignisse vom Februar 1934 und die daraus resultierende virulente Faschismusdebatte in Frankreich hätten die Zusammenarbeit der Nonkonformisten beendet und die Rückwendung der Gruppierungen zu bestehenden Bewegungen und Parteien bewirkt. Auch wenn *Eckert* einräumt, daß es zu einer Rückwendung der *Jeune Droite* zur *Action Française* hin gekommen sei und daß der *Ordre Nouveau* seine Zusammenarbeit mit den linken Parteien, die sich von den marxistischen Parteien abgespalten hatten, verstärkt hätte, unterstreicht er doch, daß sie keineswegs in die Isolation gedrängt wurden, sondern, im Gegenteil, eher ihre Aktivitäten vervielfacht und zahlreiche Bezie-

hungen zu anderen Gruppen aufgenommen hätten. Insofern hätten die Ereignisse vom 6. Februar 1934 zur Aufbruchstimmung und zu neuen taktischen Bündnissen geführt. Zwar differierten Entwürfe und Bündnispartner von *Jeune Droite* und *Ordre Nouveau* nunmehr erheblich, übereinstimmend zielten sie aber auf nichtdemokratische Strukturen, einen starken Staat, der von einer selbsternannten Elite dominiert wurde, und auf die Versöhnung von Mittelschichten und Arbeitern im Zeichen des Antikapitalismus.

Im fünften Kapitel verfolgt *Eckert* schließlich den Weg beider Gruppierungen bis zum Jahr 1939. Er macht dabei deutlich, wie stark das innenpolitische Leben Frankreichs durch die Verschärfung der außenpolitischen Situation beeinflusst wurde. Beide Gruppierungen kämpften weiterhin gegen den Liberalismus, der einer angestrebten nationalen Erneuerung im Wege stünde.

Resümierend stellt *Eckert* fest, daß sich die *Jeune Droite* und der *Ordre Nouveau* von verschiedenen Ausgangspunkten her einander angenähert haben. Sie behielten dabei aber ihre spezifischen Strategien und Bündnispartner und kooperierten auch nur phasenweise miteinander. Während der Volksfront kam es zum Tiefstand ihrer Beziehungen. Trotz eines gemeinsamen Ziels, der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie, differierten sie in vielen Fragen, insbesondere in ihren wirtschaftspolitischen Entwürfen. Gemeinsam bleibt ihnen ihre Ablehnung des Liberalismus. Er war ihr Hauptfeind, wodurch sie sich auch von den faschistischen Bewegungen abhoben, die sich in erster Linie gegen den Kommunismus richteten. Nichtsdestoweniger ging die *Jeune Droite* auch

Bündnisse mit faschistischen Bewegungen ein und befürwortete deren Terroraktionen. Hinter den verschiedenen Ideen und Argumentationsformen wird für *Eckert* eine gemeinsame Denkfigur deutlich, der Kampf für einen neuen Nationalismus, der die Klassegegensätze überwinden sollte.

Eckert macht einen gemeinsamen ideologischen Kernbestand bei Nonkonformismus und Konservativer Revolution aus, nämlich einen neuartigen Nationalismus, der sich gegen das liberale System richtet und sich durch Dynamik, Voluntarismus und den Appell an die irrationalen Triebkräfte der Revolution auszeichnet. Zugleich würden Nonkonformismus und Konservative Revolution an die besonderen nationalen Spezifika in Frankreich bzw. Deutschland anknüpfen. Der Expansionismus der Konservativen Revolutionäre in Deutschland wäre demnach eine deutsche Besonderheit, die auf die verspätete Nationalstaatsentstehung zurückzuführen sei, und kein zwingender Baustein dieser Ideologie. Dem Band angefügt sind Kurzbiographien der behandelten Akteure.

Eckerts Schlußfolgerungen scheinen in vieler Hinsicht problematisch, denn seine Ausführungen suggerieren eine Homogenität sowohl des französischen Nonkonformismus als auch der einzelnen untersuchten Gruppierungen, die er nicht ansreichend durch Argumente abstützt. Daneben vollzieht er schon im ersten Kapitel eine Gleichsetzung von Nonkonformismus und Konservativer Revolution, bezeichnet er doch hier explizit die Nonkonformisten als Konservative Revolutionäre in Frankreich (S. 46), was angesichts der guten redaktionellen Betreuung des Bandes sicher kein lapsus linguae ist. *Eckert* selbst charakterisiert seine Arbeit im

Vorwort als eine Sozialgeschichte der Ideen, tatsächlich scheint aber die sozialgeschichtliche Unterfütterung seiner Thesen zu kurz gekommen zu sein. *Eckert* arbeitet zwar im ersten Kapitel Herkunft und Sozialisation der Protagonisten heraus, aber schon im zweiten Kapitel werden Defizite deutlich. *Eckert* stellt darin die beiden Zirkel vor, welche die Jeune Droite bilden. Obwohl er bereits hier wiederholt von der Jeune Droite als handelnder Gruppierung spricht, ist aus dem Text nicht erkennbar, worauf sich deren Zusammenhalt gründet. Man erfährt nichts von ihrer inneren Struktur, ihrer Selbstdefinition als Gruppe oder der von ihr praktizierten Soziabilität. Beim Ordre Nouveau ist er genauer, allerdings gebraucht er den Begriff häufig schon, bevor der eigentliche Gründungsakt stattgefunden hat.

In den Kapiteln über die Zeit von 1935 bis 1939 charakterisiert er die Jeune Droite und den Ordre Nouveau als homogene Gruppierungen. Wie sie sich aber dauerhaft als Gruppe konstituieren, wird nicht klar. *Eckert* stellt eigentlich die Ideen und Texte bestimmter Protagonisten vor. Läßt man die verschiedenen Thesen der einzelnen Akteure aber Revue passieren, wird ihre Unterschiedlichkeit deutlich und eine solche Homogenität der Gruppe erscheint zweifelhaft. *Eckert* zeigt zwar gut, daß Mitglieder der beiden Zirkel nach dem Februar 1934 eine rege Aktivität entfalten, er kann aber m.E. die von ihm kritisierten Thesen von Loubet del Bayle und Jean Touchard, die 1934 als Zäsur des Nonkonformismus sehen, nicht entkräften, sondern lediglich nuancieren. Auch wenn es den Mitgliedern beider Zirkel um die Überwindung der damaligen Situation ging, so waren ihre Zielset-

zungen und ihre Aktionsformen doch höchst verschieden. Selbst die Mitglieder eines Zirkels verfolgten weit auseinanderliegende Ziele und engagierten sich in sehr unterschiedlichen politischen Parteien und Bewegungen. Inwiefern die Jeune Droite und der Ordre Nouveau daran als Gruppe partizipieren wird zumindest aus *Eckerts* Ausführungen nicht deutlich. Dennoch, die gut informierte Arbeit gibt tiefe Einblicke in die ausgewählte politische Kultur im Frankreich der dreißiger Jahre, in die durch die Krisen ausgelöste Suche nach neuen Gesellschaftsentwürfen und nach Reformen, und es gelingt ihr, die Verflechtungen der extremistischen und faschistischen Parteien und Bewegungen in Frankreich herauszuarbeiten.

Thomas Höpel

Armando García Schmidt, Die Politik der Gabe. Handlungsmuster und Legitimationsstrategien der politischen Elite der frühen spanischen Restaurationszeit (1876–1902), Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken 2000 (Forschungen zu Spanien, Bd. 22), 202 S.

Spanien gilt bis heute als einer der ältesten Nationalstaaten Europas. Gemeinsam mit Frankreich wurde es den „jüngeren“ Nationalstaaten Deutschland oder Italien gegenüber gestellt, und weitreichende Erklärungen über die „Sonderwege“ Deutschlands oder Italiens daraus abgeleitet. Insbesondere die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, die Schwäche der demokratischen Kultur und der Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus sollten irgendwie mit der „Verspätung“ bei der National-

staatsgründung dieser beiden Länder zu tun haben. Solche Erklärungsmodelle krankten nicht nur an einer Idealisierung „normaler“ Nationalstaaten im Westen, sondern stets an der völligen Unkenntnis der Geschichte Spaniens. Die in Bielefeld bei Barbara Potthast (nun Köln) entstandene Magisterarbeit *Armando García Schmidts* kann zur Füllung dieser Lücke in den noch immer bestehenden „großen“ politik- und sozialhistorischen Erzählungen der Katastrophengeschichte Europas im vergangenen Jahrhundert beitragen. *Schmidt* hat soziale Struktur und politisches Handeln der Parlamentarier der spanischen Restaurationszeit (1876–1923) untersucht. Er zeichnet eine auf Klientelbeziehungen beruhende politische Kultur nach, wie man sie ähnlich auch in Frankreich, Italien oder Ungarn in der liberalen Ära vor 1918 finden konnte. Die Macht der dieses System reproduzierenden Elite bestand auf der Kontrolle der Kommunikation zwischen Zentrum und Peripherie, wobei sie nach Ansicht des Autors eine Integration von Regionen und Bevölkerungen in den Staat eher behinderten als förderten. „Das Interesse der Politiker mußte infolgedessen darin bestehen, den Staat und die Gesellschaft jeweils davon zu überzeugen, daß die andere Kraft fremd und unzugänglich sei und der Kontakt alleine über sie selbst, die *broker*, hergestellt werden konnte.“ (S. 172) Die politischen „Parteien“ waren daher nur Honoratiorenwahlvereine, die nicht der Einbeziehung möglichst breiter Kreise in die Politik dienten, sondern der Unterstützung des Wahlkampfes des jeweiligen Patrons. Dieses System sollte in der Zwischenkriegszeit zur Verschärfung der nun immer deutlicher zutage tretenden sozialen Verwerfungen führen, aber es hatte

andererseits eine erstaunliche politische Stabilität in vielen Ländern bewirkt. Zwischen dieser Spannung bewegt sich die Forschung über die liberale Ära, die nach einer sozial- und kulturhistorischen Erweiterung drängt, die gerade erst begonnen hat, weil erst allmählich die nationalen Perspektiven aufgegeben werden. Eine Arbeit wie die von *Armando García Schmidt* stellt aufgrund ihrer begrifflichen Schärfe und ihrem für Vergleiche offenen Blick ein wichtiger Beitrag für ein solches gesamteuropäisches Forschungsprojekt dar.

Árpád van Klimó

Jan Tomasz Gross, Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne. Mit einem Vorwort von Adam Michnik. Aus dem Englischen von Friedrich Griese, Verlag C. H. Beck, München 2001, 195 S., Ill.

Jan Tomasz Gross' Buch hat aufgrund seiner außerordentlichen Resonanz in Polen auch hierzulande noch vor dem Erscheinen der deutschsprachigen Ausgabe großes Interesse der Presse und Publizistik geweckt. Es war der Auslöser einer Diskussion, die bis heute anhält und als die umfassendste und wichtigste historische Debatte in Polen seit dem Zweiten Weltkrieg gelten kann.¹

Waren Angehörige der polnischen Nation Trittbrettfahrer des von den Deutschen an den Juden verübten Holocaust? So ließe sich die Kernfrage stellen, auf die *Gross*, Professor für Politologie und *European Studies* an der *New York University*, eine klare Antwort gibt: Ja, es waren ihre polnischen Nachbarn, die am 10. Juli 1941

die etwa 1600 jüdischen Mitbewohner des Städtchens Jedwabne auf dem Marktplatz zusammentrieben, einen Teil von ihnen erschlugen und die übrigen in einer Scheune bei lebendigen Leibe verbrannten.

Die schockierende Tatsache des Massenmordes an den Juden von Jedwabne kurz nach der Eröffnung des deutschen Angriffskrieges auf die Sowjetunion wird von niemandem in Zweifel gezogen, der die Geschichte der deutschen Einsatzgruppen kennt. Deshalb fiel es leicht, auch dieses Massaker der deutschen Besatzungsmacht zuzuschreiben, weil es sich nahtlos in das allgemeine Muster des Völkermordes im Osten einzupassen schien. Die Quellenbefunde, die *Gross* bekanntgemacht oder überhaupt erstmals aus den Archiven gehoben hat, fügen dem Bild des Holocaust den neuen Aspekt einer Mittäterschaft der polnischen Zivilbevölkerung in einem vorher unbekanntem Ausmaß hinzu, der geeignet ist, an den Grundfesten polnischer Anschauungen über die eigene jüngere Geschichte zu rütteln.

In der Vorkriegszeit unterschied sich das verschlafene Landstädtchen Jedwabne im Kreis Łomża nordöstlich von Warschau, dessen Einwohnerzahl *Gross* auf damals nicht mehr als 2150 beziffert, in keiner Weise von Hunderten ähnlicher Ortschaften in Mittel- und Ostpolen. Polnische und jüdische Einwohner pflegten ein „normales“ Verhältnis zueinander, d.h., man begegnete sich im Alltag, blieb aber auf Distanz. Trotz dieser „Normalität“ war, so *Gross*, die Atmosphäre von einer latenten Bedrohung durch Pogrome geprägt, wie sie in dieser Zeit andernorts in Polen vorkamen, zumal die polnischen Bewohner von Jedwabne mehrheitlich mit der antisemitisch ge-

prägten Nationaldemokratie sympathisierten (S. 37).

Gross argumentiert präventiv-defensiv, wenn er herausstellt, daß sich eine jüdische Kollaboration mit der sowjetischen Besatzungsmacht nach der Annexion des Gebietes durch die UdSSR im September 1939 nicht nachweisen läßt (S. 39-46). Denn diese Behauptung taucht regelmäßig in apologetischer Absicht auf, um antijüdische Exzesse der polnischen Zivilbevölkerung während und nach dem Krieg zu erklären. In Anbetracht der dürftigen Quellenüberlieferung sieht sich *Gross* zu einer indirekten Beweisführung gezwungen: Wie aus polnischen Augenzeugenberichten und einer sowjetischen Quelle hervorgeht, wurde die polnische Untergrundorganisation, die in der Gegend von Jedwabne aktiv war, aus den eigenen Reihen an den NKVD verraten.² Allerdings übersieht *Gross*, daß die polnischen Antisemiten damals wie heute gar nicht des Nachweises jüdischer Kollaboration und Denunziationstätigkeit bedurften, um dennoch davon überzeugt zu sein: Als Motivation des Judenhasses war die bloße Behauptung ausreichend. Überhaupt würde man sich in dem kurzen Kapitel über die Zeit der sowjetischen Okkupation von Jedwabne eine differenziertere Situationsanalyse wünschen: Die Diskriminierung und Deportation von Teilen der polnischen Bevölkerung durch die Sowjets schuf zuvor unbekanntes Aufstiegschancen für die Juden, die von den Polen als Nachweis ihrer prosovietischen Sympathien wahrgenommen werden konnten, obwohl andererseits auch Juden deportiert wurden.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht nach dem 22. Juni 1941 beging die polnische Zivilbevöl-

kerung in der Umgebung von Jedwabne eine Reihe antijüdischer Exzesse, besonders in den Städtchen Wałosz und Radziłów. In Jedwabne selbst lag der Pogrom förmlich in der Luft, es kam zu ersten Ausschreitungen und Morden an jüdischen Einwohnern. Am Tag des Massenmordes befand sich wahrscheinlich nur ein elfköpfiger deutscher Gendarmerieposten in der Stadt, daneben möglicherweise einige wenige Gestapoleute. Während des Massakers verhielten sich die Deutschen anscheinend passiv, machten Fotos und möglicherweise sogar Filmaufnahmen, griffen aber selbst nicht ein. *Gross* vermutet, daß es eine Absprache zwischen den Besatzern und der (von den Deutschen eingesetzten) polnischen Stadtverwaltung gegeben haben müsse, infolge derer die Deutschen der Verwaltung acht Stunden Zeit gaben, „in der sie mit den Juden machen konnte, was sie wollte“ (S. 61).

Der Pogrom verlief in einer Mischung aus Organisation und Chaos. Über das gesamte Stadtgebiet hinweg ereigneten sich mit primitiven Werkzeugen, mit Messern, Eisenstangen und Knüppeln begangene Mordtaten, während gleichzeitig die Vertreter des Magistrats die polnischen Männer herbeiriefen, um die jüdischen Einwohner auf dem Marktplatz zusammenzutreiben. Von dort aus setzten die Täter eine demütigende Prozession in Gang, bei der sie ihre Opfer zwangen, ein von den Sowjets errichtetes Lenindenkmal niederzureißen und die Trümmer unter „Wegen uns der Krieg!“-Rufen durch die Straßen zu tragen, bevor die bis zu diesem Zeitpunkt Überlebenden in eine Feldscheune am Stadtrand getrieben und verbramt wurden. Fluchtversuche wurden an einem rings um den Ort

gezogenen Kordon von Wacien verteilt. Aus der Umgebung zogen Bauern mit ihren Fuhrwerken in die Stadt, um zu plündern; erwiesenermaßen folgten viele Bewohner des Gebiets regelmäßig der Spur der Pogrome, um sich an dem zurückgebliebenen jüdischen Eigentum zu bereichern. Nur wenige Juden, die sich am 10. Juli 1941 in Jedwabne befanden, überlebten das Massaker.

Die deutsche Übersetzung folgt der im April 2001 veröffentlichten amerikanischen Fassung des Buches und wurde gegenüber der polnischen Version um ein von *Adam Michnik* verfaßtes Vorwort und ein Personenregister erweitert. Durch etliche Textergänzungen und -kürzungen und durch Umstellungen im Anmerkungsapparat ist die deutsche Ausgabe flüssiger zu lesen als die polnische. Um so bedauerlicher ist es, daß sich *Gross* nicht mit der in der Zwischenzeit von Fachhistorikern geäußerten Kritik auseinandersetzt, sondern die Hauptaussagen seines Buches pauschal für unwiderlegt erklärt (Vorwort zu deutschen Ausgabe, S. 14). In der Tat bleibt die Kernthese, nämlich die polnische Täterschaft bei einem Judenpogrom vorher nicht bekannten Ausmaßes vor dem Hintergrund der deutschen Besatzungsherrschaft, von der ernsthaften Fachkritik unberührt. Dennoch hat *Gross* seine Studie durch einige vorsehnelle Pauschalisierungen und eine fast durchgehend nachlässige Quellenkritik angreifbar gemacht.

Die vordergründigste Kritik bezieht sich auf die Anzahl der Opfer. Eine im Frühjahr 2001 durchgeführte, partielle Exhumierung zweier Massengräber auf dem Scheunenfeld hat eine geschätzte Zahl von 330-450 Opfern zutage gebracht, die Gesamtzahl der Opfer dürfte also deutlich unter 1.600 gelegen

haben.³ Eine genauere Analyse der demographischen Entwicklung von Jedwabne weist in dieselbe Richtung, selbst wenn sich am 10. Juli 1941 etliche jüdische Flüchtlinge aus den Nachbarorten in Jedwabne aufhielten. Dies verringert selbstverständlich nicht das moralische Ausmaß des Massenmordes, macht aber die von *Gross* berichteten Vorgänge sozusagen gegen seine eigene Behauptung um so glaubwürdiger. Von den in seinen Quellen überlieferten, unterschiedlichen Zahlen hat sich *Gross* offenbar für die größte entschieden, ohne diese Wahl zu begründen. Auch an anderen Punkten, an denen sich die Quellen widersprechen, entscheidet sich *Gross* im Zweifelsfall für die dramatischere oder spektakulärere Variante, ohne eine Abwägung der Widersprüche vorzunehmen. Mit ordentlicher Quellenkritik hat dieses voluntaristische Verfahren nichts zu tun, ebensowenig wie *Gross'* seitenlanges, unkommentiertes Zitieren aus den Augenzeugenberichten und seine Forderung, diesen bis zum Nachweis des Gegenteils einen unbedingten Vertrauensvorschub zu geben (S. 100f.). Da sich *Gross* in wichtigen Aussagen auf Protokolle der 1949 und 1953 gegen eine Anzahl der Täter von Jedwabne gefüllten Strafprozesse stützt, ist das größte Manko seiner Quellenarbeit die fehlende historische Kontextualisierung der Entstehungszeit: Der Hinweis, daß es sich nicht um stalinistische Schauprozesse gehandelt habe, andererseits aber die Untersuchungen schlampig durchgeführt worden seien, reicht dazu nicht aus (S. 28-33).

Besonders konservative polnische Historiker haben *Gross* darüber hinaus Einseitigkeit und Selektivität im Umgang mit den Quellen vorgeworfen und seine Hauptzeugen für unglaubwürdig

erklärt.⁴ Wieweit diese Kritik gerechtfertigt ist, wird sich frühestens dann sagen lassen, wenn die Ergebnisse der vom polnischen Institut des Nationalen Gedenkens durchgeführten Untersuchung veröffentlicht worden sind, die auch von *Gross* nicht berücksichtigte russische und deutsche Archive und eine große Zahl von Augenzeugenaussagen systematisch einbezieht. Hinsichtlich der auf dem Scheunefeld gefundenen Munitionsreste ist mittlerweile festgestellt worden, daß sie aus dem Ersten Weltkrieg und aus der Zeit nach 1942 stammen, also mit dem Massaker nichts zu tun haben.

Ungeachtet der noch offenen Fragen macht bereits eine immanente Analyse von *Gross'* Studie deutlich, daß einige der von ihm mit großer Vehemenz vertretenen Thesen sich nicht eindeutig aus den von ihm angeführten Quellen herleiten lassen. Im Zentrum steht dabei die Frage nach der Initiative und Beteiligung der deutschen Besatzungsmacht an dem Pogrom, die *Gross* entschieden verneint. Es handelt sich dabei keineswegs um eine „akademische Frage“, wie *Gross* formuliert (S. 60), sondern um ein historisches Problem von zentraler Bedeutung für die Erforschung der Gebiete unter deutscher Besatzungsherrschaft: Wie reagierte die nichtjüdische Bevölkerung auf den militanten Rassenantisemitismus und die antijüdischen Diskriminierungsmaßnahmen, wie wirkten autochthone, traditionale, kirchlich und ökonomisch geprägte Antisemitismen mit der NS-Vernichtungspolitik zusammen? *Gross* läßt die Chance ungenutzt, diesen Fragen anhand seiner Fallstudie nachzugehen. Er selbst zitiert Fragmente aus den Augenzeugenberichten, die auf einen deutschen Befehl zur Tötung der Jedwabner Juden

(S. 24) und eine Ausgabe von Peitschen und Knüppeln durch die Gendarmerie während des Pogroms hinweisen (S. 70), ohne sich mit diesen Belegstellen auseinanderzusetzen, die doch immerhin seine Darstellung des Pogromverlaufs modifizieren könnten. Es bleibt Adam Michnik in seinem kurzen Vorwort überlassen, den historischen Kontext durch den Hinweis auf den von Reinhard Heydrich gegebenen Befehl herzustellen, lokale antisemitische Stimmungen zur Auslösung von Pogromen zu benutzen, und auf die Analogie des Massenmordes durch Brandschatzung wie in der (vom Polizeibataillon 309) durchgeführten „Judenaktion“ von Bialystok (27. Juni 1941) aufmerksam zu machen (S. 9).⁵

Gross versäumt keineswegs zu unterstreichen, daß der Pogrom von Jedwabne und andere, von polnischen Tätern an der jüdischen Bevölkerung begangene Massaker nicht ohne die deutsche Okkupation stattgefunden hätten. Statt einer Analyse liefert er jedoch nur den Befund, daß die totalitären Systeme – zuerst der Stalinismus, dann der Nationalsozialismus – die niedrigsten Instinkte in den Menschen, „das Böse“ schlechthin entfesselten.⁶ Bei der Suche nach der konkreten Motivation der Täter oszilliert *Gross* zwischen der schlichten Habgier und dem traditionellen Antisemitismus der polnischen Landbevölkerung, der durch die jüdenfeindliche Haltung des katholischen Klerus bestärkt wurde. So bleibt die Frage unbeantwortet, wieso es ausgerechnet in Jedwabne und seinen Nachbarorten zu einer derartigen Eskalation kam, obwohl gleichartige strukturelle Voraussetzungen in vielen Teilen des besetzten Polen gegeben waren. In diesem Zusammenhang entgeht *Gross*, daß der Ritualmordvorwurf, der

bei zahlreichen judenfeindlichen Ausschreitungen der Zwischenkriegszeit und auch noch den berüchtigten Pogromen der Nachkriegszeit (Krakau 1945, Kielce 1946) regelmäßig eine wichtige Rolle spielte, im Zusammenhang mit dem Massaker von Jedwabne, zumindest in den von *Gross* angeführten Quellen, nicht auftaucht. Als gelernter Soziologe könnte er seinen Lesern möglicherweise Aufschluß darüber geben, welche kollektiv-psychologischen Mechanismen den psychopathologischen Pogromfuror in Jedwabne bewirkten, der aus vielen Augenzeugenberichten hervorsieht. Statt dessen überläßt *Gross* diesen Ausbruch des Judenhasses, wie überhaupt den Gesamtvorgang des Holocaust, letztlich der Sphäre des Unerklärlichen, die sich jedem wissenschaftlich-rationalen Zugang verschließt.

Sehr diskutierenswert ist dagegen seine Hypothese, daß möglicherweise viele der polnischen Mittäter des Holocaust, der NS-Kollaborateure und Judenmörder, nach dem Krieg zu Stützen des kommunistischen Regimes wurden, weil sie generell zu Systemkonformismus neigten und durch Überanpassung ihre Vergangenheit verschleiern wollten (S. 116): Eine Herausforderung an das in Polen tiefverankerte antisemitische Stereotyp der „Judenkeimune“ und ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die weitere sozialhistorische Forschung.

Der Autor hat willentlich an nationalkulturelle Tabus gerührt und in Polen eine emotional geführte Auseinandersetzung ausgelöst, deren gesellschaftlicher Widerhall denjenigen der deutschen Goldhagen-Debatte von 1996 in den Schatten stellt. Nicht zuletzt haben der geringe Seitenum-

fang und die allgemeinverständliche Darstellungsweise zu der Breitenwirkung des Buches beigetragen, jedoch ist zu fragen, ob *Gross* deswegen auf wissenschaftliche Genauigkeit verzichten mußte: Redlicher wäre gewesen, öfter zuzugeben, etwas nicht genau zu wissen, was er aufgrund seiner Quellen nicht genau wissen konnte. Durch Irrtümer, Ungenauigkeiten und Überpointierungen hat *Gross* denjenigen Einfallstore geöffnet, denen die gesamte Linie nicht paßt. In Teilen der Diskussion erweist sich die leider immer noch aktuelle Wirksamkeit der antisemitischen Stereotype, die gerade Gegenstand dieses Buches sind. Sein bleibendes Verdienst ist, den polnischen nationalen Opfermythos in Frage gestellt und gezeigt zu haben, daß man gleichzeitig Opfer und Täter sein konnte. Holocaustforscher hat er auf eine zuvor praktisch übersehene Begleiterscheinung der Judenvernichtung aufmerksam gemacht. *Gross'* Befunden und Thesen wäre zu wünschen, daß sie in das ruhigere Gewässer wissenschaftlicher Forschung zurückgeführt würden. Im Land der Täter des Holocaust besteht nach wie vor kein Anlaß zur Relativierung: Auch hier sollten die psychosozialen Auswirkungen des Massenmordes auf die Bevölkerungen der besetzten Länder verstärkt zum Gegenstand der Forschung gemacht werden.

Andreas R. Hofmann

- 1 Das Buch erschien zuerst auf polnisch im Mai 2000: J. T. Gross, *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka* [Nachbarn. Geschichte der Vernichtung eines jüdischen Städtchens], Sejny 2000. Siehe auch meine Sammelrezension:

- Ein Holocaust, begangen von polnischen Nachbarn? Die Polemik um Jedwabne, in: Informationen des Fritz Bauer Instituts. Newsletter zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 10/21 (Herbst 2001), S. 37-40.
- 2 In der deutschen Ausgabe hat Gross jedoch die noch in der polnischen Fassung (s. dort S. 38) vertretene und historisch sicher nicht haltbare Auffassung nicht wiederholt, daß der polnische Untergrund keine jüdischen Mitglieder gehabt habe, wodurch eindeutig bewiesen sei, daß der Verrat von ethnischen Polen ausgegangen sein müsse.
 - 3 Die neusten Untersuchungsergebnisse wurden veröffentlicht von Andrzej Kaczyński, *Bezpośrednimi sprawcami byli Polacy* [Die unmittelbaren Täter waren Polen], in: *Rzeczpospolita*, 20.12.2001.
 - 4 S. dazu beispielsweise T. Strzembosz, *Inny obraz sąsiadów* [Ein anderes Bild von den Nachbarn], in: *Rzeczpospolita*, 31.3.-1.4.2001. Die ausführlichste Kritik an Gross aufgrund einer erneuten Sichtung der polnischen Quellen bei Bogdan Musiał, *Tezy dotyczące pogromu w Jedwabnem. Uwagi krytyczne do książki Sąsiedzi autorstwa Jana Tomasza Grossa* [Thesen betreffend den Pogrom in Jedwabne. Kritische Anmerkungen zum Buch Nachbarn von Jan Tomasz Gross], in: *Dzieje Najnowsze* 33.3 (2001), S. 253-280.
 - 5 Vgl. hierzu Ch. R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 31f.; Michnik datiert das Massaker irrtümlich auf den 28.6.1941.
 - 6 Womit er an seine bereits in einer früheren Arbeit formulierte, totalita-

ristumstheoretische Konzeption anknüpft, derzufolge sich Totalitarismen dadurch auszeichnen, daß sie einen Teil des staatlichen Gewaltmonopols an die Bürger abtreten und dadurch eine Situation der permanenten Bedrohung von jedem durch jeden schaffen; s. J. T. Gross, *Und wehe, du hoffst... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941*, Freiburg/Br. 1988, S. 208-215 (engl. u.d.T. *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*, Princeton/Oxford 1988).

Ottmar Ette/Martin Fontius/Gerda Haßler/Peter Jehle (Hrsg.), Werner Krauss. Wege – Werke – Wirkungen, Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, Berlin 1999, 324 S. (= Aufklärung und Europa, Schriftenreihe des Forschungszentrums Europäische Aufklärung e.V.)

Peter Jehle, der vor einigen Jahren mit einer mustergültig dokumentierten und abwägend urteilenden Werner Krauss Biographie (für die Zeit bis 1945) an die Öffentlichkeit getreten ist¹, bemerkt in seiner diesen Kolloquiumsband abschließenden Vorstellung des Vorhabens einer Werner-Krauss-Briefausgabe im Forschungszentrum Europäischer Aufklärung Potsdam: „Eine Krauss-Arbeitsstelle, die sich immer mit Krauss selbst beschäftigt, wäre diesem eine monströse Vorstellung gewesen. Wertet er doch schon einfache Glückwünsche zum Geburtstag als fatalen Schritt in Richtung Personenkult.“ (S. 290-291) Und *Ottmar Ette* vom mitveranstaltenden Institut für Romanistik der Universität Pots-

dam, verweist nicht zu Unrecht darauf, daß Victor Klemperer mit seinen Tagebüchern dem zunächst Marburger, dann Leipziger und schließlich Berliner Romanisten Krauss in der öffentlichen Erinnerung zwischenzeitlich eindeutig den Rang abgelaufen habe. *Ette* wendet sich in seiner Rekonstruktion der Krausschen literaturwissenschaftlichen Konzepte gegen eine Memorialisierungstendenz, bei der eine begrenzte Gruppe von Krauss-Schülern das Bewahren ganz zu ihrer Sache macht: „Diese Verpflichtung [das Gedächtnis an Krauss zu bewahren] beschränkt sich nicht auf Krauss und bleibt vor allem nicht auf jene begrenzt, die ihn von Angesicht zu Angesicht kannten. Sind diejenigen, die ihn niemals persönlich kennenlernten, unter den Krauss-Forschern heute auch in der Minderzahl, so dürfen sie dies nicht bleiben, schwindet doch sonst seine Präsenz mit jenen, die ihn kannten. Das Gedächtnis von Krauss ist nicht an das Gedächtnis derer, die zu seinen unmittelbaren Gesprächspartnern zählten, gebunden. Werner Krauss' Werk ist zu vielgestaltig, zu anspruchsvoll und zu anregend, als daß es zu einem bloßen Gegenstand der Fachgeschichte einer Romanistik, die sich ihrer eigenen ‚zerissenen‘, heterogenen Existenz zunehmend bewußt wird, erstarren dürfte“ (S. 98/99).

Der vorliegende Band vereinigt neben den bereits erwähnten beiden Aufsätzen vierzehn weitere Beiträge und einen von *Peter-Volker Springborn* besorgten Anhang von Briefen von und an Werner Krauss (S. 293-315), die ärgerlicherweise deshalb dem Leser des Bandes wenig Neues bringen, weil sie in den davor stehenden Artikeln zum Teil mehrfach in großer Ausführlichkeit zitiert und so schon zu zentra-

len Referenzen für wichtige Positionen von Krauss gemacht worden sind. Für die Wissenschaftsgeschichte sind vor allem *Frank-Rutger Hausmanns* Analyse des Kriegseinsatzes der deutschen Romanisten 1940/41 (vgl. für eine ausführliche Darstellung inzwischen sein Buch über die Aktion Ritterbusch, Dresden/München 1998) und *Joseph Jurts* Erörterung des Verhältnisses von französischer Tradition des Positivismus und deutscher Geistesgeschichte (mit der Pointe ihrer Synthese bei Krauss) wichtig. Die übrigen Beiträge behandeln einzelne Aspekte von Krauss' Werk. Leider vergessen sie dabei zumeist, die Aktualität, und das heißt, die Forschungsrelevanz für heutige Streitfragen genauer herauszuarbeiten. Es scheint, als scheue sich ein aus der Berliner Akademie der Wissenschaften hervorgegangenes Forschungszentrum für Europäische Aufklärung, sich ernsthaft Rechenschaft darüber abzulegen, was es eigentlich mit Werner Krauss, außer einem rituellen Bezug, zu tun habe.

Matthias Middell

1 P. Jehle, Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat, Hamburg 1996.

Stephen Kalberg, Einführung in die historisch-vergleichende Soziologie Max Webers. Aus dem Amerikanischen von Thomas Schwietring, Westdeutscher Verlag, Opladen 2001, 307 S.

Steven Kalberg unternimmt in seinem Buch¹ den Versuch einer Systematisierung und zugleich einer Rekonstruktion der Weberschen historischen Soziologie als einer „historisch-komparativen Soziologie“, wie sie in

den theoretischen Darlegungen wie den historischen Fallstudien des Gesamtwerks enthalten ist. In der Konfrontation mit maßgeblichen Strömungen der (amerikanischen) historisch-vergleichenden Soziologie arbeitet er ein komplexes Modell der Verbindung von Subjekt und Struktur in Webers Werk heraus. Er stützt sich dabei nicht vorrangig auf ein Werk oder auf eine Anzahl von „Hauptwerken“, sondern versucht vielmehr gegenüber den gewöhnlich auf einzelne, als zentral oder besonders grundlegend identifizierte Arbeiten Webers gestützten und inhaltlich divergierenden bzw. den Eindruck eines „diffusen“ Gesamtwerkes hinterlassenden Interpretationen das Modell dieses Zusammenhangs selbst herauszuarbeiten – und so nicht zuletzt weitere historisch-soziologischer Forschung ein komplexeres methodisches Instrumentarium an die Hand zu geben. Eingestandenmaßen greift der Autor in dieser Rekonstruktion nicht nur auf explizite Systematisierungen Webers zurück, sondern nimmt auch eigene systematisierende Interpretationen von Kategorien und Ebenen des Gesamtmodells vor (vgl. S. 30, 52, Anm. 23), versucht Widersprüche zwischen einzelnen Texten Webers aufzuheben und in eine komplexe(re) Systematik einzubinden und insbesondere über die Summe der Einzelwerke hinaus eine Methode kausaler Analyse nach den Intentionen und Vorgaben des Gesamtwerks zu entwickeln (S. 199f.).

Diese Archäologie des Weberschen Gesamtwerks ist auch für die Sozialgeschichte interessant, weil sie in systematischer Form ein mögliches Modell für die Konzipierung wie forschungspraktische Behandlung des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Strukturen und individuellem

(wie damit auch kollektivem) Handeln anbietet, und, indem sie dies tut, auch die systematische Integration von kulturellen Phänomenen in die Modellierung von Entwicklungszusammenhängen ermöglicht (vgl. S. 284). Denn absichtlich oder implizit nimmt jede historische Untersuchung zu drei miteinander vernetzten Problemen Stellung: zu einem erkenntnistheoretischen hinsichtlich des Verhältnisses des Forschers zu seinem Gegenstand und dessen gnoseologischem Status, zu einem der Theorie der Gesellschaft, die den Zusammenhang der Individuen, die Struktur der Netzwerke individuellen Handelns betrifft, und schließlich zu einem der Theorie sozialen Handelns, die die Regelmäßigkeiten menschlichen Handelns betrifft.

Auf die letzten beiden Fragen konzentriert sich, ausgehend von der amerikanischen Diskussion um „agency“ und „structure“, *Kalbergs* Arbeit. Die erkenntnistheoretische Perspektive scheint hauptsächlich in der Rekonstruktion der kausal-analytischen Methode und ihres theoretischen Kontexts auf. Sie wird nicht eingehender vertieft, was angesichts des Gewahrseins dieses Problems bei Weber eine bedauerliche Eingrenzung darstellt, angesichts der Komplexität der vorgenommenen analytischen und erweiternden Rekonstruktion jedoch ein rationell nachvollziehbares Erfordernis ist.

Aus dem Nachvollzug der Begriffe und Argumentationsebenen des Weberschen Denkens entsteht ein komplexes Modell, dessen Elemente, Denkfiguren und Zusammenhänge in jedem historischen Fall angewendet bzw. unterstellt werden müssen, deren Gewicht und konkretes Zusammenwirken und die daraus resultierende spezifische Dynamik jedoch in eben diesem

Einzelfall zu untersuchen ist. Die Komplexität der beeindruckend kenntnisreich entworfenen und stets mit Verweisen auf einzelne Argumentationen Webers dokumentierten Bezüge führt wohl mitunter zu einem Oszillieren des Modells in der Feineinstellung, doch verhindert eben die dem Effekt zugrundeliegende permanente Rückbindung des überaus detailliert gearbeiteten und dynamisch begriffenen Modells an den Einzelfall seine Erstarung zu einem „eisernen Käfig“ einer neuen Weber-Interpretation. *Kalberg* verweist abschließend selbst auf eine Zeitgebundenheit einzelner Definitionen Webers (während seine durchgängig vorgetragene kritische Auseinandersetzung mit anderen soziologischen Schulen eher die Aktualität und überlegene Leistungsfähigkeit des Weberschen Ansatzes demonstriert). Das Weiterdenken der Kategorien selbst wäre ein Schritt, den eine theoriebewußte Sozialgeschichte heute zu leisten hätte – wozu Anregungen gewiß auch aus diesem Werk zu beziehen sind.

Das Werk gliedert sich in zwei Teile, denen eine Einleitung zu den anvisierten Problemen und zum Stand der Weber-Rezeption vorausgeschickt ist. Teil I untersucht grundlegende Aspekte von Webers historischer Soziologie, insbesondere die Verbindung von Struktur und Handeln (Kap. 1) und Webers Multikausalität (Kap. 2.). Teil II hat Strategien und Verfahren der kausalen Soziologie zum Inhalt. Hier werden Analyseebenen und Idealtypen (Kap. 3.) sowie Modelle der Hypothesenbildung (Kap. 4.) untersucht und das kausalanalytische Verfahren rekonstruiert (Kap. 5.) Eine ausführliche Zusammenfassung resümiert die Ergebnisse im Kontrast zu den als Ver-

gleichsfolie ausgewählten aktuellen Forschungstrends. Ein – leider sehr knapp gehaltenes – Register ermöglicht den Einstieg über wichtige Namen und Stichworte.

Kalbergs Ausgangspunkt ist u.a. der „ungewöhnlich diffuse Charakter“ der Weber-Rezeption, dem gegenüber eine grundlegende kritische Sichtung des Gesamtwerks erforderlich sei. (S. 14) Weiterhin haben trotz der breiten dadurch angeregten Forschungsergebnisse die gegenwärtigen Richtungen der historisch-komparativen Soziologie grundlegende theoretische Probleme nicht zu lösen vermocht. Die Rezeption Webers habe erst begonnen, den Kern seines Werks zu erschließen (S. 34). Bisherige Interpretationen konzentrierten sich auf einzelne Themen und Konzepte Webers, die dann zur Aussage seines Werkes gemacht würden, so z.B. in der jüngeren Forschung der Prozeß der Rationalisierung und die Besonderheit des Westens, unter Vernachlässigung der wesentlich weiter reichenden methodischen Anregungen des Werks (S. 35). Webers Gedanken gegenübergestellt werden maßgebliche konkurrierende Strömungen der (amerikanischen) historischen Soziologie – die Weltsystem-Theorie, der interpretativ-historische Ansatz und der kausalanalytische Ansatz. Alle diese Ansätze versuchten nie, Subjekt und Struktur, Mikro- und Makro-Ebene der Analyse zu verbinden. Vielfach dominant sei die Struktur; dagegen seien subjektiver Sinn und die unterschiedliche Intensität sozialen Handelns für alle drei unmaßgeblich. Demgegenüber mache Weber die Beziehung zwischen individuellem Handeln und sozialer Struktur zu einem zentralen Problem seiner Soziologie. *Kalberg* sieht deren Bezug bei Weber vermittelt über dessen methodo-

logischen Individualismus, ein Modell von vier Typen sozialen Handelns, sein Konzept von „Verstehen“ sowie die Betonung des Pluralismus der Motive.

Kap. I.1. systematisiert diese Ansätze als Grundkomponenten von Webers historischer Soziologie. Methodologischer Individualismus stellt das Handeln von Individuen als grundlegende Analyseeinheit in den Vordergrund. Er interessiert sich für das Potential der Individuen, ihre soziale Umgebung zu beeinflussen, und ihr Sinn zu verleihen. Weber unterscheidet vier Arten solchen sinnhaften Handelns – zweckrationales, wertrationales, affektuelles und traditionales –, die jeweils spezifische idealtypische Motivationen haben. Alle Typen treten in allen Epochen und allen Zivilisationen auf. Der moderne Mensch ist zu keiner von ihnen besonders oder besser befähigt (S. 45). Dieser Motivpluralismus ermöglicht es u.a., die unterschiedlichen Anknüpfungspunkte der Sicherung von Herrschaft zu erklären, oder zwischen Form und Ethik der Ökonomie zu unterscheiden („Protestantische Ethik“). Er ist auch grundlegend für Webers Konzept von Verstehen im Bezug auf einen anzunehmenden Pluralismus von Motiven (S. 49). Dennoch sei mit der Konzentration auf individuelles Handeln als methodischer Ausgangspunkt der Weg zur Struktur und zur Erklärung von Regularitäten des Handelns nicht verstellt. Muster des Handelns werden in dreierlei Weise geformt: über die Orientierung von Akteuren an Ordnungen, an legitimen Ordnungen und an soziologischen Orten. (Nicht explizit so bei Weber ausgeführt, weist der Autor dies als seine Rekonstruktion aus, S. 52, vgl. S. 62).

Hierin sei auch die Verbindung von Subjekt und Struktur zu suchen. Alle

drei Muster beschreiben Wege, in denen Handeln aus seinem kontinuierlichen Fluß herausgehoben wird und einen regelmäßigen und spezifischen Inhalt gewinnt (S. 50). Neben den in der Literatur vielfach thematisierten „Ordnungen“ und „legitimen Ordnungen“ wirkten auch „soziologische Orte“ als Orientierungsbezug für Handlungsmuster. *Kalberg* systematisiert sie als „soziale Kontexte, die Zwänge und Möglichkeiten für das Handeln markieren. Indem sie die gemeinsamen Lebenschancen, empirischen Aktivitäten und alltäglichen Erfahrungen sowie die sozialen Bedingungen des Daseins und die besonderen Anforderungen und Belohnungen umreißen, denen das soziale Handeln von Menschen in bestimmten Situationen [...] unterliegt“, schließen sie „Hypothesen über regelmäßiges Handeln ein.“ (S. 63). *Kalberg* begreift auch diese Kontexte als idealtypische Modelle, er stellt zwei Stände, zwei universelle Gemeinschaften und eine Form der Herrschaft vor, die diesen Strukturzusammenhang bei Weber expliziert. Derartige Stände sind danach Krieger bzw. bürgerliche Schichten (S. 65); neben ihnen stehen universelle Gemeinschaften wie die Nachbarschaft sowie, als bedeutendste, der Haushalt und als Herrschaftsform die Feudalherrschaft (S. 68, 70). (Die Beschreibung des diesbezüglichen Funktionierens von Haushalt und Nachbarschaft wirft freilich die Frage auf, ob die Entsprechungen des Idealtyps in der Realität in ihrer empirischen Vielfalt, mit all ihren inzwischen historisch bekannten Typen und eben nicht immer idealtypischen Prinzipien imstande sind, alle diese Wirkungen auszulösen?).

Kp. I. 2. rekapituliert das Konzept der Multikausalität, dessen verschiede-

ne Seiten verstreut über das Webersche Oeuvre ausgearbeitet sind. Neben der grundsätzlichen Annahme von Multikausalität stehe dort das Auffinden konkreter Konfigurationen, in denen einzelne Motive Übergewicht haben (z.B. „Protestantische Ethik“; vgl. S. 80). Das Konzept selbst sei in „Wirtschaft und Gesellschaft“ am eingehendsten dargelegt (S. 79-81). Multikausalität bedeute insbesondere, da keine Rangordnung der regelmäßigen Handlungsorientierungen besteht (S. 83), daß alle Kombinationen des Zusammenwirkens von Motiven und Bezügen prinzipiell möglich seien. Um wirksam zu werden, bedürften strukturierte Handlungsorientierungen auch zusammenhängender sozialer Träger (S. 88). Die wichtigsten stellen Stände, Klassen und Verbände dar. *Kalberg* unterteilt sie in zwei Gruppen. Zur ersten gehören die, die schon als soziologische Orte für Handeln ausgemacht wurden. Da sie Beschränkungen und Möglichkeiten für Handeln definieren, werden sie selber oft zu einer unabhängigen Antriebskraft. Die zweite Gruppe „beinhaltet nur eine ‚äußere Struktur‘ oder ‚Form‘“ (S. 89), hierher gerechnet werden „voluntaristische Verbände“ – Betriebe, Staaten, Sekten, Kirchen, politische Parteien, aber gemäß Webers Verständnis auch die Stadt, die Nation, das Kastenwesen in Indien, oder ethnische Gruppen.

Pluralismus der Motive schließt weiterhin die unterschiedliche Fähigkeit einzelner Motive ein, stabiles, dauerhaftes Handeln zu befördern: während auch zweckrationale Motive – z.B. marktwirtschaftliches Entscheiden – solches Handeln bewirken, erweisen sich Werte als stabilere Handlungsorientierung (S. 96). Zugleich verbinden sich in unterschiedlichen Kombinatio-

nen wert- mit zweckrationalen Antrieben, oder religiöse Lehren mit Magie; beides habe dann Einfluß auf ihre mögliche Resistenz gegenüber Wandel (S. 96/97). „Nur ethische Rationalitäten sind in der Lage, ‚praktisch-rationale‘ Regelmäßigkeiten des Handelns dauerhaft zu unterdrücken, oder, was genauso wichtig ist, sie durch Umformung in ‚praktisch-ethisches‘ Handeln zu verstärken.“ (S. 99). Multikausalismus heißt ferner, daß auch andere als soziale Ursachen Einfluß auf den Gang geschichtlicher Entwicklung haben. Auch geographische oder technologische Voraussetzungen können sich geltend machen (S. 102-104); *Kalberg* verweist hier auf den Gang der mittelmeeerischen, europäischen bzw. chinesischen Gesellschaftsentwicklung.

Kap. II. 3. systematisiert Analyseebenen Webers und ordnet ihnen Idealtypen zu. Wie Webers gesamte Soziologie auf den Einzelfall orientiert sei, sollen auch Idealtypen individuelle konkrete Muster definieren und Einmaligkeit erfassen (*patterns, uniqueness*) (S. 84). Sie formulierten folglich keine allgemeinen Entwicklungstrends, etwa von Tradition zu Moderne, von Gemeinschaft zu Gesellschaft. Aus der Untersuchung konkreter Fälle nach den „Erfahrungsregeln“ gewonnen, seien sie logisches Konstrukt (S. 124f.) wie umgekehrt verwendbar als Maßstab zur Untersuchung konkreter Fälle, als Standard, gegen den bestimmte Handlungsmuster gemessen werden können. (S. 126f.) Mit jeweils unterschiedlich großer Spezifik erarbeitet, können sie sich auf die „Einmaligkeit regelmäßigen Handelns“ in „einer bestimmten sozialen Wirklichkeit“ beziehen, wie chinesische Literaten oder brahmanische Intellektuelle, die mittelalterliche Stadt, die kalvinistische Sekte; oder in

mehr universaler Weise gebildet sein, wie die Idealtypen von feudaler Herrschaft, Nachbarschaft, *oikos*, Familie. So können sie als analytisches Instrument für breitere Vergleiche dienen.

Darauf aufbauend, untersucht Kap. II vier Idealtypen als Modelle der Gewinnung von Hypothesen. *Kalberg* unterscheidet vier Typen von Modellen, die auf der Grundlage von Idealtypen gebildet werden – 1. dynamische, 2. kontextuelle, 3. solche, in denen logische Wechselwirkungen regelmäßigen Handelns zum Ausdruck kommen, und 4. Idealtypen, die verwendet werden, um analytische Entwicklungen zu erfassen (S. 133f.).

Bürokratie und patrimoniale Herrschaft exemplifizieren Typ 1 (S. 135). Die Dynamik ergibt sich hier aus den Handlungsorientierungen, die dem Idealtypus immanent sind: Bürokratie z.B. richtet sich an abstrakten Regeln aus und funktioniert daher in Richtung einer passiven Demokratisierung bzw. Nivellierung von Unterschieden. Sie enthält weiter einen Widerspruch zwischen den Handlungsorientierungen nach dem Egalitätsprinzip und der Neigung ihrer Vertreter, ihren Status zu verteidigen, sich spezielle Rechte vorzubehalten. Drittens steht der Widerspruch zwischen Gleichbehandlung aller und der Wahrung der Interessen der eigenen Klientel. „Indem Webers dynamisches Modell diese Spannungen umreißt, stellt es kausale Hypothesen über ein ganzes Spektrum wiederkehrenden Handelns in der Bürokratie auf. Es bietet ein Beispiel dafür, wie ein theoretischer Bezugsrahmen die klare begriffliche Erfassung einer diffusen und unablässig fließenden Realität ermöglicht.“ (S. 137) Idealtypische Kontextmodelle (S. 139ff.) erfassen, wie Handlungskontexte neue Handlungs-

muster zulassen, verwenden, kultivieren, oder umgekehrt begrenzen und aufhalten. Sie zeigen den Einfluß des sozialen Kontexts und dessen Formwandel unter dem Einfluß des sozialen Handelns und formulieren Hypothesen dazu. *Kalberg* illustriert dies mit Ausführungen Webers zur Wirkung des Rechts, zum relativen Prestige von Beamten sowie Zusammenhängen zwischen Prinzipien sozialer Stratifikation und dem Tempo sozialen Wandels (S. 142) oder zum Einfluß bürokratischer Herrschaft im Kapitalismus (S. 143).

Modelle von Verwandtschaft und Spannung zwischen Idealtypen machen einen dritten Typ der Modellbildung aus (S. 144 ff.). Hier entwirft *Kalberg* mehrere Untertypen, deren einer an dem wohl am bekanntesten Modell der Wahlverwandtschaft exemplifiziert wird. Es sind dies antagonistische Beziehungen von Idealtypen innerhalb einzelner gesellschaftlicher Bereiche oder aber Beziehungen von Affinität und Antagonismus zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Grundsätzlich stehen bei Weber, so *Kalberg*, Idealtypen innerhalb einer gesellschaftlichen Ordnung in analytischem Gegensatz zu allen anderen in dieser Ordnung. Zeigen läßt sich dies beispielsweise an dem Widerspruch zwischen bürokratischem Ethos und patrimonialer Herrschaft oder selbst zwischen den verschiedenen Formen traditioneller Herrschaft (patriarchal, feudal, patrimonial). Innerhalb der Sphäre des Rechts sind solche analytischen Antinomien die zwischen dem formalen Recht und den personalen und partikularistischen Weiten des traditionellen Rechts. Auch bezogen auf beschränkte „Themen“ ließen sich solche Antagonismen ausmachen – militärische Fähigkeiten unter Voraussetzung

feudaler und bürokratischer Herrschaftsformen etwa (S. 152). Beziehungen von Verwandtschaft und Spannung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen werden an den Zusammenhängen von Religion und Status (a), charismatischer Herrschaft und rationaler Wirtschaft (b) und universalen Organisationen, Wirtschaft, und Religion (c) vorgeführt (S. 153ff.). Verschiedene Statusgruppen besaßen nach Weber eine besondere Affinität zu bestimmten Wegen der Erlösung. Intellektuelle hätten eine Disposition zu Vorstellungen, die theoretisch durchdacht und systematisch ausgebaut sind. Die Statusethik von Bauern dagegen setze den Akzent auf die Erlösung von realem Leidensdruck und tendiere zu magischen Praktiken, zu Idolatrie und Ekstase; sie könne als Gegenteil der intellektuellen betrachtet werden. Ähnlich ließe sich eine spezifische nicht-religiöse oder sogar anti-religiöse Haltung bei Beamten beobachten (S. 156) oder eine charakteristische Indifferenz bei Großhändlern und Finanziers. Als Beleg eines Spannungsmodells fungiert dagegen der Zusammenhang von charismatischer Herrschaft und rationaler Wirtschaft: beide Idealtypen haben immanente handlungsleitende Prinzipien, die gegenläufig sind. Universale Organisationen – Haushalt, Verwandtschaft, Nachbarschaft – und Wirtschaft bzw. Religion können als Illustration für die Spannungs- wie Wahlverwandtschaftsbeziehung zwischen Idealtypen mehrerer Sphären begriffen werden: alle produzieren eine Ethik der Brüderlichkeit, die ihre Beziehungen zur Sphäre der Wirtschaft bestimmt. Sie stehen in Opposition zur formalen Logik des Marktes. Während magische Religionen die Ethik der Brüderlichkeit einfach auf-

greifen, belohnen Erlösungsreligionen sie zusätzlich (S. 160). Ihrem Ursprung nach sind diese ethischen Prinzipien beschränkt, über die religiöse Sphäre haben sie jedoch die Kapazität, die zunächst auf die Organisation beschränkte Ethik der Brüderlichkeit auf alle auszudehnen.

Idealtypische Entwicklungsmodelle (S. 166 ff.) beinhalten 4. analytische Verallgemeinerungen, die von den anderen Modellen verschieden sind – zum einen bedeuten sie Hypothesen über eine Richtung des Handelns, der über eine Anzahl idealtypischer Stufen verläuft, zum anderen implizieren sie spezifische Triebkräfte. Ohne Webers Annahme von Multikausalität auf der empirischen Ebene aufzuheben, bewegen sich die Modelle auf einem analytischen Niveau, auf dem einzelne Handlungsorientierungen und die von ihnen getragenen Konstrukte herausgehoben werden. Auch hier führt *Kalberg* zwei Untertypen vor, 1. Entwicklungsmodelle, die auf Interessen gestützt sind (z.B. die Schließung von sozialen Beziehungen, die Routinisierung von Charisma) (S. 169ff.), und 2. solche, die auf Rationalisierungsprozessen beruhen (z.B. formale und theoretische Rationalisierung (S. 179 ff.).

Als Beispiel für die formale Rationalisierung dienen die Entwicklung des freien Marktes und des modernen Staates; als Beispiel theoretischer Rationalisierung steht die Entwicklung der Religion als Entwicklung in Richtung auf theoretische Konsistenz. (S. 190 ff.) Ein darauf gerichtetes Bedürfnis ließe sich bei den sozialen Trägern von „primitiven“ wie von Erlösungsreligionen ausmachen. Reale Misere sei selbst nicht Auslöser, auch wenn sie zum Bezugsproblem wird; vielmehr wurzeln die Tendenz in dem inneren Bedürfnis

von Intellektuellen nach der Transzendenz gegebener Routine. „Wie sehr die allgemeine Neigung religiöser Denker, sich mit den Gründen für das Erdulden von Leid zu befassen, durch natürliches Unheil, materielle Bedürfnisse oder inneren psychologischen Druck verstärkt worden sein mag, so ist sie, nach Webers Prozeßkonstrukt, doch nicht aus diesen Faktoren entsprungen. Auch die 'soziale Lage der negativ Privilegierten' und der 'Rationalismus des Bürgertums' sind nicht allein für ihr Entstehen verantwortlich. Sie hat ihren Ursprung vielmehr in dem idealtypischen inneren Zwang von Intellektuellen, den bloßen gegebenen Gang der Dinge zu überschreiten und den zufälligen Geschehnissen des Alltags Bedeutung und erschöpfenden 'Sinn' zu verleihen.“ (S. 190) (M.E. kommt *Kalberg* hier Luhmann sehr nahe, doch ist dessen Werk wie die Systemtheorie allgemein kein Gegenüber, mit dem er eine durchgängige Auseinandersetzung führt.)

Kap. II. 5. rekonstruiert in einem z.T. archäologischen Vorgehen Webers kausale Methodologie und deren theoretischen Rahmen (S. 199ff.) *Kalberg* führt an Belegstellen vor, wie widersprüchlich sich Weber in dieser Hinsicht geäußert hat. Manchmal habe er alle Kausalanalyse an die Historiker verwiesen oder den Auftrag der Soziologie auf die Bildung von Typen und die Feststellung von Uniformitäten historischer Prozesse beschränkt, doch enthalte sein Werk auch weitergehende Hinweise, die im folgenden rekonstruiert werden. Erste Stufe des Aufbaus der Methodologie ist die Unterscheidung zwischen ermöglichenden und notwendigen Orientierungen, von synchronen und diachronen Zusammenhängen von strukturiertem Handeln

und schließlich die Annahme einer Überlagerung von Handlungszusammenhängen, die dadurch kausale Wirkungen entfalten. – Die Separierung von ermöglichenden und notwendigen Voraussetzungen demonstriert *Kalberg* an Webers Analyse der Entstehung des abendländischen Kapitalismus (S. 212f.). Synchroner Wechselwirkungen von Handlungsorientierungen lassen sich z.B. in Zusammenwirken und wechselseitiger Beeinflussung zwischen Handeln orientiert an Religion bzw. an sozialen Verbänden beobachten, aber auch zwischen Religion und Herrschaft oder Religion und Statusethik – *Kalberg* führt hier jeweils mehrere Fallanalysen aus dem Weberschen Gesamtwerk an. Insgesamt ließen sich, bei der Berücksichtigung verschiedener Domänen, ganze Sätze von Handlungsorientierungen herausarbeiten. Einzelne daraus resultierende Handlungsorientierungen sind zunächst auf bestimmte Schichten beschränkt, können dann aber auch andere Schichten beeinflussen (217).

Als diachrone Zusammenhänge strukturierten Handelns werden „Hinterlassenschaften“ sowie „Vorbedingungen“ begriffen, auch hier sind diejenigen am wichtigsten, die sich als notwendige Voraussetzungen aufzeigen lassen. Zu unterscheiden sind Einflüsse zwischen bzw. innerhalb einzelner Domänen (S. 221). Das Fortwirken sozialen Erbes über die Grenzen solcher Domänen hinweg demonstriert z.B. die Fortschreibung des religiösen Erbes des alten Israel im Christentum oder das Weiterwirken des römischen Rechts, innerhalb einzelner Domänen z.B. das Prinzip des Haushalts als Leitlinie von ethischem Handeln, und seine Übertragung in die Religion, in die Forderung einer ethischen Norm brü-

derlichen Verhaltens über die Schranken des Haushalts hinweg. Frühere Bedingungen sind über Domänengrenzen hinweg wirksam in der Stellung des Magiers als Vorläufer des Propheten, oder im Bereich der Herrschaft im Hervorgehen des Königtums aus dem charismatischen Heorismus, innerhalb der jeweiligen Domänen in der Schulung von Juristen aufbauend auf dem römischen Recht, die dann auch für die Absicherung patrimonialer Herrschaft geeignet waren, oder in der ebenfalls darauf aufbauenden Entwicklung einer Legitimierung des Universalismus in der modernen Epoche (S. 229f.) An dieser Stelle gelangt die Exemplifizierung über das Vorführen des Rückbezugs des Modells auf den Fall leider nicht bis zur rein begrifflichen Bestimmung und Abgrenzung.

Doch ist durch das Herausarbeiten von Kausalketten entlang dieser Handhaben lt. *Kalberg* noch keine vollständige Analyse geführt und oder kausale Erklärung getroffen (231). Neben Interaktionen von Handlungsorientierungen seien auch deren Verselbständigung, insbesondere aber deren jeweilige Kontexte zu berücksichtigen, die zu jeweils andersartigen Ergebnissen führen könnten. An dieser Stelle führt – und dies ist wohl das grundlegende und dem verfolgten Ansatz immanente Problem – die Feinstellung der Optik auf immer detailliertere Beziehungen und deren Überlagerungen zu einer Relativierung der eben beschriebenen Zusammenhänge. Im Wechselspiel mit dem Einzelfall muß dann doch theoretisch gleichwertigen Größen völlig unterschiedliches mögliches Gewicht zugestanden werden. Gleiches gilt für die anschließende Darstellung dynamischer Wechselwirkungen und des Kontexts von Hand-

lungsmustern (S. 233ff.): Zum einen haben die Handlungsbedingungen (im bestimmten Fall, unter jeweiligen sozialen Bedingungen) Einfluß auf den Verlauf, zum anderen überlagert sich Handeln. Mit anderen Worten: In dieser Vielfalt der Möglichkeiten der gegenseitigen Beeinflussung von menschlichem Handeln lassen sich dann eben keine prägnanten Muster mehr herausheben, die unmittelbar einsichtig wären. Vielmehr kann nur noch hingewiesen werden auf prinzipiell mögliche Zusammenhänge, die als Hypothesen dem Einzelfall gegenüber gestellt werden können oder müssen bzw. die als grundsätzliche Zusammenhänge betrachtet werden können, aus denen sich weitere Fragen und Hypothesen gewinnen lassen, die man dann an den Fall herantragen muß.

Während der Konstrukt-Charakter der Idealtypen wie auch ihre Ausformungen in Gestalt regelmäßiger Handlungsorientierungen (vgl. bes. S. 51, Anm. 21) und soziologischer Orte stets bewußt gemacht wird, bleibt ihnen eine „empirische Wirklichkeit“, eine „konkrete Individualität der empirischen Welt“, die „elementare soziale Wirklichkeit“ (121 u.a.) gegenüberstehen, deren einzelne Fälle wohl komplex, aber offensichtlich auch abgrenzbar sind und auf die die idealtypengeleitete Untersuchung daher permanent rückbeziehbar ist. Welchen Status aber haben die unter Nutzung von Idealtypen als Maßstab und Vergleichsinstrumentarium, als Anleitung zur fallbezogenen Hypothesenbildung gewonnenen Erkenntnisse über diesen Fall? Und wie sind diese Fälle herauszuheben, Anfang und Ende einer Entwicklung zwecks historisch-soziologischer Untersuchung abzugrenzen? Der Rückbezug auf Webers eigene Untersuchun-

gen als Illustration kann eben diesen (in Forschungspraxis wie in historischer Forschung als sozialer Praxis so entscheidenden) Schritt überspringen. Doch: „Wenn man genau hinsieht, und besonders, wenn man nach Ursachen fragt, fließen alle sozialen Phänomene ineinander.“ (S. 121) Wenn Projekt und Fall einmal bestimmt sind, geben die aus Webers Gesamtwerk herausgearbeiteten Modelle und methodischen Anleitungen freilich ein Instrumentarium an die Hand, das ihre komplexe Untersuchung ermöglicht. Ist ein an Weber orientiertes Forschungsprogramm geeignet, relevantere oder in besonderem Maße durch „Wahrheit“ ausgezeichnete Ergebnisse zu erbringen? Auf jeden Fall, das wird in Rekonstruktion wie Kontrastierung deutlich, ist es geeignet, höchst komplexe Ergebnisse zu erbringen, ein Merkmal, das im Übergang zwischen den gegenwärtigen kulturgeschichtlichen Ansätzen mit ihren jeweiligen, nunmehr als unvermeidlich akzeptierten erkenntnistheoretisch-methodologischen Zirkeln als Nothelfer angerufen werden kann.

Kalberg setzt sein Modell kausaler Erklärung selbst um an der Entstehung des indischen Kastenwesens, die den

Schlußstein seiner Ausführungen bildet. Diese Rekonstruktion kann hier nicht nachvollzogen werden, eben weil sie an den Einzelfall rückgebunden ist und *die* Argumentation daher viel kürzer nicht wiedergegeben werden kann, ohne ihren Charakter einer Illustration der Anwendung seiner rekonstruierten Methodologie zu verlieren.

Kalbergs Werk stellt eine beeindruckende Synthetisierung Weberscher Denksätze aus dem Gesamtwerk dar. Ihre Vorstellung im sorgfältig dokumentierten Rückgriff auf eine Vielzahl von Einzelwerken ist zugleich geeignet, als Einstieg und Orientierungshilfe in die eigene kritische Lektüre des Werks zu dienen. *Thomas Schwietring* hat den von deutscher Wissenschaftssprache nicht unbeeinflussten englischen Text in eine flüssig geschriebene, gut lesbare deutsche Fassung übertragen.

Julia Brandt

- 1 Originaltitel: Max Weber's Comparative-Historical Sociology, Polity Press, Cambridge/UK 1994, 221 S.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Julia Brandt, Dr., Universität Leipzig, Historisches Seminar

Falk Bretschneider, M.A., Ecole des hautes études en sciences sociales, Paris

Tobias Brinkmann, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Simon-Dubnow-Institut für Jüdische Geschichte und Kultur e.V., Leipzig

Sabine Donner, Mitarbeiterin des Bereichs Politik der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Gabriela Ann Eakin-Thimme, Dr., Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte, Frankfurt a. M.

Thomas Etzemüller, Dr., Hamburg

Armando García-Schmidt, Mitarbeiter des Bereichs Politik der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Thomas Höpel, Dr., Universität Leipzig, Geistes- und Sozialwissenschaftliches Zentrum am Zentrum für Höhere Studien

Andreas Hofmann, Dr., Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

Günther Katsch, Prof. Dr., Leipzig

Árpád von Klimó, PD Dr., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichte

Carsten Klingemann, Prof. Dr., Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften

Bernd Kuzmits, Mitarbeiter des Bereichs Politik der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Katharina Middell, Dr., Friedrich-Schiller-Universität Jena/Stiftung Weimarer Klassik, SFB 482

Matthias Middell, Dr., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien

Lutz Raphael, Prof. Dr., Universität Trier, FB III – Neuere und Neueste Geschichte

Willibald Steinmetz, PD Dr., Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Geschichtswissenschaft

Krijn Thijs, M.A., Rijksuniversiteit Leiden/Zentrum für zeithistorische Forschung e.V., Potsdam

Aus dem Inhalt

- Lutz Raphael* Von der Volksgeschichte zur Strukturgeschichte:
Die Anfänge der westdeutschen Sozialgeschichte
1945-1968
- Thomas Etzemüller* Sozialgeschichte als politische Geschichte.
Die Etablierung der Sozialgeschichte in der
westdeutschen Geschichtswissenschaft
- Carsten Klingemann* Symbiotische Verschmelzung: Volksgeschichte
– Soziologie – Sozialgeschichte und ihre
empirische Wende zum Sozialen unter
nationalsozialistischen Vorzeichen
- Gabriela Ann
Eakin-Thimme* Die emigrierten Historiker als Vermittler
sozialgeschichtlicher Ansätze?

Forum

- Krijn Thijs* Der Untergang des historischen Herrschafts-
diskurses. Ost-Berliner Parteihistoriker zwischen
Erosion und Kontinuität in der späten DDR